Inhalt

Die Region Südkaukasus
Einführung 1
Annie Jafalian

Georgien: Auf der Suche nach einer Nischenstrategie 5
Archil Gegeschidse

Regionale Geopolitik nach dem 11. September: Aserbaidschan und die neue Sicherheitslage im Südkaukasus 17
Elchan Nurijew

Armenien und Sicherheitsfragen im Südkaukasus 27
Garnik S. Asatrjan

Die russische Politik im Südkaukasus 39
Vitali W. Naumkin

Die türkische Kaukasuspolitik 47
Mustafa Aydin

Der Iran und der Kaukasus: Bewahrung von Pragmatismus 57
Mohammad-Reza Djalili

Die amerikanische Politik im Südkaukasus 67
Martha Brill Olcott

Die Rolle der EU für die Sicherheit des Südkaukasus: Eine gefährdete Besonderheit? 77
Damien Helly

Schlussbetrachtung 89
Alain Faupin

Standpunkt
Denationalisierung 93
Dr. Wilfried Gerhard

Die geänderte Rolle von Schlachtfeldbesuchen in der militärischen Ausbildung
Die moderne Art der Schlachtfeldbesichtigung und Generalstabsreise: Preussische und deutsche Traditionen nach 1815 107
David Ian Hall

Verteidigungsakademie für Führungskräfte
Die Welt nach dem 11. September: Wandel und Kontinuität 119
Tomas Jermalavicius

Einführung

Annie Jafalian[1]

Durchzogen von hohen Gebirgsketten, die sich zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer erstrecken,[2] wird der Kaukasus traditionell als strategischer Knotenpunkt zwischen Europa und Asien dargestellt, der aus einem Völkermosaik besteht.[3] Während der Nordkaukasus, auch Ciskaukasien genannt, aus verschiedenen Regionen und autonomen Republiken besteht, die mit der Russischen Föderation verbunden sind, schließt der Südkaukasus – oder, entsprechend der sowjetischen Terminologie, Transkaukasien – die unabhängigen Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien ein. Die Grenzländer dieser Region sind nicht nur Russland (eine Atommacht), sondern auch die Türkei (ein NATO-Mitglied) und der Iran.

Hervorgegangen aus dem Zerfall der Sowjetunion, haben die Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien verschiedene Konflikte mit erheblichen Konsequenzen für die Sicherheit geerbt: territoriale Streitigkeiten einerseits zwischen Aserbaidschan und Armenien in der autonomen Republik Nagorny Karabach (Berg-Karabach) und andererseits zwischen Georgien und der Autonomen Republik Abchasien und der Autonomen Region Südossetien. Die Hauptstreitpunkte waren die Legitimität der vom Sowjetimperium errichteten Grenzen und die wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung bestimmter Bereiche der Bevölkerung durch die nationalen Regierungen in Baku und Tbilissi. Die Wahl nationalistischer Führer als Präsidenten Aserbaidschans (Abulfas Eltschibej) wie auch Georgiens (Swiad Gamsachurdia) war für die ethnischen Minderheiten in diesen Ländern ebenfalls Anlass zur Sorge. Als die militärischen Feindseligkeiten zu Ende waren, stellten die Schlüsselmächte fest, dass sie eigentlich die Kontrolle über die Konfliktregionen verloren hatten. Später wurde eine relative Stabilität erreicht, zum Teil begünstigt durch den Machtantritt des georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse und des abchasischen Präsidenten Hejdar Alijew. Obwohl 1994 Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet wurden, wodurch beide

[1] Annie Jafalian ist Forschungsbeauftragte der Fondation pour la Recherche Stratégique (Stiftung für strategische Forschung) Paris, Frankeich.

[2] Die durchschnittliche Höhe der Kette liegt bei über 2000 m. Die höchsten Erhebungen sind im Norden der Berg Elbrus in Russland (5642 m) und weiter südlich der Berg Kazbek in Georgien (5047 m).

[3] In der Region werden mehr als 40 Sprachen gesprochen, die zu verschiedenen Sprachfamilien gehören – zu den indoeuropäischen, kaukasischen und altaischen Sprachen. Siehe Yves Lacoste, ed., *Dictionnaire de géopolitique* (Geopolitisches Wörterbuch; Paris, Flammarion, 1995), 388. Diese ethnische Vielfalt wird von religiöser Vielfalt überlagert, da christliche und islamische Völker über Jahrhunderte in dieser Region zusammengelebt haben.

militärischen Konflikte eingefroren wurden, steht eine politische Beilegung der Konflikte noch aus.[4]

Mit dem Zusammenbruch des Sowjetreichs wurde der Südkaukasus auch zum Schauplatz neuer Machtkämpfe. Im Verlauf seiner Geschichte wurde die Region von Griechen, Römern, Arabern, Persern, Osmanen und Russen überfallen, von denen jede Macht entscheidenden Einfluss auf die Region ausübte. Heute haben Russland, die Türkei und der Iran neben den Vereinigten Staaten (vor allem durch die Aktivitäten der Partnerschaft für den Frieden und der NATO[5] und die Europäische Union ihre Präsenz in der Region ausgebaut und neue Kooperationsverbindungen mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien geschaffen. Diese Kooperation hat zeitweilig die Form indirekter Interventionen in interne Konflikte angenommen, ist jedoch vor allem auf die Risiken der Nutzung und Beförderung von Gas und Öl aus dem Kaspischen Meer konzentriert gewesen, eine Aufgabe, deren Lösung nicht gesichert ist.[6]

Zehn Jahre sind vergangen, seit Armenien, Aserbaidschan und Georgien unabhängig geworden sind. Eine Analyse der Variablen bei den Versuchen, diese neuen Nationalstaaten zu errichten, eine Analyse der Entwicklung von Sicherheitsrisiken sowie der geopolitischen Situation der Region erscheint nun möglich. Jenseits dieser Untersuchung erscheint eine Reflexion über die Konsequenzen der Ereignisse vom 11. September für den Kaukasus ebenfalls notwendig. In Bezug auf interne Konflikte hat in Aserbaidschan[7] wie in Georgien[8] in der Tat ein Prozess der politischen Instrumentalisierung des Kampfs gegen den Terrorismus eingesetzt und das Risiko erneuter Ausbrüche von Gewalt in der Region entstehen lassen. Was die Rivalitäten um regionalen Einfluss betrifft, so scheinen diese von einer russisch-amerikanischen Annäherung beeinträchtigt, deren Grundlagen, Auswirkungen und Grenzen noch zu ermitteln sind.[9]

---

[4] Zu den Grundlagen und Risiken dieser Konflikte siehe Alexei Zverev, "Ethnic Conflicts in the Caucasus, 1988–1994" (Ethnische Konflikte im Kaukasus, 1988-1994), in Bruno Coppieters, ed., *Contested Borders in the Caucasus* (Umstrittene Grenzen im Kaukasus) (Brüssel, VUB University Press, 1996), 13–71.

[5] Zu den Aktivitäten der NATO siehe Robin Bhatty und Rachel Bronson, "NATO's Mixed Signals in the Caucasus and Central Asia" (Die unterschiedlichen Signale der NATO im Kaukasus und in Zentralasien), *Survival* 42:3 (Herbst 2000), 129–145.

[6] Zu Energiefragen siehe Robert Ebel und Rajan Menon, *Energy and Conflict in Central Asia and the Caucasus* (Energie und Konflikte in Zentralasien und im Kaukasus), (Lanham: Rowman and Littlefield Publishers, 2000).

[7] "Azeri Foreign Affairs Minister Speaks about Armenian Terrorism at Istanbul Forum" (Der aserbaidschanische Außenminister spricht auf Istanbul-Forum über armenischen Terrorismus), *ANS TV*, 12. Februar 2002.

[8] Jean-Christophe Peuch, "Georgia: Attacks On Russian Checkpoints Heighten Tensions In Abkhazia" (Georgien: Angriffe auf russische Kontrollpunkte verstärken Spannungen in Abchasein), *RFE RL*, 9. April 2002.

[9] "War of Words in the Pankisi Highlights Limits to US-Russian Rapprochement" (Krieg der Worte in den Pankisi markiert Grenzen der amerikanisch-russischen Annäherung), *RFE RL Cau-*

Um die Komplexität des Südkaukasus zu verstehen, behandeln wir die Region in Form von konzentrischen Kreisen und unterscheiden die drei Republiken, die die Region ausmachen – Armenien, Aserbaidschan und Georgien, von ihren Nachbarstaaten wie Russland, Türkei und Iran ebenso wie von anderen Akteuren, die außerhalb der Region liegen und dennoch involviert sind, nämlich den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Das Ziel war, auf verschiedene Akteure einzugehen, um anhand von gemeinsamen Fragen die Entwicklung von Queranalysen und die Darstellung verschiedener Wahrnehmungen und manchmal sogar unterschiedlicher Interpretationen der entsprechenden Ereignisse zu fördern.

casus Report, 28. Februar 2002, Bd.5, Nr. 8.

Georgien: Auf der Suche nach einer Nischenstrategie

Archil Gegeschidse[1]

Vor etwa zehn Jahren begann in den internationalen Medien eine mehr oder weniger regelmäßige Berichterstattung über Georgien. Es war die Zeit eines historischen Wandels, als die Sowjetunion in einer Art Kaiserschnittgeburt von neuen Staaten entbunden wurde und schließlich selbst bei der Geburt starb. Da die Geburt Georgiens sehr schwierig war, waren die Nachrichten über die postnatalen Schmerzen besonders deprimierend. Tatsächlich ließ der Ausbruch zweier ethnischer Konflikte und einer erbitterten Konfrontation innerhalb der georgischen Gesellschaft die internationale Öffentlichkeit darüber rätseln, ob Georgien durchkommen würde. Glücklicherweise hat Georgien die dramatischsten Zeiten seiner jüngsten Geschichte überlebt, doch eine äußerst komplexe geopolitische Lage und historische Erblast haben unerfahrene politische Emporkömmlinge in den frühen 1990er Jahren dazu verleitet, eine Reihe folgenschwerer Fehler zu begehen, deren Ergebnisse Georgien immer noch zu spüren bekommt.

Zehn Jahre später rätseln Politikanalytiker und Medienkommentatoren immer noch. Georgien hat noch einen langen Weg vor sich, bis Frieden und Stabilität bleibend gesichert sein werden und Georgien sich zu einem lebensfähigen und blühenden Staat entwickelt haben wird. Momentan ist die schwierigste Frage die, ob Georgien die Vision und die Mittel hat, dieses Ziel zu erreichen. Es ist an der Zeit, Inventur zu machen.

Vorbedingungen für einen ungünstigen Start

In den letzten zehn Jahren hat Georgien einen schnellen und tief greifenden Wandel erfahren. Georgien hat nicht nur die Unabhängigkeit erlangt; es hat sich auch auf den Weg gemacht, um die Grundzüge seiner Gesellschaft zu transformieren. Solche tief greifenden Veränderungen waren unvermeidlich von Schwierigkeiten begleitet, die ihre Ursache vor allem in einer sehr unvorteilhaften Ausgangssituation hatten. Eine Reihe von geographischen, geopolitischen und historischen Vorbedingungen sowie die kulturellen Eigenschaften der georgischen Nation haben die folgenden Entwicklungen im Land maßgeblich beeinflusst:

– In seiner Lage als geographische Pufferzone zwischen Russland, der Türkei und Iran hat Georgien historisch in seinen Außenbeziehungen eine behutsame Balance finden müssen. Auch in unserer Zeit sehen einige Re-

[1] Archil Gegeschidse ist Forschungsbeauftragter bei der Georgischen Stiftung für strategische und internationale Studien.

gionalmächte in der Kontrolle über Georgien eine Voraussetzung für die Vorherrschaft im Südkaukasus und in Mittelasien.[2]

– In den vergangenen beiden Jahrhunderten haben das Russische Reich und die Sowjetunion durch Deportationen und Umsiedlungen verschiedener ethnischer Gruppen sowie durch die künstliche Errichtung und Verlegung von Verwaltungsgrenzen erheblich dazu beigetragen, die Grundlagen für die gegenwärtigen ethnischen Spannungen in Georgien zu legen.

– Das sowjetische Erbe ist daher der primäre Grund für das Fehlen einer breit gefächerten Wirtschaft, die den Bedürfnissen eines unabhängigen Landes eher entsprechen würde. Auch ist das russische totalitäre Erbe vielleicht das Haupthindernis für einen Fortschritt in Richtung marktwirtschaftlicher Demokratie.

– Im Unterschied zu anderen Ländern in der Region verfügt Georgien nicht über strategische Rohstoffe, mit deren Hilfe es durch Export harte Währung verdienen könnte.

– Georgiens nationale Werte, Wahrnehmungen und Einstellungen gegenüber der Außenwelt waren traditionell und sind teilweise immer noch Anlass zu Fehlinterpretationen, die zu unangemessenen Politikentwürfen führen.[3]

Außerdem hat in den frühen Tagen der Unabhängigkeit die Naivität der georgischen Entscheidungsträger oder das, was Alexander Rondeli Wunschdenken oder strategischen Idealismus nennt,[4] das Land unnötigerweise in gesellschaftliche Konflikte und politische Wirren geführt, darunter auch zum Sturz eines demokratisch gewählten Präsidenten und zu separatistischen Kämpfen

[2] Russland betrachtet Georgien zuallererst als Sicherheitsventil, das, wenn es unter Kontrolle gebracht ist, Russland erlauben würde, ein Vordringen des politischen Einflusses der Türkei in den Nordkaukasus sowie weiter östlich in Mittelasien zu verhindern. Auch stärkt die Kontrolle über Georgien die Position Russlands, um jede Möglichkeit einer künftigen Expansion der NATO von der Türkei in die Kaspische Region auszuschließen. Außerdem würde ein gefügig gemachtes Georgien Russland seinem Ziel näher bringen, einen Fortschritt des ost-westlichen Energiekorridors zu blockieren sowie das Vordringen westlicher Konzerninteressen in die Kaspische Region zu verhindern. Die Türkei sieht Georgien als Tor zum Kaukasus und nach Mittelasien, da sie Handelsbeziehungen mit den Ländern in dieser Region aufbauen will, während die Wahrnehmung von Georgien als Einfallstor für feindlichen US-Einfluss zu den treibenden Kräften der iranischen Politik in der Region gehört.

[3] Zum Beispiel hat man naiverweise geglaubt, dass die historische Ausrichtung Georgiens auf Europa und seine Empfänglichkeit für europäische Werte automatisch den Weg zu einer Mitgliedschaft in der westlichen Gemeinschaft bahnen würden, was oft dazu führte, dass anderen Wettbewerbsvorteilen des Landes nicht genügend Beachtung geschenkt wurde.

[4] A. Rondeli, "The Choice of Independent Georgia (Die Wahl des unabhängigen Georgiens)," *The Security of the Caspian Sea Region*, hrg. von G. Èufrin, SIPRI (Oxford: Oxford University Press, 2001), 195–196.

in Abchasien und Südossetien. Außerdem nahm Georgiens Wirtschaft, die bereits nach der Erlangung der Unabhängigkeit unter dem Verlust der sowjetischen Subventionen ins Wanken geriet, durch diese Konflikte nachhaltigen Schaden. Der georgischen Regierung gelang es nicht, das Land zu verteidigen, die Straßen der Hauptstadt in Ordnung zu halten, die staatlichen Bediensteten zu bezahlen, Steuern einzutreiben oder Geldscheine zu drucken. Die Spuren dieser chaotischen Episode haben anhaltenden Einfluss auf die georgische Politik gehabt.

Eine kurzlebige Erfolgsgeschichte

Unter E. Schewardnadses Führung hat Georgien größte Anstrengungen unternommen, um bis Mitte der 1990er Jahre eine relative Stabilisierung zu erreichen. Das Land begann, die wachsende politische Stabilität und das Wirtschaftswachstum zu genießen. Eine Feuerpause beendete 1994 den Konflikt in Abchasien, und seit einigen Jahren ruht dieser Konflikt nun schon. Es wurde eine neue Verfassung verabschiedet, und 1995 wurden Präsidentschaftswahlen sowie Parlamentswahlen durchgeführt. Mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank hat eine Erholung eingesetzt. Die georgische Währung, der Lari, wurde im September 1995 eingeführt und ist mit Unterstützung des Stabilisierungsfonds des IWF relativ stabil geblieben. Die Inflation wurde unter Kontrolle gebracht und das Bruttoinlandsprodukt wächst wieder, obwohl es durch die anhaltenden negativen Auswirkungen der russischen Finanzkrise von August 1998 entscheidend beeinträchtigt wurde. Außerdem hat Georgien unter den Republiken der ehemaligen Sowjetunion einige der besten Gesetze und institutionellen Strukturen eingeführt.

Obwohl Georgien nicht ans Kaspische Meer angrenzt, ist es zu einem der Schlüsselstaaten bei der Entwicklung und Beförderung von kaspischem Öl und Gas geworden. Dies ist insofern besonders bemerkenswert, als die winzige Republik seit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit 1991 zwei sezessionistische Aufstände und verschiedene Versuche, die Regierung zu stürzen, erlebt hat.

Während Georgiens geographische Eigenschaften das Interesse multinationaler Ölgesellschaften weckte, stieß die Außenpolitik des Landes in westlichen Hauptstädten auf positive Resonanz. Georgien war in der Lage, seine eigene Außenpolitik zu formulieren und prowestlich auszurichten. Dieser Ansatz beinhaltete:

- Suche nach westlicher Vermittlung bei den Konflikten in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien,[5]
- Werbung um westliche Investitionen,

[5] Georgien hat sich darum bemüht, Russlands Monopolstellung im Konfliktlösungsprozess zu brechen, indem es die Rolle der westlichen Gemeinschaft gestärkt hat, was zur Bildung der Gruppe der so genannten “Freunde des UN-Generalsekretärs für Abchasien” geführt hat. Die Gruppe besteht aus Frankreich, den USA, Deutschland, Großbritannien und Russland.

– Suche nach Beteiligung Georgiens an europäischen und euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen,[6]

– Förderung der Rolle Georgiens als Transitland für den Handel zwischen dem Westen und den Ländern Zentralasiens und des Südkaukasus und

– Suche nach direkten Verbindungen mit den Vereinigten Staaten und Europa in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit.

Georgiens Potential als Partner für den Transport von kaspischem Öl wurde im Oktober 1995 erkannt, als Aserbaidschan und ein Konsortium von meist westlichen Ölgesellschaften eine Pipeline-Route von Baku zum georgischen Schwarzmeerhafen Supsa als eine der beiden Pipelines zum Transport von frühem aserbaidschanischem Öl auf den Markt auswählten. Danach war Georgien ideal positioniert, um eine Schlüsselfigur im Spiel um kaspisches Öl zu bleiben. Da die zentrale Export-Pipeline auf der Baku-Tbilissi-Ceyan-Route, die größere Ölmengen vom Kaspischen Meer transportieren soll, und die Gas-Pipeline von Shah-Deniz-Tbilissi-Erzurum beide bis 2004-2005 einsatzbereit sein sollen, ist Georgien in der Tat zum Dreh- und Angelpunkt für den ost-westlichen Energiekorridor geworden.

Doch hier endet der erfreuliche Teil der Geschichte.

Georgien zeigt Schwächen

Ende 1998 ist als Wendepunkt zwischen der Periode effektiver Politik und derjenigen mangelhafter Politik zu sehen. Wirtschaftliches Wachstum und Reformen gingen 1998 zurück, als Folge der russischen Finanzkrise, als Folge auch von Dürre und von politischen Ereignissen wie dem Ausbruch von Feindseligkeiten in Abchasien und einem Mordversuch gegen den Präsidenten. Wichtiger jedoch ist es darauf hinzuweisen, dass der politische Wille zur Verbesserung der Staatsführung abnimmt. Die folgende kurze Zusammenfassung umreißt die größeren Probleme, die Georgien nicht wirksam hat lösen können:

– Georgien hat um die Errichtung seiner Souveränität gekämpft, ohne den Vorteil einer vernünftig strukturierten Wirtschaft zu haben.

– Die georgische Gesellschaft leidet unter einem Mangel an herkömmlichen sozialen Diensten, die die Probleme armer und älterer Menschen bewältigen helfen können. Dies wird durch ein ineffizientes Gesundheitssystem zusätzlich erschwert.

[6] Georgien hat die vollständige Integration in die Europäische Union und die NATO zu den wichtigsten Prioritäten seiner Außenpolitik erklärt. Georgien kooperiert mit der EU im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PCA) und nimmt aktiv am PfP-Prozess der NATO teil. Georgien ist außerdem Mitglied des Europarats und der OSZE.

– Georgien ist ein klassischer schwacher Staat, der noch kein voll ausgebildetes effektives und integriertes Verwaltungssystem hat, das seinen Bürgern die notwendigen Sicherheitsgarantien bieten kann.

– Das Fehlen nationaler Einheit schwächt das Loyalitätsempfinden gegenüber der Verfassung und den Sinn für eine gemeinsame Staatsbürgerschaft in der Bevölkerung.

– Das Fehlen eines glaubwürdigen, effektiven und verlässlichen Strafverfolgungssystems ist eine weitere Herausforderung, mit der sich Georgien konfrontiert sieht.

– Der Staat ist nicht in der Lage gewesen, seine Finanzen zu konsolidieren, was zum größten Teil auf Probleme der Staatsführung und der Korruption zurückzuführen ist. Das bestehende Ausmaß an Korruption wirft Zweifel am effektiven Funktionieren staatlicher Institutionen auf, behindert die Entwicklung lokaler Betriebe und die Anziehungskraft für ausländische Investitionen, untergräbt ernsthaft die Glaubwürdigkeit der Regierung und ihrer Reformen und schwächt die moralischen Grundlagen der Zivilgesellschaft.[7]

Herausforderung für die nationale Sicherheit

Ohne Zweifel ist der georgische Staat über die Jahre – relativ gesehen – stärker geworden. Dennoch stand Georgien infolge des ständigen Auf und Ab im Prozess des Staatsaufbaus mal innerhalb, mal außerhalb der Kategorie der "gescheiterten Staaten". Obwohl innere Schwächen den Hauptanteil der Schuld an Georgiens Instabilität und Armut haben, gibt es auch andere Faktoren, die das Land zunehmend verwundbar durch bestehende und neue Herausforderungen in einer sich ständig wandelnden Welt machen.

Globalisierung. Der Prozess der Globalisierung durchdringt Georgien langsam, aber sicher. Genauer gesagt: da die Infrastruktur im Bereich Telekommunikation noch äußerst unzureichend ist und die entsprechenden staatlichen Institutionen entweder korrupt oder unterentwickelt sind, gehen die positiven Aspekte der Globalisierung, die mit wachsenden Handelsvolumina, Investitions- und Informationsflüssen etc. in Verbindung gebracht werden, ohne positive Auswirkungen an Georgien vorbei. Auf der anderen Seite fördern politische Instabilität und extreme Wirtschaftsschwäche neben weit verbreiteter Korruption den religiösen Extremismus, Separatismus und Nationalismus, Drogenhandel, Waffenlieferungen, illegale Migration und eine HIV-Epidemie – Phänomene, die im Übrigen als

[7] *Georgia Country Commercial Guide FY 2001*, U.S. & Foreign Commercial Service and U.S. Department of State, 2001.

negative Aspekte der Globalisierung gelten. Letztendlich kann Georgien unter die Verlierer der Globalisierung geraten.

Verbreitung des internationalen Terrorismus. Die Ereignisse vom 11. September haben gezeigt, dass aufgrund der Globalisierung internationale Terroristen, ausgestattet mit moderner Technologie und üppigen finanziellen Mitteln, ihre Leute, ihre Finanzen und ihre Technologie in jedem Zielland oder jeder Zielregion mühelos einsetzen können. Die andauernde Krise in Tschetschenien hat Georgien zu einem solchen Ziel gemacht, da internationale Terroristen mit einigen der tschetschenischen Kämpfer im Rahmen eines Netzwerks zusammengearbeitet haben, indem sie die Pankisi-Schlucht benutzten, in denen einige Tausend Flüchtlinge aus Tschetschenien Zuflucht gefunden hatten.[8] Die Schlucht ist zu einem Zentrum des Kidnapping und des Drogenhandels geworden. Außerdem ist die Situation in der Pankisi-Schlucht ein zentraler Spannungsherd in den Beziehungen zwischen Georgien und Russland geworden, da Moskau das Gebiet als Übungsgelände und Weg für Waffenschmuggel für die tschetschenischen Rebellen darstellt. Obwohl Georgien nicht in der Lage ist, allein mit dem Problem fertig zu werden, weist es hartnäckig die Forderung Russlands nach einer gemeinsamen Säuberungsoperation zurück.[9] Dies diente als Vorwand für wiederholte Verletzungen des georgischen Luftraums, darunter auch Bombenangriffe.

Russland. Genau die Eigenschaften, die Georgien zu einem begehrten Partner für westliche Regierungen, multinationale Energiekonzerne und gewisse Staaten der Region gemacht haben, sind auch der Grund dafür, dass das Land zu einer Zielscheibe für Russland wurde. Seit dem Zerfall der Sowjetunion hat Moskau wenig Bereitschaft gezeigt, die Entwicklung Georgiens zu einem regionalen Zentrum, das fest mit dem Westen verbunden ist, zu tolerieren. Russland hat zwar verdeckt, aber aktiv Georgiens innenpolitische Schwachpunkte manipulativ genutzt in dem Bestreben, die Republik in der eigenen Einflusszone zu halten. Während des gesamten Konflikts in Abchasien versorgte Russland die Separatisten heimlich mit Waffen, Munition und Informationen, und russische Soldaten beteiligten sich auf abchasischer Seite direkt an den Feindseligkeiten.

In den letzten beiden Jahren hat Russland seine langjährigen Bemühungen weiter verstärkt, die außenpolitische Orientierung Georgiens zu kontrollieren, indem es einen einseitigen Visazwang einführte, Energielieferungen abschnitt und sich aus früheren Verpflichtungen zum Abzug von Militärstützpunk-

[8] "U.S. diplomat says some Afghan terrorists linked with al-Qaeda hide in Georgia (US-Diplomat berichtet, dass sich afghanische Terroristen mit Verbindungen zur Al Qaida in Georgien versteckt halten)," Associated Press Newswires, 11. Februar 2002.

[9] Stattdessen hat Georgien kürzlich die USA ersucht, bei der Ausschaltung von bewaffneten Rebellen und Kriminellen zu helfen. Die prompte Entscheidung der USA, 200 Instruktoren zur Ausbildung von rund 1200 georgischen Spezialeinheiten und ihrer Versorgung mit leichten Waffen und Kommunikationssystemen nach Georgien zu schicken, hat den Zorn Russlands geweckt.

ten zurückzog.[10] Diese Strafaktionen zeigen beispielhaft die russischen Einwände gegenüber der westlich orientierten georgischen Außenpolitik, die sich im Wunsch Georgiens nach Beitritt zur NATO, seiner Unterstützung für die Baku-Tbilissi-Ceyhan Öl-Pipeline und die Shah-Deniz-Tbilissi-Erzurum Gas-Pipeline, seiner Mitgliedschaft in der GUUAM-Organisation[11] und dem angeblichen Einverständnis mit tschetschenischen Kämpfern äußert, die entlang seiner Grenze mit Russland im Einsatz sind. Letztere Behauptung wurde von Russland in zunehmendem Maße benutzt, um zahlreiche Fälle von Verstößen gegen die georgische Lufthoheit zu rechtfertigen. Wie Wladimir Socor feststellt, waren die "Luftangriffe [vom November 2001] beispiellos an Ausmaß und Reichweite mit der Beteiligung von einem Dutzend Kampfbombern und Kampfhubschraubern, die so weit vom tschetschenischen Kampfgebiet auf georgisches Gebiet vordrangen, dass die Entschuldigung mit einem 'Navigationsfehler' abwegig war."[12] Die russische Subversion hat jedoch nicht nur ihre traditionellen Instrumente von brutaler Gewalt eingesetzt. Sie benutzte auch legalistische

Argumente und kommerzielle Lockmittel, um die georgische Führung zu zwingen, eine prorussische Außenpolitik zu betreiben.[13]

Fehlende Einheit im Südkaukasus. Der Südkaukasus ist als Region fragmentiert, größtenteils aufgrund von bestehenden ethnisch-politischen Konflikten, die die für sich allein schwachen und kleinen Länder Georgien, Armenien und Aserbaidschan davon abhalten, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um den Herausforderungen zu begegnen, vor denen die Region als Ganzes steht. Da außerdem die außenpolitischen Prioritäten der Länder des Südkaukasus oft divergieren, tendieren diese dazu, strategische und sicherheitspolitische Beziehungen mit verschiedenen globalen und regionalen Mächten einzugehen, deren politische Programme in der Region auf widersprüchlichen Zielen beruhen. Offenbar wird die Zukunft der Region letzten Endes von den Entwicklungen innerhalb der Länder und ihrer Fähigkeit zur Kooperation abhängen, so bedeutsam die Rivalitäten der Großmächte als Faktor auch sein mögen. Bisher hat jedoch außerhalb der Pipeline-Projekte am Kaspischen Meer keine substanzielle

[10] Beim OSZE-Gipfel in Istanbul im November 1999 unterzeichnete Russland als Reaktion auf die georgische Forderung eine gemeinsame Erklärung über die Reduzierung des Bestands an vetraglich begrenzten Ausrüstungen (TLE) und den Abzug von Militärstützpunkten. Aus sowjetischer Zeit hatte Russland noch vier Militärstützpunkte in Georgien. Nach endlosen Verhandlungen hat Russland seinen Stützpunkt auf dem Militärflughafen von Watsiani geschlossen, jedoch darauf bestanden, eine partielle Kontrolle der Militärbasis Gudauta zu behalten, die durch russische "Friedens"-Truppen in Abchasien betrieben würde. Russland strebt auch eine Pacht von 15 Jahren für die beiden größten Stützpunkte in Batumi und Achalkalaki an.

[11] Entstanden im Jahre 1996, ist dies ein zwischenstaatliches beratendes Organ, zu dem Georgien, die Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien gehören.

[12] V. Socor, "Zurück zu schlechten sowjetischen Angewohnheiten," *The Wall Street Journal Europe*, 7–8 Dezember 2001.

[13] Z. Baran, "Georgien unter schlimmstem Druck seit Beginn seiner Unabhängigkeit," *Georgia Update, CSIS*, 10. Januar 2001.

regionale Kooperation stattgefunden. Realitätsnäher ist sogar argumentiert worden, dass transregionale Pipeline-Projekte die Polarisierung im Südkaukasus fördern, da der hohe Stellenwert des Baku-Tbilissi-Ceyhan-Projekts und die ihm beigemessene geopolitische Bedeutung dazu beigetragen haben, eine strategische Allianz zwischen seinen Nutznießern (Aserbaidschan, Georgien, der Türkei und den Vereinigten Staaten) zu festigen, und die Bildung eines gegnerischen Blocks der Verlierer der Pipeline-Gleichung (Russland, Iran und Armenien) zu forcieren.[14] Offensichtlich braucht der Südkaukasus eine umfassende Strategie für einen größeren Wandel, die die Region von einem Gebiet der Konfrontation in ein offenes geo-ökonomisches System transformieren würde, wo es anstelle von widersprüchlichen Interessen eine wechselseitige Abstimmung oder sogar eine Koinzidenz solcher Interessen geben könnte. Gemeinsame gewaltige natürliche und menschliche Ressourcen auf der Basis einer entwickelten Infrastruktur könnten zur vollen Nutzung der Wettbewerbsvorteile der einzelnen Staaten in der Region beitragen.

Warum Georgien wichtig ist

Angesichts der Komplexität der geopolitischen Lage und des Mangels an politischen und finanziellen Mitteln, um die alten wie neuen Herausforderungen effektiv zu meistern, ist es unwahrscheinlich, dass Georgien in der Lage sein wird, ohne die starke Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft seine Vorteile zu nutzen und seine nationalen Ziele zu erreichen. Die USA sind eine wichtige Gebernation für Georgien gewesen. Zu den wichtigen bilateralen Geberländern gehören auch Deutschland, Großbritannien, die Niederlande, die Türkei, Frankreich und Italien. Weitere wichtige multilaterale Unterstützer und internationale Kreditinstitutionen sind der IWF, die Weltbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die Europäische Union. Seit 1993 hat Georgien mehr als 1,5 Milliarden US $ von internationalen Unterstützern erhalten, und allein die Unterstützung der USA belief sich auf etwa 800 Millionen $. Georgien gehört zu den Staaten der Welt mit der umfangreichsten amerikanischen Auslandshilfe. Wichtig ist, dass Georgien auch starke moralische und politische Unterstützung von den meisten führenden westlichen Ländern und innerhalb internationaler Organisationen erhält, da es danach strebt, seine territoriale Integrität wiederherzustellen und seine Souveränität und Unabhängigkeit zu festigen.

Trotz dieser unzähligen Probleme, darunter auch der Probleme, die mit der Verschlechterung der Leistungen staatlicher Institutionen zu tun haben, ist Georgien immer noch wichtig. Eine Reihe von Faktoren tragen zur Bedeutung Georgiens bei.

[14] L. Ruseckas, "U.S. Policy and Caspian Pipeline Politics: The Two Faces of Baku-Ceyhan" (Die Politik der USA und die Politik der kaspischen Pipeline. Die zwei Gesichter von Baku-Ceyhan), in *Succession and Long-term Stability in the Caspian Region* (Nachfolge und langfristige Stabilität im kaspischen Gebiet) (Cambridge, MA: BCSIA, 2000).

Internationales Ansehen der politischen Führung. Präsident Eduard Schewardnadse hat sich wirklich der Aufgabe verschrieben, Georgien in ein demokratisches Land umzuwandeln. Für den Westen ist er der einzige führende Politiker in der Region, der die Entwicklung einer neuen Generation von Eliten gefördert hat[15] und einer der Hauptgaranten für Stabilität im Südkaukasus und in dessen Umfeld. Schewardnadse hat die Förderung der kaspischen Pipeline-Projekte und die Entwicklung von Georgiens prowestlicher Außenpolitik nachhaltig unterstützt. Doch da seine Präsidentschaft dem Ende zugeht,[16] wird der "Schewardnadse"-Faktor an Bedeutung verlieren, noch während die internationale Gemeinschaft ihre Politik gegenüber Georgien konzipiert.

Zügelung Russlands. Trotz der ermutigenden Annäherung zwischen Russland und dem Westen nach den Terrorangriffen auf die Vereinigten Staaten vom 11. September, wäre es verfrüht, von einer neuen Partnerschaft zu sprechen. Wie entscheidend und produktiv auch immer der koordinierte Kampf gegen den internationalen Terrorismus als Faktor im Aufbau einer strategischen Allianz sein mag, so wird doch die vollständige Aufnahme Russlands in die westliche Gemeinschaft erst möglich sein, wenn das Land innenpolitisch wie international vorbehaltlos bereit ist, zivilisierte Verhaltensnormen zu akzeptieren. Russlands Verhalten in Tschetschenien und, wichtiger noch, seine Politik gegenüber dem Südkaukasus beweisen, mit welcher überwältigender Kraft sich dort noch die Sehnsucht nach imperialer Macht äußert. Georgien hat als zentrales Land der Region lange unter dem extremen Druck aus Moskau gelitten.[17] Dies ist der primäre Grund, warum Georgien enge Sicherheitsverbindungen mit dem Westen sucht und umgekehrt, warum der Westen Georgien als Bollwerk gegen Russlands illegitime Ambitionen im Südkaukasus betrachtet. Wenn Russland sich (hoffentlich) zu einer wirklichen Demokratie entwickelt, wird Georgien sich bereitwillig von dieser Rolle verabschieden.

Förderung von Frieden in der Region. Georgiens pragmatische und auf Freundschaft gegründete Außenpolitik ist ein wichtiger Faktor für den Frieden in der Region. Die normalen und in den meisten Fällen ausgesprochen freundschaftlichen Beziehungen zu seinen Nachbarländern bestimmen Georgiens einzigartiges Potential zur Förderung von Frieden in der Region. Es überrascht nicht, dass Georgien mehrere Friedensinitiativen auf den Weg gebracht hat, um die Konflikte in der Region zu beenden und zu einer für beide Seiten vorteilhaften Kooperation zu gelangen. Währenddessen ist gerade die Stabilität von Georgien selbst

[15] M. Olcott, "Provisions for Succession in the Caspian Region (Vorkehrungen für die Nachfolge in der Kaspischen Region)," in *Succession and Long-term Stability in the Caspian Region* (Cambridge, MA: BCSIA, 2000).

[16] E. Schewardnadse wurde am 9. April 2000 zu einer zweiten Amtszeit als Präsident wiedergewählt. Nach der georgischen Verfassung dauert die Präsidentschaft jeweils fünf Jahre.

[17] P. Baev, "Russia Refocuses its Politics in the Southern Caucasus (Russland richtet seine Politik im Südkaukasus neu aus)," Caspian Studies Program's Working Paper Series, Cambridge, 2001.

eine wesentliche Bedingung für den Frieden im gesamten Kaukasus und darüber hinaus, insbesondere auch für die unsicheren Regionen Südrusslands. Dies ist nicht unbeachtet geblieben. Die internationale Gemeinschaft räumt der Stärkung des friedensfördernden Potentials und der Stabilität Georgiens hohe Priorität ein, da sie zunehmend zu einer Beilegung der Konflikte in Abchasien und Südossetien beiträgt und jede georgische Initiative zur regionalen Kooperation unterstützt.

Ein Tor zum ost-westlichen Verkehrskorridor. Georgien war das erste Land, das sich mit Nachdruck für die Entwicklung eines Konzepts des so genannten Eurasischen Verkehrskorridors und der Neuen Seidenstraße eingesetzt hat.[18] Diese Bemühungen waren der Anstoß für die anschließende Initiierung des EU-geführten TRACECA-Regionalprogramms[19] und der kaspischen Pipeline-Projekte. Da in kommenden Jahrzehnten der Kaspische Raum eine wachsende Rolle bei der Sicherstellung einer kontinuierlichen Belieferung internationaler Märkte mit Öl und Gas spielen wird, sollte Georgien als zentrales Transitland ein wichtiger Faktor in den Handelsbeziehungen zwischen Ost und West, darunter auch der kaspischen Pipeline-Politik, bleiben. Und dies umso mehr, als Georgien gleichermaßen zur Drehscheibe für den Nord-Süd-Transport werden wird, sobald die Konflikte in Abchasien und Nagorny Karabach beigelegt sind.

Verbreitung der Demokratie nach Eurasien. Die Entwicklung von Öl und Erdgas und die damit verbundenen Pipeline-Aktivitäten in der Kaspischen Region, darunter auch im Kaukasus und in Zentralasien, kann nicht getrennt von der Politik betrachtet werden. Es steht viel auf dem Spiel, und Russland wie auch der Westen sind sich dessen bewusst. Es ist ein Kampf um Einfluss, um politische Verbindungen, und dieser Kampf findet in Russlands Hinterhof statt. Wie der Balkan, der Mittlere Osten, Süd- und Südostasien ist die Kaukasusregion und Zentralasien ein Versuchsfeld für die Instrumente und Modelle zur Beilegung von Konflikten, zum Aufbau von demokratischen Institutionen, zur Schaffung von marktwirtschaftlichen Strukturen ebenso wie zum Aufbrechen alter Stereotypen und die Einführung neuer Werte. Das Muster der neuen Weltordnung, das gerade erst Gestalt annimmt, hängt zum größten Teil von den Entwicklungen in diesen zunehmend wichtigen Gebieten ab. Die politische Debatte um die kaspische Pipeline ist nur die äußere Fassade einer sehr viel breiteren und längerfristigen Strategie. Pipeline-Projekte, denen die Rolle von Eisbrechern zukommt, bringen Investitionen, neue Unternehmensethik, westliches Interesse in den Kaspischen Raum und tragen letzten Endes zur Konsolidierung liberaler Werte bei. Dies wird umso bedeutender angesichts der neuen Herausforderungen der Globalisierung, insbesondere des internationalen Terrorismus. Trotz gewisser Schwächen hat sich Georgien bis jetzt als die für demokratische Veränderungen

[18] A. Gegeschidse, "The New Silk Road: issues and perspectives (Die neue Seidenstraße. Probleme und Perspektiven)," *Marco Polo Magazine*, Nr.4-5, 1999.

[19] Akronym für Transport-Korridor Europa-Kaukasus-Asien.

am ehesten aufgeschlossene Nation in der Region erwiesen. Eine bessere Leistungsbilanz würde Georgien als einem Land mit Modellfunktion erlauben, die Demokratie weiter gen Osten zu transportieren. Da die Region des Südkaukasus und Zentralasiens weit über das Zeitalter fossiler Brennstoffe hinaus ungestörten Frieden und Stabilität brauchen, würde der neue "Wertekorridor" eine solche Zukunft befördern.

Die Bedeutung der meisten dieser Faktoren wird mit der Zeit variieren, je nachdem, wie erfolgreich Georgien die national und international zugänglichen Ressourcen zu nutzen weiß. Die Synergie dieser Faktoren wird Georgien erlauben, seinen einzigartigen Platz, eine Art Nische im entstehenden Sicherheits- und Stabilitätssystem in Europa und Eurasien zu nutzen.

Notwendigkeit einer neuen Vision

Falls es Georgien nicht gelingt, demokratische Reformen umzusetzen, wird es viel von der Unterstützung verlieren, die es jetzt seitens der internationalen Gemeinschaft erfährt. Dies wird unter anderem zu einem spürbaren Nachlassen der internationalen Bemühungen um Lösung der Konflikte in Abchasien und Südossetien führen, einem Rückgang der internationalen technischen und finanziellen Unterstützung und schließlich zu einem Verlust der wichtigen Rolle, die die internationale Gemeinschaft Georgien in dieser Region zugedacht hat.

Georgien braucht eine umfassende Strategie, eine neue Agenda, um sich zu einer stabilen Demokratie mit garantierter Souveränität und starker Wirtschaft entwickeln zu können. Viele dieser Hausaufgaben müssen von den Georgiern selbst gemacht werden[20]; doch die internationale Gemeinschaft und die USA insbesondere sollten ihren Teil zu der neuen Agenda beitragen und damit einen wichtigen Beitrag zu Georgiens künftigem Erfolg leisten. Die neue Agenda sollte von der Erkenntnis ausgehen, dass die Zeit – wenn auch nur sehr begrenzt – und die Reserven an politischem Willen vorhanden sind, um die bestehenden Wettbewerbsvorteile zu nutzen. Im Jahre 2005 wird Georgien durch Verfassungsauftrag einen seiner größeren Aktivposten – das hohe internationale Ansehen seines Präsidenten – verlieren. Ein fortdauernder Machtkampf um die Vorherrschaft für die Zeit nach der Präsidentschaft von Schewardnadse in Verbindung mit einer wachsenden Zahl unerreichter nationaler Ziele wird das georgische Volk wie auch die Welt insgesamt verwirren, im Streben nach Verständnis der Richtung, die Georgien einschlägt, und der Rolle, die es zu spielen beabsichtigt, zu verstehen. Und was vor dem Hintergrund aktueller politischer Veränderungen noch wichtiger ist: es ist

[20] Bis vor kurzem hat es die georgische Regierung versäumt, Konzeptionspapiere mit einer Vision für Georgiens künftige Entwicklung, Strategie und politische Orientierung zu erstellen. Im Oktober 2000 präsentierte das Außenministerium ein Dokument mit dem Titel "Georgien und die Welt. Eine Vision und Strategie für die Zukunft." Obwohl dieses Papier vom Nationalen Sicherheitsrat Georgiens gebilligt worden ist, ist es sehr allgemein gehalten und geht nicht auf künftige Veränderungen ein, die in der georgischen und in der internationalen Politik stattfinden könnten.

noch nicht klar, wer die Verantwortung dafür tragen wird, eine neue Vision für Georgien zu definieren und zu entwerfen und wie relevant diese Vision für die langfristigen nationalen Interessen des Landes sein wird.

Schon jetzt braucht Georgien diese Vision mit einer Antwort auf die Frage, wie es auf bestehende und künftige Herausforderungen in einer sich ständig verändernden Welt zu reagieren gedenkt. Die Wiederherstellung territorialer Integrität und die Beseitigung von Korruption sowie die Konsolidierung der Westorientierung der Außenpolitik sind absolut notwendig, um dieser Vision Kraft zu verleihen. Die USA und die europäischen Mächte sollten ihre Politik besser koordinieren, um sehr klar "rote Linien" für diejenigen Kräfte innerhalb wie außerhalb Georgiens zu ziehen, die kein souveränes und territorial integriertes Georgien mit einer freien und transparenten Gesellschaft wünschen. Diese Kräfte sind leicht zu identifizieren, ebenso wie diejenigen, die Georgiens nationalen Interessen am besten dienen. Es besteht durchaus die Chance, dass Georgien erfolgreich sein wird, wenn konstruktive Kräfte sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes zusammenarbeiten, um die Verhältnisse zu verändern. Georgien verdient diese Chance.

Regionale Geopolitik nach dem 11. September: Aserbaidschan und die neue Sicherheitslage im Südkaukasus

Elchan Nurijew[1]

Einführung

Die Terrorangriffe auf die Vereinigten Staaten vom 11. September haben die Geopolitik in der Welt wesentlich verändert, darunter auch die regionale Situation im unbeständigen Südkaukasus, wo die drei ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan und Georgien akut in eine komplexe Folge von ethnischen Konflikten verwickelt sind. In der Tat haben die Ereignisse der letzten Monate wesentliche Veränderungen in der Dynamik des Südkaukasus erkennen lassen, Veränderungen, die nachhaltige Auswirkungen auf die Sicherheit Aserbaidschans und die Zukunft der gesamten Region haben könnten. Die wichtigste Veränderung ist die wachsende Bedeutung Aserbaidschans für die Vereinigten Staaten, die gegenwärtig von einer Verstärkung des amerikanischen Engagements in der Region begleitet ist.

Der Konflikt um Nagorny Karabach, der die Sicherheit und Stabilität Aserbaidschans bedroht, ist ein entscheidendes Hindernis für den erfolgreichen Abschluss internationaler Ölabkommen gewesen.[2] Der ungelöste Konflikt hat viele Menschenleben gekostet. Viele Flüchtlinge leben noch unter erbärmlichen Bedingungen, und es wächst der Druck, dieses Problem zu bewältigen. All dies erschwert in zunehmendem Maße den Friedensprozess und führt in dem von Konflikten heimgesuchten Gebiet zu einer Situation, in der es weder Krieg noch Frieden gibt.

Elf Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bestehen die Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan nach wie vor, und es wächst die Gefahr neuer Gewaltausbrüche in der Region, während die Vereinigten Staaten und andere westliche Demokratien ihre Aufmerksamkeit auf ihren Kampf gegen den Terrorismus gerichtet haben. Geopolitische Belastungen schaffen neue Herausforderungen und Optionen, welche die Ernsthaftigkeit der aufkommenden

---

[1] Dr. Elchan Nurijew ist Direktor des Zentrums für Internationale Studien in Baku, Aserbaidschan. Zur Zeit arbeitet er als Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung in der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn, Bundesrepublik Deutschland.

[2] Der vierzehn Jahre alte Streit zwischen Armenien und Aserbaidschan um Nagorny Karabach war der erste ernsthafte ethnische Konflikt auf ehemals sowjetischem Gebiet. Die Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan eskalierten 1988, und 1992 brach ein richtiger Krieg aus. Der Waffenstillstand von 1994 beendete den Krieg, in dem über 30 000 Menschen getötet wurden.

Krise im Südkaukasus erkennen lassen. Die langfristige Sicherheit Aserbaidschans ist weiterhin bedroht, solange keine Lösung für die festgefahrene geopolitische Situation in Bezug auf Nagorny Karabach gefunden ist.

Das postsowjetische Leben Aserbaidschans und der anderen jetzt unabhängigen Staaten des Südkaukasus bleibt auf kritische Weise kompliziert. Armenien, Aserbaidschan und Georgien befinden sich in einer historischen Übergangssituation: es sind dies schwache Nationen mit einer fragilen Staatlichkeit. Aus diesem Grunde dauert die postkoloniale Periode des Unabhängigkeitskampfes an und wird wahrscheinlich noch viele Jahre andauern.

Alte Probleme und neue Chancen im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Terrorismus

Gleich nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 sah sich Aserbaidschan von innen und außen mit Herausforderungen an seine territoriale Integrität und Souveränität konfrontiert. Obwohl die ersten Jahre seiner Unabhängigkeit sehr schwierig waren, erreichte Aserbaidschan, unter der einjährigen Herrschaft des demokratisch gewählten protürkischen Präsidenten Abulfas Eltschibej, den Rückzug aller russischen Einheiten und Grenztruppen.[3] Eltschibej versprach demokratische Reformen im Land und einen schnellen Sieg in Nagorny Karabach. Doch er konnte weite Teile seines Präsidentschaftsprogramms nicht einlösen, und das Land glitt schnell in ein politisches und wirtschaftliches Chaos ab. Als Folge wurde Eltschibej, den die aserbaidschanische Gesellschaft als sehr naiven und unerfahrenen Politiker erlebte, im Juni 1993 gestürzt und durch den früheren Kommunistenführer Hejdar Alijew abgelöst. Alijew seinerseits versuchte, die Interessen der Großmächte auszubalancieren, um die Unabhängigkeit Aserbaidschans zu sichern. Er begann, einen ausgeglicheneren außenpolitischen Kurs gegenüber den Nachbarstaaten zu verfolgen. Seit Beginn der Präsidentschaft Alijews ist Aserbaidschan von Moskau ernsthaft unter Druck gesetzt worden, um russische Militärstützpunkte auf seinem Gebiet zuzulassen, doch hat Moskau sein Ziel bisher nicht erreicht. Der Kreml hat in den vergangenen Jahren seinen Einfluss massiv verstärkt und dabei den Krieg um Nagorny Karabach als Druckmittel benutzt, um durch Wiedereinsetzung seiner Grenzwachen die russische Kontrolle der aserbaidschanisch-iranischen Grenze zu erneuern. Moskau hofft sehr, von den riesigen Ölreserven Aserbaidschans zu profitieren, und hat die aserbaidschanische Führung dazu gedrängt, russischen Ölgesellschaften einen größeren Anteil an den aserbaidschanischen Ölrechten einzuräumen.

Währenddessen ist Aserbaidschan über den anhaltenden Umfang russisch-armenischer Militärkooperation nach wie vor sehr besorgt. Waffenlieferungen

[3] In Aserbaidschan ist man übereingekommen, dass das von Russland gepachtete militärische Frühwarnsystem in Qabala nicht als Armeestützpunkt anzusehen ist. Aserbaidschan war dennoch die erste ehemalige Sowjetrepublik, die sich der Zuweisung von russischen Grenztruppen und russischen Friedenstruppen widersetzte.

spielten während des Krieges bei der Besetzung großer Gebiete Aserbaidschans durch Armenien eine entscheidende Rolle, was zu einer Million Flüchtlingen und Vertriebenen innerhalb des Landes führte.[4] Ethnische Aserbaidschaner aus dem von Armenien kontrollierten Teil Aserbaidschans werden durch eine stark militarisierte Verwaltungsstruktur daran gehindert, in ihre Heimat zurückzukehren. Eine so festgefahrene Situation, wo in der Konfliktzone weder Krieg noch Frieden herrscht, und eine Reihe anderer destabilisierender Faktoren haben dazu geführt, dass Aserbaidschan Hilfe von außen gesucht hat, bei den Vereinigten Staaten und der Türkei, um das ernsthaft gestörte Kräftegleichgewicht in der Region wiederherzustellen. In den vergangenen Jahren hat Aserbaidschan mehrere Verteidigungsabkommen mit der Türkei abgeschlossen und erwägt nun, NATO-Stützpunkte auf seinem Gebiet zuzulassen.[5]

Entsprechend haben Russland und der Iran die potentiellen negativen Folgen einer Verlegung von NATO-Stützpunkten nach Aserbaidschan angesprochen. Sowohl Moskau als auch Teheran beobachten das wachsende amerikanische Engagement und das rapide zunehmende Interesse der NATO am Südkaukasus mit Argwohn. Baku ist seinerseits bereit, intensiver mit der NATO zusammenzuarbeiten, und glaubt, dass mit der Entwicklung der Infrastruktur für Ölexporte Sicherheitsbelange Aserbaidschan eher dazu bringen werden, sich für wirkliche regionale Stabilität einzusetzen.

Überraschenderweise hat Aserbaidschan, trotz der Belastungen des vierzehn Jahre alten Konflikts mit Armenien, die die Wirtschaft des Landes empfindlich gestört haben, erhebliche wirtschaftliche Fortschritte gemacht, dank der Unterzeichnung zahlreicher Ölabkommen und der Zunahme von Auslandsinvestitionen. Besondere Aufmerksamkeit gebührt der Unterzeichnung des "Jahrhundertvertrags" im September 1994, der die Rolle Aserbaidschans in der Welt stärkte und die aserbaidschanische Führung in die Lage versetzte, die Voraussetzungen für eine westliche Präsenz in der Region des Kaspischen Meeres zu schaffen. Entsprechend trug Aserbaidschan wesentlich zur Realisierung so wichtiger regionaler Projekte wie TRASECA, der Großen Seidenstraße, alternativer Öl-Pipelines und GUUAM bei.

---

[4] Siehe *Azerbaijan Human Development Report 1996*, Veröffentlichung des Entwicklungsprogramms der UN/UNDP, 1996, Baku, Büro der Vereinten Nationen. Siehe auch Kapitel 8, "Displacement in the Former Soviet Region (Vertreibung auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion)," in Mark Cutts, Sean Loughna und Frances Nicholson, eds., *The State of the World's Refugees 2000 – Fifty Years of Humanitarian Action*, UNHCR (Die Lage der Weltflüchtlinge 2000 – Fünfzig Jahre humanitäre Aktionen, UNHCR) (Oxford: Oxford University Press, 2000), 192 – 193.

[5] Angesichts umfangreicher Waffenlieferungen per Schiff von Russland nach Armenien und einer verstärkten militärischen Kooperation zwischen Moskau und Jerewan musste Aserbaidschan den Abschluss eines Militärbündnisses mit der Türkei in Erwägung ziehen. Näheres siehe RFE/RL Newsline, Band 1, Nr. 131, Teil I, 3. Oktober 1997; Moskovskij Komsomolec, 14. Februar 1997.

Doch die Dynamik des Konflikts um Nagorny Karabach, innenpolitische Spannungen und wachsende Widersprüche zwischen der herrschenden Elite und verschiedenen Parteien der politischen Opposition sowie viele andere geopolitische Faktoren, die die Richtung der aserbaidschanischen Außenpolitik beeinträchtigt haben – all dies bleibt entscheidend für die langfristige Stabilität in Aserbaidschan. Außerdem haben die Terrorangriffe in den Vereinigten Staaten vom 11. September die geopolitischen Bedingungen im Südkaukasus dramatisch verändert. In der Tat spielte der von den USA geführte Krieg gegen den Terrorismus in den vergangenen Monaten eine wichtige Rolle für die Neugestaltung der aserbaidschanischen Außenpolitik.

In der neuen geopolitischen Situation im Südkaukasus hofft Aserbaidschan auf neue Chancen zur Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Gleichzeitig ist sich die herrschende Elite Aserbaidschans durchaus bewusst, dass Russland darauf bedacht sein kann, seinen Einfluss in der Region wieder geltend zu machen, während die Vereinigten Staaten mit ihrem Kampf gegen den Terrorismus beschäftigt sind. Seit den tragischen Ereignissen vom 11. September sind aserbaidschanische Politiker sehr skeptisch gegenüber der so genannten Annäherung zwischen Russland und den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Krieg gegen den Terrorismus. Tatsächlich beobachtet Baku mit Argwohn Moskaus angeblichen Wunsch, gemeinsam mit Washington zur Wahrung der Stabilität in Zentralasien und im Kaukasus beizutragen. In den vergangenen Monaten hat Moskau die zunehmenden Aktivitäten der USA in der Region mit größter Sorge beobachtet. Außerdem hat Russland zusammen mit China und dem Iran danach getrachtet, die Entwicklung einer strategischen trilateralen Zusammenarbeit zu fördern, während es versuchte, die Vereinigten Staaten vom Kaspischen Raum fern zu halten oder zumindest den amerikanischen Einfluss in der Region so gering wie möglich zu halten. Baku hat sich daher auf ein sehr heikles politisches Spiel des Ausgleichens zwischen Regional- und Großmächten eingelassen, ein Spiel, das weit reichende Auswirkungen auf die Entwicklung der Rohstoffe des Kaspischen Raums haben könnte.

Aserbaidschan hat den von den USA geführten Kampf gegen den Terrorismus enthusiastisch unterstützt, indem es Informationen austauschte und Überflugsrechte bewilligte. Der US-Kongress hat sich durch Unterstützung der Regierung von Präsident Hejdar Alijew revanchiert, insbesondere durch sein Eintreten für eine Aufhebung der Handelssanktionen, die seit dem Höhepunkt des Konflikts um Nagorny Karabach 1992 in Kraft waren. Die Aufhebung der Sanktionen wird Hilfsmaßnahmen und Handel erleichtern und potentiell auch die aserbaidschanischen Bemühungen um die

Entwicklung seines Öl- und Gassektors ankurbeln.

Während die aserbaidschanische Führung bemüht scheint, sich mit dem Westen zusammenzuschließen, in der Hoffnung auf enorme Öl- und Gasgewinne, achtet sie darauf, Russlands Sicherheitsorgane zu beschwichtigen und Russland

zu versichern, dass Bakus strategische Kooperation mit Washington kein Nullsummenspiel ist. Alijew und andere aserbaidschanische Regierungsvertreter wissen, dass Russland über machtvolle wirtschaftliche und politische Waffen verfügt, die im Falle ihres Einsatzes die aserbaidschanischen Entwicklungspläne behindern oder sogar auf den Kopf stellen könnten. Bakus Taktik schien darauf ausgerichtet, Moskaus unmittelbare strategische Interessen anzusprechen. Moskau wiederum möchte sein Tschetschenien-Problem mit Hilfe Bakus lösen, indem es die aserbaidschanische Regierung auffordert, keine tschetschenischen Flüchtlinge aufzunehmen und diejenigen, die bereits in Aserbaidschan sind, wieder in die Heimat zu schicken.[6]

Gleichzeitig ist Russland bemüht, im Wettbewerb um den Abbau von Rohstoffen im Kaspischen Raum die Kontrolle zu behalten. Georgien spielt eine bedeutende Rolle beim potentiellen Bau der Baku-Ceyhan-Pipeline, die Russlands Würgegriff auf die kaspischen Exportwege brechen würde. So wie die Pipeline geplant ist, würde sie kaspische Rohstoffe aus Aserbaidschan über Georgien in die Türkei bringen und dabei Russland vollkommen umgehen. Noch interessanter ist, dass alle neueren und aktuellen inneren Prozesse, darunter auch die gegenwärtige geostrategische Situation im Südkaukasus, Präsident Alijew veranlasst haben, ein Abkommen zu schließen, wonach Aserbaidschan die Radarstation in Gabala für zehn Jahre an Russland verpachtet. Russland und Aserbaidschan haben über eine Pachtverlängerung um mehrere Jahre gefeilscht. Alijew hat vor seinem offiziellen Besuch Ende Januar 2002 seine Bereitschaft signalisiert, die Frühwarn-Radarstation in Gabala an Russland zu verpachten und ist damit einer bereits lange bestehenden russischen Forderung nachgekommen.[7]

Währenddessen hat der von den USA geführte Krieg gegen den Terrorismus Aserbaidschan einmal mehr die Chance gegeben, in einer unübersichtlichen geopolitischen Situation seinen Platz in der gegenwärtigen Welt zu finden. Seitdem befand sich Aserbaidschan an einem sehr kritischen Punkt seiner Entwicklung. Viele aserbaidschanische Regierungsvertreter äußern wachsende Besorgnis über die Verschlechterung der Lage im von Konflikten heimgesuchten Gebiet.[8] Präsident Hejdar Alijew steht nun vor der größten Herausforderung seiner langen beruflichen Laufbahn. Alijew ist mit einem sehr komplizierten Dilemma konfrontiert. Der aserbaidschanische Präsident und seine Regierung versuchen, eine klare

[6] Während seines Besuchs in Aserbaidschan im Oktober 2001 behauptete der russische Innenminister Boris Gryslow vor allem, dass tschetschenische Terroristen Aserbaidschan für den Drogenhandel benutzten, und warnte die aserbaidschanischen Regierungsvertreter vor der Gefahr von terroristischen Zwischenfällen, die von in Aserbaidschan lebenden Tschetschenen organisiert würden. Näheres siehe Turan News Agency, 30. Oktober 2001.

[7] Ein Abkommen über die Verpachtung der Radarstation von Gabala an Russland für zehn Jahre wurde zwischen Präsident Hejdar Alijew und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin während des offiziellen Besuchs von Alijew in Moskau im Januar 2002 unterzeichnet. Siehe auch RFE/RL Transcaucasia Report, 28. Januar 2002.

[8] Azerbaijan News Service (ANS), Januar 2002.

Entscheidung darüber zu treffen, ob wieder Krieg geführt werden soll und die besetzten Gebiete befreit werden sollen oder ob weiter um eine friedliche Lösung des Konflikts zu ringen ist. Dies ist in der Tat eine schwere Entscheidung, nicht nur für die herrschende Elite, sondern auch für die gesamte Nation, die noch versucht, ihre neu gewonnene Unabhängigkeit ohne geopolitische Einmischung von außen zu wahren.

Offensichtlich ist nur noch der Konflikt um Nagorny Karabach, der die strategischen Interessen Aserbaidschans beeinträchtigt, eine größere Bedrohung für die Sicherheit des Südkaukasus. Wenn er gelöst werden kann, sind die langfristigen Aussichten für die Ölentwicklung und die sichere Beförderung des Öls viel versprechend. Andernfalls wird die anhaltende festgefahrene Situation die regionale Entwicklung und ausländische Investitionen auf Jahre hinaus behindern.

Die Zeit nach dem 11. September: geopolitische Spannungen und neue Schwierigkeiten

Das Problem der Beziehungen zwischen Aserbaidschan und seinen Nachbarstaaten gewinnt aufgrund der gegenwärtigen geopolitischen Situation im Südkaukasus zusätzliche Bedeutung. In der Tat stellt die augenblickliche Situation eine offensichtliche Herausforderung für die Unabhängigkeit Aserbaidschans und insbesondere eine zukünftige Bedrohung für die militärische und politische Sicherheit Aserbaidschans dar.

Aserbaidschan versucht, in einem sehr ungünstigen geopolitischen Umfeld zu überleben. Aserbaidschan ist auf drei Seiten von geopolitischen Akteuren umgeben, deren Interessen alles andere als identisch mit den nationalen Sicherheitsinteressen Aserbaidschans sind. Zwei von ihnen – Russland und der Iran – verfügen gegenüber Aserbaidschan über effektive Druckmittel und können diese aktiv nutzen, um den Abbau von Rohstoffen im Kaspischen Raum zu behindern.

Russland wie der Iran sorgen sich um die Sicherheit an ihren Grenzen und um die potentielle Allianz der Türkei mit Aserbaidschan. Moskau und Teheran sind zutiefst argwöhnisch und ärgerlich über “die Übergriffe” der USA und der NATO, die Demokratie und Entwicklung im Südkaukasus fördern. Paradoxerweise hat Armenien sich seit der frühen Periode seiner postsowjetischen Unabhängigkeit der russisch-iranischen Allianz angeschlossen, vor allem um seine territorialen Interessen zu verfolgen.

Dennoch decken sich die Interessen aller drei geopolitischen Akteure im Südkaukasus in den meisten Gebieten und, ausgehend von der Ähnlichkeit der geopolitischen Rezepte, die der eigentliche Grund für das außenpolitische Verhalten Russlands und des Iran sind, wird die Erreichung des traditionellen Formelkompromisses zur Aufteilung der Region in Einflusszonen zu mehr als einer rein technischen Aufgabe. In einer solchen strategischen Situation stellt die Türkei für Aserbaidschan die einzige Verbindung zum euro-atlantischen Block dar. Gleichzeitig stellt die enge geopolitische Allianz zwischen der Türkei und

Aserbaidschan ein zerbrechliches, aber lebenswichtiges Kräftegleichgewicht im Südkaukasus her und verhindert eine geopolitische Isolation der rohstoffreichen Region.

Nach dem 11. September ist die geopolitische Situation im Südkaukasus in zunehmendem Maße Spiegel der militärischen und politischen Ereignisse in der Region, die zurzeit kennzeichnend für die Instabilität und Unberechenbarkeit des gesamten postsowjetischen Kaukasus sind. Seit Beginn des erklärten Kampfes gegen den Terrorismus spielen Aserbaidschan und Georgien in der Tat eine bedeutendere Rolle in der Außenpolitik anderer Mächte, die rigoros darin wetteifern, ihren Einfluss in dieser unruhigen Region der Welt auszuweiten. Dies wiederum hat zur Bildung von zwei konträren militärischen und politischen Bündnissen im Südkaukasus geführt – Russland und Iran versus Vereinigte Staaten und Türkei. Die drei jetzt unabhängigen Staaten Aserbaidschan, Armenien und Georgien sind in zunehmendem Maße in das geopolitische Intrigenspiel der Schlüsselmächte involviert worden.[9]

Heute unternehmen die wichtigen konkurrierenden Mächte Russland, der Iran, die Türkei und die Vereinigten Staaten jede Anstrengung, um eine aktivere Rolle im Südkaukasus zu spielen. Sie alle sind sehr besorgt über das, was in Aserbaidschan und vor allem in der Region des Kaspischen Meers geschieht. Während Russland zum Beispiel das Problem eines unabhängigen Aserbaidschan mehr im Zusammenhang mit einem Komplex unabhängiger Staaten in der gesamten Kaukasusregion betrachtet, hat dieses Problem für den Iran eine etwas andere politische Bedeutung. Schon die Tatsache der Existenz eines sei es auch nur rein formal unabhängigen Staates Aserbaidschan wird definitiv (und nicht ohne Grund) als eine reale Bedrohung für die nationale Sicherheit der Islamischen Republik Iran wahrgenommen. Außerdem ist die Anwesenheit von mehr als 20 Millionen im Iran lebenden Aserbaidschanern der Funke, der das fragile Pulverfass, das die multinationale Struktur des iranischen Staates ausmacht, zum Explodieren bringen kann.

Spannungen zwischen dem Iran und Aserbaidschan kamen im Juli letzten Jahres auf, als ein iranisches Kriegsschiff in einem umstrittenen Bereich des Kaspischen Meeres mit der Beschießung eines aserbaidschanischen Ölerkundungsschiffes drohte. Die Intervention der iranischen Luftwaffe im Kaspischen Raum diente nicht nur dazu, die Situation eskalieren zu lassen, sondern trug auch dazu bei, die Beziehungen zwischen Baku und Teheran so zu verschlechtern, dass es in der Region beinahe zum offenen Krieg gekommen wäre. Seitdem war der Iran sehr verärgert über seinen Verlust an Einfluss im Kaspischen Raum, und de-

[9] Zu einer detaillierteren Analyse dieser Frage siehe Elchan Nurijew, “Shadow Pieces of the Caucasus Puzzle: A New Stage of the U.S.-Russian Confrontation in the Context of the War Against Terrorism (Hintergründe des Kaukasusrätsels. Ein neues Stadium der amerikanisch-russischen Konfrontation im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Terrorismus),” Zerkalo/Ayna, Baku, Aserbaidschan, November 2001.

shalb hat Teheran versucht, eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Region zu erreichen. Darüber hinaus zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass den Interessen des Iran schon durch die einfache Integration Aserbaidschans durch Russland gedient sein kann. Mit anderen Worten, schon die Neutralisierung des Faktors eines unabhängigen Aserbaidschan ist für den Iran günstig, und in diesem Zusammenhang ist der Iran in der Lage, Aserbaidschan ohne ersichtlichen Grund an Russland abzutreten.

Währenddessen hat sich die amerikanische Außenpolitik bis jetzt mit einigen Hindernissen herumschlagen müssen, die Ergebnis der russisch-iranischen geopolitischen Manövers sind und jeder ernsthaften Aktivität der USA in Aserbaidschan und im Kaspischen Raum im Wege stehen. Während Russland und der Iran die Vereinigten Staaten nicht als wichtigen Schiedsrichter in der Region sehen wollen, versuchen Aserbaidschan und Georgien, die Vereinigten Staaten voll in die geopolitischen Probleme des Südkaukasus einzubeziehen. Washington hingegen, das sich auf die Türkei, seinen NATO-Verbündeten, verlässt, hat diese jungen Staaten einer sehr komplizierten Situation ausgesetzt, was bedeutet, dass sie Moskau ausgeliefert sind.

Ungeachtet des zunehmenden amerikanischen Engagements in der Region im Zusammenhang mit seinem erklärten Kampf gegen den Terrorismus reagiert Washington in zunehmendem Maße offiziell relativ vorsichtig auf den wachsenden Druck, den Moskau auf Aserbaidschan und Georgien, die beiden westlich orientierten Staaten im Südkaukasus, ausübt. Außerdem stehen die Aussichten auf eine schnelle Lösung der Konflikte um Nagorny Karabach und Abchasien düster, trotz internationaler Bemühungen, die Krieg führenden Parteien zu einem Friedensabkommen zu bringen. Diese delikate Situation, die die Konflikte eigentlich einfriert und den geopolitischen Stillstand in der Region andauern lässt, kann Baku wie Tbilissi dazu zwingen, ihre außenpolitischen Orientierungen zu überdenken und beim Kreml politische Unterstützung für Konfliktlösungen in der Region zu suchen.

Wie aus der vorangegangenen Diskussion zu entnehmen ist, bleiben die Risiken im Südkaukasus sehr hoch. Anscheinend entscheidet sich die Zukunft der Region gerade jetzt. In Wahrheit stehen die politische Stabilität Aserbaidschans, die regionale Sicherheitssituation und die künftige Geopolitik des Südkaukasus, darunter auch die Unabhängigkeit der drei postsowjetischen Staaten Aserbaidschan, Armenien und Georgien bereits auf dem Spiel, während die westliche Welt voll in ihrem Kampf gegen den Terrorismus aufgeht.

Zukunftsperspektiven

Wie alle anderen jetzt unabhängigen Staaten hat Aserbaidschan in der Frühphase seiner Unabhängigkeit einen geopolitischen Durchbruch vollzogen. Nichtsdestoweniger vergeht die Zeit sehr schnell, und der Konflikt bleibt bisher ungelöst.

In der neuen geopolitischen Lage im Südkaukasus ist die wichtigste Herausforderung in der Welt nach dem 11. September darin zu sehen, den armenisch-aserbaidschanischen Konflikt um Nagorny Karabach zu lösen und die wirtschaftliche Integration in der gesamten Region voranzubringen. Mit der allmählichen Entschärfung des Konflikts um Nagorny Karabach wird Aserbaidschan in der Lage sein, ein umfassenderes Sicherheitssystem im Südkaukasus aufzubauen. Wenn dies zum Erfolg führt, wird das gesamte Gebiet aus der Sicht westlicher Geschäftskreise attraktiver für die Zufuhr von Kapital werden. Die Alternative wäre allzu düster: wirtschaftlicher Niedergang, Armut und neue ethnische Konflikte, die das Land mit den reichen Ölvorkommen weiter destabilisieren und teilen könnten.

Die Vereinten Nationen und die OSZE haben diesem dynamischen Teil der Welt nicht genügend Beachtung geschenkt. Sie sollten daher mit größerer Entschiedenheit für Frieden und Stabilität in der Region sorgen. Und was besonders wichtig ist, die internationalen und europäischen Organisationen sollten Aserbaidschan und andere ehemalige Sowjetrepubliken in der Region dabei unterstützen, der Konfrontation die Versöhnung vorzuziehen.

Andererseits muss bei den Interessen an der Öl-Pipeline Kompromissbereitschaft an die Stelle von Konkurrenz treten. Russland und die Vereinigten Staaten sollten gemeinsam mit ihren Freunden und Verbündeten erhebliche Beiträge zur Minderung der geopolitischen Spannungen leisten und eine neue Politik zur Entschärfung der Sicherheitssituation und zur Abnahme des Konfrontationspotentials entwerfen. Andernfalls wird ein zunehmend explosiver Südkaukasus allen in der Region Blutvergießen bringen, ohne einen klaren Gewinner.

Die Übergangsperiode im postsowjetischen Aserbaidschan wird wahrscheinlich noch einige Jahre andauern, da der Prozess des Übergangs von der ehemaligen Sowjetrepublik zu unabhängiger Eigenstaatlichkeit gerade erst begonnen hat und von seinem Abschluss noch weit entfernt ist. Auf seinem Weg zu einem wirklich lebensfähigen unabhängigen Staat scheint Aserbaidschan ein sehr langer und schwieriger Kampf bevorzustehen.

Im Zusammenhang mit der Fortdauer des von den USA geführten Kriegs gegen den Terrorismus befinden sich weitere sicherheitspolitische Herausforderungen in Lauerstellung. Langfristige Stabilität in Aserbaidschan und im gesamten Südkaukasus ist daher nicht nur für Bemühungen um den nationalen Aufbau, sondern auch für die regionale, europäische und die internationale Sicherheit von entscheidender Bedeutung.

Armenien und Sicherheitsfragen im Südkaukasus

Garnik S. Asatrjan[1]

Der Südkaukasus oder Transkaukasien ist eine Region, die für ihre Instabilität bekannt ist, sowohl in strategischer und ethnisch-politischer als auch in kultureller Hinsicht. Sicherheitsfragen in der Region sind Querschnittsfragen, die nicht nur die drei primären Staaten des Südkaukasus – Aserbaidschan, Armenien und Georgien – betreffen, sondern auch die Interessen angrenzender Länder: dies sind Russland im Norden, Iran im Süden, Türkei, Ukraine, Bulgarien und Griechenland im Westen, die zentralasiatischen Staaten Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kasachstan im Osten. Hinzu kommen die Interessen der USA sowie der Europäischen Union und natürlich Chinas. Infolgedessen ist der Südkaukasus für destabilisierende Effekte von außen immer ziemlich anfällig gewesen.

Eine charakteristische Eigenschaft der gesamten Region ist die Vielfalt der Ethnien, kulturellen Traditionen und religiösen Identitäten der Bevölkerung. Dies kann jederzeit Konflikte auslösen, aus denen sich größere Probleme entwickeln können. Es ist jedoch festzustellen, dass der Verzicht auf das Ideal eines kulturellen Pluralismus im Südkaukasus hauptsächlich jenen politischen Kreisen zuzuschreiben ist, die (aus unterschiedlichen Gründen) an einer Destabilisierung der Situation in dieser Region interessiert sind. Der vermeintliche Zustand ständiger Konflikte im Südkaukasus ist eigentlich eher eine Täuschung. Trotz der zahlreichen kulturellen, ethnischen, religiösen, sprachlichen und sonstigen Spaltungen in der Region ist der Südkaukasus Heimat für eine relativ feste Gemeinschaft geworden, die die ganze Vielfalt ethnischer Gruppen integriert, sowohl im Hinblick auf Lebenseinstellung und Psyche als auch auf viele soziale Kategorien wie gemeinsame soziale Vorlieben, Standards für Moral und Verhalten etc. Was wir hier sehen, ist die Herausbildung der so genannten "kaukasischen Mentalität." Deshalb kann eine Betonung oder Übertreibung der zweifelsohne existierenden Dinge, die die Nationen des Südkaukasus trennen, die sie verbindenden gemeinsamen Merkmale keinesfalls überschatten. Diese grundlegende Ähnlichkeit kann sowohl aus einer jahrhundertelangen Symbiose innerhalb derselben Region als auch aus einer gemeinsamen zweihundertjährigen Geschichte innerhalb des Russischen Reichs und später der UdSSR resultieren. Sogar die Sprachen der Hauptnationen Transkaukasiens, die ja zu verschiedenen Sprachfamilien gehören – zu den indoeuropäischen, iberokaukasischen Sprachen und den Turksprachen – bilden heute eine einzige linguistische Union oder einen Sprachbund. Bis heute hat zum Beispiel ein normaler Einwohner von Baku mehr mit einem Georgier

[1] Garnik S. Asatrjan ist Professor an der Staatlichen Universität Jerewan, Leiter des Kaukasischen Zentrums für iranische Studien und Chefredakteur der Zeitschrift "Iran and Caucasus".

oder Armenier gemeinsam als mit einem Türken aus Anatolien, obwohl er mit Letzterem eine gemeinsame Sprache teilt. Auf jeden Fall scheint der so genannte "Zivilisationsfaktor", der von einigen (vor allem amerikanischen) Autoren allzu oft überbetont wird, in Bezug auf den Südkaukasus eher irrelevant. In der modernen Welt, mit all ihren Entwicklungen und Trends zur Globalisierung, haben die "Zivilisationsmerkmale" in gewisser Weise ihre Gültigkeit verloren, da sie weiter verbreitet sind, während regionale Gemeinsamkeiten konstant bleiben.

Es ist jedoch selbstverständlich, dass eine gemeinsame kaukasische Mentalität allein – die ja ein Überbauphänomen ist – ohne richtige Integrationsprozesse, regionale Kooperation und andere Grundelemente kein stabilisierender Faktor sein kann. Ein Überbau-Faktor an sich verliert seine Bedeutung und kann daher nicht als Mittel konkreter Politik angesehen werden. Die Wichtigkeit regionaler Einheiten und natürlich einer Einheit stiftenden Mentalität wurde in der Sowjetunion richtig erkannt. Mitte der 1980er Jahre initiierte die Abteilung für Ideologie des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR ein Projekt zur Zusammenstellung der jeweiligen Regionalgeschichte des Südkaukasus, Nordkaukasus, der Baltischen Republiken etc. mit dem Ziel, die Geschichte der einzelnen Völker zu verallgemeinern und ihr gemeinsames Erbe herauszustellen. Diese Idee war jedoch aufgrund der Wirren der letzten Jahre der Sowjetherrschaft zum Scheitern verurteilt.

So kann die so genannte gemeinsame kaukasische Mentalität nur bei einer gegebenen im Prinzip stabilen Situation ein realer Faktor bleiben und eine sichtbare Rolle bei Integrationsprozessen spielen. Die momentane politische Situation, die von regionalen und lokalen Konflikten, Einmischung von Interessengruppen, Wettbewerb um Kommunikationsprojekte etc. gekennzeichnet ist, lässt das Ideal regionaler Einheit in den Hintergrund treten.

Die strategische Bedeutung des Südkaukasus beruht in erster Linie auf seiner Lage. Transkaukasien wird oft als Pufferzone zwischen Russland, der Türkei und dem Iran charakterisiert, während die Europäische Union es als Brücke zwischen Asien und Europa sieht. Nicht weniger wichtig sind ohne Zweifel die Rohstoffe und Verkehrsnetze der Region. Diese und andere Faktoren können leicht zu einem scharfen Wettbewerb in verschiedenen Einflussgebieten führen, einem Wettbewerb, der in der gegenwärtigen Situation durch neue geopolitische Umverteilungen noch verstärkt wird. Es trifft daher zu, dass das politische Schicksal der Südkaukasusregion eher vom Zusammenwirken oder vom Nebeneinander internationaler Kräfte abhängig ist als vom Willen irgendeines einzelnen Staates.

Dieser relative Mangel an Institutionen ist nur natürlich für kleine, noch nicht lange unabhängige Staaten wie die des Südkaukasus, insbesondere vor dem Hintergrund von globalen Interessengruppen, die sich gut platzieren wollen. Paralysierte Wirtschaftssysteme, Abhängigkeit von internationalen Finanzstrukturen, Auslandsverschuldung, Bemühungen, sich den europäischen Organisationen anzuschließen und ihren Anforderungen zu entsprechen, entstehende Kon-

flikte und die damit verbundenen Erwartungen verschiedener Strategien des Konfliktmanagements, Flüchtlingsprobleme, bestechliche Politiker – all diese Faktoren sind mehr als ausreichend, um ein hohes Maß an Abhängigkeit von äußeren Kräften zu bewirken.

Die führende internationale Macht, die die Sicherheit des Südkaukasus beeinträchtigt, ist eindeutig Russland und seine Politik gegenüber Transkaukasien. Es war Russlands Entscheidung, die historischen, politischen und ethnisch-kulturellen Realitäten in der Region zu ignorieren (oder zu versuchen, sie zu entschärfen), indem es Mini-Reiche schuf (Aserbaidschan, Georgien) und sie strategisch durch potentielle Konfliktzonen (Abchasien, Südossetien, Nagorny Karabach) ausglich. Außerdem war es die Leninsche Nationalitätenpolitik, die für eine Verzerrung der ethnisch-historischen Grenzen der Region verantwortlich war. Diese Politik schuf Diasporagebiete mit künstlichen Grenzen: in Georgien die Armenier (in Jawachk, Südwestgeorgien, an der Grenze zu Armenien) und die türkischsprachige Bevölkerung (in Marneuli, Südostgeorgien, an der Grenze zu Armenien und Aserbaidschan); in Aserbaidschan die Lesgier (Nordaserbaidschan an der Grenze zu Südostdagestan), die Awaren (die Regionen von Belokany and Sakataly), die Talishis (Lenkoran, Zuwand, Astara und Teile der Gebiete um Masally an der Grenze zum Iran).

Diese Grenzdiasporen sind ohne Zweifel in jeder instabilen Situation eine ständige Quelle von Problemen und potentiellen Konflikten. Natürlich kann ein Phänomen wie die Schaffung von Grenzdiasporen von Großmächten aktiviert werden. Wenn man zum Beispiel die aktuelle Situation in Georgien betrachtet, so ist abzusehen, dass Russland versuchen könnte, die bereits latent vorhandenen separatistischen Tendenzen in der armenischen Bevölkerung von Jawachk zu verstärken. Dennoch ist die Anwesenheit russischer Truppen in Jawachk momentan ein stabilisierender Faktor und eine Sicherheitsgarantie für die armenische Bevölkerung. Es ist zu bedenken, dass die nationalistischen Kreise in Georgien leider die Voraussetzungen für ähnliche Trends schaffen: verschiedene Provokationen in den armenisch bewohnten Regionen,

Aufrufe, die Meskhetian-Türken wieder in Jawachk anzusiedeln, um das armenische Element aufzulösen etc. Glücklicherweise wird die Gefahr solcher Eingebungen sowohl in Armenien und Jawachk als auch in den offiziellen Kreisen Georgiens klar verstanden, und der Umgang mit dem Jawachk-Problem kann zumindest im gegenwärtigen Stadium als zivil und korrekt bezeichnet werden.

Was Aserbaidschan betrifft, das 1918 auf der Grundlage der historischen transkaukasischen Gebiete von Arran und Schirwan in einer politisch gezielten Anspielung auf den ursprünglichen Namen der nördlichen Provinzen des Iran geschaffen wurde, so war es als ein gemeinsamer armenisch-moslemischer Staat, als eine “gemeinsame Union” konzipiert. Die Existenz eines solchen Staates gab Russland die Möglichkeit, allein die Kontrolle über die Situation in Transkaukasien auszuüben. Die Grundelemente der heutigen ethnischen Konfrontation

in der Region wurden sicherlich durch den Moskauer Vertrag von 1921 geschaffen, der als Modell für den Ribbentrop-Molotow-Pakt von 1939 diente.

Jedenfalls ist aufgrund bestimmter geopolitischer Entwicklungen Armenien für Russland heute ein wichtiges strategisches Element in Transkaukasien geworden. Damit ist keineswegs gesagt, dass diese Wahl freiwillig getroffen worden wäre, obwohl Armenien mit seinen östlich-christlichen Werten und seiner nach Russland tendierenden Bevölkerung (im Gegensatz zum Beispiel zur angestammten Russenfeindlichkeit Georgiens), die Teil der indo-iranischen Zivilisation ist und gleichzeitig die moslemische mit der christlichen Welt verbindet, für Russland im Südkaukasus den geeignetsten Partner darstellt, der überdies über die kampfbereiteste und bestausgebildete Armee in Transkaukasien verfügt. Eine ideale Situation für Russland wären natürlich ausgewogene Beziehungen zu den drei Republiken, wie es traditionell Ziel russischer Politik gewesen ist. Doch die aufkommende Situation hat klar gezeigt, dass Russland keine solide Grundlage hat, um stabile Beziehungen zu Aserbaidschan oder erst recht zu Georgien herzustellen. Die Orientierungen dieser Länder sind eindeutig unterschiedlich und haben oft feindliche Äußerungsformen gegenüber Russland. Die Bedeutung des armenischen Faktors für Russland und die natürliche Übereinstimmung der strategischen Interessen beider Länder wurden durch das Abkommen "Über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Russischen Föderation und der Republik Armenien" vom 29. August 1997 unterstrichen.

In Armenien wird Russland als wichtigster strategischer Partner behandelt und in gewisser Weise als Sicherheitsgarant. Trotz der engen militärischen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, neben einem hohem Grad an wirtschaftlicher Kooperation aufgrund der jahrelangen Blockade Armeniens und einer fehlenden gemeinsamen Grenze mit Russland, lässt die Situation dort einiges zu wünschen übrig. Als zweitwichtigste internationale Macht bietet sich die Türkei an, die gegenüber den Staaten des Südkaukasus eine deutlich differenzierte Strategie betreibt: eine deutlich vermittelnde Politik gegenüber Aserbaidschan in allen Bereichen; eine taktisch motivierte Freundschaft und Tendenz zur Partnerschaft mit Georgien; eine Politik der Erpressung, Isolation und Blockade gegenüber Armenien. Die Türkei betrachtet Armenien nicht nur als Nachbarland mit politischen Problemen, sondern auch als Keil im turksprachigen ethnisch-kulturellen Ost-West-Kontinuum.

Obwohl es in Armenien politische Kreise gibt, die daran interessiert sind, weit reichende Beziehungen zur Türkei aufzubauen, bleibt die Existenz stabiler politischer und diplomatischer Beziehungen (Armenien versuchte mehr als einmal, letztere aufzubauen) durch das Problem des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich wie auch den fortdauernden Konflikt um Nagorny Karabach determiniert. Im Bereich der Wirtschaft scheint die Präsenz der Türkei auf dem armenischen Rohstoffmarkt ausreichend und eine weitere Entwicklung der Beziehungen für die armenische Wirtschaft nicht sinnvoll. Die Türkei ist ein Land,

das weder über Hochtechnologien noch über eine entwickelte wissenschaftliche Infrastruktur verfügt. Des weiteren bedeutet ein vollständiges türkisches Vordringen nach Armenien, auch im Bereich der Wirtschaft, eine Gefahr für die nationale Sicherheit Armeniens.

Die regionale Politik des Iran, der dritten entscheidenden Macht in der Region, ist deutlich anders. Der Antagonismus des Iran gegenüber dem Westen, insbesondere den USA, sein traditioneller regionaler Wettbewerb mit der Türkei und die Aktivitäten Letzterer im geopolitischen Raum Südkaukasus-Zentralasien, die neuerlichen Gebietsansprüche des jetzt unabhängigen Aserbaidschan in Bezug auf die nordwestlichen Provinzen des Iran sowie die Notwendigkeit, die internationale Isolation zu überwinden – all dies drängt den Iran zu einer Annäherung an Russland und zu der Erkenntnis, dass Armenien ein entscheidendes Hindernis für die expansionistischen Phantasien der Türkei darstellt und von Aserbaidschan eine deutliche Gefahr ausgeht, da es als Bedrohung für die territoriale Integrität des Iran gesehen wird. Währenddessen ist die Republik Aserbaidschan schon durch ihre reine Existenz für den Iran eine ständige Gefahr, wogegen die antiiranischen politischen Tendenzen der Türkei eher im Rahmen einer vagen Strategie prekär sein mögen und als solche leicht zu neutralisieren sind, zum Beispiel durch das Ausspielen der kurdischen Karte oder anderer regionaler Instrumente.

Es ist vielleicht an der Zeit festzustellen, dass alle territorialen Ansprüche Aserbaidschans auf Teile des Iran, die während der Präsidentschaft von A. Eltschibej so deutlich demonstriert wurden, weder historisch, noch politisch, noch kulturell oder anders begründet waren. Die einzige Verbindung zwischen Irans nördlichen Provinzen und der Bevölkerung der Republik Aserbaidschan ist die gemeinsame Sprache; in allen anderen Aspekten – Lebenseinstellung, Ethno-Psychologie, Nationalbewusstsein etc. – sind Aserbaidschan und die Nordprovinzen des Iran unterschiedliche ethnische Formationen. Was die Ähnlichkeit in den Namen der beiden Gebiete betrifft, so wurde, wie gesagt, der Name der transkaukasischen Republik Aserbaidschan mit Blick auf die künftige Annexion der Nordprovinzen des Iran durch die neu entstehende Sowjetrepublik künstlich erfunden. Armenien ist in dieser Hinsicht von größter Wichtigkeit, da es die territoriale Integrität und Stabilität des Iran für den Eckstein seiner nationalen Sicherheit hält, ganz zu schweigen von seiner Rolle als Verbindung zu Russland aufgrund der Vorgeschichte dieser Freundschaft und der augenblicklichen Situation strategischer Partnerschaft. Das Verhältnis zwischen dem Iran und Russland ist zurzeit insgesamt freundlich, trotz eines gewissen Wettbewerbs und gelegentlichen Misstrauens auf beiden Seiten, was in beiden Fällen historische Wurzeln hat; doch beide Länder sind an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert. Armenien kann jedoch eine wichtige Rolle in der virtuellen Achse Moskau-Jerewan-Teheran spielen, die zwar noch nicht verwirklicht ist, jedoch in Gang zu kommen scheint.

Die Bedeutung Armeniens für den Iran ist auch in anderen Fragen regionaler Sicherheit erheblich. Was Armenien selbst betrifft, so sieht es aufgrund der

oben erwähnten Faktoren seine Beziehungen mit dem Iran als eine politische Konstante, unabhängig von jedweder möglichen politischen Entwicklung in der Zukunft. Armenien behauptet absolut unmissverständlich, dass diese beiden Länder durch eine gemeinsame alte Kultur, Zivilisation, Gemeinschaft etc. miteinander verbunden sind. Eine freundliche und unparteiische Einstellung zum Iran ist eines der wichtigsten Elemente der nationalen Weltanschauung Armeniens.

Die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber dem Südkaukasus hat, im Gegensatz zu derjenigen Russlands, der Türkei und des Iran, keine historische Tradition, sondern folgt bestimmten strategischen Prinzipien. In diesem Zusammenhang bedeutet dies vor allem ein Festhalten am Modell von Ausgleich und Gleichgewicht, den Wunsch, enge Beziehungen mit einer wachsenden Anzahl von Parteien aufzubauen, und die Bildung von sich überschneidenden Bündnissen, um ein System zu schaffen, das die Lösung von regionalen Problemen erleichtert.

Es ist auch anzumerken, dass die Entwicklungen in der Region – darunter auch in den türkischsprachigen Staaten Zentralasiens – zu Enttäuschung über das politische System der Türkei, dem Hauptverbündeten der USA, und seinem Modell wirtschaftlicher Entwicklung in der Region führen. Ebenfalls im Grunde unklar sind die Aussichten für die strategische Entwicklung Russlands, der Türkei und des Iran: 1) Wie endgültig ist Russlands Entscheidung, einen demokratischen Nationalstaat zu errichten? 2) Wie stabil ist die prowestliche Orientierung der Türkei? 3) Welchen Liberalisierungskurs wird der Iran einschlagen und wird hiervon das System außenpolitischer Prioritäten des Landes beeinträchtigt werden?

Außerdem kann die Türkei mit dem Problem interethnischer Konflikte konfrontiert werden, die die Integrität des Staates bedrohen: über 25 Prozent seiner 65 Millionen Einwohner sind nicht turksprachiger Abstammung (die Kurden, Zazas, Kaukasier, Armenier, Zigeuner, Assyrer etc.). Insgesamt sind nur 40-50 Prozent der Bevölkerung ethnische Türken. Trotz der jüngsten Schwächung der kurdischen Bewegung nach der Festnahme ihres Führers A. Öcalan ist das Kurdenproblem sicherlich das wichtigste innenpolitische Problem in der Türkei, das einen zunehmend gefährlichen Charakter angenommen hat. Die militärische Option kann angesichts der absoluten Notwendigkeit von radikalen Reformen nur eine vorübergehende Gnadenfrist verschaffen, ohne Aussichten auf eine endgültige Lösung. Die Türkei hat ganz bestimmt Erfahrung in der Lösung ähnlicher Probleme; doch wir schreiben nicht mehr das Jahr 1900, und die physische Vernichtung und Vertreibung einer Nation (wie es bei den Armeniern der Fall war) ist heute sehr schwer zu realisieren. Im Übrigen gibt es zusätzlich zum Kurdenproblem die nationalen Bestrebungen der Zazas, einer iranischsprachigen ethnischen Gruppe von fast fünf Millionen Einwohnern, die in Zentralanatolien leben, hauptsächlich in der Provinz Dersim (heute Tunceli). Die Existenz von funktionierenden politischen Parteien der Zaza mit schlüssigen Programmen, ausgebildeten Führern und Militärorganisationen neben einer Presse der Zaza-Bewegung, unterstützt durch eine Diasporagemeinde von fast einer halben Million in Westeuropa, die

die Einrichtung eines unabhängigen Zazistan befürwortet, kann definitiv als Realität angesehen werden.[2] Diese Bewegung wird ohne Zweifel in Gang kommen, trotz der offensichtlichen Abneigung in kurdischen politischen Kreisen gegenüber jeglichen unabhängigen Äußerungen eines Wunsches nach nationaler Selbstbestimmung der Zaza sowie der Versuche türkischer Behörden, den gesamten Prozess zu manipulieren, in der Absicht, die kurdische Bewegung zu zerschlagen. Eine komplizierte Situation gibt es auch bei den andersgläubigen islamischen Sekten (wie der Aleviten-Bewegung), die immer Ursache von politischen Spannungen waren, trotz der derzeitigen türkischen Strategie, solche Trends zu nationalisieren und zur Verbreitung der nationalen Ideologie zu nutzen.

Dennoch stünde die Desintegration des türkischen Staates scheinbar im Gegensatz zu den Interessen Armeniens. Die Einrichtung einer kurdischen politischen Formation angrenzend an Armenien wäre keine geringe Bedrohung für Armeniens nationale Sicherheit, auch wenn damit Armenien von der türkischen Machtkonzentration im Westen abgetrennt würde. Der potentielle kurdische Staat wäre höchstwahrscheinlich von ständigen Konflikten zwischen den Stämmen und Fraktionen, von bewaffneten Aufständen, extremer Instabilität und schließlich einer unberechenbaren Außenpolitik gekennzeichnet und zudem alles andere als freundlich gegenüber Armenien eingestellt, aus vielen Gründen, insbesondere auch aufgrund der Tatsache, dass die Gebietsansprüche des vermutlichen Kurdistan gleichmäßig auf das historische Westarmenien (Ostanatolien) und Ostarmenien (die heutige Republik Armenien und einen Teil der Republik Aserbaidschan) verteilt sind. Hinzu kommt, dass die Ideologie der kurdischen Bewegung im Allgemeinen extrem expansionistisch und kriegerisch ist, in verschiedenen Varianten Ansprüche auf riesige Territorien vom Persischen Golf bis zum Schwarzen und Kaspischen Meer beinhaltet und eine große Zahl von iranischsprachigen ethnischen Gruppierungen wie die Lurs, Bachtiaren, Laks, Gurans und Zazas als kurdisch identifiziert und viele Kulturen, die seit Urzeiten in der Region existieren, als kurdisch etikettiert. Die Bildung eines unabhängigen kurdischen Staates (auch außerhalb der Türkei) wäre ein Destabilisierungsfaktor für die gesamte Region. Dies wäre ebenso eine Bedrohung der Integrität des Iran und würde eine Kettenreaktion ähnlicher Ansprüche unter anderen ethnischen Formationen auslösen, die in allen Ländern der Region reichlich vorhanden sind.

Für die nationalen Interessen Armeniens ist es auf jeden Fall vorzuziehen, als Nachbarn ein Land wie die heutige Türkei zu haben, die zwar feindlich ist, aber Traditionen von Eigenstaatlichkeit besitzt und zumindest formal innerhalb international anerkannter gesetzlicher Standards funktioniert, als eine praktisch unregierbare (und von daher unberechenbare) kurdische Formation. Ein kurdischer Staat vor den Toren Armeniens würde eine konstante Bedrohung und Gefahr darstellen, da er nicht über Traditionen regionaler Eigenstaatlichkeit oder Ein-

[2] Siehe *Iran & the Caucasus*, Bd. IV, 397–408.

heitlichkeit verfügt und Armenien gegenüber immer noch feindlich eingestellt ist, möglicherweise sogar mit krimineller Orientierung (Beispiele: Tschetschenien, das Taliban-Regime in Afghanistan und der so genannte Kurdische Sektor im Nordirak, der nach dem Krieg am Persischen Golf auftauchte).

Die Türkei ist trotz ihrer militärischen Macht eher ein verwundbares Gebilde, das noch viele harte Zeiten vor sich hat. Ob sie in der Lage ist, den Kurdenkonflikt zu lösen oder andere, nicht weniger wichtige Fragen (wie die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern und Wiedergutmachung seiner Auswirkungen), wird weitgehend über ihre Bedeutung als wichtiger regionaler Faktor entscheiden.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass ein ähnliches Vorgehen bei der Analyse der ethnischen Situation im Iran und ihrer voraussichtlichen Entwicklung sowohl vom Prinzip her unkorrekt als auch methodologisch unbegründet wäre. Der Iran ist eine alte Nation mit einer fast dreitausendjährigen Tradition ununterbrochener Eigenstaatlichkeit. Es ist ein Land, das die Nationen integriert, die immer Teil des historischen Iran gewesen sind und ihre politische Zugehörigkeit zum Iran klar anerkannt haben. Dies gilt für alle Nationen im Iran, auch die nichtiranischer Herkunft. Innerhalb seiner derzeit bestehenden Grenzen ist der Iran eine völlig natürliche Formation – nicht ein einziger Teil davon ist je künstlich (gewaltsam) annektiert worden. Keine einzige Nation oder ethnische Gruppe, die den Iran gegenwärtig bewohnt, ist je mit ihrem ethnischen Territorium dem Iran einverleibt worden; sie alle haben entweder ursprünglich auf iranischem Gebiet gelebt oder sind von anderen Gebieten in den Iran umgesiedelt. Dies hat, trotz ethnischer Vielfalt und des Fortbestands einzigartiger Traditionen bei verschiedenen Gruppen, zu einer gemeinsamen Mentalität oder dem Begriff der gemeinsamen iranischen Idee geführt. Deshalb haben die separatistischen Ideen, die in ihren verschiedenen Formen im Iran präsent sind, keine historische Grundlage, sind sie doch oft von außerhalb des Landes durch ausländische Interessengruppen oder politische Bewegungen importiert worden. In dieser Hinsicht ist es höchst symptomatisch, dass die paniranische Idee selbst als eine kulturelle Bewegung in den turksprachigen Gebieten des Iran entstanden ist, und zwar in Aturpatakan (Aserbaidschan), und die meisten ihrer Führer aus den nordiranischen Provinzen stammen, vor allem aus Tabriz (Ahmad Kasravi-ye Tabrizi, Yahya Zoka, etc.).

Nichts dergleichen kann über die Völker gesagt werden, die das Osmanische Reich oder die Türkei bilden. Für die in der Türkei lebenden ethnischen Gruppen ist der Begriff der türkischen Eigenstaatlichkeit oft mit der Invasion ihrer historischen Gebiete verbunden gewesen, mit despotischer Herrschaft, einer repressiven Staatsmaschinerie, die primär gegen die nicht turksprachigen ethnischen Gruppen gerichtet war, die sich nicht mit dem türkischen Staat identifiziert hatten und denen die Idee der Eigenstaatlichkeit im Grunde oft fremd war.

Keine Analyse der regionalen Situation oder ihrer künftigen Entwicklung ist heute ohne eine Berücksichtigung Chinas, des Giganten im Osten, möglich. Die chinesischen Interessen im Südkaukasus sind nicht so explizit wie die Rus-

slands, der USA, des Iran oder der Türkei. Dies bedeutet nicht, dass chinesische Interessen nicht vorhanden wären, doch sie werden sich in Zukunft deutlicher herausstellen müssen. Überdies bietet sich im gegebenen Zusammenhang Armenien als Faktor an, der das turksprachige Element und die pantürkischen politischen Ziele wirksam ausgleicht, eine Tatsache, die für China im Hinblick auf das Uighuren-Problem in der Xinjiang-Region sehr wichtig ist.

Dies wird auch durch die gegenwärtige chinesisch-russische Annäherung in Zentralasien bekräftigt, die von der russischen Absicht, die strategische Kontrolle über Zentralasien zu behalten, und der chinesischen Sorge über die potentielle Bedrohung durch sezessionistische Tendenzen der Uighuren sowie die zunehmende Verbreitung des islamischen Fundamentalismus in Zentralasien angetrieben wird. Ein stabiles Zentralasien wird dagegen China die Möglichkeit geben, sich bei zuverlässiger Unterstützung entlang ostasiatischer und südasiatischer strategischer Linien auszudehnen, eine Entwicklung, die bis heute einigen Erfolg gehabt hat. Es ist davon auszugehen, dass die Zunahme des gegen China gerichteten Nationalismus in Xinjiang China zu energischerem Vorgehen in der Region anspornen wird mit dem Ziel, den armenischen Faktor zu verstärken und die politischen Kräfte in Transkaukasien auszugleichen.

Die Europäische Union hingegen, der es um Fragen osteuropäischer Sicherheit in enger Verbindung zu möglichen Entwicklungen in Russland geht, hat bis jetzt in ihrem militärischen und politischen Einflussbereich von Aktionen abgesehen und wird höchstwahrscheinlich vorerst in ihrer Rolle als Schutzmacht für westliche und europäische wirtschaftliche Interessen verharren.

So wird die Errichtung einer neuen Weltordnung, die ein komplizierter fortdauernder Prozess ist, kaum ohne größere Störungen vor sich gehen, da es sich hier, wie wir sehen, um eine beispiellose Verschiebung internationaler Kräfteverhältnisse handelt. Vieles hängt insbesondere vom gegenwärtigen Zustand der Beziehungen zwischen den USA und Russland und deren künftiger Entwicklung ab. Der Südkaukasus zeichnet sich durch intensive ethnische Spannungen aus; ein wichtiges Element dieser Spannungen liegt in tief verwurzelten historischen Problemen, was bedeutet, dass die Region ein hohes Sicherheitsrisiko bleibt.

Wir wollen uns nun Armenien selbst zuwenden, das im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts einige äußerst wichtige Meilensteine seiner Entwicklung erreicht hat, vor allem seine neu erworbene Unabhängigkeit. In der Zwischenzeit korrespondierte ein höchst dynamisches äußeres Umfeld (das Karabach-Problem insbesondere) mit einer Stagnation in der inneren Entwicklung – einer Art politischer Zeitlosigkeit – , wobei das einzige Anzeichen von Dynamik leider die Daten über die Bevölkerungsmigration waren. Der wichtigste Grund für diese Bevölkerungsverschiebung war nach der Erlangung der Unabhängigkeit die Machtergreifung von politischen Kräften, die nicht nur ignorierten, dass Armenien die beste Situation gegenüber seiner Region in seiner Geschichte erlebte, sondern eine Politik betrieben, bei der die persönlichen Ambitionen einer kleinen

Gruppe an der Macht an die Stelle der Bedürfnisse der armenischen Nation als Betroffene traten. Der unzweideutige Vorrang persönlicher Interessen, eine räuberische Einstellung gegenüber den nationalen Aktivposten, die umfassende Plünderung nationalen Vermögens einschließlich des Erbes des Imperiums, fortgesetzt ungeschickte Personalrekrutierung und undurchsichtige Machtstrukturen neben einer Reihe anderer negativer Faktoren, die durch die neuen Politiker gefördert wurden, führten zu einem hohen Grad an sozialer Frustration, dem primären Grund für die Migrationen. Diese Bedingungen wurden durch die Tatsache verschärft, dass sie vor dem Hintergrund einer zehnjährigen Blockade, der Energiekrise der Mitte der 90er Jahre, eines wirtschaftlichen Rückgangs, politischer Spannungen um Armenien im Zusammenhang mit dem Krieg in Berg-Karabach und des Ausbleibens von positiven Tendenzen überhaupt stattfanden. Die einzige lebensfähige Struktur im postsowjetischen Armenien war wahrscheinlich die armenische Armee, die ihre Kampfbereitschaft schon im Karabach-Krieg bewiesen hatte. Man kann mit Bestimmtheit sagen, dass bis heute die armenische Armee die bestausgebildete Armee in Transkaukasien ist, hoch motiviert und auf die Erfüllung der zahlreichen armenischen nationalen Bestrebungen ausgerichtet, die sich nun einmal im Laufe der Jahrhunderte angesammelt haben. Es muss jedoch gesagt werden, dass in diesem Bereich Erfolge eher gegen die politische Ordnung im Land als dank dieser Ordnung möglich gewesen sind. Für diese Erfolge musste die gesamte Bevölkerung Armeniens einen hohen Preis zahlen: sie ertrug stoisch die Härten der allgemeinen sozialen Krise, für die oft genug der Karabach-Konflikt herhalten musste.

Eins ist sicher: angesichts der Komplexität der Probleme, mit denen Armenien zu Beginn seiner Unabhängigkeit konfrontiert wurde, gab es auch eine Reihe deutlich positiver Faktoren, die wirksam hätten verstärkt werden können, um das Land auf einen neuen Entwicklungsstand anzuheben. Wir denken hier nicht nur an die ökonomischen und wissenschaftlichen Potentiale, die für ein kleines regionales Land recht bedeutsam sind, sondern an die objektive und positive Realität.

Armenien ist einer der wichtigen geopolitischen Faktoren in der Region, einer, der gegenüber möglichen gezielten Einflüssen von außen relativ immun ist. Im Gegensatz zu den multinationalen Formationen Georgiens oder Aserbaidschans ist Armenien im Prinzip ein monoethnischer Staat, der keine innenpolitischen Probleme mit ethnischen Minderheiten hat. Tatsächlich ist es das einzige Land in der weiteren Region, in dem die primäre ethnische Bevölkerung über 95 Prozent ausmacht. Die bedeutsamste nationale Minderheit in Armenien sind die Jesidis (eine ethnisch-religiöse kurdischsprachige Gruppe), die nach der Volkszählung von 1989 etwas über 52.000 Einwohner zählt. Es ist wahr, dass zu Beginn der Unabhängigkeit in den 1990er Jahren gewisse Parteien von außen versucht haben, die Jesidis von ihrer Identität mit den Kurden zu überzeugen, um diese Gemeinschaft in die kurdische politische Bewegung hineinzuziehen. Diese Versuche können jedoch keineswegs als erfolgreich bezeichnet werden, fielen

sie doch mit dem Höhepunkt des aufsteigenden Nationalbewusstseins der Jesidis zusammen, das in den Jahrzehnten der Sowjetmacht geleugnet worden war. Die Jesidis bewahrten ihre Einheit und distanzierten sich deutlich von den Kurden. Diese Versuche waren angesichts der Geschichte der Jesidis als einer separaten ethnisch-religiösen Gruppe mit ihren eigenen Merkmalen, die sie qualitativ von den Kurden unterscheiden, zum Scheitern verurteilt. Ziel dieser künstlichen Initiative der so genannten "kurdischen" Minderheit in Armenien, war es natürlich, in Ermangelung einer geeigneteren Handhabe für politische Manipulationen, Armenien in den Umkreis der Staaten mit "kurdischem Faktor" zu ziehen, mit allen entsprechenden Folgen. (Es ist klar, dass auch eine vollständige Kurdisierung der 50.000 Jesidis kaum einen nennenswerten Beitrag zu der millionenstarken kurdischen Bewegung leisten könnte; doch eine Minderheit von 50.000 in einem Land von drei Millionen Einwohnern könnte leicht als Ausgangspunkt für die Schaffung der oben erwähnten Instabilität benutzt werden.)

Armenien ist nicht nur ethnisch und religiös einheitlich, sondern auch in vielen sozialen und clanbezogenen Eigenschaften, die sonst unerwünschte politische Entwicklungen im Land auslösen könnten. Im Gegensatz dazu ist die Titularethnie Aserbaidschans (die turksprachige Kernbevölkerung des Landes) eine eher heterogene Masse, gekennzeichnet durch verschiedene Komponenten mit divergierenden Bestrebungen, ganz zu schweigen von den Minderheiten: den Talishis, den Lesgiern, den Kurden und den Tats. Auch Georgien weist Heterogenität selbst in seiner Titularethnie auf, auch wenn die Art dieser Heterogenität eine andere ist als die Aserbaidschans; der Begriff "Georgier" schließt eigentlich verschiedene ethnische Formationen ein, inklusive der Georgier selbst, der Swanen, der Mingrels und der Adjaren, mit vielen lokalen Variationen und spezifischen Lebensstilen. All diese Dinge führen zu lokalen Interessen, die das gesamte Machtsystem durchziehen und auf diese Weise die nationale Sicherheit des Landes schwächen und gefährden. Auch Armenien hat Clans, doch diese sind sehr dynamisch (oft veränderlich und von kurzer Lebensdauer): außerdem haben die Menschen, die sich diesen Clans anschließen, ausschließlich gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen, unabhängig von ihrer Herkunft, Familie, sozialen Zugehörigkeit etc.

Überdies zeichnet Armenien sich unter den Ländern Transkaukasiens durch die übergreifenden Ideen nationaler Zugehörigkeit, armenischer Eigenstaatlichkeit und eines gemeinsamen spirituellen Erbes aus. All dies begünstigt die innere Stabilität unter jedweden Bedingungen, was in den vergangenen Jahren tiefer wirtschaftlicher und politischer Krisen deutlich wurde. Diese einigende Kraft hat ihre Wurzeln sicherlich in der historischen Vergangenheit der Armenier: dem Verlust ihrer ethnischen Territorien, dem Erleiden von Völkermord und Exil, der Existenz einer großen Gemeinde von Armeniern in der Diaspora. Der Gedanke eines "gemeinsamen Hauses" für die armenische Nation ist Teil der na-

tionalen Mentalität geworden, Element des nationalen Denkens wie auch der Einstellung zur Welt.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass der Schwachpunkt Armeniens im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten in den niedrigen demographischen Kennziffern liegt, bei hoher Emigrationsrate und niedriger Bevölkerungsdichte in den Grenzgebieten. Trotz der vergangenen zehn Jahre der unabhängigen Existenz Armeniens ist eine der noch zu lösenden Grundsatzfragen die Entwicklung eines sorgfältig kalkulierten und wissenschaftlich entwickelten geostrategischen Kurses und die Erarbeitung einer nationalen Sicherheitskonzeption.

Die russische Politik im Südkaukasus

Vitali W. Naumkin[1]

Der Südkaukasus ist für Russland wichtig – für seine Sicherheit ebenso wie für seine Wirtschaft. Unter den vielen Faktoren, die die Bedeutung dieser Region ausmachen, sind die Folgenden hervorzuheben:

- Sie grenzt an den Nordkaukasus, was zu ernsthaften Bedrohungen für Russlands Sicherheit führt.

- Sie trennt Russland von seinen wichtigen Partnern im Süden, der Türkei und dem Iran.

- Sie weist einen hohen Grad an Instabilität auf, mit einigen gravierenden ungelösten Konflikten im Innern. Auch gibt es Konfliktpotential in den Beziehungen zwischen den Staaten des Südkaukasus und deren südlichen Nachbarn.

- Die Länder der Region spielen bei der Erschließung der Bodenschätze des Kaspischen Raums eine wichtige Rolle.

- Globale und regionale Mächte wie auch andere Staaten richten ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf diese Region.

Die russische Politik gegenüber dem Südkaukasus hat in den 1990er Jahren wichtige Veränderungen durchgemacht und kann kaum als konsequent bezeichnet werden. Doch all diese Jahre hindurch war Moskau intensiv in die aufkommenden Prozesse im Südkaukasus involviert und befürchtete, angesichts der erhöhten Präsenz von Drittländern in der Region, aus diesen Prozessen verdrängt zu werden und seine Interessen verletzt zu sehen. Diese Motivation hat einen ständigen Druck auf das russische Verhalten ausgeübt. Heute, da Russland bei seiner Suche nach einem Ausweg aus dem Tschetschenien-Konflikt vor enormen Schwierigkeiten steht, ist es besonders an stabilen und freundschaftlichen Beziehungen zu dieser Region interessiert, ein Grund, der stärker wiegt als die Versuchung, Risikofaktoren einzusetzen, die die südkaukasischen Staaten (Aserbaidschan, Armenien und Georgien) im Interesse Russlands bedrohen würden.

[1] Witali W. Naumkin ist Professor für politische Wissenschaften und Präsident des Internationalen Zentrums für strategische und politische Studien, Moskau, Russland.

Russlands Position im Wandel

Das Bestehen langjähriger interethnischer Konflikte (zwischen Georgien und Abchasien, Armenien und Aserbaidschan oder Karabach, Georgien und Südossetien, Konflikte mit den Lesgiern und anderen Minderheiten) nährt die tiefe Besorgnis Russlands um seine Sicherheit. Russland hat einen wichtigen Beitrag zur Beilegung dieser Konflikte geleistet, obwohl die Schlussresolutionen noch nicht vollzogen sind. Die russische Diplomatie vermittelte das Waffenstillstandsabkommen zwischen Baku und Karabach, Russlands friedenssichernde Kräfte überwachen gemeinsam mit den entsprechenden georgischen und ossetischen Kräften die Einhaltung des Waffenstillstands in Südossetien, und seine friedenssichernden Kräfte spielen die gleiche Rolle in Abchasien.

Die Triade, mit deren Hilfe Russland seine Sicherheitsinteressen in den 1990er Jahren im Südkaukasus wie in Zentralasien schützte – Militärstützpunkte, Verteidigung der äußeren Grenzen der GUS, friedenssichernde Kräfte – hatte bis zum Ende des Jahrzehnts Risse bekommen. Die Konzentration russischer Truppen in Transkaukasien wurde eingeschränkt, während die allgemeine Reduzierung bei den Streitkräften die breitere Militärpräsenz in diesem Gebiet beeinträchtigte. Im März 1999 forderte der Verteidigungsausschuss des georgischen Parlaments den Abzug von zwei der verbliebenen russischen Militärstützpunkte aus Georgien – aus Bombora (Abchasien) und Watsiani (bei Tbilissi).[2] Während des OSZE-Gipfels in Istanbul im Oktober 1999 wurde eine solche Übereinkunft zwischen Georgien und der Russischen Föderation erreicht. Im selben Jahr kündigte Georgien zusammen mit Usbekistan und Aserbaidschan seine Mitgliedschaft im Kollektiven Sicherheitsvertrag (unterzeichnet am 15. Mai 1992). Die russischen Friedenseinheiten in Abchasien wurden von bestimmen georgischen Kreisen angegriffen. Diese Kreise haben versucht, den Friedenseinheiten die Erfüllung von Aufgaben aufzudrängen, die nicht Teil ihres Mandats sind, nämlich die Sicherheit rückkehrender Flüchtlinge zu gewährleisten.

Russlands militärische Präsenz löste halbherzige Klagen in Washington und anderen NATO-Hauptstädten aus. Die USA und die NATO ihrerseits waren dabei, die Länder der Region aktiv in ihren Einflussbereich zu ziehen, und verließen sich im Übrigen auf die Türkei. Aserbaidschan und Georgien wurden von vielen zunehmend als die westlichen Stützpunkte in der Region angesehen, während Armenien, das eine aktive militärtechnische Zusammenarbeit mit Russland auf vertraglicher Grundlage verfolgt, als ein strategischer Verbündeter Russlands galt.

So weit kaspische Ölvorkommen betroffen sind, zeigte sich Russland interessiert, seinen Anteil davon zu bekommen und sein Gebiet für den Transit dieses Öls zur Verfügung zu stellen. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre stimmten die Ansichten Russlands und Aserbaidschans über die Frage der Nutzung des Kaspischen Meeres und über seinen rechtlichen Status nicht überein, doch nach dem

[2] *Nezavisimaja gazeta*, 19. März 1999, 5.

Besuch von Präsident Putin in Baku Anfang 2001 näherte sich Aserbaidschan der Position Russlands und Kasachstans an. Im Juli 1998 kamen Präsident Jelzin und Nasarbarjew überein, den kaspischen Meeresboden in Sektoren einzuteilen, während man das Wasser und den Luftraum im gemeinsamen Besitz der Anrainerstaaten beließ.

Für Russland liegen die gemeinsamen Interessen der südkaukasischen Staaten und der Ölabnehmer in der sicheren Belieferung des Weltmarkts mit kaspischem Öl. Doch Moskau hat berechtigte Bedenken hinsichtlich der ökologischen Folgen des Abbaus der Ölreserven, vor allem angesichts der Verwundbarkeit der biologischen Ressourcen des Kaspischen Raums, insbesondere bei Stör, Robben und seltenen Vogelarten. Nach Ansicht von Geoffrey Kemp ist "das Kaspische Meer ökologisch besonders verwundbar durch auslaufendes Öl und ähnliche Ursachen von Umweltverschmutzungen."[3]

Moskau sah auch einen Risikofaktor im Widerstand der USA gegen die Förderung russischer Interessen, da die USA es übernahmen, die neuen Republiken in der Region durch Stärkung ihrer Souveränität zu unterstützen, dies jedoch primär als Schutz vor Russland verstanden. Einem der führenden amerikanischen Analytiker zufolge sehen "die Führungen und die Völker Zentralasiens und des Kaukasus in Russland die Hauptbedrohung für ihre Unabhängigkeit."[4]

Moskau ist sich bewusst, dass eine Diversifizierung von Transitstrecken für den Transport kaspischen Öls auf die Weltmärkte unvermeidlich ist. Aber Moskau ist nicht bereit, den Bau von Pipelines für rein politische Zwecke zu unterstützen. Die amerikanische Unterstützung für den Bau der Baku-Ceyan-Öl-Pipeline, der von vielen Ölgesellschaften als ökonomisch nicht machbar angesehen wurde, interpretierte Moskau als gegen die Interessen Russlands gerichtet. Die russischen Interessen lagen darin, den Öl-Transit über russisches Gebiet zu leiten. Trotz seiner Skepsis hinsichtlich des kommerziellen Werts dieses Projekts bekundete Russland seinen Wunsch, mit den Befürwortern dieser Route zu kooperieren. Eine der führenden russischen Ölgesellschaften, LUKoil, könnte einer Beteiligung am Bau dieser Pipeline zustimmen.

Angesichts der Vielzahl von Risiken und Herausforderungen im Südkaukasus stellt sich die Frage nach der Rolle des Militärs für den Schutz der Stabilität und der Sicherung der ökonomischen Interessen aller lokalen, regionalen und globalen Mächte. Die Forderung aus den Hauptstädten einzelner Anrainerstaaten (Baku und Teheran) nach Demilitarisierung der Kaspischen Region war für Russland

[3] Geoffrey Kemp, *Energy Superbowl: Strategic Politics in the Persian Gulf and Caspian Basin* (Energie-Superbowl: Strategische Politik am Persischen Golf und im Kaspischen Raum (Washington, D.C.: Nixon Center for Peace and Freedom, 1997), 33

[4] Laurent Ruseckas, *Caspian Studies Program Experts Conference Report. Succession and Long-Term Stability in the Caspian Region* (Bericht von der Expertenkonferenz zum Programm Kaspische Studien. Nachfolge und langfristige Stabilität im Kaspischen Raum) (Cambridge, MA: Harvard University, Oktober 1999), 109.

ein Versuch, es daran zu hindern, an seiner ohnehin verwundbaren Südflanke die dort zahlreichen potentiellen Bedrohungen abzuwehren.

Dabei wurden die politischen und militärischen Interessen von ökonomischem Faktoren beeinflusst. Die Tatsache, dass über zwei Millionen Aserbaidschaner in Russland arbeiten und ihre Überweisungen einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Landes ausmachen, weckt das Interesse der aserbaidschanische Führung an einer Verbesserung der Beziehungen zu Moskau. Dies erklärt zum Teil, warum Präsident Hejdar Alijew mit Russland zusammenarbeitete, indem er die Nutzung aserbaidschanischen Territoriums durch tschetschenische Rebellen verhinderte.

Dies war nicht der Fall in Georgien. Moskau kritisierte die georgische Regierung hart, weil sie den Transit von Söldnern, Waffen und Geld durch georgisches Gebiet nach Tschetschenien erlaubte und Terroristen beherbergte, die mit tschetschenischen Flüchtlingen nach Georgien vordrangen. Doch der georgische Präsident Eduard Schewardnadse zeigte keine Bereitschaft, Maßnahmen gegen diese Elemente zu ergreifen.

Das wachsende Engagement der Vereinigten Staaten

Die Ereignisse nach den Terrorangriffen auf New York und Washington veränderten das gesamte Klima in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Russland unterstützte mit Nachdruck den amerikanisch geführten Kampf gegen den Terrorismus und zeigte Verständnis für die verstärkte amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien.

Die plötzlichen Veränderungen der Sicherheitslage im Südkaukasus, eine Folge der Ankunft von amerikanischen Militärberatern in Georgien Ende Februar 2002, haben in Russland zu einer stürmischen Debatte geführt. Das Auftauchen von militärischen Ausbildern der USA in Tbilissi kam für die russische Führung unerwartet, obwohl amerikanischen Regierungsvertretern zufolge die amerikanische Seite die Russen schon Ende letzten Jahres im Rahmen der gemeinsamen Arbeitsgruppe Afghanistan von Vorbereitungen und der Existenz eines Versorgungsprogramms für Georgien informiert hatte. Doch die Tatsache, dass Präsident Schewardnadse es nicht für nötig hielt, Moskau über die geplante Ankunft amerikanischer Militärberater in Tbilissi zu informieren, war für die russische Führung ein Schock. Dies wurde insbesondere aus der öffentliche Erklärung Wladimir Putins während des informellen GUS-Gipfels deutlich, der am 1./2. März in Almaty stattfand. Doch trotz dieser Reaktion betonte der russische Präsident auch, dass Georgien das Recht habe, ein Land um Hilfe zu ersuchen, wenn es dies für notwendig halte. Der Außenminister der Russischen Föderation Igor Iwanow sprach von Russlands "Sorgen, dass die direkte Beteiligung des US-Militärs an Kampfeinsätzen gegen Terroristen in Georgien die Situation in der Region weiter verschlechtern könnte."[5]

[5] *Izvestija*, 1. März 2002.

Bezeichnenderweise betonte Präsident Schewardnadse bei der Erläuterung seiner Position, dass die USA Georgien geholfen habe, Grenzschutztruppen zu bilden, und nun bei der Schaffung und Ausbildung von "Antiterrorgruppen" helfen werde, "was kein anderes Land tun kann."[6] Georgische wie amerikanische Vertreter betonten, dass es nicht darum ginge, Streitkräfte nach Georgien zu entsenden, die sich direkt an Antiterroreinsätzen beteiligten, sondern darum, Berater zur Ausbildung von georgischen Sondertruppen zu entsenden.

Dabei wurde die Pankisi-Schlucht an der georgischen Grenze zu Tschetschenien, wo es unter den tschetschenischen Flüchtlingen viele bewaffnete Rebellen gibt, als Ziel eines möglichen Einsatzes der georgischen Sondertruppen erwähnt. In diesem Zusammenhang brachten die russischen Behörden ihre Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass Tbilissi die Tatsache anerkannt hat, dass es in Pankisi tschetschenische Rebellen gebe (dies war früher verneint worden).[7] Daher entspricht die Aussicht auf die mögliche Beseitigung des Rebellenstützpunktes in Georgien und die Blockade der Versorgungswege tschetschenischer Separatisten durch den Südkaukasus sogar russischen Interessen.

Analytiker in Russland bezweifeln jedoch, dass die Pankisi-Schlucht Ziel eines künftigen Einsatzes der georgischen Truppen werden wird. Es gibt Befürchtungen, dass die georgische Armee mit Unterstützung des US-Militärs versuchen werde, die Kontrolle Tbilissis über Abchasien wiederherzustellen, mit deren Bevölkerung die gesamte Nordkaukasus-Region ebenso wie ein Teil der russischen politischen Elite traditionell sympathisiert. Um einen bewaffneten Einsatz zu beginnen, reicht es aus, auf abchasischem Gebiet Terrorakte gegen Georgier zu provozieren, nachdem man zunächst einen Teil der dortigen tschetschenischen Rebellen verlegt oder abgedrängt hat. Dmitri Rogosin, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma, sagte, er habe Informationen über die Absicht der georgischen Führung, "ein Arrangement mit den tschetschenischen Rebellen zu treffen," und "möglicherweise gemeinsam mit den Amerikanern ... die Söldner aus der Pankisi-Schlucht hinauszudrängen."

Die russische Presse veröffentlichte sogar Artikel über eine mögliche "US-Offensive" gegen alle vier nichtanerkannten Republiken (Nagorny Karabach, Südossetien, Abchasien und Transdnistrien), von denen drei im Südkaukasus liegen.[8] Nachdem die USA den transkaukasischen Staaten geholfen habe, die Kontrolle über ihre rebellischen Republiken wiederherzustellen, werden sie nach Meinung der Autoren solcher Prognosen die Stabilität der Regime sichern, die von nun an unter US-Kontrolle stehen werden.

Auf jeden Fall erwartet Russland, dass Aserbaidschan als nächstes Land militärische Hilfe von den USA erhalten wird. Dort wächst die Gefahr der Desta-

[6] Das russische TV-Programm ORT, 1. März 2002.
[7] Ibid.
[8] Armen Chanbabian, "Nepriznannoj ' èetverke' ugrožaet smertel'naja opasnost"' (Den nichtanerkannten "Vier" droht tödliche Gefahr), *Nezavisimaja gazeta*, 2. März 2002.

bilisierung mit dem unvermeidlich näher rückenden Wechsel an der Spitze des Landes. Dies kann die Amerikaner dazu bringen, aktiv zu werden, insbesondere angesichts ihrer erheblichen Erdölinteressen. Wie im Fall Georgiens kann Russland wenig dagegen unternehmen und wird es kaum für notwendig halten, sich in eine Konfrontation mit den USA zu begeben. Doch anders als in Georgien ist es der russischen Führung in Aserbaidschan in letzter Zeit gelungen, durch eine erhebliche Verbesserung ihrer Beziehungen zu diesem Staat ihre Positionen einigermaßen zu festigen.

In Verbindung mit dem aktiven "Durchbruch" der USA im Südkaukasus könnte Moskaus traditionelle strategische Allianz mit Jerewan ebenfalls verwundbar werden. Armenien, das nicht weniger als andere transkaukasische Republiken daran interessiert ist, wirtschaftliche, politische und sonstige Unterstützung durch den Westen zu erhalten, ist bereits bedeutet worden, dass auch ihm die Aufmerksamkeit Washingtons gelte. Schon Anfang Mai 2002 gab es Medienberichte darüber, dass Jerewan für den Kampf gegen den Terrorismus die (bisher) bescheidene amerikanische Militärhilfe von $ 4,5 Millionen versprochen wurde und dass erste Schritte zum Aufbau einer Kooperation in diesem Bereich unternommen wurden.

Während Russlands Exekutive in ihrer Reaktion auf die Ereignisse in Georgien Zurückhaltung an den Tag legte, war die Reaktion in Kreisen des Parlaments schärfer. Eine Reihe von Abgeordneten der Staatsduma schlug vor, eine Erklärung über Abchasien und Südossetien zu verabschieden für den Fall, dass amerikanische Militärkontingente schließlich in Georgien eintreffen. Laut Rogosin hat "im Falle der Auflösung Georgiens Russland das Recht, die Souveränität und Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien anzuerkennen und mit dem Aufbau zwischenstaatlicher Beziehungen zu ihnen zu beginnen." Doch eine solche Erklärung hatte keine Chance, die Unterstützung der loyal zum Präsidenten stehenden Dumamehrheit zu bekommen, da dies Russland in einen Konflikt mit dem Westen verstricken würde und auch eine beidseitige Anerkennung der Unabhängigkeit Tschetscheniens mit sich bringen könnte.

Der Präsident des nichtanerkannten Abchasiens Wladislaw Ardsinba ersuchte jedoch bei der russischen Führung um die Aufnahme von "assoziierten Beziehungen" mit Abchasien, ein Status, den die abchasische Verfassung erlaubt. Es gibt Informationen darüber, dass in nächster Zeit in Abchasien ein Referendum über die Frage einer Verfassungsänderung durchgeführt werden soll. Dies würde die Aufnahme einer Klausel bedeuten, die die Vereinigung der Republik mit Russland erlaubt.

Die 'strategische Ungewissheit'

Insgesamt ist durch die verstärkte amerikanische Präsenz im Südkaukasus eine Situation "strategischer Unsicherheit" hinsichtlich der Beziehungen Russlands zu den Ländern dieser Region entstanden. Bisher ist nicht klar, wie die Amerikaner

und möglicherweise andere westliche Mächte vor Ort aufgenommen werden. Wenn sich die Pressenachricht über die angebliche Absicht der USA, in Georgien eine elektronische Überwachungsstation aufzubauen – ähnlich derjenigen, die Russland in Lurdes auf Kuba hatte –, bestätigt, so wird dies den Amerikanern die Möglichkeit geben, Verbindungen nicht nur im Iran (und dies ist zweifellos eines ihrer Hauptziele), sondern auch in Russlands südlichen Regionen zu überwachen.

Diese Situation "strategischer Unsicherheit" wird wahrscheinlich eine gewisse Zeit anhalten. Russland wird die Ereignisse aufmerksam beobachten und wahrscheinlich den Wunsch hegen, die bilateralen Beziehungen zu den transkaukasischen Staaten Armenien, das noch der Unterstützung Moskaus bedarf, und Aserbaidschan, dessen Verhältnis zu Russland während des letzten erfolgreichen Besuchs von Präsident Hejdar Alijew einen positiven Impuls erhielten, zu reaktivieren.

Bisher ist nicht klar, welchen Einfluss das Eindringen der USA in den Sicherheitsbereich der Südzone der GUS als Ganzes und des Südkaukasus im Besonderen auf das Schicksal kollektiver Mechanismen und vor allem des Kollektiven Sicherheitsvertrags ebenso wie der GUS selbst haben wird. Man kann sich schwer vorstellen, welches Schicksal die russischen friedenserhaltenden Kräfte im georgisch-abchasischen Konflikt erwartet. Auch wenn sie bis vor kurzem die einzige Kraft waren, die in der Lage war, den Waffenstillstand in dieser Zone aufrechtzuerhalten, ist es durchaus vorstellbar, dass Georgien unter neuen Bedingungen versuchen könnte, die russischen Friedenseinheiten durch Friedenseinheiten anderer Staaten zu ersetzen. In diesem Fall wird Tbilissi sicher versuchen, ihnen die Ausübung polizeilicher Funktionen zu übertragen, um die Rückkehr der georgischen Flüchtlinge in das Gebiet von Gali sicherzustellen. Dies wiederum könnte zu einem Ausbruch von Gewalt führen, der schließlich als Gelegenheit zur gewaltsamen Wiederherstellung von Tbilissis Souveränität über Abchasien genutzt werden könnte.

In der nächsten Zeit wird Russland für die Region des Südkaukasus und jeden der drei südkaukasischen Staaten ein System von Prioritäten aufstellen und eine konkrete Strategie entwickeln müssen. Angesichts der neuen Lage wird es für Moskau auch notwendig sein, seine friedenserhaltende Rolle in den ethnisch-politischen Konflikten der Region zu analysieren. Russlands Position im Südkaukasus hat sich generell verschlechtert, da das Sicherheitssystem, das es an seinen Südgrenzen aufgebaut hat, ernsthafte Risse bekommen hat. Dennoch bestehen immer noch realistische Aussichten auf den Aufbau enger Beziehungen zwischen Moskau und dem Südkaukasus.

Die türkische Kaukasuspolitik

Mustafa Aydin[1]

Seit Beginn der Veränderungen, die seit den späten 1980er Jahren im weltweiten geopolitischen Klima stattgefunden haben, befand sich die Türkei im Zentrum Eurasiens, einer Region, die zum Brennpunkt internationaler Geopolitik geworden ist. In diesem Zusammenhang ist die Türkei wegen ihrer starken historischen, kulturellen, ethnischen und sprachlichen Bindungen an die neuen unabhängigen Staaten Eurasiens als wichtiger Akteur genannt worden. Die Entstehung von acht unabhängigen Staaten im Nordosten der Türkei mit dem Ende des Kalten Krieges dürfte die Rolle der Türkei in der Welt gestärkt haben. Sie brachte der Türkei in dieser Region gleichermaßen Chancen wie auch potentielle Risiken.

Anpassung an das neue Umfeld

Da die Türkei ihre Außen- und Sicherheitspolitik nach dem II. Weltkrieg auf der strategischen Bedeutung ihrer Lage gegenüber der Sowjetunion aufgebaut hatte, kam ihr das Ende des Kalten Krieges zumindest zu Anfang kaum gelegen. Da die weitere Relevanz der NATO in der Weltordnung nach dem Kalten Krieg zum Diskussionsthema wurde, befand sich die Türkei plötzlich in einem sicherheitspolitischen Schwebezustand. Während durch die Entstehung liberaler Demokratien in Osteuropa eine Pufferzone zwischen Westeuropa und Russland entstand, fühlte sich die Türkei durch die bleibenden Unsicherheiten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft immer noch bedroht.

Es wurde auch deutlich, dass die Türkei ihre traditionelle außenpolitische Haltung der Nichtverwicklung in regionale Probleme nicht länger aufrechterhalten konnte. In diesem Zusammenhang war die Entstehung neuer unabhängiger Staaten jenseits ihrer kaukasischen Grenze eine Herausforderung, der sich die Türkei zu stellen hatte. Dennoch reagierte sie – was vielleicht nicht überrascht – mit einer gewissen Vorsicht auf den Zerfall der Sowjetunion Ende der 1980er Jahre, besonders am Anfang, als der Status der neuen Republiken alles andere als klar war.

Seitdem hat sich die türkische Kaukasuspolitik jedoch dramatisch geändert, und nachdem sich die UdSSR im Dezember 1991 auch offiziell aufgelöst hatte, folgte in der Türkei bald die Implementierung einer politischen Neuorientierung. So wurde die Türkei das erste Land, das mit der Anerkennung Aserbaidschans am 9. und der übrigen Staaten am 16. Dezember die Unabhängigkeit der neuen Republiken anerkannte. Nach der Anerkennung unterzeichnete die Türkei mit jedem von ihnen, mit Ausnahme Armeniens, auch ein Protokoll über die Aufnahme

[1] Mustafa Aydin ist Außerordentlicher Professor für Internationale Beziehungen an der Fakultät für Politische Wissenschaften an der Universität von Ankara, Türkei.

diplomatischer Beziehungen und den Austausch von Botschaftern. Im Ergebnis hatte die Türkei Ende 1991 ihre Moskau-zentrierte Einstellung vollständig aufgegeben und ein Programm aktiver Beziehungen mit den verschiedenen Nachfolgestaaten der Sowjetunion aufgenommen. Allein im ersten Jahr der Unabhängigkeit besuchten mehr als 1170 türkische Delegationen den Kaukasus wie auch Zentralasien, und im Oktober 1992 empfing die Türkei die Präsidenten der turksprachigen Staaten in Istanbul zu einem ersten Gipfeltreffen turksprachiger Staaten. Es wurden direkte Flugverbindungen und Übertragungsmöglichkeiten per Satellit eingerichtet, und um diese Aktivitäten zu erleichtern, wurde im Januar 1992 in Ankara die Turkish International Cooperation Agency (Türkische Internationale Kooperationsagentur) eingerichtet.

Während die Türkei eine gewichtigere Rolle in der Region anstrebte, führte im Westen die Befürchtung, das durch den Zerfall der Sowjetunion entstandene Vakuum könne unter den Moslems Eurasiens ein Anwachsen des islamischen Fundamentalismus zur Folge haben, zu einer Förderung der Türkei als säkularem und demokratischem Modell eines moslemischen Staates. Daher war die Türkei infolge eines gewachsenen Selbstbewusstseins im Hinblick auf ihr eigenes Potential und die politische Unterstützung durch den Westen bereit, sich die politischen und wirtschaftlichen Gelegenheiten, die die neuen unabhängigen Staaten boten, zunutze zu machen.

Regionale Rivalitäten

Trotz aller viel versprechenden Zeichen wurde schnell klar, dass die Türkei weder in der Lage war, aus diesen Gelegenheiten Kapital zu schlagen, noch allein das Machtvakuum zu füllen. Im Gegensatz dazu wurde der Wettbewerb zwischen den rivalisierenden Ländern, die in dem sich rasch verändernden eurasischen Umfeld um Einfluss bemüht waren, zu einer Neuauflage des “Großen Spiels” im 21. Jahrhundert, wobei die Russische Föderation, die Türkei, der Iran und die USA sich selbst (neben anderen) als Schlüsselelemente sahen. Der Wettbewerb zwischen ihnen nahm wirtschaftliche, politische, ideologische und religiöse Dimensionen an und produzierte auf diese Weise verschiedene Möglichkeiten für weitreichende Konflikte.

Aus türkischer Perspektive sorgte die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation mit dem Iran oder Russland für hinreichende Besorgnis. Die Türkei war beunruhigt, dass der Iran versuchen könnte, auf die Identifikation der Moslems im gesamten Kaukasus Einfluss zu nehmen, eine Befürchtung, die zu dem Zeitpunkt von der Russischen Föderation und dem Westen allgemein geteilt wurde. Der Iran andererseits war besorgt, dass die aktive Rolle der Türkei in der Region zu einer Hegemonie des Panturkismus an seinen Grenzen führen könnte. So folgte kurzzeitig ein Wettbewerb zwischen den beiden gegensätzlichen politischen Entwicklungsmodellen für die moslemischen Turkvölker Eurasiens: das säkulare Modell der Türkei mit ihrem politischen Pluralismus und das vom Iran

unterstützte islamistische Modell. Es wurde jedoch bald klar, dass keines der beiden Länder genügend politische Schlagkraft und wirtschaftliche Macht hatte, um seine jeweiligen Ambitionen zu unterstützen.

Während die Türkei als erstes Land auch Aserbaidschan anerkannte, machte der Iran aus seiner Besorgnis über das türkische Vorgehen keinen Hehl und bezichtigte die Türkei des Panturkismus und den Westen der Anheizung derartiger Gefühle. Es wurden Befürchtungen laut, dass die Anerkennung durch die Türkei ein unabhängiges Aserbaidschan dazu ermutigen würde, Ansprüche auf ein "größeres Aserbaidschan" zu erheben. Der Anteil von ungefähr 20 Millionen Aserbaidschanern an einer Bevölkerung von etwa 60 Millionen im Iran macht den Iran nervös und weckt Ängste, dass das iranische Aserbaidschan nach der Erlangung der Unabhängigkeit des sowjetischen Aserbaidschans unruhig werden könnte. Diese Sorge wurde früher durch die nationalistische Rhetorik eines Präsidenten Eltschibej in Aserbaidschan verstärkt. Obwohl die Türkei solche Gefühle nie hochgespielt hat und Aserbaidschan nach Alijews Machtantritt von diesem Problem verschont blieb, fürchtet sich der Iran immer noch vor der Möglichkeit, dass wieder eine nationalistische Führung in Aserbaidschan an die Macht kommen könnte. In einem solchen Fall würde der Iran unweigerlich die Türkei als Nutznießer in einem neuen die territoriale Integrität des Iran unmittelbar beeinträchtigenden Gefüge von Beziehungen sehen und könnte selbst einen Weg riskanter Konflikte mit der Türkei einschlagen.

Obwohl die Türkei und der Iran ähnliche Sorgen über die Fortdauer des Konflikts in Berg-Karabach hegen, gibt es zwischen ihnen Differenzen darüber, wie dieses Problem zu lösen sei. Während die Türkei diesen Konflikt eher innerhalb der OSZE behandelt sehen möchte, hat der Iran, in dem auch eine bedeutende armenische Minderheit lebt, ein direkteres Vorgehen gewählt, indem er mit den beiden kaukasischen Republiken verhandelt und zwischen ihnen vermittelt. Während die Versuche des Iran, das Problem bilateral zu lösen, in der Türkei Besorgnis über eine mögliche Zunahme des iranischen Einflusses in der Region weckten, war der Iran wiederum über die Zusammenarbeit der Türkei mit den USA bei der Lösung des Problems irritiert und sah darin eine Wegbereitung für einen "wachsenden amerikanischen Einfluss in der Region".[2]

Befand sich die Türkei auch in einem Wettstreit um Machtanteile mit dem Iran, so wollte sie gleichzeitig Moskau nicht durch einen zu starken Einfluss in der Region beunruhigen. Während Russland den türkischen Einfluss in der Region ursprünglich als Gegengewicht zu dem vom Iran dominierten Panislamismus begrüßte, so haben sich seine Ansichten seit langem geändert. Russland, in zunehmendem Maße über die türkischen Intentionen besorgt, ist in der Behauptung seiner eigenen Rechte im "nahen Ausland" aggressiver geworden. Daher

[2] Vortrag von Velayeti auf einer Konferenz, zit. nach Korkmaz Haktanir, "Developments in Central Asia and Turkish-Iranian Relations" (Die Entwicklung in Zentralasien und die türkisch-iranischen Beziehungen), *Middle East Business and Banking*, Juni 1992, 11.

ist Russland nach einer kurzen Periode der Selbstisolation dazu übergegangen, seinen Platz als dominierender Akteur in der Region zurückzuerobern. Als Teil dieses Vorgehens sind häufig politische, wirtschaftliche und militärische Druckmittel eingesetzt worden. Moskau behauptete sogar, dass die Stabilität im Kaukasus ohne eine russische Präsenz in Aserbaidschan gefährdet sei, und drohte implizit damit, Armenien in seinem Konflikt mit Aserbaidschan zu unterstützen, wenn Aserbaidschan keine russischen Truppen akzeptieren und Ölkonzessionen gewähren werde.[3] Diese Entwicklungen brachten Russland und die Türkei auf entgegengesetzte Seiten, da die Türkei Aserbaidschan in seinem Konflikt mit Armenien eindeutig unterstützte.

Die Türkei jedoch hat Moskau im Bewusstsein der russischen Empfindlichkeiten gegenüber ethnischen Konflikten im Kaukasus wiederholt ihren Widerstand gegen eine weitere Fragmentierung Russlands und ihre Unterstützung für die Stabilität und Integrität der GUS zugesichert.[4] Auf der anderen Seite beharrte die Türkei auf ihrem Widerstand gegen Russlands Wunsch, die Vereinbarungen des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa zu überprüfen. Am Ende konnte Russland den Westen dazu bringen, den Vertrag zu ändern, und führte ungeachtet der türkischen Proteste viele seiner Militärverbände zurück, die es vorher aus dem Kaukasus abgezogen hatte. Im Ergebnis ist die Türkei sich seit 1995 der Gefahren einer Konfrontation bewusster geworden und hat sich für eine Politik entschieden, die betont, dass die Vorteile einer Kooperation mit Russland immer noch größer sind als die einer Zusammenarbeit mit dem Rest der ehemaligen Sowjetrepubliken.

Obwohl sich die Türkei entschieden hat, jegliche Verwicklung in die Konflikte auf russischem Territorium zu vermeiden, sind die Unabhängigkeitsbestrebungen der Tschetschenen schnell zu einem wunden Punkt in den türkisch-russischen Beziehungen geworden. Die Krise war besonders kritisch für die Türkei, nicht nur weil die öffentliche Meinung in der Türkei große Sympathie für die tschetschenische Sache gezeigt hat, sondern auch weil die Krise Ähnlichkeiten mit dem Kurdenproblem der Türkei aufweist. Auch wenn die Türkei Russland für seinen exzessiven Einsatz von Gewalt in Tschetschenien kritisiert, war sie doch sehr darauf bedacht festzustellen, dass es sich um eine innere Angelegenheit der Russischen Föderation handele.[5] Dennoch verschlechterten sich die Beziehungen der Türkei zu Russland bereits früher mit der russischen Be-

[3] Diese Feststellung wurde vom Kommandeur der russischen Grenztruppen im August 1994 getroffen; siehe Carol Migdalowitz, "Armenia-Azerbaijan Conflict" (Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan), *CRS Issue Brief* (Washington, DC: The Library of Congress, Foreign Affairs and National Defense Division, aktualisiert am 12. April 1995), 13.

[4] Siehe z. B. "Turkish PM Demirel Visits Moscow: Useful, Constructive Talks Expected" (Der türkische Ministerpräsident Demirel besucht Moskau. Nützliche, konstruktive Gespräche erwartet), *FBIS-SOV*, 27. Mai 1992, 15–16.

[5] *Briefing*, Nr. 1023, 9. Januar 1995, 7–8; und Nr. 1024, 16. Januar 1995, 10.

hauptung, dass die Tschetschenen Unterstützung und Freiwillige aus der Türkei erhielten.[6] Außerdem wurde berichtet, dass es Anzeichen für eine russische Unterstützung der sezessionistischen kurdischen Gruppen in der Türkei gebe, als Reaktion auf das angebliche türkische Engagement in Tschetschenien.[7] Dennoch vermied die Türkei ein direktes Engagement, und das Problem ließ nach der Feuerpause zwischen Russland und den Tschetschenen von 1996 nach. Seit dem Beginn der zweiten Phase der Kämpfe im Oktober 1999 hat die Türkei sorgfältig jegliches Engagement vermieden.

Die Beziehungen zu Armenien

Die Beziehungen der Türkei zu Armenien waren angesichts des traditionellen Misstrauens zwischen den beiden Nationen und des historischen Gepäcks, mit dem ihre Beziehungen befrachtet waren, ein besonders delikates Thema. Obwohl die Türkei am 16. Dezember 1991 die armenische Unabhängigkeit ohne jede Vorbedingung anerkannte, wurde die Grenze zwischen den beiden Ländern sogleich zu einer Quelle von Kontroversen. Ursprünglich war sie durch einen Friedensvertrag zwischen der Türkei und der kurzlebigen unabhängigen Republik Armenien im Jahre 1921 festgelegt und später durch den Sowjetisch-Türkischen Vertrag von 1921 bestätigt worden. Nach dem Zerfall der Sowjetunion jedoch, als die Türkei keine gemeinsame Grenze mehr mit Russland hatte, vertraten einige Mitglieder des armenischen Parlaments den Standpunkt, dass Armenien die zwischen Moskau und Ankara festgelegten Grenzen nicht anerkennen sollte. Daher entschied die Türkei im Frühjahr 1992, keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zu Armenien aufzunehmen.

Abgesehen von diesem Grenzproblem lösten Hinweise auf die “Ermordung von Armeniern im Osmanischen Reich im Jahre 1915” in der armenischen Unabhängigkeitserklärung und die armenischen Bemühungen um eine internationale Anerkennung dieser Ermordungen Spannungen zwischen beiden Ländern aus. Obwohl der ehemalige armenische Präsident Ter-Petrosjan die Notwendigkeit erkannte, die Beziehungen seines Landes zur Türkei auf einer realistischen Grundlage zu verbessern, und darauf verzichtete, das Thema auf die Agenda zu setzen, und auf diese Weise ein Angebot für eine Verbesserung der Beziehungen machte, haben die Entwicklungen im Kaukasus (d.h. das Karabach-Problem) eine weitere Aussöhnung zwischen den beiden Ländern verhindert. Mit dem Amtsantritt des Nationalisten Kotscharian in Armenien im März 1997 ist die Möglichkeit einer Annäherung zwischen beiden Ländern zunächst ad acta gelegt worden.

In der Zwischenzeit hat die armenische Unterzeichnung eines Freundschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland im Jahre 1997 und die Gewährung

[6] Zum öffentlichen Vorwurf des Chefs des Spionageabwehrdienstes der Russischen Föderation vom 20. Dezember 1995, dass freiwillige Kämpfer aus der Türkei im Nordkaukasus, vor allem in Tschetschenien entdeckt worden seien, siehe *FBIS-SOV*, 3. Februar 1995, 71.

[7] *Briefing*, Nr. 1039, 1. Mai 1995, 13; Nr. 1045, 19. Juni 1995, 13.

einer Stationierung russischer Truppen im Land Armenien und die Türkei auf die entgegengesetzten Seiten der neuen, lose definierten politischen Allianzen im Kaukasus gebracht – die Russische Föderation, Armenien und der Iran auf der einen und die USA, Aserbaidschan, Georgien und die Türkei auf der anderen Seite.

Das Karabach-Problem war eine entscheidende Beeinträchtigung für die türkische Kaukasuspolitik allgemein. Es bot der Türkei inakzeptable Optionen mit gefährlichen Folgeerscheinungen. In der öffentlichen Meinung der Türkei herrscht eine langjährige öffentliche Sympathie für die Aserbaidschaner. Dies hat die Regierung stark motiviert, sich auf die Seite Aserbaidschans zu stellen und sogar ein militärisches Eingreifen zu unterstützen.[8] Die Regierung hat jedoch, in dem Bewusstsein, dass eine Intervention zu einer Verschlechterung der Beziehungen mit Russland sowie den USA führen könnte, darauf verzichtet, diesem Druck nachzugeben, und sich stattdessen dafür entschieden, eine internationale Reaktion auf die armenischen Angriffe in Karabach herbeizuführen. Die Türkei hat ebenfalls bewiesen, dass sie sich der Bedeutung des "russischen Faktors" für eine Lösung des Konflikts bewusst ist, indem sie die Zusammenarbeit mit Russland, vor allem in der OSZE, gesucht hat. Als jedoch nach der Feuereinstellung zwischen den Krieg führenden Parteien am 12. Mai 1994 die Frage von Friedenssoldaten diskutiert wurde, befürwortete die Türkei die Stationierung einer multinationalen Streitmacht unter OSZE-Überwachung und sprach sich gegen den Vorschlag Moskaus aus, russische Friedenssoldaten zu entsenden. Die Türkei sah in diesem Vorschlag einen weiteren Versuch Russlands, den Rest der Welt aus dem Kaukasus herauszuhalten.[9]

Obwohl die Türkei bis dahin in der Lage gewesen war, jedes direkte militärische Engagement im Konflikt zu vermeiden, zeigt das Karabach-Problem deutlich, in welche Dilemmata die Türkei bei ihren künftigen Bemühungen, in ethnischen Konflikten in den ehemaligen Sowjetrepubliken Neutralität zu wahren, geraten kann. Die türkische Politik zielte in diesem Konflikt vor allem darauf ab, durch politische Maßnahmen sicherzustellen, dass dieser regionale Konflikt nicht in einem Ausmaß eskaliert, das die türkische Sicherheit ernsthaft bedroht und sie zwingt, militärisch zu intervenieren. Doch der Konflikt hat auch die vorsichtigen Vorstöße auf beiden Seiten der türkisch-armenischen Grenze gestoppt, historische Animositäten zu beenden. Obwohl beide Seiten darin übereinzustimmen schienen, dass eine Überwindung der psychologischen Barrieren zwischen ihnen notwendig sei, hat die Entwicklung in Karabach dazu geführt, dass die öffentliche Meinung in der Türkei Ankara dazu drängt, sich entschieden gegen die armenis-

[8] Unter anderem vertrat der frühere Präsident Turgut Özal den Standpunkt, die Türkei "habe das Recht zu intervenieren." Siehe *Financial Times Report on Turkey*, 7. Mai 1993, 5.

[9] Siehe *Milliyet*, 25. Februar 1995, 17; und 8. Mai 1995, 13.

chen Aktionen auszusprechen, und auf diese Weise jeden Versöhnungsprozess zum Erliegen gebracht.

Überdies ist als einer der Nebeneffekte der ethnischen Konflikte im Kaukasus (d.h. Abchasien, Tschetschenien und Karabach) unter den mehr als sechs Millionen türkischen Bürgern kaukasischer Herkunft das Bewusstsein für eine wieder auflebende ethnische Identität erwacht, dessen volle Bedeutung sich noch zeigen wird. Obwohl sich diese Bürger bisher mehr auf den kulturellen Bereich konzentrierten, könnten sie sich in Zukunft radikalisieren und eine entscheidendere Rolle in der Zukunft der kaukasischen Völker spielen wollen, womit sie die Türkei in Konflikt mit den Interessen der Länder der Region brächten.

Die Beziehungen zu Aserbaidschan

Aserbaidschan stand an der Spitze derjenigen Länder, mit denen die Türkei nach Voraussagen aller Kaukasus-Experten den größten Fortschritt in ihren Beziehungen nach dem Kalten Krieg erreichen könnte. Diese Erwartung erwies sich als richtig, und die türkisch-aserbaidschanischen Beziehungen begannen mit einem Sprung nach vorn – aufgrund kultureller, sprachlicher und historischer Verbindungen sowie gemeinsamer wirtschaftlicher, politischer und strategischer Interessen. Mit der Zeit wurde die Türkei zum einzigen Land, das Aserbaidschan in seinem Kampf um Karabach konsequent unterstützte und dabei seine Beziehungen zu Armenien und Russland aufs Spiel setzte.

Obwohl die harmonische Beziehung zwischen den beiden Ländern, die während der Regierung von Präsident Eltschibej entstanden war, mit dem Amtsantritt Alijews in Aserbaidschan etwas abkühlte, dauerte die Zusammenarbeit an und wurde sogar auf verschiedene andere Gebiete ausgedehnt. Neben der strategischen Kooperation gegen Russlands Versuche einer Wiederherstellung seiner Hegemonie über den Kaukasus wirkten die beiden Länder beim Baku-Tbilissi-Ceyhan-Projekt (BTC), bei der Möglichkeit, aserbaidschanisches Erdgas in die Türkei zu leiten, bei verschiedenen Kulturprogrammen und Aufblühen des Handels sowie bei Aufbau und Ausbildung einer nationalen Armee für Aserbaidschan zusammen. Darüber hinaus half Alijews Politik der Vermeidung einer Entfremdung von Russland und dem Iran in der Region bei gleichzeitiger entschiedener Zusammenarbeit mit dem Westen der Türkei, von ihrem früheren konfrontativen Kurs gegenüber Russland, dem Iran und Armenien abzurücken.

Die Beziehungen zu Georgien

Nach dem Zerfall der UdSSR wurde Georgien rasch zu einem der wichtigsten außenpolitischen Partner der Türkei in der Zeit nach dem Kalten Krieg. Ihre Beziehungen entwickelten sich vorteilhaft durch den georgischen Widerstand gegen die russische Dominanz, die georgische Unterstützung für die Durchführung des BTC-Projekts und seine Bereitschaft, mit der Türkei in einer

Vielzahl von Bereichen zusammenzuarbeiten, vom Tourismus bis hin zur Sicherheitspolitik. Die Türkei wiederum war mehr als bereit, ihre Freundschaft und ihre wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung auf Georgien auszudehnen, was der Türkei eine sichere Position im Kaukasus und ein Tor nach Zentralasien bot.

Im Gegensatz zur russischen Einmischung in die ethnischen Probleme Georgiens trug die neutrale Position der Türkei gegenüber den abchasischen und ossetischen Problemen und ihre ständige Bekräftigung der territorialen Integrität Georgiens wesentlich zu einer Verbesserung der Beziehungen bei, so dass die Türkei kurz nach der Unabhängigkeit zum wichtigsten Handelspartner Georgiens und – nach den Worten des georgischen Präsidenten Schewardnadse – zum strategischen Partner auf Dauer wurde. Außerdem bot die Türkei im Rahmen des Programms Partnerschaft für den Frieden (PfP), ihren Rat und ihre Hilfe beim Aufbau der georgischen nationalen Armee an, beginnend mit einer Zusammenarbeit bei der militärischen Ausbildung. Es folgte eine Zusammenarbeit beider Länder bei der Wiederherstellung des Flugplatzes von Marnauli und des Militärstützpunktes Watsiani nach dem Abzug der russischen Truppen.

Als Georgien in jüngster Zeit nach den Ereignissen vom 11. September wieder von Russland unter Druck gesetzt und beschuldigt wurde, tschetschenischen Kämpfern Unterschlupf zu gewähren, kam die Türkei ihm mit amerikanischer Unterstützung erneut zu Hilfe. Schließlich festigte die Ankunft von amerikanischen Militärberatern in Georgien im Gefolge des 11. September Georgiens westliche Orientierung. Dies, ebenso wie das geplante Kooperationsabkommen zwischen der Türkei, Georgien und Aserbaidschan über trilaterale Sicherheit, ist dazu angetan, neue Dimensionen in die bilateralen Beziehungen wie auch – in einem weiteren Rahmen – in die kaukasische Geopolitik zu bringen.

Die Interessen der Türkei im Kaspischen Raum und der Kampf um Pipelines

Es gehört zu den Besonderheiten des Kaspischen Raums, dass diejenigen Länder der Region, die am stärksten an der zügigen Gewinnung und Beförderung von Öl und Erdgas interessiert sind, keinen Zugang zum Meer haben und vom guten Willen der Nachbarländer abhängig sind, um ihr Öl exportieren zu können. Da jedes Land eine Vorliebe für eine bestimmte Art und Weise hat, in der das Öl und Erdgas auf den Markt gelangen sollte, ist dies eine Frage von internationaler Tragweite. Heute ist Russland noch stark daran interessiert, seinen politischen Einfluss im Kaspischen Raum zu wahren. Um diesen Vorteil zu erhalten, hat es darauf bestanden, die nördliche Pipeline von Baku in Aserbaidschan zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossisk als Haupttransitstrecke für Öl aus der Kaspischen Region zu gestalten. Sollte Russland erfolgreich sein, wird dies Moskaus ausschließliche und strategische Kontrolle über die Ressourcen der Region sichern.

Im Gegensatz zum russischen Beharren auf der nördlichen Route ziehen die USA und die Türkei ebenso wie Georgien und Aserbaidschan eine westliche Route durch Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyan vor. Obwohl verschiedene Projekte für den Transport von Energie aus dem Kaspischen Raum zu den Märkten entwickelt worden sind, ging es hauptsächlich um den Wettbewerb zwischen diesen beiden Routen. Auf dem Spiel stehen nicht nur die Einnahmen aus dem Öl- und Gastransit, die beiden Ländern aus dem Verlauf von Pipelines durch ihr jeweiliges Gebiet zufließen, sondern – was noch wichtiger ist – das Pipeline-Netz stellt einen der Schlüsselfaktoren bei der Sicherung und Wahrung von Einfluss in ganz Eurasien dar.[10]

Obwohl die kürzeste Route für eine Pipeline von Aserbaidschan zum Mittelmehr durch Armenien und die Türkei verläuft, macht das ungelöste Karabach-Problem diese Route schwer realisierbar. Dies, in Verbindung mit dem Widerstand der USA gegen den Verlauf von Pipelines durch den Iran, lässt die georgische Option als einzig mögliche für den westlichen Kurs erscheinen. Doch auch Georgien hat mit einer Reihe von internen Konflikten zu kämpfen, die mit den Entwicklungen in der Region seit den Angriffen vom 11. September auf die USA noch akuter geworden sind. Da die USA mit ihren Beratern in Georgien nun definitiv in der Kaukasus-Szene angekommen ist, kann mit einer neuen Wendung der Ereignisse in Georgien und einem Auftrieb für das BTC-Projekt gerechnet werden, das die USA politisch von Anfang an unterstützt haben.

Wenn die BTC-Pipeline gebaut und in Betrieb genommen wird, führt das in erster Linie zu einer verringerten wirtschaftlichen und transporttechnischen Abhängigkeit der kaspischen Staaten von Russland. Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan würden beim Export von Öl und Gas als neue Konkurrenten Russlands auftreten und, gemeinsam mit Georgien, das daraus gewonnene Geld nutzen, um ihre politische Unabhängigkeit von Russland auszubauen. Die Rolle der westlichen Staaten, deren Öl- und Gasgesellschaften für die notwendigen Investitionen bereitstehen, würde zunehmen ebenso wie die Rolle der Türkei.

Schlussfolgerungen

Der Zerfall der UdSSR war für die Türkei ein zweischneidiges Schwert. Mit dem Wegfall der jahrhundertealten sowjetischen/russischen Bedrohung der Türkei ist doch das gleichzeitig in der eurasischen Region entstandene Vakuum an den Grenzen der Türkei ein Nährboden für potentielle Risiken und Gefahren für die regionale Sicherheit.

Während die Türkei traditionell eine Verwicklung in Regionalpolitik vermieden hat, ist sie unweigerlich in das unbeständige neue politische Umfeld des

[10] Zu diesem Thema siehe Mustafa Aydin, *New Geopolitics of Central Asia and the Caucasus; Causes of Instability and Predicament* (Die neue Geopolitik Zentralasiens und des Kaukasus. Gründe für Instabilität und Dilemma (Ankara: Center for Strategic Research, 2000), 56-71.

Kaukasus hineingezogen worden, wo Armenien und Aserbaidschan in einen potentiell erweiterbaren Konflikt eingeschlossen sind mit einer äußerst instabilen georgischen Politik und dem Kampf der Tschetschenen um eine Loslösung von der Russischen Föderation. Die Türkei ihrerseits, im Bewusstsein der störenden Auswirkungen von Sub-Nationalismus und Ultra-Nationalismus, war eifrig auf Werbung für die positiven Aspekte nationaler Formationen in der Region bedacht, indem sie klar machte, dass transnationale Konzepte auf der Grundlage des Islam oder Panturkismus nicht Teil ihrer Politik gegenüber den Staaten der Region sein können.

Es ist nun klar zu sehen, dass die Türkei gegenwärtig eine dramatische Wende in ihrer traditionellen Außenpolitik erlebt und sich in zunehmendem Maße auf den Kaukasus konzentriert, neben dem Balkan und dem Nahen Osten. Obwohl die Türkei jede Absicht eines militärischen Eingreifens in Auseinandersetzungen innerhalb der Republiken auf ehemals sowjetischem Territorium geleugnet hat, ist dennoch vorstellbar, dass türkische Truppen von diesen Staaten aufgefordert werden, die Rolle friedenserhaltender Kräfte zwischen oder innerhalb dieser Staaten zu übernehmen. In diesem Zusammenhang hat der armenisch-aserbaidschanische Konflikt der Türkei schon einen Vorgeschmack von den Schwierigkeiten gegeben, auf die sie stoßen könnte, wenn sie sich entscheidet, sich in ethnischen Konflikten in der Region zu engagieren.

Die Entstehung von unabhängigen Republiken im Kaukasus war ein Wendepunkt in der regionalen Rolle und Politik der Türkei. Die Türkei ist einer der wichtigsten Akteure in einer Region geworden, in der sie vorher nur marginalen Einfluss hatte und nicht aktiv involviert war. Obwohl sich die wirtschaftliche und politische Situation in der Region in den kommenden Jahren wahrscheinlich nicht stabilisieren wird, besteht kein Zweifel, dass türkische Politiker ihre Bemühungen zum Aufbau neuer Netzwerke der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Ankara und den regionalen Hauptstädten fortsetzen werden. Es besteht auch kein Zweifel, dass andere regionale Akteure, vor allem Russland und der Iran, diese Politik weiter mit Argwohn beobachten und in Frage stellen werden.

Auch wenn sich die anfängliche Einstellung der Türkei gegenüber Eurasien als etwas unrealistisch erwies, so haben die dadurch ausgelösten Effekte den Ton für die türkische Politik für den Rest der 1990er Jahre und den Beginn des neuen Jahrtausends geprägt. Auch wenn die Türkei nicht unbedingt das Modell geworden ist, das die neuen Staaten Eurasiens anstreben, so haben doch ihr florierender Privatsektor, ihr säkularer, pluralistischer Umgang mit dem Islam und ihre im Allgemeinen funktionierende Demokratie für diese Region nach wie vor ihren Reiz. In der Zwischenzeit hat die Türkei in ihrer Beziehung zu Russland zwei wichtige Lektionen gelernt: dass Russland für die Türkei ein wichtiger Wirtschaftspartner ist und dass sich, angesichts der Gefahr einer Eskalation hin zu einer direkten Konfrontation mit Russland, der regionalen Supermacht, eine übermäßig aggressive Außenpolitik in Eurasien nicht empfiehlt.

Der Iran und der Kaukasus: Bewahrung von Pragmatismus

Mohammad-Reza Djalili[1]

Aus iranischer Sicht ist der Kaukasus kein völlig fremdes Territorium. Diese Wahrnehmung gilt ganz besonders für Transkaukasien, das im Süden des Kaukasus und näher an den derzeitigen Grenzen des Iran liegt. Seit alter Zeit und bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein war diese Region mehrfach Teil des iranischen "Reichs", manchmal für sehr lange Zeitabschnitte. Die iranische Anwesenheit im Kaukasus wurde jahrhundertelang abwechselnd von Griechen, Römern, Arabern, Türken und Russen in Frage gestellt. Letztere beendeten die Präsenz der persischen Monarchie durch eine Politik allmählicher Durchdringung. Während der Herrschaft der Qadjar-Dynastie (1785-1925) verlor der Iran endgültig seine kaukasischen Gebiete an Russland.[2]

Der Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 hat neben der Erlangung der Unabhängigkeit durch die Staaten des Südkaukasus und Zentralasiens die geopolitische Situation des Iran erheblich verändert, des einzigen Staates, der gemeinsame Grenzen mit den Ländern westlich und östlich des Kaspischen Meeres besitzt. Überrascht durch das plötzliche Ende der UdSSR sah sich Teheran gezwungen, hastig eine Politik für die neue Situation zu konzipieren. Diese Politik hat nach und nach Gestalt angenommen und ist auf mehrere zentrale Fragen konzentriert: die Bewahrung der Sicherheit und territorialen Integrität des Landes, die Entwicklung bilateraler und multilateraler Wirtschaftsbeziehungen und die Betonung der Vorteile, die die geographische Situation des Iran Ländern ohne Zugang zum Meer für den Transit bietet. Um diese Ziele zu erreichen und gleichzeitig sein internationales Image aufzubessern, hat sich Teheran von Anfang an für ein vorsichtiges und eher pragmatisches Vorgehen entschieden und sich über einige der ideologischen Anliegen, die einem revolutionären und religiösen Regime eigen sind, hinweggesetzt. Außerdem beschloss die Führung der Islamischen Republik Iran, ihre Politik in diesen beiden Richtungen in enger Zusammenarbeit mit Russland zu betreiben. Diese Entscheidung zeigte gleichermaßen den Wunsch Teherans, eine Politik in enger Zusammenarbeit mit Moskau zu verfolgen, wie es seit Beginn der islamischen Revolution der Fall gewesen war, wie auch sein Anliegen, sich nicht von seinem Hauptlieferanten von Waffen und militärischer Ausrüstung abzuschneiden. Der Iran hatte in der Tat kein Interesse daran, die Gefühle Rus-

[1] Mohammad-Reza Djalili ist Professor am Hochschulinstitut für Internationale Studien und am Hochschulinstitut für Entwicklungsstudien in Genf.

[2] M.H. Ganji, "The historical development of the boundaries of Azerbaijan" (Die historische Entwicklung der Grenzen Aserbaidschans) , in *The Boundaries of Modern Iran* (Die Grenzen des modernen Iran), hrg. von Keith McLachlan (London: UCL Press, 1994), 37–46.

slands zu verletzen und damit eines seiner Hauptziele zu gefährden: den Abbau seiner internationalen Isolation.

In Transkaukasien ist Aserbaidschan das Land, mit dem der Iran die längsten gemeinsamen Grenzen hat.[3] Außerdem teilt Aserbaidschan als einziger transkaukasischer Staat am Kaspischen Meer mit dem Iran auch maritime Grenzen. Darüber hinaus haben beide Länder viele historische, kulturelle und religiöse Affinitäten. Ein erheblicher Anteil der Bevölkerung des Iran spricht auch aserbaidschanisches Türkisch. Es gibt mehr Aserbaidschaner im Iran als in der Republik Aserbaidschan, und die Aserbaidschaner im Iran bilden keine unbedeutende Minderheit, sondern eher eine wichtige Wählergruppe im Land und als solche sind sie in allen Bereichen von Staat, Militär, Wirtschaft und natürlich Geistlichkeit vertreten.[4] Religiös gesehen sind in beiden Ländern die Schiiten in der Mehrheit. Außerdem sollten ihre gemeinsame Geschichte, die in vorislamischer Zeit und der Religion Zarathustras wurzelt, die Anwesenheit von Farsi-sprachigen Minderheiten in Aserbaidschan und andere Verbindungen für die Entwicklung enger Beziehungen zwischen den beiden Staaten sprechen. Doch ist dies nicht der Fall gewesen. Zehn Jahre lang sind ihre Beziehungen, milde ausgedrückt, vor allem von gegenseitigem Misstrauen gekennzeichnet gewesen. Die Auswirkungen dieser Situation sind ernster Natur und gehen weit über den Rahmen bilateraler Beziehungen hinaus. Sie bestimmen weitgehend die Beziehungen des Iran zu anderen transkaukasischen Staaten, und ihr Einfluss reicht sogar über die Beziehungen zwischen Teheran und Ankara hinaus. Aus dieser Sicht ist eine Untersuchung der iranisch-aserbaidschanischen Beziehungen eine wirksame Methode, um die iranische Politik gegenüber der gesamten transkaukasischen Region zu verstehen.

Iran – Aserbaidschan oder herzliche Uneinigkeit

Am 23. Juli 2001 fand zum ersten Mal eine militärische Konfrontation zwischen Iran und Aserbaidschan im Kaspischen Meer statt. 150 km südöstlich von Baku fing ein iranisches Kriegsschiff ein Boot ab, das für eine britische Ölgesellschaft Suchoperationen durchführte und unter einem Mandat der Regierung von Aserbaidschan arbeitete, und zwang es zum Abzug. Bevor es zu einer militärischen Intervention kam, gab Teheran Warnsignale an das britische Ölschiff ab und entsandte ein iranisches Militärflugzeug, das über dem Schiff kreiste. Baku denunzierte diese Aktionen hartnäckig als Verletzungen seines Luftraums

[3] Insgesamt 611 km, von denen 432 auf die Grenze zum Zentralgebiet und 179 auf die Grenze zur Enklave Nachitschewan entfallen.

[4] Der Anteil der Iraner, die aserbaidschanisches Türkisch sprechen, wird auf 15% bis 20% der Gesamtbevölkerung des Landes geschätzt. Mit fortschreitender Alphabetisierung und Urbanisierung ist heute ein erheblicher Teil dieser Bevölkerung zweisprachig. Siehe Brenda Shaffer, "The Formation of Azerbaijani collective identity in Iran" (Die Bildung einer kollektiven aserbaidschanischen Identität im Iran), *Nationalities Papers* 28:3 (2000), 449–477.

und seiner Territorialgewässer.[5] Einige Zeit danach unternahm ein Geschwader der türkischen Luftwaffe Übungsflüge in Aserbaidschan, während am 25. August der türkische Generalstabschef General Hussein Kivrikoglu zu einem offiziellen Besuch nach Baku kam. Diese Aktionen wurden in der türkischen Presse als Demonstrationen der türkischen Unterstützung für die aserbaidschanische Sache dargestellt, und sie brachten Teheran dazu, sich über die Einmischung Ankaras in die bilateralen iranisch-aserbaidschanischen Beziehungen zu beschweren.[6]

Dieser Zwischenfall ist ein Hinweis auf die Unruhe und das Klima des Misstrauens, die seit Jahren in den Beziehungen zwischen Teheran und Baku vorherrschen. Auch wenn Ereignisse dieser Art (bis jetzt zumindest) keine ernsthaften Konsequenzen hatten, zeigen sie doch deutlich die Schwierigkeiten der Versuche einer Normalisierung der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern. Was sind die Ursachen für diese Unruhe?

Bevor wir uns weiteren Fragen zuwenden, gilt es anzuerkennen, dass zwischen Teheran und Baku ideologische Differenzen bestehen, ohne deren Bedeutung überzubewerten. Wie Iran ist Aserbaidschan ein Land mit einer mehrheitlich schiitischen Bevölkerung. Doch der aserbaidschanische Staat ist ein säkularer Staat, während der Iran seit Februar 1979 Islamische Republik ist. Auf internationaler Ebene hat Baku engere Beziehungen zum Westen und eine Annäherung an die NATO gesucht. Es ist vor kurzem in den Europarat eingetreten, entwickelt seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, unterhält gute Beziehungen zu Israel und sieht sich selbst als der Türkei sehr nahe stehend. Was sein Verhältnis zu Aserbaidschan betrifft, so ist der Iran in seiner Sicht der Welt durch seine antiamerikanische Einstellung behindert. Er kritisiert "die Arroganz des großen Satan", betreibt eine antiisraelische Politik im Nahen Osten, unterstützt palästinensische Forderungen, arbeitet in Transkaukasien eng mit Russland zusammen und hat seit Mitte der 90er Jahre "schwierige" Beziehungen zur Türkei.

Auch wenn der Iran im Allgemeinen eine pragmatische Vorgehensweise bevorzugt, sind diese ideologischen Differenzen bisweilen die Ursache von Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten und ein Grund für ihre Uneinigkeiten. Aufgrund dieser divergierenden Ansichten haben beide Länder gegensätzliche Strategien gewählt, die manchmal sogar ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen. Für Aserbaidschan wäre es ein Fehler, eine Politik zu betreiben, die seine geographische Situation ignoriert, und für den Iran ist es weder notwendig noch immer vorteilhaft, in seiner Kaukasuspolitik die Unterstützung Russlands zu suchen. Moskau hat die Isolation des Iran ausgenutzt, um

[5] "Gunboat Diplomacy in the Caspian" (Kanonenbootdiplomatie im Kaspischen Meer), *The Estimate*, August 2001.

[6] Michael Lelyveld, "Azerbaijan: Turkey Pursues Ambiguous Ties" (Aserbaidschan: Die Türkei geht vieldeutige Beziehungen ein), *Radio Free Europe / Radio Liberty*, 28. August 2001, http://www.rferl.org/nca/features/2001/08/28082001113441.asp

vor allem seine eigene Position in der Region zu stärken, und fördert natürlich seine eigenen Interessen auf Kosten iranischer Interessen.

Neben ideologischen Differenzen haben Iraner und Aserbaidschaner unterschiedliche Standpunkte hinsichtlich der Nutzung der Kohlenwasserstoffvorkommen im Kaspischen Meer. Diese Differenzen sind in erster Linie juristischer Natur. Aserbaidschan befürwortet die Teilung von Off-Shore-Vorkommen, wobei es die Modalitäten des internationalen Seerechts, die nur im offenen Meer anwendbar sind, auf ein Binnenmeer, das Kaspische Meer, überträgt. Diese Methode ist von erheblichem Vorteil für ein Land wie Aserbaidschan, das dann, angesichts der Länge seiner Küste, eine Fläche von 80.000 km^2 nutzen könnte. Der Iran ist gegen diese Lösung, die ihm eine Fläche von nur 44.000 km^2 belässt, und befürwortet stattdessen die Idee, die Erdölbohrungen über die Küstenbereiche hinaus zu verlagern und der Kontrolle einer internationalen Institution zu unterstellen, in der alle Nachbarstaaten vertreten sind. Für den Fall, dass diese Option nicht gewählt wird, schlägt Teheran die Implementierung einer gleichmäßigen Aufteilung zwischen den fünf Küstenstaaten vor.[7] Doch es ist ein weiteres Problem aufgetaucht. 1994, als Aserbaidschan mit einem internationalen Konsortium ein Abkommen über die Erschließung von Erdölvorkommen abschloss, das als "Jahrhundertvertrag" galt, ging man zunächst davon aus, dass der Iran zu 5% an diesem Erdöl-Konsortium beteiligt wäre. Im April 1995 schloss Aserbaidschan auf Druck der Vereinigten Staaten den Iran von diesem Markt aus und provozierte den Ärger der Iraner. Sie kritisierten offen die Politik des aserbaidschanischen Präsidenten Hejdar Alijew, obwohl er für die Iraner seinem eher nationalistischen Vorgänger Abulfas Eltschibej vorzuziehen war. Seitdem ist, trotz der Einbeziehung des Iran in andere aserbaidschanische Ölgewinnungsprojekte, ein weiterer Zankapfel zum iranisch-aserbaidschanischen Problem hinzugekommen. Der oben erwähnte Zwischenfall vom Juli 2001 bestätigt die Fortdauer von Unruhen in Bezug auf das Kaspische Meer, was die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten vergiftet.

Grundlegender ist das Klima von Verdächtigungen und gegenseitigem Misstrauen, das die iranisch-aserbaidschanischen Beziehungen insgesamt beeinträchtigt und sich vor allem aus den gegensätzlichen Ansichten beider Nachbarn aufgrund ihrer Geschichte und ihrer Identität. Die iranische Wahrnehmung Aserbaidschans unterscheidet sich etwas von der Wahrnehmung der ehemaligen Sowjetunion (die mehr oder weniger die Selbstwahrnehmung der gegenwärtigen Führung der Republik Aserbaidschans bleibt). Für die Iraner ist der nordwestliche Teil ihres Territoriums, eingeschlossen zwischen der Türkei im Westen, der ehemaligen UdSSR im Norden und dem Kaspischen Meer im Osten, verwaltungsmäßig in die drei Provinzen West-, Mittel- und Ostaserbaidschan unterteilt.

[7] Zum Kaspischen Meer und den Kohlenwasserstoffvorkommen siehe Mohammad-Reza Djalili und Thierry Kellner, *Géopolitique de la nouvelle Asie centrale* (Geopolitik des neuen Zentralasiens) (Paris: PUF, 2001), 179–225.

Die Verwendung der Bezeichnung "Aserbaidschan" für den türkischsprachigen Teil des Kaukasus ist neueren Datums. Sie geht auf das Jahr 1918 zurück, als die türkischen Truppen unter dem Kommando von Nuri Pascha Baku am 15. September besetzten und die früheren Provinzen unter dem Namen Aserbaidschan neu organisierten, um das osmanische Ziel jener Zeit zu erreichen: die Annexion des iranischen Aserbaidschan und der Gebiete nördlich des Arax, die von – im Allgemeinen türkischsprachigen – Moslems bevölkert waren, die im zaristischen Russland als "kaukasische Tartaren" galten.[8] Dieses Gebiet wurde mit dem Oberbegriff "Arran" betitelt oder entsprechend der Bezeichnung jedes seiner Bezirke oder Khanate Schirwan, Baku, Gandja, Nachitschewan, Talesch, etc. Die Iraner jedoch betonen die starken Affinitäten zwischen den Bevölkerungen auf beiden Seiten des Arax. Für sie gehören diese Bevölkerungen, obwohl nördlich des Arax Türkisch gesprochen wird, aus kultureller, historischer und sozialer Sicht zur iranischen Welt.

Während die Iraner den Iran als einen der ältesten Staaten Asiens ansehen, so hat die aserbaidschanische Elite, höchstwahrscheinlich unter dem Einfluss des sowjetischen Vorgehens in ethnischen Fragen, ein anderes Bild ihrer Geschichte und entwickelte einen Diskurs um den Mythos eines "Großaserbaidschan".[9] Aus dieser Sicht gibt es zwei Aserbaidschans, eins im Norden – die ehemalige Sowjetrepublik – und ein anderes im Süden – das iranische Aserbaidschan. Aserbaidschan sei zu Unrecht zwischen den Iranern und den Russen aufgeteilt worden, wobei Letzteres erst nach dem Zerfall der UdSSR in Frage gestellt worden sei. Diese Vision ist für die Iraner nicht akzeptabel. Sie sehen in diesem Diskurs eine Infragestellung ihrer territorialen Integrität, wenn nicht von der aserbaidschanischen Regierung, so doch zumindest von bestimmten politischen Kreisen in Aserbaidschan.[10] Die Sorge des Iran ist umso begründeter, als dieser pan-aserbaidschanische Irredentismus manchmal mit einer antiiranischen, pantürkischen Philosophie einhergeht, die in Teheran keineswegs positiv aufgenommen wird.[11]

Diese gegensätzlichen Standpunkte bilden den Hintergrund, vor dem sich die iranisch-aserbaidschanischen Beziehungen entwickelt haben, und sind nicht dazu angetan, positive Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern. Bisweilen beschuldigt Teheran Baku, separatistische Agitatoren im Iran zu unterstützen.

[8] V. Minorsky, "Adharbaydjan," *Encyclopédie de l'Islam* (1960), Bd.1, 197.

[9] Shireen Hunter, "Großaserbaidschan: Mythos oder Realität?" in Mohammad-Reza Djalili, ed., *Le Caucase Postsoviétique: la transition dans le conflit* (Der postsowjetische Kaukasus. Der Übergang im Konflikt) (Brussels: Bruylant, 1995), 115–142.

[10] Dies sind im Wesentlichen kleine Gruppen, die die Volksfront des Bauern-Präsidenten Eltschibej unterstützen, Personen, die der Stiftung für aserbaidschanische Studien in Baku nahe stehen oder sich dem Weltkongress der Aserbaidschaner angeschlossen haben, einige Aktivitäten der Nationalen Befreiungsfront etc.

[11] Touraj Atabaki, *Azerbaijan: ethnicity and the struggle for power in Iran* (Aserbaidschan: Ethnizität und der Kampf um die Macht im Iran) (London: I.B. Tauris, 2000).

Baku wiederum unterstreicht die Existenz kleiner islamistischer Gruppen, die durch den Iran manipuliert seien. Von Zeit zu Zeit sind im Iran Proteste zu hören, die besagen, dass, sollte sich die Bevölkerung Aserbaidschans mit ihren "Brüdern aus dem Süden" zusammenschließen wollen, der Iran bereit sei, sie willkommen zu heißen und ihr Territorium in das "iranische Mutterland" aufzunehmen. Auch wenn diese höflichen Wortwechsel nicht auf klar benannten Fakten basieren–denn die Republik Aserbaidschan hat nicht die Mittel, die Sicherheit des Irans tatsächlich zu bedrohen, noch liegt es im Interesse des Irans, seinen Nachbarn zu destabilisieren -, so haben sie doch schädliche Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen und untergraben den Frieden, der in einer normalen Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen herrschen sollte.

Iran – Armenien oder Beziehungen zwischen sehr guten Nachbarn

Die Beziehungen zwischen dem Iran und der armenischen Welt insgesamt gehen auf vorislamische Zeiten zurück und sind von der jahrhundertelangen Anwesenheit einer armenischen Gemeinschaft im Iran gekennzeichnet. Die Zahl der Armenier im Iran ist sicherlich seit der islamischen Revolution zurückgegangen, doch sie stellen heute immer noch die wichtigste christliche Gemeinschaft im Land dar.[12] Mitte der 1970er Jahre wurde die Zahl der Armenier im Iran auf etwa 250.000 geschätzt. Heute liegt ihre Zahl bei ungefähr 150.000. Die meisten von ihnen leben in Städten wie Teheran, Esfahan und Tabriz.[13] Die Beziehungen des Iran zur Republik Armenien, die eine gemeinsame Grenze mit dem Iran hat, müssen diesen Realitäten Rechnung tragen, sind jedoch auch von anderen Überlegungen beeinflusst. Für Teheran sind die Beziehungen zu Jerewan angesichts der bestehenden Schwierigkeiten in den Beziehungen zu Baku von besonderer Wichtigkeit. Außerdem beunruhigt den Iran der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Nagorny Karabach, der mehrere Jahre an seinen Grenzen andauerte (und eines Tages wieder aufleben könnte), und dies, obwohl dieser Konflikt dem Iran erlaubt hat, einen Vermittlungsversuch zu unternehmen und auf diese Weise eine stärkere politische Rolle in den transkaukasischen Angelegenheiten zu spielen.[14] Armenien seinerseits, eingeklemmt zwischen der Türkei und Aserbaidschan – die es beide für feindlich hält – und einem instabilen Georgien, sucht seine Verbindungen zu seinem großen Nachbarn im Süden zu stärken, um seine geographischen

[12] Eliz Sanasarian, *Religious Minorities in Iran* (Religiöse Minderheiten im Iran) (Cambridge: Cambridge University Press, 2000), 34–40. Siehe auch Cosroe Chaqueri, ed., *The Armenians of Iran* (Die Armenier im Iran) (Cambridge, MA: Harvard Middle Eastern Monographs, 1998).

[13] Eliz Sanasarian, *op cit*., 36–37.

[14] Abdollah Ramezanzadeh, "Iran's Role as a Mediator in the Nagorno-Karabakh Crisis" (Die Vermittlerrolle des Iran in der Krise um Nagorny Karabach), in *Contested Borders in the Caucasus* (Umstrittene Grenzen im Kaukasus), hrg. von Bruno Coppiters (Brussels: VUB Press, 1996). Gayane Novikova, "Armenia and the Middle East" (Armenien und der Nahe Osten), *Meria* 4:4 (Dezember 2000), 60-66.

und politischen Beeinträchtigungen als Enklave zu mildern. Die objektiven Bedingungen sind daher für das christliche Armenien und die Islamische Republik Iran günstig, um gut miteinander auszukommen und eng zusammenzuarbeiten, trotz ihrer religiösen und ideologischen Differenzen.

Während die Armenier im Iran eine Macht sehen, die in der Lage ist, die Aktivitäten der Türkei in Transkaukasien auszugleichen, und mit der sie weder historische noch territoriale Differenzen haben, betrachten die Iraner ihrerseits Armenien als Puffer gegen türkischen Einfluss an den Nordwestgrenzen ihres Landes und sogar in einem gewissen Maße in Zentralasien, wo viele Armenier leben. Außerdem ist Teheran ohne Zweifel darum bemüht, durch die Entwicklung enger Beziehungen zu Jerewan Unterstützung bei der armenischen Diaspora in Europa, Russland und den Vereinigten Staaten zu erreichen. Das bedeutet, dass die Annäherung des Iran an Armenien die Konsolidierung einer informellen Allianz zwischen Russland und dem Iran ermöglicht, einem Land, mit dem Teheran gemeinsame Ansichten über seine Kaukasuspolitik teilt.

Die Beziehungen des Iran zu Armenien hatten auch die Entwicklung bilateraler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten zur Folge. Der Iran ist der wichtigste Handelspartner Armeniens geworden, und die Land- und Luftverbindungen zwischen beiden Ländern haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Mit dem Export von iranischen Konsumgütern geht die Lieferung von Öl, Gas und Strom einher. Im November 2001 haben die beiden Regierungen tatsächlich einen Entwurf für ein Abkommen über die Einfuhr von iranischem und turkmenischem Gas durch iranisches Gebiet unterzeichnet. Die Implementierung dieses Projekts könnte zu einer erheblichen gegenseitigen Abhängigkeit zwischen beiden Nachbarländern führen.

Iran – Georgien: eine schwierigere Zusammenarbeit

Im Gegensatz zu Aserbaidschan und Armenien teilt Georgien keine gemeinsamen Grenzen mit dem Iran, doch einige Überlegungen motivieren die beiden Länder dazu, miteinander auszukommen und zusammenzuarbeiten. In seiner Transkaukasienpolitik kann der Iran Georgien nicht ignorieren. Georgien wiederum kann den Iran nicht ignorieren, da es seine regionalen und internationalen Beziehungen diversifizieren muss, vor allem, um den russischen Einfluss auszugleichen. Überdies muss Georgien, der einzige transkaukasische Staat mit einer maritimen Küste zum offenen Meer, eine Politik betreiben, die den Gewinn aus ihren Aktivposten maximiert, indem sie ihr Gebiet zu einem Knotenpunkt für Kommunikations- und Transportwege macht. Eine solche Perspektive lässt den Iran nicht gleichgültig, da er die Möglichkeit ins Auge fassen kann, eine Transitstrecke durch Armenien oder Aserbaidschan zu legen, um Zugang zum Schwarzmeerhafen Poti zu erhalten. Trotzdem haben sich die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern in den vergangenen Jahren relativ gut entwickelt. Das iranisch-georgische Verhältnis beruht auf politischen,

wirtschaftlichen und geopolitischen Überlegungen. Der letzte Aspekt kann nicht ohne Einbeziehung des Tschetschenien-Konflikts erwähnt werden, der entlang der Nordgrenze Georgiens stattfindet und starke Auswirkungen auf dieses Land hat.[15] Die iranische Politik befindet sich bei diesem Konflikt im Gegensatz zu den Verfassungsprinzipien der Islamischen Republik, wonach das iranische Regime allen moslemischen Brüdern Hilfe gewähren muss, die für ihre Freiheit kämpfen. Im Falle des Tschetschenien-Konflikts hat der Iran seine Vorliebe für Realpolitik gezeigt, seine selektive Vorgehensweise bei den islamischen "Sachen", die sein Engagement verdienen oder nicht verdienen. Selbst wenn während eines Teils dieses Konflikts, von 1997 bis 2000, die iranische Regierung bei ihrem Vorsitz in der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) ein gewisses Interesse am Tschetschenien-Konflikt zeigte, zog der Iran es vor, die Interessen von Gläubigen zu opfern, und entschied sich für eine Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Russland, seinem Hauptlieferanten von Militärausrüstung und Nukleartechnologie.[16] Von diesem Ansatz her wird deutlich, dass Teheran angesichts des Drucks aus Moskau, das Georgien zu mehr Kooperation im russischen Kampf gegen die tschetschenischen Rebellen mahnt, die Position von Tbilissi nicht politisch unterstützen kann.

Die Ankunft von amerikanischen Militärberatern in Georgien Ende Februar 2002 zur Unterstützung der Regierung in Tbilissi in ihrem Kampf gegen den Terrorismus in der Pankisi-Schlucht, wo von der Anwesenheit von Mitgliedern der Al-Qaida-Organisation die Rede war, ist geeignet, das Klima der bilateralen iranisch-georgischen Beziehungen zu stören. In der Tat sind die Iraner nach der "Installierung" von Amerikanern in Afghanistan und auf verschiedenen Stützpunkten in Zentralasien beunruhigt über die "Einkreisung" ihres Gebiets durch die amerikanischen Militärstreitkräfte, die bereits im Bereich des Persischen Golfs sowie durch die NATO in der Türkei präsent sind. Die weitere Anwesenheit von Amerikanern in Georgien kann Teheran nur noch mehr missfallen.

Perspektiven

Bis auf einige Besonderheiten unterscheiden sich die Prinzipien der iranischen Kaukasuspolitik nicht von der übrigen Außenpolitik des Iran. Seit Khomeinis Tod haben sich Orientierung und Leitlinien dieser Politik nach und nach gewandelt. Einst revolutionär und stark ideologisch beeinflusst, ist die Außenpolitik des Iran pragmatischer und versöhnlicher geworden. Seit Beginn der Präsidentschaft

[15] *Le Monde*, 25. Februar 2002.

[16] Siehe A. William Samii, "Iran and Chechnya: Realpolitik at Work" (Der Iran und Tschetschenien. Realpolitik am Werk)*Middle East Policy* 8:1 (März 2001), sowie Svante E. Cornell, "Iran and the Caucasus: The Triumph of Pragmatism over Ideology" (Der Iran und der Kaukasus. Der Triumph des Pragmatismus über die Ideologie), *Global Dialogue*, (Frühjahr/Sommer 2001), 80–92.

von Mohammed Khatami im Jahre 1997 hat Teheran seine Konfrontationspolitik zugunsten einer auf Dialog und Entspannungsbereitschaft gegründeten Vorgehensweise aufgegeben. Doch diese Reformen der iranischen Diplomatie haben auch ihre Grenzen.[17] Das politische System ist immer noch eine Islamische Republik, die gegenüber eher säkularen moslemischen Regimes Zurückhaltung übt, misstrauisch gegenüber westlichen Demokratien und vehement ablehnend gegenüber Israel und den Vereinigten Staaten bleibt. Antiamerikanismus bleibt ein Leitmotiv iranischer Politik. Man kann das Ausweichen auf diesen Diskurs mit der Notwendigkeit für ein islamisches Regime wie das iranische erklären, ein ständig wiederkehrendes Thema als revolutionär und populär erscheinen lassen zu müssen, der Notwendigkeit, angesichts der Fehlschläge und Schwierigkeiten der Mullah-Republik den "großen Satan" als Ventil benutzen zu müssen, sowie mit dem Risiko, das Beziehungen zu Washington in internen Streitigkeiten zwischen verschiedenen islamistischen Fraktionen darstellen, die die Macht für sich monopolisieren wollen.

In Bezug auf die neuen transkaukasischen Staaten passt sich die iranische Politik auf natürliche Weise an die besonderen Zusammenhänge an, die die bilateralen Beziehungen zu jedem von ihnen beeinflussen. Doch diese Politik fügt sich, allgemeiner gesehen, einerseits in den spezifischen Rahmen der iranischen Beziehungen zu Russland und der Türkei, zwei weiteren wichtigen externen Akteuren in der Dynamik der Region, und andererseits in den globalen Zusammenhang internationaler Politik.

Ein kurzer Blick auf die türkischen und iranischen Strategien in Transkaukasien und in Eurasien erlauben uns, noch allgemeiner ihre Unterschiede hervorzuheben und vor allem die Art und Weise zu verdeutlichen, in der sie sich gegenseitig beeinflussen. Wenn daher die Vereinigten Staaten, Aserbaidschan und Israel wichtige Partner in der Eurasienpolitik der Türkei sind, so baut der Iran seine Strategie auf der Fortsetzung bevorzugter Beziehungen zu Russland, Griechenland und Armenien auf. Um eine solche Politik zu betreiben, zögert der islamische Iran nicht, die Moslems der ehemaligen Sowjetunion zu ermutigen, mit orthodoxen Christen auszukommen. Es verurteilt den tschetschenischen Separatismus, arbeitet mit Moskau zusammen, um einen Friedensprozess zwischen Islamisten und Neokommunisten in Tadschikistan durchzusetzen, und tendiert im Konflikt um Nagorny Karabach zu armenischen Positionen. In der Zwischenzeit hat die Türkei bevorzugte Beziehungen zu Aserbaidschan aufgenommen (wo einige pantürkische Gruppierungen nicht zögern, in Bezug auf die Beziehungen zwischen den beiden Partnern ein "Eine-Nation-zwei-Staaten-Konzept" zu verlangen), hat eine Allianz mit Israel gebildet und trägt zur Entstehung einer Ankara-Baku-Tel-Aviv-Achse bei. Der Iran ist seinerseits an der Bildung einer Gege-

[17] Mohammad-Reza Djalili, *Iran: l'illusion réformiste* (Der Iran. Die reformistische Illusion) (Paris: Presses de sciences Po, 2001), 59–76.

nachse Teheran-Athen-Jerewan beteiligt. Dabei versucht jedes Land, das andere an der Errichtung einer hegemonialen Position in der Region zu hindern.[18]

Aus internationaler Sicht haben die Angriffe vom 11. September 2001 eine Stärkung der Verbindungen zwischen den Vereinigten Staaten, den transkaukasischen Staaten und Russland zur Folge gehabt. Hinsichtlich der Gewinnung und Beförderung von Kaspischem Öl überwiegt in diesem besonderen Bereich ein friedlicheres Klima zwischen Amerika und Russland, ein Zustand, der nicht den Interessen des Iran dient. In Bezug auf Tschetschenien werden die Russen von nun an den Krieg gegen die Tschetschenen als Kampf gegen den Terrorismus darstellen. Im Dezember 2001 besuchte der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Baku und erklärte bei dieser Gelegenheit, dass die Vereinigten Staaten ihre militärische Zusammenarbeit mit Aserbaidschan verstärken wollten. Wenige Tage später, am 11. Januar 2002, unterzeichnete Präsident George Bush ein Dekret über die Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen, die eine Wirtschaftshilfe an Aserbaidschan verhinderten und während des Konflikts um Nagorny Karabach unter dem Druck der armenischen Lobby in den Vereinigten Staaten beschlossen worden waren. Ende Februar wurde die amerikanische Militärpräsenz in Georgien bestätigt. Wenn man zu all dem noch die Einbeziehung des Iran in die “Achse des Bösen” in der Rede des amerikanischen Präsidenten zur Lage der Nation vom 29. Januar 2002 hinzufügt, sieht man, dass sich die Bedingungen für die Implementierung iranischer Politik im Kaukasus nach dem 11. September nicht verbessert haben.

[18] Zur Eurasien-Politik des Iran siehe Nicolas K. Gvosdev, “Iran’s Eurasian Strategy”(Die Eurasien-Strategie des Iran), *Analysis of Current Events ACE* 13:2 (Mai 2001), 1–5.

Die amerikanische Politik im Südkaukasus

Martha Brill Olcott[1]

Die drei kleinen Länder des Südkaukasus haben sehr viel mehr Aufmerksamkeit von amerikanischen Politikern erhalten, als man angesichts ihrer Größe und ihrer geographischen Isolation zunächst hätte erwarten dürfen. Die Erklärung hierfür liegt in Aserbaidschans Öl, Armeniens einflussreicher internationaler Diaspora und der Popularität des georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse im Westen.

Aserbaidschan

Seit Mitte der 1990er Jahre haben die Aserbaidschaner mit allen Mitteln darauf hingewirkt, mehr direktes amerikanisches Engagement in ihrem Land zu erreichen, in der Hoffnung, dass Washington als Puffer zwischen ihnen und Moskau dienen würde. Doch trotz der beträchtlichen Ölreserven Aserbaidschans[2] sympathisierte Washington im Streit zwischen Aserbaidschan und Armenien über den Status des umstrittenen Karabach-Gebiets zunächst mit Armenien. Abschnitt 907 des im Oktober 1992 verabschiedeten Freedom Support Act (Gesetz zur Unterstützung der Freiheit) war wahrscheinlich der deutlichste Ausdruck dafür. Er schränkte die amerikanische Hilfe für Aserbaidschan drastisch ein, bis dieser Staat "offensichtliche Schritte unternehme, um alle Blockaden und jeden anderen offensiven Einsatz von Gewalt gegen Armenien und Nagorny Karabach einzustellen." Überdies erwies es sich für die Aserbaidschaner als sehr schwierig nachzuweisen, dass sie von einem offensiven Einsatz von Gewalt gegen die Armenier Abstand nahmen (und ebenso, dass sich die Armenier aggressiv gegen Aserbaidschan verhielten).

Doch für die Amerikaner wurde das aserbaidschanische Öl ein Magnet von wachsender Anziehungskraft. Mehrere amerikanische Firmen sind in die in Aserbaidschan aktiven Ölkonsortien involviert; Chevron, ExxonMobil, Unocal und Amerada Hess haben alle Anteile an einem oder mehreren Projekten. Seit der Fusion von BP und Amoco sind die USA ebenfalls ein größerer Anteilseigner in Aserbaidschans größtem Ölprojekt geworden – der Erschließung der Ölfelder von Aseri, Chirag und der Tiefseeabschnitte von Gunashli, zu der die BP in einem im September 1994 unterzeichneten 30-Jahres-Vertrag ihre Zustimmung gegeben hatte. Damit entstand das Konsortium der Azerbaijan International Oil Operating

[1] Martha Brill Olcott ist Senior Associate am Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC.

[2] Schätzungen der nachweislichen Ölreserven Aserbaidschans schwanken zwischen 3.6 und 12.5 Milliarden Barrels, laut U.S.–Ministerium für Energie, Energie Information Administration, http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/caspian.html.

Company (AIOC). Die BP hält 34,1 Prozent der Anteile an der AIOC und ist ihr Projektbetreiber. Unocal hält 10,2 Prozent der Anteile und ExxonMobil weitere 8 Prozent.

Hejdar Alijew scheint den Wert der "Ölkarte" voll verstanden zu haben, da die aserbaidschanische Regierung unter seiner Führung viel Geschick bei der Zusammenstellung dieser Projekte gezeigt hat, um sicherzugehen, dass alle wichtigen Weltmächte vertreten sind. Das AIOC-Projekt schließt auch LUKoil (Russland) mit einem Anteil von 10,0 Prozent, Statoil (Norwegen) mit 8,6 Prozent, Itochu (Japan) mit 3,9 Prozent und Saudi-Arabien mit 1,7 Prozent Anteil mit ein. Shah Denz, Aserbaidschans zweitgrößtes Projekt, wird auch von der BP betrieben (mit 25,5 Prozent Anteil) und hat ebenfalls russische, italienische, französische, norwegische und iranische Beteiligung.

Doch die Erschließung des aserbaidschanischen Öls ist keineswegs frei von Problemen gewesen. Das Problem der Hauptexporttrasse ist immer noch nicht vollständig gelöst, obwohl man davon ausgeht, dass die AIOC nach jahrelangem amerikanischen Druck unwiderruflich an die Entscheidung gebunden ist, die Trasse Baku-Ceyhan als Hauptexporttrasse für ihr Öl bis Sommer 2002 zu nutzen. Doch der rechtliche Status des Kaspischen Meeres ist noch ungeklärt, da jedes Land effektiv seine eigene nationale Zone für die Erschließung abtrennt. Damit sind Aserbaidschan drei größere umstrittene Fundstätten geblieben – zwei umstritten mit Iran und eine Dritte mit Turkmenistan –, und im Juli 2001 stellten iranische Militärschiffe ein Forschungsschiff der BP, das die Ölfelder von Araz, Alov und Sharq erkundete, und wiesen es aus den angeblich iranischen Territorialgewässern aus.[3] Die Iraner machten geltend, dass die BP von Ausschreibungen für neue Projekte im Iran ausgeschlossen würde, wenn sie weiter an diesem Projekt arbeitete, und dieser Zwischenfall führte zu einer ernsthaften Verschlechterung der ohnehin angespannten aserbaidschanisch-iranischen Beziehungen.

Doch ohne amerikanisches Engagement hätten die Aserbaidschaner wahrscheinlich sehr viel mehr Schwierigkeiten bei der Erschließung ihres Ölreichtums gehabt und wären wie Turkmenistan beim Transport vielleicht vollständig von Russland abhängig gewesen. Genau dies befürchteten die USA, da Öl im Unterschied zu Gas von der Preisstruktur auf dem Weltmarkt bestimmt wird und Transitstaaten viel Ermessensspielraum haben. Um die Russen davon abzuhalten, eine ähnliche Machtposition in Aserbaidschan einzunehmen, drängte die Regierung Clinton sehr darauf, dass das aserbaidschanische Öl durch die Türkei über die Trasse Baku-Ceyhan geleitet würde und nicht nördlich von Noworossisk und dann über die zentrale russische Export-Pipeline.

Diese Politik hatte den zusätzlichen Vorteil, die Türkei zu belohnen, die während des gesamten Kalten Krieges ein enger Verbündeter der USA gewesen war, jedoch beim Zusammenbruch des Kommunismus für diese Unterstützung

[3] Caspian Sea Regional Country Analysis Brief, http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/caspian.html.

nicht wirklich den Gewinn erhalten hatte, den sich viele in Ankara und Istanbul erhofft hatten. Die Trasse Baku-Ceyhan würde den Türken erhebliche Transiteinnahmen bringen und hatte den zusätzlichen Vorteil, den Tankerverkehr durch die türkischen Meerengen nicht weiter zu vermehren.

Doch trotz allen Drängens der US-Regierung war die AIOC nicht gewillt, sich auf diese Trasse festzulegen, wenn sie sich nicht als ökonomisch machbar erwies, da Washington nicht bereit war, den Bau der Trasse finanziell zu unterstützen. Als die Regierung Clinton ansetzte, auf die Ölgesellschaften Einfluss zu nehmen, die in Aserbaidschan Geschäfte machten, begannen die Aserbaidschaner, auf die Regierung Clinton Einfluss zu nehmen. Als amerikanische Ölfirmen in Aserbaidschan aktiver wurden, stieg der Druck, diese Sanktionen aufzuheben oder ernsthaft zu verändern, massiv an, und im Oktober 1998 wurden Änderungsgesetze verabschiedet, die für einige wichtige Ausnahmen sorgten und der U.S. Export-Import Bank, der Overseas Private Investment Corporation (OPIC) und der Trade and Development Agency erlaubten, sich in Projekten im Lande zu engagieren. All dies war dazu angetan, amerikanische Investitionen in der Ölindustrie Aserbaidschans voranzutreiben. Auch aserbaidschanische Nichtregierungsorganisationen erhielten die Berechtigung, amerikanische Zahlungen entgegenzunehmen, und im Jahre 2000 gab die US-Regierung 32,18 Mio. $ für Aktivitäten im Sinne des Freedom Support Act aus. Ebenso wurden amerikanische Hilfsprogramme für die Arbeit mit unabhängigen politischen Gruppen und den aserbaidschanischen Medien entwickelt.

Bis Ende der 1990er Jahre war fast die gesamte amerikanische Auslandshilfe an Aserbaidschan auf humanitäre Hilfe beschränkt und dabei meist für die Flüchtlinge des Landes bestimmt.

Aserbaidschan hat etwa 800.000 Flüchtlinge, wenn man die über eine halbe Million innerhalb des Landes Vertriebenen zu dieser Kategorie rechnet (Menschen, die aus den Teilen Aserbaidschans vertrieben wurden, die während der Kämpfe zu Beginn der 1990er Jahre von den Armeniern besetzt waren). Der Rest der Flüchtlinge kommt aus Armenien selbst.[4]

Die aserbaidschanische Regierung war entschlossen, eine Aufhebung der Sanktionen aus dem Freedom Support Act durchzusetzen, weitgehend aus Gründen des Prestiges. Während Korruption in Aserbaidschan ein ständiges und zunehmendes Problem gewesen ist, hat der weltweit steigende Ölpreis die aserbaidschanische Regierung weniger als alle anderen Staaten der Region von internationaler Hilfe abhängig gemacht, auch wenn der IWF und die Weltbank gleichermaßen im Land engagiert sind und versuchen, den Prozess makroökonomischer Reformen zu beschleunigen.

[4] Ende 1999 gab es in Aserbaidschan 791.550 “Personen von Interesse für den UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der UN) , darunter 221.600 Flüchtlinge und 569.600 Zwangsvertriebene innerhalb des Landes.” Siehe http://www.unhcr.ch/statist/main.htm.

Präsident Alijew und seine wichtigsten Berater hofften, dass die tragischen Ereignisse vom 11. September einen Neubeginn für die amerikanisch-aserbaidschanischen Beziehungen bedeuten würden und sich dies in einer verstärkten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit äußern möge. Der verhasste Abschnitt 907 des Freedom Support Act von 1992 wurde durch Kongressresolution im Oktober 2001 aufgehoben, was durch Präsidentendekret im Januar 2002 bestätigt wurde. .

Einige aserbaidschanische Politiker haben lange darauf gedrängt, dass Aserbaidschan der NATO einen Stützpunkt bewilligen solle, eine Forderung, die vor dem 11. September äußerst ungeschickt erschien, doch seitdem hat es Berichte gegeben, dass US-Flugzeuge den Flughafen von Baku für Zwischenlandungen auf ihrem Weg nach Afghanistan genutzt hätten.[5] Viele Vertreter der aserbaidschanischen Elite hoffen sogar auf ein noch größeres militärisches Engagement der USA, und die Entscheidung der US-Regierung, militärische Ausbilder und amerikanische Kampfhubschrauber nach Georgien zu schicken, haben in Aserbaidschan Hoffnungen genährt, dass die USA auch in ihrem Land ihre militärische Präsenz verstärken könnten, besonders wenn die USA sich am Ende militärisch am Persischen Golf engagieren. Die Aufhebung von Abschnitt 907 des Freedom Support Act führt wahrscheinlich zur Aufnahme weit reichender neuer Kontakte zwischen den USA und den aserbaidschanischen Militärs.

Die ersten bilateralen amerikanisch-aserbaidschanischen Militärkonsultationen fanden Ende März 2002 in Baku statt. Schwerpunktthemen waren: die Seeverteidigung im Kaspischen Meer, die Standardisierung von Kontrollen des Luftraums sowie Fragen der militärischen Ausbildung. Auch das Verbot von amerikanischen Waffenexporten nach Aserbaidschan und Armenien wurde aufgehoben, wodurch sich zusätzlich Gelegenheit zur Konsolidierung der Beziehungen zwischen den USA und Aserbaidschan bietet.[6]

Die Aufhebung von Abschnitt 907 ist ein wirklicher Meilenstein in den amerikanisch-aserbaidschanischen Beziehungen und eröffnet Möglichkeiten für ein weit größeres amerikanisches Engagement in Aserbaidschan und für den 78-jährigen Präsidenten Hejdar Alijew. Es stärkt wiederum auch die potentielle Rolle der USA in einer Krise um die Nachfolge, die angesichts der zerbrechlichen Gesundheit des aserbaidschanischen Präsidenten jederzeit eintreten kann.

---

[5] Tim Wall, "Bush Administration Uses Economic Levers to Encourage Anti-terrorism Cooperation" (Regierung Bush nutzt wirtschaftliche Druckmittel, um Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus zu fördern), *Eurasia Insight*, 22. Oktober 2001. http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav102201c.shtml.

[6] Stephen Blank, "U.S. Military in Azerbaijan, to Counter Iranian Threat" (US-Militär in Aserbaidschan zur Abwehr der iranischen Bedrohung), *Central Asia-Caucasus Analyst*, 10. April 2002, 5–6.

Georgien

Seit Eduard Schewardnadse Ende 1992 in Georgien an die Macht kam, haben die USA versucht, die Sache der georgischen Unabhängigkeit zu stärken. Diese ist durch den Kampf um den Status der Autonomen Republik Abchasien und das Gebiet von Südossetien um Cchinvali, die beide nicht unter der Kontrolle der georgischen Regierung stehen, ernsthaft gefährdet worden. In der Tat war Russlands Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung dieser Konflikte, zumindest bis sie durch die von Russland ausgehandelten Waffenstillstände im Jahre 1994 eingefroren wurden, ein wichtiger Grund für die Verhärtung der amerikanischen Haltung gegenüber Russland. Im ersten Jahr ihrer Amtszeit war die Regierung Clinton bereit, Russland in den neuen unabhängigen Staaten an seinen Grenzen relativ freie Hand zu lassen. Doch Moskaus Verhalten in Georgien (und, in geringerem Maße, in Aserbaidschan und Moldawien) überzeugte auch die russlandfreundlichsten unter Präsident Clintons Beratern davon, dass die Russen intensiv überwacht werden mussten.

Die USA waren weniger besorgt über Russlands Sympathisieren mit Armenien im Krieg um Karabach, ja Washington glaubte gar, dass Moskau in diesem Streit ein ehrlicher Makler sein könnte. Doch bleibt zunächst die Regierung Clinton und dann die Regierung Bush skeptisch angesichts von Russlands Möglichkeiten, die georgische Eigenstaatlichkeit zu untergraben. Die USA haben versucht, der Regierung Schewardnadse ein guter Freund zu sein, sogar als dessen demokratische Referenzen begannen zu verblassen.

Für die Amerikaner hat Schewardnadse immer noch einen hohen Symbolwert. In Washington ist er in guter Erinnerung wegen seiner Rolle bei der Beendigung der sowjetischen Besatzung in Osteuropa in seiner Zeit als Außenminister, wegen seines Bruchs mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, weil sich Letzterer den Moskauer Hardlinern zuwandte, und wegen seiner sichtbaren Unterstützung Jelzins beim fehlgeschlagenen Putsch der kommunistischen Partei im August 1991.

Washingtons Unterstützung für Georgien hat viele Formen angenommen, und nicht die unwichtigste unter ihnen ist die Bereitschaft Washingtons, Tbilissi einen unverhältnismäßig hohen Anteil der für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion angesetzten Auslandshilfe zu gewähren. Im Haushaltsjahr 2000 stellte die US-Regierung eine geschätzte Summe von 149,6 Mio. $ für die Unterstützung Georgiens zur Verfügung, davon 108,64 $ an Mitteln des Freedom Support Act. Die USA waren Georgien auch dabei behilflich, substantielle Mittel vom IWF und der Weltbank zu erhalten.

Georgien hatte diese Hilfe wirklich nötig, obwohl es nicht immer einen guten Gebrauch davon gemacht hat. Ohne den aserbaidschanischen Reichtum an Öl und Gas war Georgien noch verwundbarer durch russischen Druck, und Russland war immer bereit, Georgien gegenüber hart durchzugreifen, auch vor dem

Krieg in Tschetschenien, als man nicht davon ausgehen konnte, dass Georgien irgendeine direkte Gefahr für die Sicherheit des russischen Staates bedeuten würde. Schewardnadse kam während des Krieges gegen die abtrünnige Region Abchasien an die Macht, was ein latenter Konflikt bleibt. Die ungelöste Natur dieses Konflikts gehört zu den bestimmenden Merkmalen georgischer Eigenstaatlichkeit, ebenso wie die ökonomische Belastung, die dieser Konflikt für die georgische Regierung darstellt: sie hat die Verantwortung für die im Ergebnis dieses Konflikts fast dreihunderttausend Zwangsvertriebenen im Lande übernommen.[7]

Die helfende Hand der internationalen Gemeinschaft war ein zweischneidiges Schwert. Die Auslandschulden Georgiens sind hoch – 1,6 Milliarden $ oder 53 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Landes Ende 2000, von denen ein großer Teil Schulden bei einzelnen Gläubigerländern waren. Die Mitgliedsstaaten des Pariser Clubs waren bereit, Georgiens Schulden umzuschichten, teilweise um Georgien für sein Engagement für makroökonomische Reformen und die Liberalisierung des Handels zu belohnen, was dazu führte, dass Georgien im Juni 2000 aufgefordert wurde, der WHO beizutreten.[8] Doch die geographisch näher gelegenen Gläubiger des Landes (China, Russland, die Ukraine und Turkmenistan) waren im Allgemeinen sehr viel weniger entgegenkommend, was neben anderen Folgen die Energieknappheit Georgiens verstärkt hat, die wiederum den Prozess wirtschaftlicher Erholung erschwerte. Auch hat die Situation die Georgier relativ offen gegenüber jedem gemacht, der bereit ist, in die Neuordnung der georgischen Energieindustrie zu investieren, wobei Tbilissi in erster Linie geneigt ist, möglichst amerikanische Firmen ins Land zu holen, als Puffer gegen die Russen.

Daher hat der Energietransport für die Georgier eine so enorme Bedeutung gewonnen, denn er stellt eine Einnahmequelle dar, die seine Existenz zu sichern scheint, und gleichermaßen eine Möglichkeit der Wirtschaftstätigkeit (obwohl viele Industrie-Insider der Meinung sind, die Georgier seien bereit gewesen, einen zu niedrigen Preis für den Transit von Öl und Gas durch ihr Gebiet zu akzeptieren). Denn obwohl die georgische Regierung sich wiederholt verpflichtet hat, die Verantwortung für die Sicherung gegenwärtiger und künftiger Öl- und Gas-Pipelines durch ihr Gebiet zu übernehmen, gibt es gleichzeitig die Erwartung, dass der Westen nicht dulden wird, dass die alternativen Pipeline-Trassen unter russische Kontrolle gelangen.

Ein Teil der ersten Ölfördermengen der AIOC in Aserbaidschan und der Fördermengen von Tengiz-Chevroil (aus Kasachstan) wird gegenwärtig durch Georgien geleitet. Ersteres geht über den Schwarzmeerhafen Supsa. Letzteres wurde per Schiff über das Kaspische Meer und dann durch Aserbaidschan und

[7] Nach Angaben des UNHCR gab es Ende 1999 in Georgien 279.200 im Lande Zwangsvertriebene; siehe http://www.unhcr.ch/statist/main/htm.

[8] "Georgia: Recent Economic Developments and Selected Issues" (Georgien: jüngste wirtschaftliche Entwicklungen und ausgewählte Themen), *IMF Country Report*, November 2001, Nr.. 211, 12–13.

Georgien zum Hafen Batumi gebracht, bis zur Eröffnung der CPC-Pipeline in den Jahren 2001-2002.

Die Bestimmung Georgiens zum Energiekorridor für den Kaspischen Raum ist ein wichtiges Element der amerikanischen Politik in der Region, doch sie ist mit der Sorge der USA um die Sicherheit Georgiens verbunden. Die amerikanische Militärhilfe für Georgien lag zeitlich vor dem Beschluss der Regierung Bush, Georgien zum Vorposten im Krieg gegen den Terrorismus zu machen, als Washington im Februar 2002 die Entscheidung ankündigte, 150 militärische Ausbilder ins Land zu schicken sowie 10 Transporthubschrauber, um die die Georgier schon 1997 gebeten hatten, zu deren Lieferung die Regierung Clinton jedoch nicht bereit war. Dies sollte die georgische Regierung in die Lage versetzen, Truppen zur Pankisi-Schlucht nahe der Grenze zur abtrünnigen Republik Tschetschenien zu entsenden, wo die Regierung nicht imstande war, für Ordnung zu sorgen.

Die Entscheidung der Regierung Bush beruht auf einer Geschichte wachsender militärischer Zusammenarbeit zwischen den USA und Georgien. Von allen drei südkaukasischen Staaten hat Georgien die aktivste Rolle im NATO-Programm Partnerschaft für den Frieden gespielt. Die bilaterale amerikanische Militärhilfe für Georgien ist ebenfalls ständig angestiegen, teils als Reaktion auf den Druck anti-russischer Interessengruppen in Washington. Im Haushaltsjahr 2000 stellten die USA Georgien 20 Mio. $ zur Finanzierung seines Grenzschutzes und für die Ausbildung im Strafvollzug zur Verfügung und setzten zusätzliche 10 Mio. $ als Beitrag zur Finanzierung der Rückverlegung russischer Truppen von ihren Militärstützpunkten in Georgien ein. Georgien erhielt weitere 3 Mio. $ für militärische Ausbildung.

Die Militärhilfe der USA für Georgien wird sich voraussichtlich im kommenden Jahr erhöhen, zum Teil weil der Krieg gegen den Terrorismus Washington einen passenden Vorwand liefert, um positiv auf Anfragen nach Militärhilfe zu reagieren, die vorher vielleicht als unpassend angesehen worden wären. Aber es geschieht auch zu einer Zeit wachsender Kooperation zwischen Moskau und Washington und wird wahrscheinlich nicht zu einer dramatischen Neubestimmung des georgischen Verhältnisses zu Russland führen.

Armenien

Die Armenier sind eine sehr einflussreiche Interessengruppe in den USA. Sie nutzen erfolgreich Spenden und die Drohung mit Blockabstimmungen, um auf eine Reihe von wichtigen Mitgliedern des amerikanischen Kongresses Druck auszuüben. Jedes Jahr im April wird in einer Kongressresolution des armenischen Völkermords von 1915 gedacht.

Armenien war auch einer der fünf Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die nach einer Entscheidung des amerikanischen Außenministeriums die Eröffnung einer US-Botschaft in den ersten Tagen nach Verleihung der Unabhängigkeit verdienten. Drei der vier anderen Staaten (Weißrussland, die Ukraine und Kasachstan)

hatten Atomwaffen, die die US-Politiker beseitigt haben wollten, während Kirgisistan für das scheinbar demokratischere Verhalten seines Präsidenten belohnt wurde.

Die armenische Lobby hatte sogar schon vor der Unabhängigkeit auf ein Engagement der USA in Armenien gedrängt, und die USA starteten nach dem Erdbeben vom Dezember 1988, bei dem etwa 25.000 Menschen ums Leben kamen, einen größeren Hilfseinsatz. Dies war der erste größere Hilfseinsatz der USA in der UdSSR seit dem

2. Weltkrieg.[9]

Armenische Lobbyisten überwachen ebenfalls sehr intensiv die Arbeit von Öl-Lobbyisten sowie die erst in jüngster Zeit entstandene aserbaidschanische Lobby und verdoppeln ihre Anstrengungen immer dann, wenn es den Anschein hat, dass der Kongress über eine Aufhebung der Restriktionen von Abschnitt 907 des Freedom Support Act abstimmen würde.

Die gleichen Interessengruppen waren ebenfalls sehr erfolgreich bei der Entgegennahme von amerikanischer Auslandshilfe für Armenien, das im Haushaltsjahr 2000 124,18 Mio. $ US-Hilfe, darunter 102,46 Mio. $ an Geldern aus dem Freedom Support Act erhielt.

Armenien ist in der Lage gewesen, seine engen Verbindungen zu den USA mit einer sehr engen Beziehung zu Russland ebenso wie einer engen iranisch-armenischen Beziehung auszubalancieren. Auch in Europa sind die Armenier diplomatisch sehr aktiv gewesen und haben besonders enge Verbindungen zu Frankreich, das ebenfalls eine große armenische Diasporagemeinde hat. Im Ergebnis war Armenien ein wichtiger Adressat von internationaler Hilfe. Es gibt jedoch auch eine Schattenseite der diplomatischen Erfolge des Landes, und zwar seine sehr große Auslandsverschuldung;[10] dies in Verbindung mit dem langsamen Wachstum des nationalen BIP hat die Armutsbekämpfung zum Schwerpunkt der gegenwärtigen Hilfe der Weltbank gemacht.

Die Chancen, dass die Weltbank, die USA und andere Formen internationalen Engagements die demographischen Trends, die Armeniens wirtschaftliches Potential schwächen, umkehren könnten, stehen jedoch eher schlecht. Auch hat Armenien eine erhebliche Anzahl an Flüchtlingen, die vom UNHCR im Juli 2000 auf etwas weniger als dreihunderttausend geschätzt wurden[11].

---

[9] Richard D. Kauzlarich, *Time for Change?* (Zeit für einen Wechsel?) A Century Foundation Report (New York 2002), 15.

[10] Ende 2000 betrug die Auslandsverschuldung Armeniens 45 Prozent des nationalen BIP. "Republic of Armenia: Recent Economic Developments and Selected Issues" (Republik Armenien. Jüngste wirtschaftliche Entwicklungen und ausgewählte Themen), *IMF Country Report*, Mai 2001, Nr. 01/78, 19.

[11] Nach Angaben des UNHCR hatte Armenien Ende 1999 296.220 Flüchtlinge; siehe http://www.unhcr.ch/statist/main/htm.

Russland ist für Armenier (wie für Georgier und Aserbaidschaner) ein wichtiger Arbeitsmarkt. Armenien erlebt eine allmähliche Entvölkerung. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung in Armenien von Oktober 2001 haben seit dem Zerfall der UdSSR 1991 etwa 950.000 Menschen das Land verlassen. In der Tat hat nach Angaben der Internationalen UN-Organisation für Migration Armenien von allen ehemaligen Sowjetrepubliken die höchste Abwanderungsrate.[12]

Wenige glauben, dass Armenien in der Lage sein wird, diesen Trend aufzuhalten und seine wirtschaftlichen Probleme ernsthaft anzugehen, solange das Land aufgrund des ungelösten Konflikts mit Aserbaidschan weiterhin unverhältnismäßige militärische Verpflichtungen wahrzunehmen hat. In den letzten Jahren haben die USA im Rahmen der Bemühungen der OSZE eine sehr aktive Rolle in den Vermittlungsversuchen in diesem Konflikt gespielt.

Die OSZE hat sich seit März 1992 (als die Organisation noch als KSZE bekannt war), wenige Monate, nachdem Aserbaidschan und Armenien unabhängig geworden waren, an Versuchen beteiligt, eine Lösung der Krise um Nagorny Karabach zu vermitteln. Die ursprüngliche Absicht der OSZE war, eine Friedenskonferenz in Minsk zu unterstützen, die nie stattgefunden hat, doch ein Komitee aus elf Nationen (plus Armenien und Aserbaidschan), bekannt als die Minsk-Gruppe, dient als ständiges Forum für Verhandlungen in diesem Konflikt, bei dem es seit Mai 1994 einen richtigen Waffenstillstand gegeben hat (aber auch viele Verstöße dagegen). Den Vorsitz in der Gruppe haben die Russische Föderation, Frankreich und die USA.

Nach dem Amtsantritt von Präsident George W. Bush herrschte zunächst die sehr optimistische Erwartung, dass es eine Lösung für den Konflikt um Nagorny Karabach geben könne, besonders nachdem Bush ein persönliches Interesse daran gezeigt hatte und die politische Führung von Aserbaidschan wie auch Armenien nach Key West einlud. Die Präsidenten von Armenien und Aserbaidschan hatten seit 1999 in regelmäßigem direktem Kontakt gestanden, und das Treffen von Key West sollte von den Ergebnissen profitieren, die man bei Verhandlungen im März 2001 auf Einladung des französischen Präsidenten Jacques Chirac erreicht hatte. Doch das Treffen zeigte eher die Grenzen ebenso wie die Erfolge des von der Minsk-Gruppe unterstützten Friedensprozesses, als die beiden Präsidenten das Treffen in der Überzeugung verließen, dass die angebotenen Bedingungen für einen Verhandlungsfrieden für ihre jeweilige Bevölkerung inakzeptabel seien.

[12] Jeffrey Swedberg, “Armenian Census Numbers Spark Debate But are Good News for President” (Ergebnisse der armenischen Volkszählung lösen Diskussionen aus, sind jedoch gute Nachrichten für Präsidenten) *Central Asia-Caucasus Analyst*, 27. März 2002, 9.

Die Zukunft des amerikanischen Engagements

Der Krieg gegen den Terrorismus wird wahrscheinlich zu einem verstärkten Engagement der USA im Südkaukasus und zu mehr Zustimmung auf Seiten Russlands führen, als dies unter anderen Umständen der Fall gewesen wäre.

Die Regierung Bush glaubt fest daran, dass die USA sich nach neuen Freunden umsehen und bestehende Freundschaften mit Staaten festigen müssen, die den USA eine größere Flexibilität im Umgang mit potentiellen Bedrohungen ihrer Sicherheit geben.

Wenn der geopolitische Schwerpunkt darin liegt, Gefahren aus dem Nahen Osten, dem Persischen Golf und Afghanistan unter Kontrolle zu bringen, scheinen die Staaten des Südkaukasus weniger fern, als dies sonst der Fall wäre. Ähnlich wird der Zugang zu Wirtschaftsgütern, die relativ begrenzt sind, wie das Ölangebot Aserbaidschans, umso kritischer, wenn größere Ölquellen immer weniger zuverlässig erscheinen.

Vor diesem Hintergrund ist es unwahrscheinlich, dass die USA den Südkaukasus als eine Region von erstrangiger sicherheitspolitischer Bedeutung sehen werden. Während die bilaterale Hilfe für diese Staaten wahrscheinlich zunehmen wird, ist es daher auch unwahrscheinlich, dass die USA erheblich höhere Geldsummen in Auslandshilfe für diesen Teil der Welt investieren werden oder eine Veränderung der Natur dieser Systeme zu ihrer Priorität machen werden.

Die Rolle der EU für die Sicherheit des Südkaukasus: Eine gefährdete Besonderheit?

Damien Helly[1]

In ihren Verträgen zählt die EU die "Friedenserhaltung" und "die Stärkung der internationalen Sicherheit" zu ihren Zielen. Ebenso hat sie die Förderung internationaler Zusammenarbeit, die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie eine vermehrte Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziel gesetzt. In der Praxis versucht die EU, Stabilität und Sicherheit unter den Partnerstaaten wie in den zwischenstaatlichen Beziehungen, in Krisen oder im Frieden, durch Notstands- oder Präventivmaßnahmen auf der Grundlage von zivilen oder militärischen Lösungen zu fördern.[2]

Im Fall des Südkaukasus wie in anderen Teilen der Welt fördert die EU zwei Arten von Sicherheit: die innere Sicherheit, die durch Separatismus und soziale und politische Spannungen bedroht ist, und die äußere Sicherheit, die stark unter dem Einfluss von Konflikten und Spannungen um zentrale Fragen zwischen Staaten in dieser Region steht. Jede Aktion der EU hängt zwangsläufig von sieben Variablen ab.

Diplomatischer Regionalismus. Im Kaukasus interagiert die EU mit der OSZE, dem Europarat, den Vereinten Nationen und der NATO sowie mit der GUS und der GUUAM-Organisation. Sie alle sind in die europäische und eurasische Sicherheitspolitik eingebunden.

Koordination zwischen der EU und den Regionalmächten. Die Politik der EU hängt vom Koordinationsniveau ab, das sie mit Russland, den USA, der Türkei und dem Iran in Bezug auf den Kaukasus erreicht.

Innere Reformen der EU. Die Handlungsmöglichkeiten der EU sind in ständiger Veränderung begriffen. Die Begründung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu Beginn der 90er Jahre und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ebenso wie die Aussichten auf die EU-Erweiterung verändern die Strukturen der EU ständig, da es sich dabei um Versuche handelt, die beiden gleichzeitigen Prozesse der Erweiterung und Intensivierung des Engagements zu harmonisieren.

---

[1] Damien Helly ist Doktorand am Center for International Studies and Research Sciences Po, Paris. EU-Vertrag, geändert durch den Verträg von Amsterdam, Artikel 11.

[2] Die zivile Dimension von Krisenmanagement löst eine Diskussion über die Frage aus: Ist das Argument, das den zivilen Bereich und die Prävention betont, ein Alibi, um die fehlenden Möglichkeiten der EU als internationaler Akteur und ihre wahre Natur als "politischer Zwerg" zu verdecken?

Europäisches System der Außenbeziehungen. Die Formulierung einer außenpolitischen Strategie der EU gegenüber dem Südkaukasus hängt von der Kohärenz neuer oder revidierter Positionen europäischer Institutionen ab.

Nationale Außenpolitik. Die Mitgliedsstaaten der EU verfolgen ihre eigene nationale Außenpolitik mit einem unterschiedlichen Europäisierungsniveau und beeinträchtigen damit der Außenbeziehungen der EU.

Lösung des Konflikts um Nagorny Karabach. Sicherheit im Südkaukasus hängt in erster Linie von Fortschritten bei den Verhandlungen über eine Lösung des Konflikts in Nagorny Karabach ab, der im Allgemeinen als Haupthindernis für den von der EU verfolgten regionalen Stabilisierungsprozess gesehen wird.

Stabilität lokaler Verhältnisse. Wenn die Aktionen der EU dauerhafte Wirkung haben sollen, bleibt die EU auf die Stabilität lokaler politischer und sozialer Verhältnisse angewiesen, eine Bedingung, die noch nicht gegeben ist.

Je nach Situation kann die EU daher den Frieden voranbringen, oder sie kann dazu beitragen, russische oder amerikanische Politik in mehr oder weniger stabilisierten Zusammenhängen zu realisieren.

Europäische Wahrnehmungen der Sicherheit im Südkaukasus

Das Modell regionaler Kooperationshilfe, das die drei Staaten des Südkaukasus umfasst, geht methodisch auf das Modell der europäischen Konstruktion selbst zurück, aber auch auf das regionale Management des zaristischen Russlands und seine vielen Transformationen, insbesondere die Transkaukasische Föderation von 1918 und die Transkaukasische Föderative Sozialistische Republik. Sieben verschiedene europäische Interpretationen des Südkaukasus können den Reden und der Politik von Europäern entnommen werden.

Proeuropäische Interpretation. Diese Sichtweise geht davon aus, dass die drei südkaukasischen Staaten nicht umhin können, sich eines Tages in die Europäische Union zu integrieren. Die potentiellen kaukasischen Beitrittskandidaten sind Zielscheibe europäischer Politik, die darauf angelegt ist, an der Peripherie einer künftigen erweiterten Europäischen Union Stabilität zu sichern. Die EU arbeitet an der Verbindung und Erweiterung transeuropäischer Transportnetze und -korridore zum Kaukasus und nach Zentralasien (TRACECA[3]). Ebenso hat der Europäische Rat sich bereit erklärt, die drei Staaten zu integrieren, um sie beim Aufbau demokratischer staatlicher Strukturen zu unterstützen. Europäer sprechen

[3] Dieses Programm der Europäischen Kommission zielte seit 1993 darauf ab, einen wettbewerbsfähigen Transportkorridor von Europa nach China zu errichten und in diesem Bereich eine regionale Kooperation zwischen den Ländern des Kaukasus und Zentralasiens zu entwickeln. Siehe Damien Helly, “Un corridor de transport Asie-Europe, l’Union européenne et sa Route de la Soie” (Ein Transportkorridor zwischen Asien und Europa. Die Europäische Union und ihre Seidenstraße), *Courrier des pays de l’Est,* Nr. 1019 (Oktober 2001), 52-64. Siehe auch www.traceca.org.

über den “Südkaukasus”, den “südlichen Kaukasus”, die “kaukasische Heimat”, oder den “Gemeinsamen kaukasischen Markt”.

Kaspische Interpretation. Für Europäer, die nur an den Zugang von kaspischen Kohlenwasserstoffen zu europäischen und weltweiten Märkten denken, erfordert der Transport von Energievorräten Stabilität in der Region, vor allem durch den Schutz von Infrastrukturen. Auf diese Weise wird der Südkaukasus als Transportkorridor gesehen, als Verbindung zur Seidenstraße und nach Südrussland und als strategischer Knotenpunkt.

Betonung von Übergängen. Ausgehend von der Erfahrung mittel- und osteuropäischer Länder beharrt die Interpretation eines “postsowjetischen Kaukasus” ebenso auf legitimen grundlegenden Reformen auf allen Ebenen der Gesellschaft (Demokratisierung, Privatisierung) wie auf der Trägheit der Mentalitäten im Angesicht des Wandels. Auf Dauer bringt das Fehlen von Reformen Gefahren für die Sicherheit – für die nukleare Sicherheit im Fall des Atomkraftwerks Medzanor in Armenien oder für die rechtliche und wirtschaftliche Sicherheit durch das Chaos, das durch grassierende Korruption und organisierte Kriminalität entsteht.

Russland-zentrierte Interpretation. Diese Sichtweise betont die Bedeutung des russischen Faktors und die Interdependenzen zwischen dem Nord- und dem Südkaukasus. Die europäischen Interessen liegen dann in der Verteidigung der Unabhängigkeit der drei Staaten gegenüber Russland und der Begrenzung des schädlichen Einflusses durch tschetschenische Konflikte. Dies erklärt die europäische Unterstützung für eine Überwachung der Nordgrenzen Georgiens durch die OSZE. Die Aufnahme des Kaukasus in die Agenda der Beziehungen zwischen Russland und der EU illustriert diese europäischen Sorgen. Dieser Ansatz tendiert zu einer Beibehaltung des Terminus Transkaukasien oder “Sakawkasje” (jenseits des Kaukasus).

Ethno-linguistische Interpretation. Diese Sichtweise betont die Unterschiedlichkeit und Komplexität der Region und das historische Erbe von Konflikten ethnischer, religiöser oder regionaler Natur zwischen Gruppen. Der Vergleich zum Balkan liegt hier nahe. Stabilität in der Region gilt als notwendig für die erweiterte EU. Ethnische Säuberungen und regionale Konflikte rechtfertigen ein dauerhaftes Friedensengagement der EU im Rahmen der Konfliktprävention.

Entwicklungspolitische Interpretation. Diese beruht auf europäischen Erfahrungen in der Entwicklungspolitik in der Zusammenarbeit mit AKP-Ländern (Afrika-Karibik-Pazifik). Die Diagnose einiger europäischer Fachleute läuft auf einen Vergleich der drei Kaukasusstaaten mit Entwicklungsländern und folglich einer Befürwortung der gleichen wirtschaftspolitischen Rezepte wie bei den Institutionen von Bretton Woods hinaus (Strategie der Armutsbekämpfung). Es liegt in der Tat im Interesse der EU, mit entwickelten Partnerländern zu tun zu haben, die in eine internationale Gemeinschaft integriert sind und bei denen dank guter Regierungsarbeit die Stabilität nicht bedroht ist.

Orientalistische Interpretation. Diese Sicht auf den Kaukasus verbindet die Region direkt mit dem Thema des Orients und seinen Grenzstreitigkeiten und seinen juristischen und historiographischen Problemen. Sie betont die Gefahren für die Sicherheit, die auf einen Konflikt um Einfluss zwischen den Nahoststaaten, nämlich der Türkei und dem Iran (und Russland), zurückgehen. Die Legitimität dieses europäischen Ansatzes beruht auf dem Angebot dauerhafter Lösungen für historische Streitigkeiten, die die Quelle von Instabilität sind (z. B. durch Förderung eines Neuanfangs in den armenisch-türkischen Beziehungen).

Alle europäischen Akteure im Kaukasus bedienen sich gleichzeitig dieser sieben Interpretationen. Doch einige von ihnen ziehen den einen Ansatz einem anderen vor, je nach Interessenlage und Umständen. Die kaspische Interpretation zum Beispiel wird von britischen Akteuren gegenüber anderen Interpretationen bevorzugt, während schwedische Akteure für eine ethno-linguistische Logik zu optieren scheinen und folglich den Ansatz der Konfliktprävention favorisieren. Man sollte jedoch bedenken, dass solche Schemata immer auch eine übermäßige Vereinfachung darstellen.

Das Ergebnis von zehn Jahren EU-Politik

Die Europäer und die Konflikte von 1992-1994

Die europäischen Institutionen sind weder für Krisenmanagement geschaffen, noch sind sie im Besitz von Instrumenten, die dieser Aufgabe angemessen wären. Die Europäer beteiligen sich indirekt an Versuchen, die darauf abzielen, die Zunahme von Spannungen zu vermeiden, die Eskalation von Gewalt aufzuhalten sowie Waffenstillstände zu organisieren und für ihre Einhaltung zu sorgen. Die KSZE (in die die Kaukasusstaaten am 31. Januar 1992 aufgenommen wurden) bzw. die OSZE tragen die Verantwortung für die Vermittlung in den Konflikten um Nagorny Karabach und Südossetien, während für die Abchasien-Krise die Vereinten Nationen und die NATO zuständig sind, die es trotz georgischer Erwartungen vorziehen, nicht zu intervenieren.

Diese Arbeitsteilung zwischen multilateralen Organisationen berücksichtigt die wichtige Rolle Moskaus, dessen hindernder Einfluss die Möglichkeiten der OSZE und der UN einschränkt, die Konflikte schnell zu lösen. Es ist insbesondere Russland zu verdanken, dass 1992 (Südossetien) und 1994 (Nagorny Karabach) dauerhafte Waffenstillstände unterzeichnet wurden. Bis zum Sommer 1992, als Präsident Schewardnadse sich an die Vereinten Nationen wandte, wurde die Abchasienkrise zwischen Russland, Abchasien und Georgien diskutiert. Gegenüber den Regionalmächten spielte die Europäische Gemeinschaft nur eine zweitrangige Rolle; die Osterweiterung und die Balkankrise änderten die außenpolitischen Prioritäten der Union. Der Vertrag von Maastricht brachte Elemente der Außen- und der gemeinsamen Sicherheitspolitik ein. Innerhalb Europas wird die Währungsunion vorbereitet.

Ab 1992 startete die Europäische Kommission technische Hilfsprogramme im Kaukasus, finanziert durch das EU-Programm TACIS. Diese Aktionen verfolgten jedoch keine besondere Strategie, und Konflikte in der Region trübten die Hoffnungen auf ein langfristiges Projekt. Politische Krisen und Gewalt kennzeichneten den Beginn der Unabhängigkeit der neuen Staaten und verursachten politische Instabilität vor Ort.

In den Jahren 1992-1994 koordinierte Europa seine nationale Außenpolitik von Fall zu Fall, ohne gemeinsame Kohärenz und im Rahmen unterschiedlicher Strukturen (KSZE, NATO, UN, EWG). Frankreich rief mehrere Initiativen für Nagorny Karabach ins Leben, vor allem in Absprache mit der Türkei (der französisch-türkische Hilfsappell für Nagorny Karabach vom 9. März 1992) und unter einem Mandat der KSZE (die humanitären Missionen von Bernard Kouchner von Februar/März 1992). Großbritannien wurde regelmäßig konsultiert. Diese kurze Periode unilateraler Politik führte zur Multilateralisierung diplomatischer Tätigkeit. Die KSZE brachte am 24. März 1992 die Minsk-Gruppe auf den Weg, die eine Lösung für den bewaffneten Konflikt um Nagorny Karabach erarbeiten sollte, doch ihre Pläne scheiterten.

Relative Stabilisierung und die Initiativen der EU im Zeitraum 1994-1999

Das Ende der militärischen Konflikte in der Region (bis auf den denkwürdigen Fall Abchasiens, das nicht vor Mai 1998 Frieden erlebte) kündigte eine neue Phase europäischer Intervention an. Die Unterzeichnung des "Jahrhundertvertrags" (September 1994) in Aserbaidschan und die künftige Entwicklung von Projekten zum Transport von Kohlenwasserstoffen durch Georgien in die Türkei und nach Europa fanden in einer Periode relativer Stabilität in der Region statt.

Der in Nagorny Karabach erreichte Waffenstillstand brachte die OSZE-Mitglieder dazu, eine Friedensintervention zu planen, bei der die Europäer eine nicht unbedeutende militärische Rolle spielen würden – in Übereinstimmung mit den Beschlüssen von Oslo vom 4. Juni 1992, die eine Intervention der NATO unter OSZE-Mandat (damals KSZE) zur Beilegung einer Krise erlaubten.[4] Die Abtrennung der WEU von der NATO und die Gründung der ESVP stellte eine mögliche EU-Intervention im Namen der Beschlüsse von Oslo in Frage. Gleichzeitig erwartete die EU eine Kampagne zum Wiederaufbau von Konfliktzonen und erklärte ihre Bereitschaft, diese zu finanzieren. Das innenpolitische Klima der Kaukasusstaaten war zu diesem Zeitpunkt von Instabilität gekennzeichnet: Präsidenten entkamen wiederholten Attentatsversuchen, Korruption schwächte die staatlichen Strukturen, Rechtsstaatlichkeit war noch nicht garantiert.[5] An-

[4] Abschließende Pressemitteilung des Nordatlantikrats in ministerieller Sitzung, Oslo, 4. Juni 1992. http://www.nato.int/docu/fonda/b920604a.htm

[5] Der Angriff auf das armenische Parlament im Oktober 1999, die Wellen von Entführungen in Georgien und die Debatte über den Umgang mit den Urhebern von Attentaten in Aserbaidschan zeigen, dass die drei Staaten gegen politische Gewalt nicht immun sind.

gesichts dieser Gefahren unterstützten die Europäer Reformen, die unter dem Gesichtspunkt der eventuellen Mitgliedschaft der drei Staaten im Europarat initiiert wurden. Georgien trat dem Rat am 27. April 1999 bei, Armenien und Aserbaidschan folgten am 25. Januar 2001. Die EU unterstützte vollständig die Friedensaktionen des Europarats zur Schaffung eines Klimas des Vertrauens zwischen und innerhalb der Kaukasusstaaten.[6]

Das Einfrieren regionaler Konflikte war mit dem Fortschritt westlicher Interessen in Bezug auf Russland und den Iran verbunden. Die NATO entwickelte ihr Programm Partnerschaft für den Frieden und organisierte sogar Übungen zu Ausbildungszwecken in der Region. Die Europäische Kommission versuchte vertrauensbildende Maßnahmen zu schaffen, indem sie eine Energieverbindung zwischen Armenien und Georgien einerseits und der Türkei andererseits bzw. die Wiedereröffnung der Eisenbahnlinie Baku-Jerewan vorschlug. Die EU bekundete ihr Interesse an Energieprojekten in der Region, da sie von der Sicherheit und Diversifizierung der Energiequellen abhängig ist. Die europäische Position zielte überdies darauf ab, Debatten über die Anlage von Kohlenwasserstoff-Pipelines zu entschärfen und im Rahmen des INOGATE-Programms die Vielfalt von Trassen zu fördern.[7] 1995 und 1999 legte die Europäische Kommission dem Europäischen Rat zwei Mitteilungen vor, die auf die Formulierung einer gemeinsamen Strategie gegenüber der Region abzielten und das Engagement der Union für die regionale Sicherheit bekräftigten.[8] Doch der Rat reagierte offiziell nicht.

Russland dagegen versprach, seine Militärstützpunkte im Rahmen der OSZE abzubauen, was es allerdings in Georgien aufschob. Es verfolgte seine friedenserhaltende Rolle in Abchasien gleichzeitig mit der Überwachung durch eine Beobachtungsmission der Vereinten Nationen, die MONUG (UNOMIG). Der Iran blieb, nach erfolglosen Vermittlungsversuchen im Jahre 1992, im Hintergrund und unterhielt nur halbherzige Beziehungen zu Aserbaidschan, das dem Iran die Aufnahme von Dissidenten und seine Position zum Status des Kaspischen Meeres vorwarf. Diskussionen um das Projekt, dessen armenischer Anteil durch die EU finanziert wurde und von 1993 an als Gas-Pipeline gedacht war, die Armenien

[6] Bekanntmachung 222 (2000), Aufnahmeantrag von Aserbaidschan an den Europarat http://stars.coe.fr/ta/TA00/FOPI222.htm#1, und Aufnahmeantrag von Armenien an den Europarat, http://stars.coe.fr/doc/doc00/Fdoc8747.htm. Die beiden Länder verpflichteten sich, "Anstrengungen zu unternehmen, um diesen Konflikt [um Nagorny Karabach] ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen" und "internationale und interne Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln und in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts beizulegen (eine Verpflichtung, die allen Mitgliedsstaaten des Europarats obliegt), und entschieden jede Androhung von Gewaltanwendung gegen ihre Nachbarn abzulehnen."

[7] Das Programm der Europäischen Kommission war seit 1996 darauf angelegt, die Sicherheit der Energieversorgung für Europa zu verbessern und sich gleichzeitig an integrativen Transportnetzen für Kohlenwasserstoff zu beteiligen sowie den Zugang dieser Güter zu globalen und europäischen Märkten zu unterstützen. Siehe http://www.inogate.org.

[8] COM (1995), 205 und COM (1999), 272.

über den Iran erschließen könnte, dauerten an. Bis Ende 2001 waren russische und französische Investoren gefunden, aber ein Zeitpunkt für den Bau wurde nicht festgelegt.[9]

Nach den Verträgen von Amsterdam und dem Helsinki-Gipfel (Dezember 1999) nahm die zweite Stütze der EU-Politik Gestalt an; es wurden zunehmend konkrete Modalitäten für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik antizipiert, insbesondere die ESVP, die bis 2003 eine Eingreiftruppe von 100.000 Mann bereitstellen soll, welche innerhalb von 60 Tagen mobilisiert werden kann. So wurde eine EU-Intervention im Kaukasus prinzipiell möglich. Das Potential für die externen Politikbereiche der EU konzentrierte sich jedoch auf den Balkan und das Kosovo, womit der Kaukasus ans Ende der europäischen Agenda rückte. Verschiedene Vorschläge der Minsk-Gruppe für einen Friedensplan für Nagorny Karabach (über verschiedene Stadien, darunter auch eine Pauschalregelung und das Konzept eines gemeinsamen Staates) wurden nicht realisiert.

Der Beitrag der EU zu einer Stabilitätspolitik: 1999-2002

Die Jahre 1999-2002 waren durch Politisierung der EU-Einsätze sowie Entstehung von Differenzen zwischen den Vereinigen Staaten und Europa bei bestimmten Themen gekennzeichnet. Die Unterzeichnung der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit den drei Kaukasusstaaten im Juni 1999 in Luxemburg stellten offiziell einen qualitativen Durchbruch in den Beziehungen zwischen der EU und dem Kaukasus[10] dar, in dem Sinne, dass die EU und die Kaukasusländer zu Partnern wurden, auf rechtlicher Basis miteinander verbunden und in einen regelmäßigen politischen Dialog integriert. Der Kaukasus wurde von Herbst 2000 an auf die europäisch-russische Agenda gesetzt.

Es wurde über die Aufnahme eines politischen Dialoges entschieden, und im Februar 2001 kam es zu einem ersten Besuch der drei Regionalstaaten. Im September setzte sich eine französisch-deutsche Gruppe für eine klarere Formulierung der EU-Strategie in der Region ein, doch die Ereignisse des 11. September veränderten die Prioritäten des Rats, da Zentralasien und der Kampf gegen den Terrorismus zum Hauptthema wurden. Das französisch-deutsche Projekt sollte in erster Linie präzisere Aufgabenbereiche definieren und gemeinsam mit anderen multilateralen Organisationen und Regionalmächten die Kohärenz europäischer Instrumente verbessern, jedoch ohne den Aufbau einer gemeinsamen Strategie – eine Unzulänglichkeit des Projekts, die bereitwillig zugegeben wird. Trotz der Aufrufe des Europäischen Parlaments an die EU, sich in der Region

[9] "European Commission Ready to Assist Armenia in Laying Gas Pipeline from Iran" (Europäische Kommission ist bereit, Armenien beim Bau einer Gas-Pipeline aus dem Iran zu unterstützen) *RosBusinessConsulting Database*, 1. März, 2002.

[10] Cees Witterbrood, "Towards a partnership with the countries of the Eurasian corridor" (Zu einer Partnerschaft mit den Ländern des eurasischen Korridors), *Insight Turkey* 2:3 (Juli-September 2000), 11 - 21.

entschiedener zu engagieren, gelang es den Mitgliedsstaaten nicht, eine Strategie in Bezug auf den Südkaukasus zu formulieren.[11]

Die EU erklärte sich bereit, europäische regionale Organisationen zu unterstützen, die Sicherheitsaufgaben wahrnehmen, und wurde sogar einige Male direkt einbezogen. Die OSZE hatte seit Dezember 1999 die Verantwortung für die Überwachung der georgisch-tschetschenischen Grenze, und im Dezember 2001 wurde diese Mission auf die georgisch-inguschetische Grenze ausgedehnt. Georgische Truppen, die für die Sicherheit der Überwacher verantwortlich waren, erhielten materielle Unterstützung von der EU, finanziert durch die GASP. Die Europäische Kommission beteiligte sich im Rahmen gemischter Strukturen für die georgisch-ossetische Aussöhnung an einer OSZE-Kampagne für die Zerstörung leichter Waffen in Südossetien; sie trug zur Rehabilitierung der aserbaidschanischen Regionen bei, die von armenischer Besetzung befreit wurden (EXXAP-Programm); sie entwickelte vertrauensbildende Maßnahmen (Rehabilitierung des Inguri-Kraftwerks zwischen Abchasien und Georgien); und sie bestand auf der Schließung des Atomkraftwerks von Medzamor, die ursprünglich für 2004 geplant war. Das Gipfeltreffen von Jalta im Juni 2001 erinnerte an die Anbindung der GUUAM-Organisation an die TRACECA-Strategie und wies gleichzeitig darauf hin, dass dieses Programm zur Transportkooperation als Kontaktpunkt gegenüber der EU dienen könnte.[12] Im Sommer 1999 und dann während der Zeit der Verhandlungen in Key West im März/April 2001 über das Prinzip eines Gebietsaustauschs bereitete sich die EU darauf vor, in Absprache mit der gesamten internationalen Gemeinschaft auf ein mögliches Friedensabkommen für Nagorny Karabach zu reagieren.

Könnte der Kaukasus zum Schauplatz für europäische Militäreinsätze werden, wie es einige politische Führer im Kaukasus gerne sähen? Welche Legitimität hätte eine europäische Intervention gegenüber der NATO? Diese Fragen stellen sich mit der Hoffnung auf eine regionale Stabilisierung. Die Entstehung eines europäischen Verteidigungssystems hat zu Spannungen mit dem Atlantischen Bündnis geführt, insbesondere mit der Türkei, die Mitglied im Atlantischen Bündnis ist, jedoch nur Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU. Im Falle einer Intervention würde ihre Rolle im Kaukasus entscheidend, vor allem auf logistischer Ebene. Die Europäer haben diese Fragen, die noch nicht auf der Agenda aufgetaucht sind, bisher unbeantwortet gelassen: die europäische Eingreiftruppe ist noch nicht wirk-

[11] Außerdem haben die Mitgliedsstaaten nicht alle die gleichen Positionen. Griechenland zum Beispiel profitiert weiter von seiner dreifachen Mitgliedschaft: in der Orthodoxie (begrenzte militärische Zusammenarbeit mit Armenien, Infrastrukturprojekte mit dem Iran und pro-russische Sympathien), in Europa und in der NATO. Großbritannien unterstützt diplomatische Vermittlungen und verfolgt gleichzeitig Handelsinteressen im Gefolge der Vereinigten Staaten. Einige Staaten haben sich regelmäßig geweigert, eine Delegation der Kommission nach Aserbaidschan zu entsenden, obwohl dies seit 1997 versprochen wurde.

[12] http://www.guuam.org.

lich einsatzbereit, die geographischen Grenzen des Interventionsbereichs der EU, der OSZE und der NATO bleiben unscharf und der Spielraum gegenüber Russland ist noch ungewiss. Entsprechend ihrer offenen Energiepolitik hat die EU mit einer Annäherung an Teheran begonnen; die Finanzierung von Gas-Pipelines für den Kaukasus könnte eine weitere Quelle für amerikanische Unzufriedenheit werden.

Auswirkungen des 11. September: Die EU hält Distanz zu den Vereinigten Staaten

Haben – vor dem Hintergrund der europäischen Aktionen der letzten zehn Jahre – die Ereignisse vom 11. September 2001 zu einem radikalen Wechsel der europäischen Politik geführt oder nur bereits bestehende Tendenzen bestätigt? Die Aufmerksamkeit Europas wandte sich, nach einer gewissen Unruhe bei der Konferenz von Key West im Jahre 2001, Zentralasien zu, doch die Spannungen in Georgien im Februar/März 2002 zeigen, dass der Kaukasus plötzlich auf die europäische Agenda zurückkehren kann.

Aus Sicht der Vereinigten Staaten lässt sich in ihren Aktionen eine gewisse Logik erkennen: durch die Gewinnung einer sicheren Position in Zentralasien befindet sich Washington im Mittelpunkt von Energienetzwerken. Der Kaukasus, der als Luftkorridor für Schläge gegen Afghanistan genutzt wurde[13], ist mehr denn je Transportkorridor für Rohstoffe aus dem Kaspischen Meer. Die kaspisch-türkischen Pipeline-Projekte (Gas und Öl) haben vom Einfrieren der Konflikte und der seit 1994 herrschenden Stabilität profitiert. Russische Einwände scheinen seit der Ankündigung von LUKoil, sich der Baku-Ceyhan-Linie anschließen zu wollen, aufgehoben. Doch die erwarteten westlichen Investitionen müssen jetzt gesichert werden; wirtschaftliche Kooperation macht Kooperation bei der Schaffung von Sicherheit notwendig. Dies wird geschehen durch die neuen Prozesse strategischer Zusammenarbeit zwischen den Ländern, in denen künftige Energieinfrastrukturen eingerichtet werden, und, im Verlaufe des Krieges in Afghanistan, durch die Ankündigung der Präsenz amerikanischer Truppen in Georgien.[14] Das neuerliche Beharren Washingtons auf einer Lösung des Karabach-Konflikts und die Wiederaufnahme der Arbeit der türkisch-armenischen Kommission gehen in diese Richtung, trotz der Spannungen nach dem jüngsten Spionagefall. Russland, das – so hätte man meinen könnten – sein Drohpotential angesichts dieser westlichen Vorstöße aktivieren würde, scheint zu akzeptieren, was als russisch-amerikanische Kooperation interpretiert werden kann; im Januar bekräftigte Moskau seine strategische Präsenz in Aserbaidschan, indem es einen Vertrag über die Pachtung der Radarstation von Gabala abschloss. Wenn man über eine geteilte sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der Region sprechen kann,

[13] Aserbaidschan und Armenien akzeptierten die Benutzung ihres Luftraums durch amerikanische Flugzeuge.

[14] Aserbaidschan, Georgien und die Türkei unterzeichneten Anfang 2002 ein neues Abkommen über militärische Zusammenarbeit.

so ist Europa als Staatengemeinschaft davon bestimmt ausgeschlossen gewesen. In der Tat konnte Europa der Region keine wirklichen Garantien für ihre Sicherheit bieten; seine Eingreiftruppe steht noch nicht bereit, und die kaukasischen Staaten haben nie zugesichert bekommen, dass sie eines Tages Mitglieder der Union werden würden. Nur wenige europäische Staaten wie Frankreich und Großbritannien haben in internationalen Gremien mit der variablen Geometrie der OSZE oder der Vereinten Nationen besonderen Einfluss.

Schlussfolgerung

Sechs Monate nach den Ereignissen vom 11. September 2001 hat Europa ein spektakuläres Vordringen amerikanischer Interessen in der Region ohne irgendeine offensichtliche russische Reaktion erlebt. Wenn die Situation anhält, werden die Früchte europäischer Bemühungen um regionale Kooperation von den Vereinigten Staaten im Rahmen einer globalen westlichen Strategie geerntet werden können. Die EU hat sich einige Jahre lang von Washington distanziert: die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Iran, das diesen bald zum Nachbarstaat eines größeren Europa machen wird, die Handelsoffensiven europäischer Gesellschaften in diesem Land und Projekte für regionale Kooperation und Vertrauensbildung haben die These einer europäischen Besonderheit bestätigt. Ohne dass eine gemeinsame Strategie der EU zum Ausdruck kommt, ist dann die Bestätigung eines strategischen "westlichen Engagements"[15] zu beobachten, bei dem die politischen Nuancen Europas Gefahr laufen, ausgelöscht oder von einigen Mitgliedsstaaten übernommen zu werden.

Was die Türkei betrifft, so scheint sie immer den Vereinigten Staaten näher zu stehen als der EU. Die neuerlichen regionalen Ambitionen Ankaras seit dem 11. September entsprechen der Logik der amerikanischen Durchdringung und lösen neue Spannungen aus. Je mehr Garantien die EU den Türken für ihre Aussichten auf eine Mitgliedschaft bietet, desto stärker werden die Hoffnungen und die Bemühungen der kaukasischen Staaten um eine Annäherung an Europa zunehmen. Doch Brüssel hat bis jetzt kein ernsthaftes Signal in diese Richtung gegeben, da die Türkei zwar Kandidat auf eine Mitgliedschaft ist, ihre Aufnahmeverhandlungen jedoch noch nicht begonnen hat.

Die Vorstellung vom Kaukasus als dem äußersten Ende Europas wird allmählich akzeptiert, doch sicherlich nicht in dem Maße, dass man von einer "südlichen Dimension" oder einer Südostflanke in Symmetrie zur baltischen Region sprechen könnte. Es wurde der Vorschlag für einen Stabilitätspakt für den Kaukasus gemacht[16]. Er fand keine große Beachtung im Rat, stieß jedoch auf mehr Begeis-

[15] Siehe Neil MacFarlane, *Western Engagement in Central Asia and the South Caucasus* (Westliches Engagement in Zentralasien und im Südkaukasus), Royal Institute of International Affairs, Chatham House Paper, 1999, 72.

[16] http://www.ceps.be/Research/Caucasus/index.htm

terung in der Kommission, im Parlament[17] und unter den südkaukasischen Partnerstaaten[18]. Der 11. September bestätigte die Vorherrschaft einer kaspischen Interpretation des Kaukasus, die im Wesentlichen in der Verlegung von Pipelines besteht, deren Bau den Menschen am Ende keinen Cent bringen wird[19].

[17] http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/afet/20010326/AFET20010326.htm

[18] "MEP Calls on EU to Step up Peace Efforts" (Mitglied des Europaparlaments appelliert an EU, Friedensbemühungen zu verstärken) *European Report*, 27. Februar 2002.

[19] Habarlar, 29. Oktober 2001. SOCAR, Botas, BP Set up Gas Export Company. "According to the agreement [on the Baku-Ceyhan gas pipeline], all work on the construction of a gas pipeline, and also the transit of gas, has been freed from taxes" (Nach dem Abkommen [über die Baku-Ceyhan-Gas-Pipeline] sind alle Arbeiten am Bau der Gas-Pipeline und auch der Transit von Gas steuerfrei).

Schlussbetrachtung

Alain Faupin[1]

Der Kaukasus ist ein Ganzes. Wir haben uns dennoch entschieden, nur einen Teil davon zu behandeln. Was früher Transkaukasien genannt wurde und nun als "Südkaukasus" bezeichnet wird, ist zum Hauptthema dieser dritten Ausgabe der Vierteljahreszeitschrift gemacht worden.

Wir hatten mehrere gute Gründe (und wenige schlechte Motive) für diese Entscheidung, und wir haben nicht die Absicht, sie hier zu diskutieren. Wir übernehmen die Verantwortung für Letztere und akzeptieren daher jeden weiteren Vorwurf.

*

Die strategische Bedeutung dieser Schlüsselregion zwischen Europa und Asien – zwischen Nord und Süd, Islam und Christentum, Entwicklung und Armut – verdient eine Thematisierung, und wir haben dies in acht Artikeln versucht, die aus sehr unterschiedlichen Positionen geschrieben sind. In seiner zentralen Lage kann der Kaukasus aus drei verschiedenen Perspektiven gesehen werden: von innen, regional und global. Jeder Artikel zeigt auf seine Weise, dass in den drei Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan, die alle durch ein hohes Maß an Instabilität und anhaltende Spannungen gekennzeichnet sind, noch alles "im Entstehen begriffen" ist.

Seit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit vor zehn Jahren sind alle drei Länder mit drei großen Herausforderungen konfrontiert gewesen: der Wiederherstellung innerer und regionaler Sicherheit, der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und der Bewältigung regionaler geopolitischer Herausforderungen.

In dieser Hinsicht erscheinen die Herausforderungen, mit denen sich Russland in der Region konfrontiert sieht, immer dringlicher, selbst wenn sie auf den Südkaukasus beschränkt sind. Wichtige Veränderungen zeichnen sich in vielen Bereichen ab, angefangen von der russischen Militärpräsenz und der Tschetschenien-Krise bis hin zum Gas- und Ölgeschäft. Die Diskussionen werden intensiver, obwohl es schwierig bleibt, genau einzuschätzen, welches ihre Bedeutung, ihre Natur und ihr Ergebnis sein werden.

Der amerikanische Einfluss in der Region hat seit September 2001 erheblich zugenommen. Die Vereinigten Staaten verändern das regionale Kräftegleichgewicht durch die Konzentration auf Energieflüsse, die Erweiterung ihres Einflussbereichs durch das Programm der Partnerschaft für den Frieden oder ähnliche

[1] Generalmajor (a.D.) Alain Faupin ist Professor am College of International and Security Studies, George C. Marshall European Center for Security Studies. GM Faupin ist Mitglied des Redaktionsausschusses des PfP-Konsortiums.

Engagements, durch die Sicherung eines freien Zugangs zu den Ölfeldern und durch das Führen eines – ihren eigenen Worten nach – globalen Kriegs gegen den Terrorismus.

Der Iran war nach den Schrecken des 11. September isoliert, trotz einiger bemerkenswerter Verbesserungen seiner regionalen Position in Bezug auf die meisten Fragen im Zusammenhang mit Geopolitik. Teherans Beziehungen zu Baku, Ankara und Moskau haben die mangelnde Bereitschaft des Iran gezeigt, sich fest im Lager der Vereinigten Staaten zu situieren, die eine Art "großer Satan" bleiben, entsprechend dem alten Spruch, wonach "der Freund meines Feindes mein Feind ist". Vor dem Hintergrund seiner theoretischen Positionen will der Iran wohl doch an der Spitze des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus bleiben.

Die Türkei hat es angesichts verschiedener Fragen, die ihre widersprüchliche geopolitische Situation zeigen, und schwieriger innenpolitischer Debatten über Demokratie, Religion, Nationalismus und EU-Mitgliedschaft schwer gehabt, die richtige Einstellung zum Kaukasus zu finden; für sie ist Armenien noch ein Pfahl im Fleische, und das Kurdenproblem belastet ihren Ruf. Die Türkei hat in den letzten Jahren versucht Ruhe zu wahren, und will sicher nicht den Erfolg ihres wichtigsten Verbündeten in seinem Kampf gegen den Terrorismus behindern.

*

Diese kurze Einschätzung enthält nichts wirklich Neues: wir befinden uns am Eingangstor nach Asien, in einer Kultur, wo der Begriff der Zeit in der Politik nicht zum westlichen Zeitbegriff passt. Kurzfristigkeit wird nie der Vorzug gegeben, oder, wenn dies geschieht, wären die Zeiteinheiten, die zur Messung kurzer Zeit verwendet werden, nicht dieselben wie im Westen. Deshalb sollte alles in längerfristiger Perspektive betrachtet werden. Man wird Zeit brauchen, um Öl- und Gas-Pipelines zu bauen, aber auch um sie sicher zu machen; Zeit wird erforderlich sein, damit physische Sicherheit sowie wirtschaftliche Sicherheit – eng verwandt mit dem Begriff der Entwicklung – Gestalt annehmen können und hoffentlich eine Art von Stabilität erreicht werden kann. Nur Versöhnung kann dies in den Köpfen derer bewirken, die durch so viele vergangene, gegenwärtige und potentielle Veränderungen im Alltagsleben wie auch in ihrem nationalen und regionalen Umfeld geschockt und verwirrt worden sind.

Diese Zusammenfassung stellt einen Versuch dar, einen Zusammenhang zwischen den Wahrnehmungen und Erwartungen herzustellen, die in diesen acht Texten zum Ausdruck kommen, Texten, die so unterschiedlich und gleichzeitig so ähnlich sind, dank ihrer gemeinsamen Sorge um Stabilität, Frieden und Entwicklung. Ausgleich, Gleichgewicht, Stabilität: diese Worte sind für diese historische, diese zerklüftete und gebirgige Region bedeutsam, die so viele natürliche und menschliche Katastrophen gesehen hat. Die wie auch immer geartete Initiative eines Akteurs löst sofort Wellen im regionalen See aus, die das Boot jedes einzelnen Landes erschüttern. Hinzu kommt, dass Bündnisse im Kaukasus nicht den

langfristigen Charakter haben wie im Westen. Sie sind zu oft das Ergebnis von Umständen, kurzfristigen Interessen und politischen Ambitionen. Im Ergebnis ist es sogar noch schwieriger geworden, Ausgleich, Gleichgewicht und Stabilität zu erreichen.

*

Ich danke allen Autoren und insbesondere ihrer sehr kompetenten Koordinatorin, Frau Annie Jafalian, Forschungsstipendiatin an der Französischen Stiftung für strategische Forschung in Paris, dafür, dass jeder von ihnen mit Überzeugung und Objektivität einen dynamischen und fundierten Überblick über diese so schwierige Region vermittelt hat, die so oft im Zentrum von Krisen steht, immer den Winden der Geschichte und dem Auf und Ab rivalisierender Leidenschaften und Interessen ausgesetzt ist.

Ohne Zweifel wird ihr außerordentlich wertvoller Beitrag zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und einer gegenseitigen Bereicherung in unserer Gemeinschaft wie hoffentlich auch in der Region selbst beitragen. Dies ist das Ziel des Konsortiums von Menschen guten Willens!

Denationalisierung

Dr. Wilfried Gerhard[1]

Das Ende der bipolaren Welt zwingt unseren Blick nach vorn. Aber dieser Blick ist noch unsicher. Denn es ist nicht nur fraglich, wohin sich das bestehende System von Staaten entwickelt, sondern auch, wohin sich die konstitutive Grundeinheit, der Staat bzw. der Nationalstaat, selbst entwickelt.

Dies verlangt einen Blick auf die Gründungsprinzipien des modernen Nationalstaates und die Herausforderungen, denen sich diese Prinzipien gegenwärtig ausgesetzt sehen.

Es sind im wesentlichen drei Prinzipien, die den modernen Nationalstaat konstituieren:

I. Das Prinzip staatlicher Territorialität

II. Das Prinzip staatlicher Souveränität und schließlich

III. Das Prinzip staatlicher Säkularität

Alle drei Prinzipien stehen gegenwärtig Herausforderungen gegenüber, die auf grundlegende Problemanzeigen verweisen.

Territorialität

Seit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 und den dort erstmals formulierten Prinzipien des “cuis regio, eius religio” ist “Territorialität” ein fundamentales Prinzip des modernen Nationalstaats. “Territorialität” meint die Übereinstimmung des Raumes, in dem Probleme existieren, mit dem Raum, in dem sie effektiv gelöst werden können. Bis vor kurzem konnte der neuzeitliche Nationalstaat diese Bedingung erfüllen. Seine politisch-rechtliche Reichweite war größer als die soziale Reichweite der in ihm handelnden Personen und Gruppen. Aber seit dem Aufkommen des internationalen Terrorismus und der internationalen organisierten Kriminalität, seit der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und der offensichtlich grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung, seit der Globalisierung der Finanzmärkte und der Transnationalisierung ökonomischer Akteure läuft die diesbezügliche Problemproduktion den territorial definierten nationalstaatlichen Problemlösungskapazitäten davon.

Souveränität

Auch das zweite Staatsprinzip – das der Souveränität – wird gegenwärtig immer problematischer. Staatliche Souveränität klassischen Zuschnitts wird gleich durch drei

[1] Dr. Gerhard ist Direktor der Abteilung Gesellschaftswissenschaften, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, Deutschland.

politisch innovative Strukturen relativiert. Auf der einen Seite entstehen zumindest hier im **europäischen** Raum z.T. *supranationale* Regime (governance over governments), und auf der anderen Seite erleben wir im **globalen** Kontext teils *internationale* Regime, die mit staatlicher Unterstützung arbeiten (governance with governments), teils aber auch schon *transnationale* Regime (governance without governments), die gänzlich ohne staatliche Unterstützung und Kooperation funktionieren (governance with governments). Hinter diesen – nationalstaatliche Souveränität z.T. antiquierenden – Strukturinnovationen liegt eine tiefergehende politische Dissoziationstendenz. Gegenwärtig nämlich scheint sich die uns selbstverständliche neuzeitliche Verknüpfung des Politischen mit dem Staatlichen zu lockern bzw. zu lösen.

Warum? In historischer Perspektive stellen wir einen ungeheuren Konzentrationsprozess fest, der seit Beginn der Neuzeit im Gange ist. Er brachte zunächst Nationalstaaten hervor, später in einem erneuten Konzentrationsprozess imperialistische Staaten und in einem noch einmal erneuerten Konzentrationsprozess schließlich das System binärer Blockkonzentration, wie wir es während der Zeit des Kalten Krieges erlebt haben.

Mit dem Zerfall der Blockkonfrontation jedoch scheint sich ein vollkommen neuer Prozess von Dezentralisierung Bahn zu brechen. Große politische Einheiten zerfallen, wie an der ehemaligen Sowjetunion und an Jugoslawien beobachtet werden kann. Und neue nationale Unabhängigkeitsbewegungen tragen zu einer unerwarteten Vermehrung der Zahl staatlicher Akteure bei. Gleichzeitig aber sind die neu entstehenden politisch-staatlichen Akteure immer weniger zur nachhaltigen Lösung der immer globaler werdenden Probleme fähig. Und so kommt es zur Notwendigkeit der Etablierung internationaler Regime wie zur Notwendigkeit der Anerkennung politisch agierender privater Akteure, wie sie u.a. in der Vielzahl von NGO's sichtbar werden. Am Ende dieser Entwicklung steht nicht mehr der souveräne Nationalstaat, sondern stehen unterschiedliche Formen der Einbettung von Nationalstaaten in supranationale Strukturen einerseits wie der Partnerschaft des Staates mit privaten Akteuren (private-public-partnership) andererseits.

Säkularität

Im Kontext staatlicher Säkularität ist es gegenwärtig vor allem der Nationalismus, der in einer immer bunteren und immer weniger homogenen, d.h. immer multikultureller werdenden Gesellschaft problematisch wirkt. Unterschiedlich verursachte Migrationsbewegungen bringen immer wieder Menschen ins Land, die – wenn sie sich hier nicht nur vorübergehend aufhalten, sondern dauerhaft bleiben – integriert werden müssen. Die grundlegende Frage ist also: welche Mechanismen hat der säkulare Staat, um mit dem Fremden und Anderen angemessen umzugehen, wenn es die nationalistische Integration nicht mehr sein kann?

Zu I. Das Territorialitätsprinzip

1. Ideengeschichte: Jean Jaques Rousseau.

Wie jedes weitere Kapitel soll auch dieses erste Kapitel, das Kapitel über das Territorialprinzip des neuzeitlichen Nationalstaates, mit den Gedanken eines bedeutenden politischen Philosophen eröffnet werden. Jean Jaques Rousseau hat das Problem von Territorialität in seinen politischen Dimensionen ausdrücklich gemacht. Sein Versuch, eine direkte Form von Demokratie von ihren Bedingungen und Voraussetzungen her zu begründen, reklamierte zwei politische Prinzipien, die mit dem Problem von Territorialität eng verbunden sind:

Das Prinzip kleingewerblicher Ökonomie. Rousseau wollte auf diese Weise verhindern, dass die ökonomischen Aktivitäten der Bürger die politisch-territorialen Grenzen des Gemeinwesens überschritten und sich damit potentiell politischer Kontrolle entzögen. Mit einer nur kleingewerblichen Ökonomie blieb das Prinzip politischer Kontrolle der Ökonomie gewährleistet.

Das Prinzip der Kleinterritorialität der politischen Einheiten selbst. Dieses – für ihn maßgeblich im Genfer Stadt-Staat verwirklichte – Prinzip sollte sicherstellen, dass eine direkte Demokratie, d.h. Demokratie als “way of life” möglich würde.

In analytisch abstrahierender Hinsicht geht es also beim Territorialprinzip um zweierlei:

- es geht um die allgemeine politische Frage nach der notwendigen territorialen Reichweite von Politik, damit eine Steuerung von Gesellschaft effektiv gewährleistet werden kann.
- Und es geht um die spezielle demokratietheoretische Frage, welche geographischen Räume nicht überschritten werden dürfen, wenn Demokratie noch funktionieren soll.

Beiden Fragen gelten die folgenden Ausführungen.

2. Politische Steuerung als “Territorialproblem“

Die traditionelle Perspektive

Die politische Kontrolle der Ökonomie ist – historisch gesehen – nicht den Vorstellungen Rousseaus gefolgt. Selbst in den Hochzeiten des Nationalstaats haben vor allem die ökonomischen Aktivitäten der Bürger die politischen Grenzen des nationalstaatlichen Gemeinwesens, in dem sie lebten, weit überschritten. Jedoch hatte der Staat das Recht und die Möglichkeit, ausgreifende ökonomische Aktivitäten der eigenen Bürger im Sinne des nationalstaatlichen Ganzen durch protektionistische Maßnahmen (Devisenkontrollen, Ausfuhrkontrollen) zu

sichern, wie er auch umgekehrt die Möglichkeit hatte, von außen kommende ökonomische Aktivitäten fremder Akteure durch Quotenregelungen und Zölle zu reglementieren. Im Ergebnis blieb so die nationalstaatliche Kontrolle über die Ökonomie erhalten.

Politische Kontrolle vermittels des Territorialprinzips ist jedoch noch weiter angelegt. Das Territorialprinzip als politisches Prinzip sollte es dem Staat möglich machen, nicht nur das ökonomische Verhalten seiner Bürger zu kontrollieren, sondern auch die Kontrolle innerer wie äußerer Sicherheit zu gewährleisten. So wird es möglich, weiter nach unten, zur conditio humana hin, die prekäre allgemeine Zivilisationskontrolle der Bürger zu gewährleisten und weiter nach oben, zur conditio nationis hin, die prekäre Kontrolle der internationalen Beziehungen zu regulieren.

– *Zivilisationskontrolle der eigenen Bürger* Im ersten Fall geht es im wesentlichen um das Problem von kriminellem Verhalten. Sehr selbstverständlich konnte der Nationalstaat davon ausgehen, dass kriminelles Verhalten problemlos nationaler Polizeikontrolle unterworfen werden kann. Voraussetzung für diese Art von Kontrolle war es, dass Kriminalität im wesentlichen private Kleinkriminalität war.

– *Kontrolle der internationalen Beziehungen* Im zweiten Fall ging es im wesentlichen um das Problem des zwischenstaatlichen Krieges. Sehr selbstverständlich konnte auch hier der Nationalstaat in der Vergangenheit voraussetzen, dass die Bedrohung des Staates von außen sich zuvörderst in territorialer Grenzverletzung manifestiert. Und für die hier notwendige Bedrohungsabwehr hatte der Nationalstaat das Instrument der Streitkräfte ausgebildet.

Die territorialstaatlichen Herausforderungen.

Was hat sich gegenüber dieser traditionellen Perspektive verändert? Sehen wir uns in der gegenwärtigen internationalen Landschaft um, so sind wir mit Herausforderungen konfrontiert, die in politisch-rechtlicher, ökonomischer und ökologischer Hinsicht das nationalstaatliche Territorialprinzip systematisch sabotieren.

Das politische Bedrohungsszenario hat sich weitgehend vom Szenario zwischenstaatlicher Kriege gelöst. An ihre Stelle ist jedoch nicht eine internationale Weltfriedensordnung getreten, sondern vielfältige Formen und Prozesse der Privatisierung politischer Gewalt, die von Bürgerkriegen bis zu internationalen terroristischen Aktivitäten reichen. Die nationalstaatlichen Vorkehrungen gegen territoriale Grenzverletzungen, wie sie typischerweise mit Streitkräften realisiert werden, greifen an dieser Stelle nicht mehr. Wenn Streitkräfte trotzdem eingesetzt

werden sollen – wie im Kosovo oder in Afghanistan –, so müssen sie ihr politisches und professionelles Selbstverständnis und ihre möglichen Einsatzgrundsätze von Grund auf ändern.

Nicht anders steht es mit dem nächsten Problem – dem Problem der Transnationalisierung von privater Kriminalität (Drogen-, Frauen- und Waffenhandel). Nationalstaatlich territoriale Grenzen verhindern heute eher die Bekämpfung des organisierten Verbrechens.

Für den Territorialstaat völlig neu und ihn fast völlig überfordernd ist die ökologische Risikodynamisierung. Die Tatsache, dass sich Schadstoffe – durch Grenzkontrollen ungehindert – ausbreiten und auswirken können, stellt den Territorialstaat vor bislang nicht gekannte Probleme. So ist z. B. Australien in geradezu illustrativ-grotesker Weise der Inkongruenz von ökologischen Problemursachen und politisch-ökologischen Folgelasten ausgeliefert – ausgeliefert deswegen, weil es eben keine ökologisch wirksamen nationalen Grenzkontrollen für Schadstoffe gibt.

Von gleicher Wucht für den nationalen Territorialstaat ist der informationstechnisch-wissenschaftliche Fortschritt. Internet und Datenautobahnen haben jede Form territorialer Grenzziehung prinzipiell wesenlos gemacht. Der virtuelle Raum der Bits und Bytes ist eben nicht der physische Raum, in dem territoriale Grenzziehungen sinnvoll und möglich sind. Aber diese neuen virtuellen Räume des Internet haben Einfluss auf die globale Ökonomie, die sich dadurch ihrer bisherigen Kontrolle durch eine politische Nationalökonomie entzieht. Der in Echtzeit funktionierende Austausch von Daten und Informationen macht das Spekulationsgeschäft auf dem Markt des internationalen Finanzkapitals zu einem Politikum ersten Ranges. Die auf diesem Markt mit privater Profitabsicht hin und her bewegten Geldmengen haben eine Größe erreicht, die die von nationalstaatlichen Akteuren, d.h. Regierungen vorgenommenen Stützungskäufe und -verkäufe von Devisenbeständen relativ wirkungslos verpuffen lassen. So können höchst private Kapitaltransaktionen letztlich und im Ernstfall ganze nationale Finanzstrukturen zum Einsturz bringen, wie das in der Ostasienkrise ja auch teilweise geschah. Die Grenzkontrollen, wie sie den traditionellen Güteraustausch teilweise noch prägen, wirken demgegenüber archaisch.

3. Demokratie als "Territorialproblem"

Bei all diesen Problemanzeigen ist die von Rousseau ins Spiel gebrachte demokratie-theoretische Frage noch nicht berührt. Sie ist erst bei der Frage berührt, wie die politische Kontrolle gleichzeitig auch demokratische Kontrolle sein kann: Am Anfang hat die Einsicht zu stehen: Die Geschichte ist auch hier über das Rousseau'sche Prinzip einer direkten Demokratie kleinterritorialen Zuschnitts hinweggegangen. Wir leben heute in einer repräsentativen Demokratie, und eine solche Demokratie muss mit wesentlich weiter gezogenen Grenzen

leben. Aber die prinzipielle Frage ist: Wie weit dürfen die Grenzen gezogen sein, damit überhaupt noch Demokratie möglich ist?

Wenn Demokratie

– auf der kognitiven Ebene etwas mit der Transparenz der politischen Prozesse zu tun hat,

– auf der emotionalen Ebene etwas zu tun hat mit der Bereitschaft füreinander einzustehen, also ein gemeinsames politisches Schicksal zu akzeptieren und

– auf der pragmatischen Ebene etwas zu tun hat mit der Möglichkeit, Beteiligungs- und Partizipationsinteressen realisieren zu können,

wenn das alles so ist, dann ist vollkommen klar, dass es territoriale Funktionsgrenzen von Demokratie gibt, die möglicherweise größer sein dürfen als die durch den Nationalstaat definierten Grenzen, aber prinzipiell kleiner sein müssen als die durch Globalisierung konstituierten Grenzen. Man kann sogar ein Prinzip formulieren. Der politische Raum darf nicht so klein sein, dass die politische Kontrolle gesellschaftlicher Problemlagen ins Leere läuft, und auch wiederum nicht so groß, dass Demokratie keine Chance mehr hat. Testfall könnte das Projekt Europa sein.

Die Frage ist: Ist Europa, ist die EU ein solches politisches Projekt, das den quasi gegenläufigen Forderungen von möglichst weit gespannter politischer Kontrolle und möglichst nah erlebbarer Demokratie entspricht?

1. Teilfrage:

Ist die EU imstande, politische Kontrolle zu realisieren? Antwort: Prinzipiell ja, weil die Fähigkeit politischer Kontrolle zunächst einmal eine Frage bürokratischer Regelungsfähigkeit ist. Das sogenannte Aquis communeautaire von 90.000 Seiten Regelungsumfang ist jedenfalls bisher nicht an bürokratische Grenzen gestoßen.

2. Teilfrage:

Ist die EU aber imstande, demokratischen Prinzipien zu genügen, d.h.

- ist sie imstande, Transparenz der Entscheidungsprozesse zu erzeugen – und zwar nicht nur für die bürokratischen Insider, sondern für die allgemeine Öffentlichkeit?

- ist sie imstande, das Bewusstsein eines gemeinsamen politischen Schicksals zu erzeugen, was ja für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unverzichtbar wäre. Ist sie imstande, z. B. einen Nordnorweger und einen Süditaliener zu motivieren, gemeinsam zu handeln und füreinander einzustehen?

- ist die EU schließlich imstande, Partizipationschancen zu realisieren, die es z. B. einem Deutschen erlauben, ganz selbstverständlich am Prozess politischer Meinungsbildung in Frankreich teilzunehmen, also Rechte aus dem Bewusstsein einer sich formierenden europäischen Öffentlichkeit wahrzunehmen?

Wenn all diese Fragen nur halbherzig mit "ja" beantwortet werden können, dann ist der europäische Raum offensichtlich zu groß.

II. Souveränität

1. Ideengeschichte: Thomas Hobbes

Am Ende des Mittelalters und mit dem Heraufziehen des modernen Staates gewinnt auch der Gedanke der Souveränität eine herausragende Bedeutung. Souveränität ist die formale Befugnis zu einer letzten Entscheidung. Mit dem Verblassen einer einheitlichen christlichen Kultur, wie sie das Mittelalter noch kannte, kommt der Frage nach dem letzten Entscheidungsrecht damit naturgemäß eine erhöhte Bedeutung zu. Denn die Geltung von Regeln und Gesetzen konnte nun nicht mehr inhaltlich, d. h. unter Rekurs auf einen Wahrheitsdiskurs, begründet werden. An die Stelle der verbindlichen Wahrheit tritt nunmehr die verbindliche Entscheidung einer Autorität. Der Wahrheitsdiskurs wird delegiert in die Sphären von Religion und Wissenschaft. Politik wird wahrheitsfrei. Dort, wo Politik als wahrheitsfähig weiterhin unterstellt wird, wird sie ideologisch.

Im Übergang zur Moderne hat T. Hobbes diesen Umstand auf eine griffige Formel gebracht: auctoritas, non veritas facit legem. Eine auctoritas ist aber dadurch auctoritas, dass sie konkurrenzlos entscheidet. Eine Konkurrenz regulierender Instanzen darf es daher nicht geben. Infolgedessen muss die moderne Staatsgewalt nach innen allen anderen sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Verbänden rechtlich übergeordnet sein – vor allem darf nur sie "das Monopol legitimen physischen Zwanges" (Max Weber) besitzen – nach innen als Polizeigewalt, nach außen als Militärgewalt.

Im Zug der bürgerlichen Revolutionen und der Etablierung einer bürgerlichen Ordnung musste die Souveränitätsidee umgeschrieben werden. Die bürgerliche Ordnung verlangte, dass an die Stelle der Fürstensouveränität die Volkssouveränität trat. Die Umschreibung betraf also im wesentlichen das Subjekt von Souveränität, nicht jedoch ihre originäre Substanz, sc. den Gedanken einer letzten und verbindlichen Entscheidungsbefugnis des jeweiligen Nationalstaats.

2. Herausforderungen der Souveränität

Souveränitätsansprüche des Staates, d. h. staatliche Letztentscheidungsansprüche werden heute aber in vielfacher Weise relativiert. Seit Jahrhunderten war es Staatsprivileg, in nationaler Souveränität nach außen über Krieg und Frieden zu befinden. Im Rahmen dieses Privilegs ist es zwar schon immer selbstverständliche Praxis gewesen, mehr oder weniger verbindliche Beziehungen zwischen souveränen Staaten zu institutionalisieren – sei es im Rahmen von Balance-of-Power-Systemen, sei es im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme. Die Relativierung des nationalen Souveränitätsprinzips ist erst seit 1945 erfolgt und zwar in dreifacher Weise:

(1) Internationalität

– Die erste wirkliche Einschränkung nationaler Souveränität kam mit der Gründungscharta der Vereinten Nationen. Sie eliminierte zunächst einmal auf der normativen Ebene das staatliche Souveränitätsrecht auf Krieg und Gewalt. Zwar geschieht dies nur mittels nationalstaatlicher Selbstbindung, d. h. ohne das Prinzip staatlicher Souveränität zu verletzen. Aber vor allem im Zusammenhang mit Kapitel VII der UN-Charta, dem Kapitel über mögliche kollektive Zwangsmaßnahmen der UN, gewinnt das Gewaltverbot doch auch eine die staatliche Souveränität faktisch einschränkende Bedeutung. Der 2. Golfkrieg hat das sehr deutlich gemacht.

(2)Transnationalität

– Die zwei weiteren Relativierungen des staatlichen Souveränitätsprinzips sind mit keinem speziellen Datum verbunden. Sie begleiten die Evolutionslogik moderner Gesellschaften eher schleichend.

  Es handelt sich einmal um die Entwicklung transnationaler ökonomischer Akteure im Zuge sich globalisierender Märkte. Die economic global players machen sich zunehmend von nationalen Wirtschaftspolitiken unabhängig – der Staat kann also zunehmend weniger die politischen Rahmenbedingungen ihres wirtschaftlichen Handelns definieren. Eher ist es umgekehrt: die global players setzen dem Staat selber Rahmenbedingungen. Sie können ihnen genehme Standortbedingungen erzwingen, weil sich die Nationalstaaten selbst in einen globalen Standortwettbewerb haben verwickeln lassen.

  Strukturell spiegeln die transnationalen Organisationen, die mit dem Begriff der NGO's, der non-governmental organizations, verbunden sind, dieselbe identische Ausgangslage. An ihnen wird vollends deutlich, wie weit inzwischen das politische Handeln sich von der Fixierung auf nationalstaatliche Räume und Grenzen getrennt hat. Bekannte NGO‘s wie Greenpeace oder

Amnesty International kümmern sich nicht mehr um nationalstaatliche Souveränität. Sie protestieren dort, wo es notwendig ist. Sie haben seinerzeit ja auch in der Sowjetunion protestiert. Natürlich hat die immer stärker zusammenwachsende Menschheit zunehmend auch das Bewusstsein einer zusammenwachsenden Menschheit, d. h. ein Menschheitsbewusstsein. Vor etwa 200 Jahren hat schon der berühmte deutsche Philosoph Immanuel Kant gesagt, dass es "nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhandgenommenen Gemeinschaft so weit gekommen sei, dass die Rechtsverletzung an einem Ort der Erde an allen gefühlt wird." Was vor 200 Jahren gesagt worden ist, ist heute erst so richtig überzeugend. Die Rechtsverletzung an einem Ort der Erde, die an allen gefühlt wird, fordert zu unmittelbarer politischer Verantwortung heraus. Und das macht eben den Charakter dieser NGO's aus: sie agieren politisch und stellen dadurch den Souveränitätsanspruch des Staates, den Anspruch des Staates also, konkurrenzlos agieren zu können, infrage. Wo immer es Menschenrechtsprobleme bzw. humanitäre Probleme gibt – Umweltprobleme, Hunger und Dürre, Völkermord und Massenmigration – es sind NGO's vor Ort, die faktisch einen politischen Mitgestaltungsanspruch realisieren. Und sie realisieren ihn unabhängig vom staatlichen Souveränitätsvorbehalt und von völkerrechtlichen Interventionsverboten. Nationalstaatliche Akteure müssen sich mit diesen gesellschaftlichen Akteuren arrangieren, zu Absprachen kommen und kooperieren. Inzwischen ist ja im militärischen Bereich "CIMIC" geradezu zu einem Vorzeigeobjekt der staatlich-militärischen Eliten aufgerückt.

(3) Supranationalität

– Die dritte Relativierung des nationalstaatlichen Souveränitätsprinzips ergibt sich aus den inzwischen gewachsenen supranationalen Strukturen – vor allem in Europa. So wie der Nationalstaat in Richtung Gesellschaft an souveränen Entscheidungsmöglichkeiten verloren hat, so hat er zumindest in Westeuropa erhebliche Souveränität auch an die Europäische Union, also nach oben, abgegeben. Die EU ist auf der einen Seite ein sehr traditionelles, intergouvernementales, völkerrechtliches Unternehmen, nämlich soweit Ministerrat und europäischer Rat im Blickfeld sind. Die EU ist darüber hinaus in Gestalt der europäischen Kommission eine gewachsene supranationale Organisation, deren Aquis communeautaire nationale Beschlusslagen übersteuert, wie das gegen die britische Regierung durchgesetzte Ausfuhrverbot britischen Rindfleischs deutlich gezeigt hat.
Die supranationale Außerkraftsetzung des staatlichen Souveränitätsvorbehalts ist von so elementarer Bedeutung, dass die Nationalstaaten zuweilen das schon vollzogene Ausmaß ihres Verlustes an Souveränität noch nicht voll zur Kenntnis genommen haben.

Zu III. Das Prinzip der Säkularität

Der moderne Staat – und das stellt heute in Europa keiner mehr in Frage – ist ein säkularer Staat. Die Konfessionskriege des 17. Jahrhunderts haben im Ergebnis die Untauglichkeit der Religion für die Zwecke politischer Gemeinschaftsbildung ans Licht gebracht. In der Folgezeit wurden Religion als Sphäre des Privaten und Politik als Sphäre des Öffentlichen zunehmend voneinander getrennt. Der Staat wurde säkular, er legitimierte sich nicht mehr von einem religiösen oder transzendenten Hintergrund her. Mehr noch: vom "Staat" im eigentlichen Sinne lässt sich erst reden, wo sich die mittelalterliche Idee eines Corpus christianum, einer weltlichen und geistlichen Doppelspitze der politischen Gemeinschaft aufgelöst hatte . Doch die neu gewonnene Säkularität der politischen Gemeinschaft, die nunmehr "Staat" heißt, entfaltet dabei die ihr eigenen Probleme.

Die Säkularität des Staates betrifft zunächst die Funktionsfrage: "Wie funktioniert "Staat"? Hier geht es im wesentlichen um Fragen der Staatsräson.

Eine zweite Dimension des säkularen Staates betrifft sodann die Legitimationsfrage: "Wozu ist "Staat" gut? Was veranlasst Menschen, den Normen des Staates und der "Staatsräson" Folge zu leisten"?

1. Ideengeschichte: Machiavelli

Zunächst einmal wird nach dem Verlust eines religiösen Bezugs des Politischen die immanente Logik des Politischen entdeckt: sie erhält den Namen "Staatsraison". Machiavelli ist ihr theoretischer Entdecker; Friedrich II. von Preußen ihr wohl bekanntester Repräsentant. Das sogenannte Zeitalter der Aufklärung handelte im Wesentlichen gemäß den Prinzipien der Staatsräson. In Bezug auf Preußen sprach deshalb der Historiker Sebastian Haffner auch sehr bezeichnend von einem "Rationalstaat", nicht von einem "Nationalstaat". Rational ging es in der Tat in Preußen zu. Jeder konnte denken, sagen und schreiben, was er wollte, solange die Staatsräson nicht berührt war. Die Toleranz, die der preußische Staat durchgesetzt hatte, war eine Toleranz der Gleichgültigkeit gegenüber dem, was als private Angelegenheit galt: Sprache, Sitte und Religion. Nicht tolerant war der Staat allerdings seinen eigenen Überlebensbedingungen gegenüber. Bei Machiavelli sind diese Überlebensbedingungen geradezu schonungslos vorgedacht worden. Seine Schrift "Il Principe" steht dabei insbesondere für die neue Sicht auf die politische Realität. Ihr zufolge gehorcht der Staat einer Sachgesetzlichkeit, einer Staatsräson, die im Rahmen eines profanisierten Geschichtsbildes und eines profanisierten politischen Systems zur Darstellung gebracht wird.

a) Die Profanisierung des Geschichtsbildes

Das traditionelle Geschichtsbild wird bestimmt vom Gedanken der Providenz Gottes. In der sogenannten providentia Dei ist die für Menschen erfahrbare und irritierende Erfahrung einer Diskrepanz zwischen politischer Absicht und politischem Resultat, zwischen politischer Planung und politischem Ausgang, zwischen

politischem Wollen und politischem Bewirken gleichsam aufgehoben. Die Verantwortung für die Differenz zwischen dem, was der Mensch will, seinem Planen und Tun und dem, was am Ende dabei herauskommt, liegt bei Gott, nicht beim Menschen. Die Neuzeit beginnt damit, dass der Mensch für alles verantwortlich wird – auch für die wenig wünschenswerten Ausgänge seines Handelns. Machiavelli ist hier typisch. Die göttliche Providenz ist für ihn schon säkularisiert – säkularisiert in das Wirken und Walten eines sogenannten blinden Schicksals. Dem Menschen obliegt es aber, dieses Schicksal zu meistern. Anders formuliert: fortuna ist das blinde Schicksal, virtú die Kraft, ihr entgegenzutreten. Nur wer im Stande ist, sein Schicksal wirklich in die eigene Hand zu nehmen, der hat virtú (Principe XXV: "Fortuna ist ein Weib; um es unterzukriegen, muss man es schlagen und stoßen. Man sieht auch, dass es sich lieber von Draufgängern bezwingen lässt, als von denen, die abwägend vorgehen".) Wie diese Metapher beweist, ist politische virtú tendenziell gewalttätig. Und Gewalttätigkeit ist i.w. das Medium, das die Kontrolle der Ergebnisse des Handelns garantiert.

b) Die Profanisierung des politischen Systems

Eine Tendenz zur Gewalt leuchtet auch in Machiavellis Begriff des politischen Systems auf. Die mittelalterliche Welt kannte politische Systemprobleme nur in Gestalt der Bewahrung einer religiös-politischen Rechtsordnung. Das Christentum hatte ja seit Konstantin die Stellung und Funktion der antiken Polisreligion übernommen und war damit zu einer die gesamte Lebensordnung bestimmenden öffentlichen Religion geworden. Politische Systemprobleme waren damit immer schon als Probleme der Bewahrung einer solchen religiös bestimmten Lebensordnung vordefiniert. Das der göttlichen Providenz jedoch entkleidete politische System hat nichts mehr zu bewahren – außer sich selbst. Damit ist die Machiavelli'sche Idee der Staatsräson geboren, verstanden als der Imperativ bedingungsloser staatlicher Selbsterhaltung. Was im politischen System an moralisch-rechtlichen Normierungen dann möglicherweise auch realisiert wird, ist in seiner faktischen Geltung abhängig von der Fähigkeit staatlicher Selbsterhaltung nach innen und außen. Staat wird auf diese Weise notwendig zum Selbsterhaltungsstaat, zum Machtstaat. Das nunmehr erste Problem eines Staates ist damit das Problem seiner potentiellen Bedrohung und Bestandgefährdung, d. h. seines möglichen Verschwindens von der Landkarte der politischen Geographie. Es dürfte deutlich sein, dass vor diesem konzeptionellen Hintergrund die Beurteilung des Staates nach seiner Fähigkeit zur Kriegsführung erfolgen muss. Kriegerische Gewalt avanciert nunmehr zur ultima ratio regis.

Machiavelli macht allerdings noch eine typische Zusatzannahme. Ihm zufolge bewegt sich Geschichte nicht geradlinig, sondern zyklisch. Damit hat er zusätzlich ein starkes Motiv für staatlichen Expansionismus geliefert. Solange Staaten sich nämlich im Aufstieg befinden, so argumentiert Machiavelli, verhalten sie sich notwendigerweise kriegerisch. Wo dagegen ihre kriegerische Kraft nachlässt und die Künste und Wissenschaften zu dominieren beginnen, da sind Staaten ange-

blich auch schon wieder im historischen Abstieg begriffen. Mit dieser bellizistischen Konzeption des Staates ist natürlich auch jede Vorstellung von einem gerechten Krieg dahin. Es kommt lediglich darauf an, in den expansiv geführten Staatenkonflikten der frühen Neuzeit die eigene Überlebenschance erfolgreich wahrzunehmen. Nachzuvollziehen ist das auch an der Uminterpretation des traditionellen politischen Ideals der Einheit von Frieden, Gerechtigkeit und Eintracht (pax, justitia und concordia). Für Machiavelli ist Frieden eine Machtfrage geworden, d. h. eine Frage der Verfügung über ausreichende militärische Ressourcen, um einen Gegner abzuschrecken. Auch justitia und concordia werden in dieser Weise rückhaltlos funktionalisiert: Sie begründen nicht den Staat, es ist vielmehr umgekehrt: der Staat begründet sie, nur der machtvolle Staat kann sie machtvoll zur Geltung bringen.

c) Die Integration des Gemeinwesens: Christentum-civil religion – Nationalismus.

Natürlich muss der Bürger hier mitspielen. Er muss ja die notwendigen Gehorsamsleistungen erbringen. Machiavelli sieht diese Problematik auch.

So sagt er in den Discorsi (I, 11) in Bezug auf die römische Republik in der Antike: “Numa Pompilius fand ein völlig ungebändigtes Volk vor; er wollte es mit friedlichen Mitteln zu bürgerlichem Gehorsam erziehen. Um sein Ziel zu erreichen, nahm er Zuflucht zur Religion, da er diese als die unentbehrlichste Stütze der Zivilisation erkannte ... Wer die römische Geschichte aufmerksam studiert, wird stets finden, wie viel die Religion dazu beigetragen hat, die Heere in Gehorsam, das Volk in Eintracht zu halten, die Guten zu stärken und die Schlechten zu beschämen”. Unter der Maßgabe einer solchen als notwendig erkannten civil religion kann er sich dann allerdings auch kritisch zum Christentum äußern: “Wenn auch unsere Religion fordert, dass man stark sei, so will sie damit mehr die Stärke des Duldens als die der Tat. Diese Regel hat, wie mir scheint, die Weltgeschichte den Bösewichten ausgeliefert”. (Discorsi II 2). Das Christentum ist für eine umstandslose politische Funktionalisierung also nicht zu gebrauchen. Sofern allerdings die säkulare Staatsräson ohne normativ-legitimatorischen Rückhalt nicht auskommt, scheint es immer mehr der Nationalismus gewesen zu sein, der als civil religion gewissermaßen die Lücke gefüllt hat, die die politisch funktionslos gewordene Religion hinterlassen hatte. Er wird allerdings erst am Ende des aufgeklärten Zeitalters entdeckt. Aber seine Entdeckung war logisch. Die Staatsraison hatte zwar eine zutreffende Antwort auf die Frage nach den immanenten Funktionsimperativen des Staates, aber keine Antwort auf die Frage nach seiner Legitimität. Mit der Nationalstaatsidee des 19. Jahrhunderts wird auch diese Frage beantwortbar. Seine Legitimität besteht vor allem darin, die Sicherheit des Volkes zu garantieren, dann aber auch darin, seine Wohlfahrt zu mehren und seine Kultur zu fördern. Nationalstreitkräfte werden ins Leben gerufen, eine Nationalökonomie etabliert sich und eine Nationalkultur beginnt zu blühen. Die Folge eines solchen

Nationalismus war unterschiedlich in der Perspektive nach hinten, nach vorne, nach innen und nach außen.

Nach hinten hat der Nationalismus die Nationen tendenziell "fundamentalisiert". Sie fühlen sich fortan national verankert: ihr Empfinden, Wollen und Handeln hat Wurzeln in gemeinsamer Geschichte, Abstammung und Sprache.

Nach vorn hat der Nationalismus die Völker mit Visionen und Missionen versehen. Deutschlands erstrebter "Platz an der Sonne" ist genauso aufschlussreich wie Wilsons Absicht "to make the world safe for democracy".

Nach innen hat der Nationalismus die Nationen "homogenisiert". Und er hat ein politisches Handeln im sogenannten nationalen Interesse legitimiert: "Right or wrong my country." Nach außen hat der Nationalismus die Beziehung zwischen den Nationen "polarisiert": die einander nunmehr fremden Nationen können sich fortan nicht mehr verstehen – und das wechselseitige Fremdheitserlebnis fördert dann den Krieg als Entlastungsmechanismus.

Insgesamt ist auf diese Weise eine hohe Korrespondenz von Staatsräsonimperativen und nationalistischen Imperativen entstanden, die für die Kriege des 20. Jahrhunderts von ausschlaggebender Bedeutung war. Machtstaatsidee und Nationalismus sind zwar nicht identisch, aber sie leben in fruchtbarer Nachbarschaft.

2. Multikulturelle Herausforderungen

Am Ende des 20. Jahrhunderts wird jedoch diese Kongruenz von säkularer

Staatsräson und säkularem Nationalismus in Frage gestellt. Das Stichwort heißt:

Multikulturalismus.

Multikulturalismus heißt empirisch-gesellschaftlich:

es gibt keine homogene und staatstragende Leitkultur mehr. In allen Ländern Europas werden die angestammten Nationalkulturen zunehmend angereichert und ergänzt. Flucht- und Wanderungsbewegungen auf der einen Seite, die Internationalisierung des Arbeitsmarktes auf der anderen Seite bringen ein Maß an zusätzlicher kultureller Differenzierung nach Europa, das es so noch nicht gegeben hat. Hinzu kommt jenes Maß an kultureller Ausdifferenzierung, das umgekehrt durch die innere Flucht vieler Europäer in fernöstliche Heilslehren entsteht. All das sorgt für eine Präsenz an kulturellen Alternativen, die nur noch schwer überschaubar ist.

Multikulturalismus heißt politisch:

Unterschiedliche Gruppierungen melden sich mit Ansprüchen zu Wort, die ihre kollektive Identität betreffen. Der Anspruch ist, diese Gruppenidentität wahrnehmbar und öffentlich zur Geltung zu bringen – sei es durch besondere Kleidung, durch besondere Feiertage, durch eine besondere Geschlechtsrollendefinition, durch eine besondere religiöse Architektur, durch besondere religiöse Rituale etc. Die Frage ist nun, wie der traditionelle Nationalstaat umgebaut werden muss, um seine integrative Funktion auch unter multikulturellen Bedingun-

gen zu erfüllen. Gegenwärtig ist beobachtbar, dass an die Stelle stilbildender nationaler Kulturen übergreifende Milieukulturen treten – also z. B. eine fundamentalistische Milieukultur, eine traditionalistische Milieukultur und eine modernistische Milieukultur: “Immer seltener decken sich die ohne dies recht durchlässigen Außengrenzen der soziokulturellen Milieus mit geographischen Räumen” (Thomas Meyer). Wenn das so ist, dann lässt sich noch nicht einmal von europäischer Kultur sprechen, sondern nur von globalisierten Milieukulturen. Zudem haben diese Milieukulturen aber auch die Eigenart wechselseitiger aversiver Abgrenzungen in nationalstaatlichen wie globalisierten Kontexten. Die Frage nach den normativen Integrationsleistungen des Staates stößt damit womöglich prinzipiell ins Leere. Postnationale Bedingungen sind an entscheidender Stelle eben auch poststaatliche Bedingungen. Die Entwicklung dahin hat begonnen. Ein Ende nicht absehbar.

Die moderne Art der Schlachtfeldbesichtigung und Generalstabsreise: Preussische und deutsche Traditionen nach 1815[1]

David Ian Hall[2]

Am Ende des Zweiten Weltkrieges gab die Historical Division der Foreign Military Studies Branch der US-Armee in Europa mehrere rückblickende militärische Studien über die Kriegsvorbereitungen des Feindes sowie dessen Militäroperationen während des Krieges in Auftrag. Eine Studie untersuchte die Wirkungsweise und Durchführung von "*Kriegsspielen*" in der deutschen Armee.[3] Federführend bei der Untersuchung war General der Infanterie Rudolf Michael Hofmann, aber es beteiligten sich auch andere erstklassige Experten auf dem Gebiet der Ausbildung in Deutschland daran, so z.B. General Hans von Greiffenberg, General Fangher, Feldmarschall List, General Praun und Generaloberst Franz Halder. Die US-Armee wollte erfahren, welche Arten von Kriegsspielen von der deutschen Armee vor und während des Zweiten Weltkrieges durchgeführt worden waren und ob diese Übungen ihren Zweck als Mittel der Ausbildung erfüllt hatten. Das Projekt war ehrgeizig, denn der Begriff "Kriegsspiel" wurde von 1914 bis 1945 in der deutschen Armee recht freizügig auf eine große Spannbreite von Ausbildungsaktivitäten angewandt, nämlich auf echte Kriegsspiele, Kartenübungen, Stabsübungen, Ausbildungsreisen, Geländebesprechungen, Standortübungen, Sandkastenspiele, Exkursionen zu Kriegsschauplätzen und Generalstabsreisen. Einige Kriegsspiele basierten auf hypothetischen Szenarien, andere wiederum nutzten ausgiebig historische Berichte und umfassten lange Besuche realer Schauplätze früherer Schlachten und Feldzüge. Waren Kriegsspiele, insbesondere Exkursionen zu Kriegsschauplätzen und Generalstabsreisen, in ihrer Vielfältigkeit und breit gefächerten Zielstellung ein effektives Mittel zur Erprobung neuer Ideen der Truppenführung und eine gute Vorbereitung auf spätere Kriegshandlungen? Die Deutschen glaubten ganz offenbar daran.

Kriegsspiele bildeten in ihren verschiedenen Varianten bereits vor den Napoleonischen Kriegen ein Kernstück der Offiziersausbildung in der preußischen Armee. Auch im gesamten neunzehnten Jahrhundert verloren sie nichts von ihrer Bedeutung und waren unter von Moltke und später unter von Schlieffen wichtiger Bestandteil der Aus- und Weiterbildung des Offizierskorps der

[1] Eine kürzere Fassung dieser Arbeit wurde auf der 68. Jahrestagung der Society for Military History an der University of Calgary, Calgary, Alberta, Kanada, 23.–26. Mai 2001vorgelegt.

[2] Dr. Hall ist Dozent am Joint Services Command and Staff College, King's College, London, , Großbritannien.

[3] General Rudolf M. Hofmann, *War Games* MS # P-094. Übers.. P. Luetzkendorf, Historical Division, Headquarters, United States Army, Europe, 1952.

kaiserlichen Armee. Nach 1918 hielt die deutsche Armee an ihrem Glauben an Kriegsspiele fest; anfangs die Reichswehr und nach 1935 die Wehrmacht waren fest von der großen Bedeutung dieser theoretischen Übungen für die Ausbildung ihrer Offiziere und das wirksame Handeln der Armee insgesamt überzeugt. Selbst nach der schmählichen Niederlage 1945 schloss General Halder, der vor keiner Gelegenheit zurück schreckte, sich im Eigenlob der Selbstüberschätzung zu ergehen, sein Vorwort zu *Kriegsspiele* mit den Worten: "Der anerkannt hohe Standard der Ausbildung deutscher Offiziere und die häufigen Erfolge sorgfältig vorbereiteter deutscher Operationen sind Beweise für den hohen Wert des Kriegsspieles."[4] Tatsächlich wurde allein dadurch, dass die amerikanische Armee eine Studie über deutsche Kriegsspiele in Auftrag gegeben hatte, sowohl den Spielen als auch ihren Schöpfern das hohe Ansehen zuerkannt, das ihnen nach fester Überzeugung vieler hoher deutscher Offiziere gebührte.

Man nimmt an, dass der moderne Begriff der Kriegsspiele – geschichtliche Studien und praktische Übungen zur Verbesserung des fachlichen Niveaus der Offiziere wie der ganzen Armee – bis in das siebzehnte Jahrhundert zurück reicht, als das "Militärschach" als Adaption des üblichen Schachspieles unter Einbeziehung des damals vorhandenen Interesses an mathematischen Prinzipien und Betonung ihrer Beziehung zu Strategie und Taktik entwickelt wurde. So innovativ das Spiel auch war, die unveränderlichen Eigenschaften des Schachbretts setzten ihm doch enge Grenzen. Gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts übertrug der Militärschriftsteller und Taktiker Georg Venturini das Spiel auf eine Tafel oder Karte, und damit begann die Entwicklung des modernen Chartex und Mapex, beides übliche Bestandteile heutiger Kurse an Generalstabsschulen.[5]

Schlachtfeldbesichtigungen, Übungsreisen, Geländebesprechungen und die ernsthafte Beschäftigung mit Kriegsgeschichte, das alles wurde Teil der Offiziersausbildung in der preußischen Armee Friedrichs des Großen. Bereits im Alter von 22 Jahren, damals noch ein unerfahrener und blasser Oberst, erkannte Friedrich, wie wichtig die fachliche Bildung für eine wirkungsvolle und schlagkräftige Armee war. Er war schließlich nicht nur der Kronprinz von Preußen, sondern auch ein bereitwilliges Kind der Aufklärung. Friedrich las die Geschichte seiner Vorgänger, der Herrscher und der Armeen Preußens. Er analysierte ihre Erfolge und Fehlschläge und suchte nach ihren Ursachen. Er bereiste selbst Kriegsschauplätze und führte Geländebesprechungen durch, wobei er häufig alte Veteranen aufspürte, die ihm die von ihnen geschlagenen Schlachten beschrieben. Zusätzlich ermutigt wurde er dazu von seinem Vater, König Friedrich Wilhelm, und dem Oberkommandierenden der kaiserlichen Armeen, Prinz Eugen von Savoyen. Bei zahlreichen Gelegenheiten empfahl Eugen dem jungen

[4] Generaloberst Franz Halder, "Foreword," in Hofmann, *Kriegsspiele* MS # P-094.

[5] G. Venturini, *Beschreibung und Regeln eines neuen Kriegs-Spiels* (Schleswig, 1798) und War Games MS # P-094, xiv.

Friedrich "Militärgeschichte zu lesen ... unverwandt über Ihren Beruf und die Unternehmungen der großen Generäle nachzusinnen ... und immer die großen Ziele eines Feldzuges im Blick zu behalten." Der Schüler befolgte die Anweisungen seines Lehrers und später, als der Schüler König und Befehlshaber wurde, beschwor er seinerseits seine Offiziere, sich dem Kriegshandwerk durch eigene Beschäftigung mit der Kriegskunst zu widmen.[6]

Friedrich zeigte an der Ausbildung der Armee immenses Interesse. Im Jahre 1743, nach dem Ersten Schlesischen Krieg (Österreichischer Erbfolgekrieg, 1740–1748), initiierte er umfangreiche Herbstmanöver aller Waffengattungen unter seiner persönlichen Leitung. Die Schlachten des achtzehnten Jahrhunderts wurden durch präzise Bewegungen und Feuerkraft gewonnen. Friedrich wusste das, und durch rigoroses und regelmäßiges Exerzieren im Verband und durch Geländeausbildung stellte er sicher, dass seine Armee taktische Beweglichkeit, Standhaftigkeit unter gegnerischem Feuer und absoluten Gehorsam erwarb.[7] Ebenso wichtig für den Erfolg der Armee war die Ausbildung der Kommandeure. Hart erworbene Gefechtserfahrungen veranlassten Friedrich, der Aus- und Weiterbildung seines Offizierskorps feste Formen zu geben. In Berlin wurde eine Kadettenschule mit zwei kleineren Vorbereitungsschulen in Ostpreußen (Culm und Stolp) eröffnet. Heeresoffiziere erhielten in den Wintermonaten Unterricht in Geographie und Festungsbau, dem im Frühjahr und Sommer Übungsreisen und Kriegsspiele folgten. So mancher hochrangige Offizier in Friedrichs Armee war über diese zunehmenden intellektuellen Aktivitäten nicht erbaut, sondern betrachtete sie als beängstigend bürgerlich und erniedrigend. Dagegen wandte Friedrich ein: "Wenn Erfahrung alles wäre, was ein großer General braucht, wäre Prinz Eugens Maultier der größte."[8] Ihren Verdruss missachtend setzte Friedrich beharrlich seine Bemühungen fort, die fachlichen Fähigkeiten seiner wichtigsten Offiziere zu verbessern. Häufig wurden begabte Kommandeure zu Weiterbildungstagen und Generalstabsreisen zusammengezogen. Friedrich ermutigte sie, "den Boden" zu studieren. Während der Generalstabsreisen fragte er sie, wie sie die gerade erkundete Position angreifen oder verteidigen würden; danach wurden ihre Vorschläge diskutiert. Schließlich drängte er sie, sich in jeder Situation weiterzubilden. "Beim Laufen oder Reiten schätzen sie die Entfernung, bewerten sie sie. Dann messen sie sie nach."[9]

---

[6] David Fraser, *Frederick the Great* (London: Allen Lane, The Penguin Press, 2000), 44, 48-50; Nicholas Henderson, *Prince Eugen of Savoy* (London: Weidenfeld and Nicolson, 1964).

[7] R. R. Palmer, "Frederick the Great, Guibert, Bülow: From Dynastic to National War," in Peter Paret, Hrsg., *Makers of Modern Strategy* (Princeton, NJ: Princeton University Press, 1986), 95–99; Fraser, 126–129. Friedrichs Doktrin der Kriegshandlungen ist prägnant und verständlich zusammengefasst in W. von Bremen, *Friedrich der Grosse* (Berlin: B. Behr's Verlag, 1905). Siehe auch Dennis Showalter, *The Wars of Frederick the Great* (London: Longman, 1995).

[8] Karl Demeter, *The German Officer-Corps in Society and State, 1650–1945*, Übers.. Angus Malcolm (New York: F. A. Praeger, 1965), 67.

[9] Steven E. Clemente, *For King and Kaiser! The Making of the Prussian Army Officer, 1860-1914*

Mit dem Nahen der Französischen Revolution und der steigenden Nachfrage nach Massenarmeen und zunehmend technischer Kriegführung (schwere Artillerie, Pioniere) reichten die persönliche Philosophie und die Traditionen des großen Soldatenkönigs für die preußische Armee nicht mehr aus, um zukünftigen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Oberst Christian von Massenbach war einer der ersten preußischen Offiziere, die nach weitreichenden Reformen riefen. Zwischen 1802 und 1803 schrieb er vier Denkschriften an Friedrich Willhelm III, in denen er verbesserte Ausbildungskurse für Offiziere entwarf und sein Bestreben erläuterte, der Ausbildung von Stabsoffizieren in einer höheren Kommandeursschule eine feste Form zu geben.[10] Damals waren dies radikale Ideen; vielleicht zu radikal, denn die Verbindung aus Verehrungskult für alles Friederizianische und die leblose Hand der Tradition (als Mittel zu künftigem Ruhm und Erfolg) erwiesen sich als so stark verwurzelt, dass sie sich nicht überwinden ließen. Das änderte sich jedoch im Herbst 1806 mit den totalen Niederlagen der preußischen Armee in der Doppelschlacht von Jena and Auerstedt. Stolz, vielleicht sogar arrogant, und ganz sicher ignorant gegenüber den Veränderungen in der Kriegskunst seit 1792 marschierte die gut gedrillte aber veraltete preußische Armee in ihren Untergang in fröhlicher Ahnungslosigkeit darüber, dass ihr taktisches System schwerfällig und unbeweglich war, und sie in dieser Form auf den lebhaften und von Gewalt geprägten, nunmehr von Napoleon beherrschten Schlachtfeldern nichts zu suchen hatte.[11]

Reformen folgten schnell. Im Juli 1807 bildete Friedrich Wilhelm III. eine Militär- Reorganisationskommission unter Leitung von Graf Karl von Lottum und Generalmajor Gerhard von Scharnhorst. Unter ihrer Führung wurden die Kommissionsmitglieder aus Reaktionären und Visionären rekrutiert, darunter die Generäle Hermann von Boyen und Graf August Neithardt von Gneisenau, Major Karl von Grolman sowie der junge Artilleriehauptmann Karl von Clausewitz. Die Kommissionsmitglieder machten sich daran, die preußische Armee auf die neue Art der Kriegführung einzustellen. Sie reorganisierten die Armee, indem sie letztlich das System selbständiger Regimenter einführten. Neue Maßnahmen wurden eingeleitet, so z.B. das Krümpersystem für den Umgang mit den Reserven und die schnelle Vergrößerung der Armee. Die Militärgerichtsbarkeit wurde re-organisiert, ebenso das Gesamtsystem der Logistik. Am Weihnachtstag 1808 wurde das preußische Kriegsministerium gegründet, und etwa vier Jahre später

(Westport, CT: Greenwood Press, 1992), 3–4; Fraser, 129–130. Siehe auch *Military Instruction from the late King of Prussia to his Generals*, Übers. (aus dem Französischen) Major T. W. Forster (Sherborne and London: gedruckt von William Cruttwell, 1797).

[10] William O. Shanahan, *Prussian Military Reforms 1786-1813* (New York: AMS Press, Inc., 1966) 72–73.

[11] David Nash, *The Prussian Army 1801-1815* (London: Almark Publishing Co. Ltd., 1972), 5; und Shanahan, 232.

wurden neue offizielle Ausbildungsbestimmungen herausgegeben.[12] Die dringenden Erfordernisse des Krieges hatten die Reformer auch zu der Überzeugung geführt, dass ein gebildeteres und fachlich bewandertes Offizierscorps gebraucht wurde. So gründete man eine Reihe neuer Kadetten- und Offiziersschulen (Artillerie und Pionierwesen, Inspekteursschulen, Kadettenschulen und die Schule für Militärwaisen in Potsdam). Neben diesen Schulen wurde 1810 die Allgemeine Kriegsschule als einzige Bildungseinrichtung für die gesamte Armee gegründet.[13]

Es waren Scharnhorst und Clausewitz, die sich als erste für die Gründung einer Kriegsakademie einsetzten. Sie wollten eine Fachschule nach dem Muster der deutschen technischen Hochschule, in der die Offiziere unmittelbar berufsbezogene Disziplinen studierten. Eine andere Gruppe einflussreicher hoher Offiziere wandte sich gegen diese enge Vorgabe und sprach sich stattdessen für die Schaffung einer Schule aus, die auf der Humboldtschen Tradition der deutschen Universität aufbaute. General Rühle von Lilienstern, erster Direktor der Kriegsakademie, hielt die humanistischen Traditionen einer breit gefächerten Universitätsbildung hoch. Dementsprechend legte die Kriegsakademie in den ersten Jahren mehr Augenmerk auf Geschichts-, Mathematik-, Philosophie- und Physikunterricht als auf die rein militärischen Bestandteile des Studienplanes[14], ohne aber das Militärhandwerk der topographischen Studien, der Taktik und Strategie zu vergessen. Scharnhorst war Kriegsminister und somit für die Aus- und Weiterbildung der Armee in Friedenszeiten verantwortlich. Darüber hinaus nutzte er sein Amt, um das Offizierskorps in Kriegsspielen und Stabsübungen ausbilden zu lassen.[15]

Während die Armee und ihre Aus- und Weiterbildung in den 1806 einsetzenden Reformen modernisiert wurden, blieb die alte friederizianische Tradition, dass Offiziere die Geschichte studierten und dann das erworbene theoretische Wissen in Form von Generalstabsreisen und Kriegsspielen ins Freie trugen, erhalten, jetzt aber in institutionalisiertem Format.

Die scheinbar inherenten Spannungen zwischen engem Expertentum und liberaler Bildung waren in der preußischen und später deutschen Armee des gesamten neunzehnten Jahrhunderts und den ersten 45 Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts eine unerschöpfliche Diskussionsquelle. Es ging um die Auseinandersetzung zwischen Theorie und Praxis, wobei erstere allmählich die Überhand gewann, da die Armeen sich vergrößerten und der Krieg technischer wurde. So überrascht es nicht, dass in der Armee die Tendenz eher in Richtung auf eine

[12] Hajo Holborn, "The Prusso-German School: Moltke and the Rise of the General Staff" in Paret, Hrsg., 281–284; und Nash, 5–14.

[13] Daniel Hughes, *The King's Finest. A Social and Bureaucratic Profile of Prussia's General Officers, 1871-1914* (Westport, CT: Praeger, 1987), 83; und Louis A. von Scharfenort, *Die königlich preussische Kriegsakademie* (Berlin: E.S. Mittler and Sohn, 1910), 2–4. Die Allgemeine Kriegsschule wurde am 15. Oktober 1810 in Berlin eröffnet. 1859 wurde sie von der Armee in Kriegsakademie umbenannt.

[14] von Scharfenort, Kapitel 1; und Hughes, 83–85

[15] Holborn, 283

Ausbildung ging, die das Expertentum anstelle eines breiten Allgemeinwissens förderte. Die wachsende Bedeutung, die den militärischen Disziplinen an der Kriegsakademie zugeschrieben wurde, war dafür bezeichnend. Zwischen 1866 und 1870 rationalisierte der Leiter der Kriegsakademie, General Eduard von Peucker, den Studienplan, indem er auf Kosten einer allgemeineren Ausbildung weitere obligatorische Militärkurse hinzufügte. 1872 wurde die Kriegsakademie der unmittelbaren Kontrolle des Generalstabschefs unterstellt.[16]

Auch Militärgeschichte fiel in die unmittelbare Zuständigkeit des Generalstabs, und zwar nicht nur hinsichtlich ihrer Verwendung für die Strategie- und Taktikausbildung, sondern auch die Kriegsgeschichtsschreibung. Durch das Studium der Geschichte gewannen die Offiziere, insbesondere diejenigen mit geringer wirklicher Gefechtsfelderfahrung, ein realistisches, wenn auch indirektes Bild von der Komplexität des Krieges. Richtig vermittelt und niedergeschrieben (die erklärte Absicht des Generalstabes) sollte die Militärgeschichte auch eine objektive Beschreibung von in der Vergangenheit aufgetretenen Problemen bieten, die analysiert werden konnten, um daraus wertvolle praktische Erfahrungen abzuleiten. Der Hintergedanke für das Studium der Kriegsgeschichte lag auf der Hand: Sie bot "Lehren für die Zukunft". Dementsprechend wurde Geschichte zur angewandten Wissenschaft, und an der Kriegsakademie folgte die Ausbildung der neuen angewandten Methode, bei der besonderer Wert auf praktische Übungen gelegt und eine aktivere Beteiligung der Studierenden zugelassen wurde.[17]

Sowohl Helmuth von Moltke der Ältere als auch Alfred von Schlieffen studierten mit Begeisterung Geschichte.[18] Beide bevorzugten auch die praktische Anwendung der Geschichtskenntnisse auf die vielfältigen Herausforderungen des Krieges gegenüber einer eher philosophischen Herangehensweise, wie sie noch vor nicht allzu langer Zeit von Clausewitz praktiziert wurde. Indem er theoretische Spekulationen ablehnte, verstand Moltke Militärgeschichte "als ein Werkzeug, um die Stabsoffiziere für die vielen möglichen Eventualitäten zu wappnen."

---

[16] Hughes, 85; und Bernard Schwertfeger, *Die großen Erzieher des Heeres* (Potsdam: Rütten und Loening, 1936), 32, 47.

[17] *The Role of Military History in Officer Education in Great Britain, the United States of America and Germany in the Twentieth Century*. Vom Verteidigungsministerium Großbritanniens in Auftrag gegebene Studie des Department of War Studies, King's College London (Oktober 1983–1984), 247–249, 252; Friedrich A. J. von Bernhardi, *Denkwürdigkeiten aus meinem Leben nach gleichzeitigen Aufzeichnungen und im Lichte der Erinnerung* (Berlin, 1927); Herbert Rosinski, *The German Army* (London: Hogarth Press, 1939), 165; Holborn, 290; und Hughes, 85.

[18] Moltke war von 1857 bis 1887 Generalstabschef; Schlieffen, Moltkes späterer Nachfolger, hatte den Posten von 1891 bis 1906 inne. Beider Ansichten dominierten das preußisch-deutsche militärische Denken von der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg und darüber hinaus. Siehe Gunther E. Rothenberg, "Moltke, Schlieffen, and the Doctrine of Strategic Envelopment," in Paret, Hrsg., 296–325. Siehe auch Arden Bucholz, *Moltke, Schlieffen and Prussian War Planning* (Providence, R.I.: Berg Publishers, 1991) und Robert T. Foley, "Schlieffen's Last Kriegsspiel," *War Studies Journal* 3:2 (Sommer 1998), 117–133 und 4:1 (Sommer 1999), 97–115.

Schlieffen wiederum hatte noch enger gefasste Vorstellungen. Er vertrat die "Ansicht des Fachmannes" und nutzte die Geschichte, um seine strategischen Konzepte zu formulieren und zu überprüfen. Die Geschichte hatte eine deutlich symbiotische Beziehung zur Praxis entwickelt. Jedes Jahr wurden die Operationspläne des Generalstabes in Militärmanövern, Generalstabsreisen und Kriegsspielen überprüft. Auch die Weiterbildung der Offiziere wurde in zunehmendem Maße ein Gemisch aus angewandter theoretischer Ausbildung und Anpassung dieses Wissens an die praktischen Erfahrungen. Während des Vierteljahrhunderts vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges konzentrierte sich die Instruktion an der Kriegsakademie auf militärische Disziplinen, nämlich Führung, Gefechtstaktik, Generalstabsarbeit und Kartenlesen. Die noch betriebene allgemeine Bildung beinhaltete die Vermittlung von Geographie, Geschichte und Philosophie. Wehrgeschichte kam in ihrer Bedeutung gleich hinter Taktik, und alle Kursanten studierten Militärgeschichte, und zwar sechs Wochenstunden im ersten und vier Wochenstunden in den beiden folgenden Jahren. Das im Winter im Unterrichtsraum erworbene Wissen wurde bei Generalstabsreisen und Geländebesprechungen im Frühjahr und Sommer erweitert und sogar geprüft.[19] Wieder lag das Augenmerk darauf, sich taktische Kenntnisse anzueignen und die zur Ausübung spezieller operativer Aufgaben für notwendig erachteten Fähigkeiten zu verfeinern.[20]

Die Niederlage im Jahre 1918 und die Einschränkungen des Versailler Vertrages verlangten von der deutschen Armee eine Reihe von Veränderungen (der Generalstab und alle früheren militärischen Bildungseinrichtungen wurden abgeschafft). Die noch erlaubte Aus- und Weiterbildung von Offizieren wurde im Rahmen der bestehenden zivilen Strukturen und militärischen Einheiten dezentralisiert und der Führung der Heeresleitung unterstellt. Diese äußerlichen Veränderungen gingen aber nicht mit radikalen Änderungen im dreijährigen Stabsoffizierskurs an der früheren Kriegsakademie einher. Unter der fachlichen Führung von General Hans von Seeckt und nach 1926 seines engen Beraters General Wilhelm Heye[21] erhielt die Ausbildung der Offiziere in der Reichswehr einen erneuten Aufschwung und bewahrte sich sogar ihre preußische Kontinuität. Seeckt betonte wieder die Rolle der Militärgeschichte bei der Vermittlung taktischen Wissens und Scharfsinns. Er fügte dem aber die Notwendigkeit

[19] Hansgeorg Model, *Der deutsche Generalstabsoffizier. Seine Auswahl und Ausbildung in Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr* (Frankfurt am Main: Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen, 1968).

[20] *The Role of Military History in Officer Education*, 247–255.

[21] General Hans von Seeckt war von 1920 bis 1926 Oberbefehlshaber der Reichswehr. Sein Nachfolger, General Wilhelm Heye, bekleidete den Posten von Oktober 1926 bis Oktober 1930. Siehe James S. Corum, *The Roots of Blitzkrieg. Hans von Seeckt and German military reforms* (Lawrence, KS: University Press of Kansas, 1992) und Martin Kitchen, “The Army and the Weimar Republic,” in *A Military History of Germany* (Secaucus, NJ: The Citadel Press, 1975), 235-280.

der Charakterbildung hinzu und verbesserte das Selbstvertrauen seiner Offiziere. Körperliche und geistige Stärke galten als ebenso wichtig, wenn nicht gar wichtiger, wie intellektuelle Kenntnisse oder Fähigkeiten. Geist, *Furor Teutonicus*, einzutrichtern, war eine Idee, die in der Zeit zwischen den Weltkriegen bei der militärischen Ausbildung in Deutschland, insbesondere bei der Wehrmacht in der gesamten Nazizeit, erhebliche Beachtung genoss.[22] Die entscheidende Ausbildung fand in den offenen Räumen des Unterrichtssaales unter freiem Himmel bei Manövern, Geländebesprechungen, Generalstabsreisen und sogar beim Sport statt. In formellen Vorlesungen, durch Selbststudium und Seminare erlangte theoretische Kenntnisse ersetzten den Mangel an Führungserfahrung auf dem Gefechtsfeld. Die Militärgeschichte wurde auch als eine gute Methode angesehen, die alten Werte des siegreichen Heeres des neunzehnten Jahrhunderts hoch zu halten.[23]

Im ersten Jahr des dreijährigen Reichswehr-Kurses beschäftigten sich die studierenden Offiziere mit verschiedenen taktischen Situationen, und zwar zuerst auf der Ebene eines Infanterieregimentes und später auf Divisionsebene. In den Aufgabenstellungen wurden Taktik und Konzepte des Zusammenwirkens der Waffengattungen betont und Stabslösungen vorgelegt. Dabei verwendete man sowohl hypothetische als auch historische Szenarios, letztere aus der Zeit zwischen den Feldzügen Friedrichs des Großen und dem Ersten Weltkrieg. Breit ausgeführt wurden Kühnheit und Einfallsreichtum der großen Heerführer. Generalstabsreisen bildeten einen zentralen Teil der gesamten Ausbildung der Stabsoffiziere. Sie dienten dazu, den theoretischen Unterricht bildhafter zu machen und die Fähigkeit des Offiziers, Probleme selbständig zu lösen, zu testen. An den üblicherweise auf Pferden durchgeführten Reisen nahmen zehn bis zwanzig Studierende zusammen mit ihren Ausbildern teil. Gegen Ende der Weimarer Republik fand dies z.T. auch mit Kraftfahrzeugen statt.[24] Der Kurs des ersten Jahres endete im Frühjahr mit zwei der Instruktion dienenden Generalstabsreisen von ziemlich hohem Stellenwert. Charakter und Fleiß jedes Studenten wurden bewertet, und nur die Besten wurden zum Kurs im zweiten Jahr eingeladen.[25]

In diesem wurde der Prozess der taktischen Instruktion (unter Betonung der Streitkräfte in Divisionsgröße) fortgesetzt. Außerdem wurden mit Logistik und

[22] Prof. Dr. Hans W. Ziegler, "*Wehrerziehung im neuen Geiste*" (n.d.) Special Collections, McMaster University Archives, 8–10; einen wissenschaftlichen Überblick über die Entwicklung des kriegerischen Geistes in der preußisch-deutschen Armee bietet Antulio J. Echevarria II, "On the Brink of the Abyss: The Warrior Identity and German Military Thought before the Great War" *War & Society* 13:2 (Oktober 1995), 23–40.

[23] *The Role of Military History in Officer Education*, 257–266.

[24] Karl Wilhelm Thilo, "Generalstabsreisen" *Wehrkunde* 13 (1964), 516-520.

[25] David Spires, *Image and Reality. The Making of the German Officer, 1921-1933* (Westport, CT: Greenwood Press, 1984), 41–42. Eine Beschreibung des Ausbildungsprogramms der Reichswehr findet sich in Wiegand Schmidt-Richberg, *Die Generalstäbe in Deutschland 1871-1945* (Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1962), 55-72.

Spezialeinheiten der Armee zusammenhängende Probleme wie auch Generalstabsreisen oder Exkursionen zu Marineeinrichtungen und Industriestandorten eingeführt. Größere Aufmerksamkeit wurde den Führungseigenschaften und der persönlichen Verantwortung geschenkt, und erneut dominierten militärische Themen den Lehrplan. Drei theoretische Gefechtsübungen – eine Planübung, ein Kriegsspiel und eine Geländebesprechung – wurden eingeführt, um die Studenten an anspruchsvolleren taktischen Problemen zu prüfen. Das Jahr endete mit zwei Generalstabsreisen im späten Frühjahr. Die erste fand im Mai statt und diente dazu, den Charakter der Offiziere, ihre Persönlichkeit und Leistung (in dieser Rangordnung ihrer Bedeutung) einzuschätzen. Die zweite fand im Juni statt. An ihr nahmen aber nur von der Ausbildungsabteilung der Reichswehr ausgewählte Offiziere teil. Wer von ihnen eine ausgezeichnete Einschätzung bekam, wurde für den Kurs des dritten Jahres eingeladen.[26]

Der Kurs im dritten Jahr (Lehrgang R) war, wie schon die ersten beiden, eine Mischung aus Ausbildungsstabsreisen, komplettiert durch theoretische Unterweisung. Es begann mit einer fünftägigen "Begrüßungsreise", welche die Vorgaben für den Rest des Jahres setzte. Generalstabsreisen im Herbst und Winter sowie die großen Generalstabsreisen im Frühjahr bauten auf dem theoretischen Unterricht des Lehrgangs wie auch auf der kritischen Einschätzung der während der Generalstabsreisen der vergangenen Jahre gemachten Fehler auf. Die Reisen waren eines der wichtigsten Mittel zur Vermittlung neuen taktischen/fachlichen Wissens in praxisnaher Umgebung. Außerdem dienten sie dazu, Einheitlichkeit zu fördern und Provinzialität abzubauen. Jeder Offizier hatte sich auf die Lösung von vier theoretischen Hauptaufgaben vorzubereiten: Eine Geländebesprechung, ein Kriegsspiel, eine Manöveranlage und ein kriegsgeschichtlicher Vortrag. Besonderes Augenmerk lag auch hier wieder auf taktischen Handlungen, wobei die Kriegsgeschichte die praktische Gefechtsausbildung ersetzte. In Jodls (General Alfred Jodl) Lehrgang von 1929 bis 1930 war die von ihm in Militärgeschichte zu beantwortende Frage. "Wie konnte die Vernichtungsstrategie in der Schlacht von Gumbinnen 1914 durchgesetzt werden?"[27]

Die Studierenden an der Generalstabsakademie waren nicht die einzigen Offiziere, die von den Erfahrungen der Generalstabsreisen profitierten. Truppenoffiziere organisierten regelmäßig ihre eigenen Reisen. Auch die Divisionsstäbe und das Verteidigungsministerium führten jedes Jahr im Frühjahr eigene Generalstabsreisen durch. Das galt auch für den Oberkommandierenden, dessen Reise (Führerreise) an diejenigen erinnerte, die viele Jahre zuvor Friedrich der Große unternommen hatte. Diese Reisen trugen zur Ausbildung der strategischen und taktischen Konzeptionen der Armee bei, lieferten denen, die keine eigenen Gefechtserfahrungen besaßen, solche Erfahrungen aus zweiter Hand und er-

[26] Spires, 43
[27] Spires, 43–44.

möglichten eine Vorauswahl für die Beförderung der Offiziere. Außerdem betonten sie den Ruhm der preußischen Vergangenheit. Allerdings war keine dieser Maßnahmen eine neue Erfindung, die allein im System der Weiterbildung der Reichswehroffiziere angewandt wurde, obwohl von Seeckt berechtigterweise als derjenige gilt, der sie zu hoher Kunst führte.[28]

Die taktischen und instruktiven Generalstabsreisen hatten den Zweck, die Offiziere an größere taktische Situationen in unterschiedlichem Gelände zu gewöhnen und taktische Einheitlichkeit in der Armee zu fördern. Wenn diese Reisen, insbesondere als Lehrhilfen, überhaupt ein Risiko in sich trugen, dann war es ihre Anfälligkeit für Denk- und Handlungskonformität, die letztlich anstelle zur Doktrin zum Dogma führt und in methodischer Unbeweglichkeit endet. General Werner von Blomberg, Leiter des Truppenamtes, war sich dieser Gefahr bewusst. Er leitete Maßnahmen ein, die den schlimmsten Auswüchsen entgegenwirken sollten. Er förderte die individuellere Initiative und Freiheit bei der Entscheidungsfindung (im üblichen Rahmen der Methoden und Praktiken der Armee). Blomberg entdeckte in seinen Empfehlungen noch weitere greifbare Vorteile. Eine stärkere persönliche Verantwortung der Offiziere würde bei der Entwicklung größerer Dienstfreudigkeit im Offizierskorps hilfreich sein, und das wiederum würde sowohl die individuelle als auch die kollektive fachliche Kompetenz vervollkommnen und verstärken.[29]

Seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts setzten auch andere Länder, insbesondere Großbritannien und die USA, die Besichtigung von Kriegsschauplätzen und Generalstabsreisen bei der Offiziersausbildung ein.[30] Etwa ein Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg nahm die Generalstabsakademie in Camberley eine jährliche Exkursion zu Schlachtfeldern in ihr Programm auf. Die meisten Schauplätze von 1870 sowie Waterloo wurden besichtigt. In den USA wurden unmittelbar nach dem Bürgerkrieg Generalstabsreisen der Armee beliebte Unterrichtshilfen, obwohl sie erst 1905 Aufnahme in den Lehrplan von Fort Leavenworth fanden. In West Point nahm Professor Gustave G. Fieberger Exkursionen zu Kriegsschauplätzen im Jahre 1902 in seinen Grundkurs Militärgeschichte auf, nachdem er ihren Anschauungswert erkannt und festgestellt hatte, wie seine Studenten dadurch von den praktischen Vorteilen des Studiums der Militärgeschichte überzeugt wurden. Reisen zu Kriegsschauplätzen und Generalstabsreisen waren Teil der Formulierung von strategischen und taktischen Konzepten am King's College London und dem Services Command and Staff College in Großbritannien, denn so konnten Lehren erkannt, aufgenommen und möglicherweise in zukünftigen Konflikten sogar angewandt werden. Sie brachten außerdem tiefergehende kulturelle und emotionale Vorteile. Die Besichtigung von Schlachtfeldern diente

[28] Spires, 103–104; *The Role of Military History in Officer Education*, 292.
[29] Spires, 34–35.
[30] *The Role of Military History in Officer Education*, 284–288.

dazu, Pflicht- und Ehrgefühl einzuimpfen, und war somit eine wertvolle Hilfe bei der Entwicklung des *Korpsgeistes*. Nicht immer aber wurden diese Vorzüge gewürdigt. Schnell fällt einem das Wort "Schnapsfeldbesichtigung" ein, das an die häufig geäußerte Kritik erinnert, dass es sich um "auswärtige Vergnügungen" auf Kosten des Souveräns oder der Regierung handele. Auch wenn Exkursionen zu Kriegsschauplätzen und Generalstabsreisen keine Allheilmittel für die wirksame Aus- und Weiterbildung von Offizieren darstellen, erscheint es dennoch unsinnig, sie als frivole Extras abzuschreiben. Neben ihrem praktischen Bezug auf die militärische Bildung haben die Besichtigung von Kriegsschauplätzen und Generalstabsreisen noch andere greifbare Vorzüge von außerordentlichem Wert für Zivilisten wie Militärs, und zwar in Bezug auf Nationalbewusstsein, Kontinuität und Stolz. Die Anfänge der Besichtigung von Kriegsschauplätzen und der Generalstabsreisen liegen in Deutschland, ihre heutige moderne, in der Praxis angewandte Form aber ist deutlich internationaler.

Die Welt nach dem 11. September: Wandel und Kontinuität[1]

Tomas Jermalavicius[2]

Der 11. September 2001 ist mittlerweile das von den Medien, Diplomaten, Politikern, dem Militär, Akademikern und normalen Bürgern auf der ganzen Welt am häufigsten verwendete Datum, sowohl bei der Erörterung aktueller Angelegenheiten, als auch bei dem Versuch, künftige Entwicklungen vorherzusagen. Die an jenem Tage verübten grauenhaften Terroranschläge haben die Weltgemeinschaft tief erschüttert. Bei der Zerstörung des World Trade Centers in New York und eines Teils des Pentagon-Gebäudes in Washington D.C. und dem damit einhergehenden Verlust von mehr als 3.000 Menschenleben handelte es sich um die ersten Angriffe auf die Vereinigten Staaten auf US-amerikanischem Boden seit dem japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941; sie waren sogar noch verabscheuenswürdiger, wenn man bedenkt, das die absolute Mehrheit der Opfer Zivilisten waren. Genau wie nach Pearl Harbor führten die Gräueltaten vom September die Vereinigten Staaten auf den Kriegspfad, dieses Mal sowohl gegen das globale Netzwerk der Al-Qaida-Terroristen unter Führung des saudischen Dissidenten und Paria Osama bin Laden, der angeblich hinter diesen Gräueltaten steckte und Unterstützung bei deren Ausführung anbot, als auch gegen die Regime, die den Terroristengruppen Unterschlupf gewährten oder sie finanziell förderten.

Schon bald nach den Angriffen leiteten die Vereinigten Staaten, nachdem sie sich die Rückenstärkung durch eine breite internationale Koalition gesichert hatten, mit Hilfe ihrer Verbündeten einen Feldzug in mehrere Richtungen mit dem Ziel ein, Al-Qaida zu zerschlagen, Osama bin Laden gefangen zu nehmen und die so genannten "Schurkenstaaten" von der weiteren Verfolgung einer den internationalen Terrorismus unterstützenden Politik abzubringen. Das Taliban-Regime in Afghanistan, das bin Laden und seine Ausbildungslager in den vergangen Jahren beherbergte, wurde zum ersten Ziel des Kriegs gegen den Terrorismus, als die USA ihre überwältigende Luftstärke gegen militärische Anlagen und die Infrastruktur der Taliban einsetzten und zusammen mit der Offensive der afghanischen Opposition am Boden erfolgreich die Taliban entmachteten. Der Krieg geht weiter und wird wahrscheinlich noch lange an verschiedenen Fronten und unterschiedlichen Schauplätzen fortgesetzt. Seine Ergebnisse und Folgen bleiben abzuwarten. Berücksichtigt man die Unsicherheit, die ein Krieg für das Welt-

[1] Vorliegender Artikel wurde zuerst in der *Baltic Defence Review*, Nr. 6, 2001, veröffentlicht.

[2] Tomas Jermalavicius ist Assistenz-Professor und Stellvertretender Dekan des Instituts für Verteidigungsstudien, Baltische Hochschule für Verteidigung, Tartu, Estland.

geschehen mit sich bringt, so lassen sich dennoch bereits jetzt die Auswirkungen der Ereignisse vom 11. September mit einiger Gewissheit einschätzen und verallgemeinern.

Der vorliegende Artikel untersucht, wie der 11. September die Weltpolitik bislang beeinflusst hat und auch in Zukunft noch beeinflussen wird. Es wird der Versuch unternommen, aus unterschiedlichen Perspektiven die Faktoren zu beleuchten, die jene Ereignisse in die internationalen Beziehungen einbrachten oder möglicherweise noch einbringen werden und welche Konsequenzen sie für das internationale System als Ganzes und die ihm innewohnenden Prozesse haben. Wichtigstes Ziel bei einem solchen Versuch ist es, Klarheit darüber zu schaffen, ob der 11. September als ein neuer Ausgangspunkt in der Weltpolitik betrachtet werden sollte, an dem man anfangen kann, von anderen Merkmalen des internationalen Systems, einer neuen Dynamik der Prozesse in diesem System und von einer neuen Qualität der internationalen Beziehungen im Vergleich zu der Situation vor dem 11. September zu sprechen. Erörtert wird diese Frage deshalb, weil die Entwicklungen nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten viele zu der Annahme veranlassten, der 11. September sei Vorbote einer neuen Ära in den internationalen Beziehungen und in seiner Folge entstünde wahrscheinlich eine vollkommen neue Weltordnung.[3] Vielleicht rechtfertigen bedeutende Veränderungen in der Politik der Hauptakteure, wie beispielsweise der Vereinigten Staaten oder Russlands, sowie die damit einhergehende Revision der Sicherheitspolitik diese Interpretation ja tatsächlich. Einigen Auffassungen zufolge sind die eher beunruhigenden isolationistischen Manifestationen der US-Außenpolitik, vor allem im Hinblick auf regionale Konflikte in der Welt, und der Drang der US-Administration zu unilateralerem Handeln durch eine Politik tiefgreifender Verpflichtungen und eines Multilateralismus ersetzt worden. Zur gleichen Zeit vollzog Russland eine beeindruckende Wende von einer mehr oder weniger antagonistischen Haltung vis-à-vis dem Westen hin zu einem Streben nach Annäherung an den Westen, wenn nicht gar einer dauerhaften Integration. Dies sind nur einige wenige Aspekte von Entwicklungen, die sich seit den Terroranschlägen abzeichneten und zum Nachdenken über einen grundlegenden Wandel auf der globalen Bühne anregen. Darüber hinaus trägt der psychologische Schock dazu bei, einen Standpunkt einzunehmen, von dem aus die Welt mit anderen Augen als vor den Anschlägen betrachtet wird.

So legitim es scheinen mag, so kann sich die Auslegung des 11. September als neuer Ausgangspunkt für das Funktionieren des gesamten internationalen Systems und die Gestaltung internationaler Beziehungen dennoch als eine zu radikale und zugleich etwas vereinfachte Art erweisen, die Bedeutung der Ereignisse vom 11. September begrifflich zu erfassen. Zwar sind die von den Terroranschlägen

[3] Siehe Dominique Moisi, "Welcome to the New, New World Order," *Financial Times*, 13. September 2001.

zu Tage geförderten neuen Facetten der Weltpolitik unumstritten, doch wird im der vorliegenden Aufsatz die Auffassung vertreten, dass deren Auswirkungen vielmehr unter Berücksichtigung der Entwicklungen bewertet werden sollten, die ihnen vorausgingen und bis auf das Ende des Kalten Krieges zurückgehen, als das bipolare internationale System zusammenbrach und sich die neue Weltordnung herauszubilden begann. Somit erscheint aus diesem Blickwinkel der 11. September als das bislang aufschlussreichste und deutlichste Symptom, das die Merkmale der internationalen Lage nach dem Kalten Krieg widerspiegelt, und nicht als Auslöser gänzlich neuer Prozesse, die zum Zerfall der gegenwärtigen Architektur der Weltpolitik führen. Bis zu einem gewissen Grad hat der 11. September einige der Unklarheiten bezüglich der Welt beseitigt, mit denen wir konfrontiert sind, während er zugleich andere Unsicherheiten erzeugte, die durch den Krieg gegen den Terrorismus und dessen mögliche Ergebnisse noch verstärkt werden. Diesen konzeptionellen Ansatz ergänzt der vorliegende Artikel durch eine Auslegung der Anschläge vom 11. September als *das* Ereignis, welches bereits seit geraumer Zeit ablaufende Prozesse beschleunigte und als Katalysator für sie wirkte. Dazu werden in der vorliegenden Untersuchung die Entwicklungen nach dem 11. September, die häufig als Anzeichen kommender dramatischer Veränderungen im Weltsystem gewertet werden, mit der Situation verglichen, die seit dem Ende des Kalten Krieges entstanden ist. Sie wendet sich den wichtigsten zugrunde liegenden Fragen zu, z.B.: Inwieweit sind die charakteristischen Merkmale des internationalen Systems nach dem Kalten Krieg durch den 11. September verändert worden (oder auch nicht)? War das nach dem 11. September gültige Interaktionsmuster zwischen den Akteuren in diesem System vor den Anschlägen nicht erkennbar und deshalb vollkommen neu? Gab es bedeutsame Änderungen, die dazu beitrugen, das Wesen des Konflikts innerhalb des Systems zu verstehen? Es sind genau diese drei miteinander zusammenhängenden Bereiche – das internationale System, die internationalen Beziehungen und der internationale Konflikt, die einen ordnenden analytischen Rahmen für die Auseinandersetzung mit diesen Fragen bilden.

Auf der Suche nach Verbindungen zwischen den Ereignissen nach dem 11. September und den Prozessen vor den Anschlägen lässt der Artikel die strategischen Punkte des andauernden Krieges gegen den Terrorismus weitgehend außer Acht, wenngleich die bereits sichtbaren Effekte des Krieges in die Erörterung einfließen werden. Bei der vorliegenden Untersuchung bleibt der militärische Bereich als solcher unberücksichtigt, genau wie die seit Beginn dieses Krieges mehr oder weniger offenkundigen Veränderungen in der Innenpolitik und den gesellschaftlichen Einstellungen in den USA bzw. bei deren Verbündeten. Fände Letzteres keinen Eingang in die Analyse, wäre sie mit Sicherheit weniger umfassend. Ihr liegt jedoch die Auffassung zugrunde, dass innenpolitische Entwicklungen, so tiefgreifend ihre Folgen auch sein mögen, nicht direkt zu Veränderungen im internationalen Umfeld führen, obwohl sie sie erleichtern und als einer

der tragenden Faktoren für eine bestimmte Art internationaler Beziehungen dienen können. Und schließlich bleiben die Auswirkungen der Terroranschläge auf das vorherrschende Sicherheits-Paradigma unberücksichtigt, ausgehend von der Prämisse, dass die Ereignisse vom 11. September keine signifikanten Änderungen auf diesem Gebiet herbeiführten, da Terrorismus und mit ihm im Zusammenhang stehende Gefahren, wie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, bereits unter dem allgemeinen Begriff einer umfassenden Sicherheit abgehandelt wurden, die im vorliegenden Aufsatz nicht erneut untersucht werden.

Im ersten Teil des Artikels wird ein Überblick über die internationale Lage nach dem Ende des Kalten Krieges nach dem 11. September. September gegeben. Das Argument, wonach das internationale System nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nur noch einen Pol aufweisen würde und die USA seither stets als Hegemon im internationalen System agierte, nimmt eine zentrale Stellung ein und bildet die Grundlage für das Einbetten des 11. September in einen breiteren Kontext. Es werden darin die wichtigsten internationalen Konfliktlinien aus der Zeit nach dem Kalten Krieg herausgearbeitet, einschließlich einer Erörterung eines Modells von Samuel Huntington, bekannt als Theorie des "Zusammenpralls der Kulturen". Diese Auffassung bildet die Basis für den zweiten Teil der Ausführungen, in dem die Folgen der Terroranschläge für die unipolare Struktur des internationalen Systems beurteilt werden, indem anhand der Reaktionen seitens der USA und vom Rest der Welt die Auffassung vertreten wird, dass die Unipolarität stark, aber nicht rückhaltlos unterstützt wird. Aus nahe liegenden Gründen liegt der Schwerpunkt dabei auf den USA und ihrer Außenpolitik. Es werden Veränderungen in der Art und Weise analysiert, wie die USA ihre Vormachtstellung in den internationalen Beziehungen wahrnehmen und wahrscheinlich gestalten werden, und es wird ausgeführt, dass selbst dann, wenn die Vereinigten Staaten als Führungsmacht gereift sind, die Erwartungen an einen Multilateralismus in der US-Außenpolitik wahrscheinlich nicht erfüllt werden. Genauer eingegangen wird auch auf die Annäherung zwischen den USA und Russland nach dem 11. September, um die Kontinuität in den internationalen Beziehungen und die bescheunigende Wirkung der Terroranschläge auf die bereits vor dem 11. September in Gang befindlichen Prozesse hervorzuheben. Schließlich werden in diesem Teil die Auswirkungen auf die wichtigsten internationalen Konfliktstränge ausgewertet, wobei der Standpunkt vertreten wird, dass nur einer von ihnen zumindest zeitweilig zum Erliegen kam und die Huntingtonsche Vision vom "Zusammenprall der Kulturen" weiterhin unzutreffend, aber potentiell plausibel ist.

Der Kontext nach dem Ende des Kalten Krieges

Das internationale System nach dem Ende des Kalten Krieges, das sich in den neunziger Jahren herausbildete verfügt über mehrere Schlüsselmerkmale, die in dem ungewissen internationalen Umfeld recht leicht auszumachen sind. Um Veränderungen nach dem 11. September von Bedeutung für das gesamte System zu

erkennen, ist ein Verständnis dieser Merkmale notwendig. Das erste Merkmal ist die Unipolarität, die die bipolare Welt der Konfrontation zwischen den beiden Supermächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, ersetzte. Während des Kalten Krieges befanden sie sich im Zentrum zweier miteinander im Konflikt stehender Staatenblöcke und agierten als deren konsolidierende Kräfte sowie als Triebkräfte des durch ihre ideologischen Differenzen erzeugten internationalen Konflikts. Im letzten Jahrzehnt, seit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion, waren die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer wirtschaftlichen, militärischen und politischen Kraft die einzige Supermacht in Angelegenheiten von globaler Tragweite. Somit gingen die USA fast kampflos als hegemonischer Staat im internationalen System hervor und waren in der Lage, ihre Werte und Interessen quer über den Globus mit bislang unbekannter Effizienz und praktisch ohne jeglichen ernsthaften Widerstand seitens des Systems durchzusetzen. Die ideologische Dimension der US-Außenpolitik nach dem Kalten Krieg, in deren Mittelpunkt Fragen der Menschenrechte und -freiheiten sowie freie Märkte standen, war anziehend und abstoßend zugleich. Eine Reihe von Ländern, die vorher nicht für demokratische Praktiken bekannt waren, wählten den demokratischen Entwicklungsweg und schlossen sich selbst der von der hegemonischen Macht gestützten Weltsicht an. Jene, die sich diesem Trend nicht anschlossen, waren einem starken Druck von außen ausgesetzt, der von den USA organisiert wurde und von diplomatischen und wirtschaftlichen Sanktionen bis hin zur militärischen Intervention reichte. Das letzte Element der amerikanischen Hegemoniestellung war ein Ring glaubwürdiger und loyaler Verbündeter, die ihre eigene Sicherheit mit US-Garantien und der amerikanischen Fähigkeit, die militärische Macht global zum Tragen zu bringen, verknüpften und ihre Außenpolitik so ausrichteten, dass eine kontinuierliche Präsenz und ein Engagement der USA gewährleistet sind. Somit hat sich Amerika selbst fest im Kern des internationalen Systems etabliert, indem es entscheidenden Einfluss auf die Prozesse des Systems ausübte, de facto als sein Schiedsrichter auftrat und hierüber versuchte, die Stabilität des Systems zu gewährleisten. Diesem Phänomen wurde Anfang der 90er Jahre von einer Reihe von Autoren (z.B. William Odom, Charles Krauthammer, etc.) der Name ‚neuer *Pax Americana'* gegeben.[4]

In einer Position, in der die USA einseitige Lösungen verfolgen sowie enormen Einfluss ausüben konnten, blieben sie dennoch weiterhin unwillig, ihre Hegemoniestellung in internationalen Beziehungen explizit anzunehmen und auszuüben, vor allem im Hinblick auf regionale Konflikte, die ein längeres militärisches Engagement und die Beteiligung am Wiederaufbau nach Beendigung des Konflikts erforderlich machten. Zwar spielten die USA bei den Bemühungen um eine Konfliktlösung im Nahen Osten und in Nordirland eine herausragende

[4] Siehe J. Ann Tickner, "Re-visioning Security," in *International Relations Theory Today*, herausgegeben von Ken Booth & Steve Smith(Cambridge: Polity Press, 1995), 183–184.

Rolle genauso wie 1994 bei der Wiederherstellung der Demokratie in Haiti, doch Anfang der 90er Jahre zögerten sie, sich vollständig in den Balkan einbeziehen zu lassen. Diese Ablehnung der Rolle des "Weltpolizisten" als Entsprechung für Hegemoniebestrebungen wurde weiter verstärkt durch das Scheitern der US-Intervention in Somalia 1993 und führte dazu, dass die USA den Völkermord in Ruanda im Jahre 1994 ignorierten. Gleichzeitig unterstützte selbst ein solch selektives bzw. sogar halbherziges Engagement der USA noch deren Hegemoniestatus und die unipolare Struktur des internationalen Systems und rief unfreundliche und mitunter feindliche Reaktionen von anderen Akteuren des Systems hervor. So ist eine antiamerikanische Politik in größerem oder geringerem Maße das bestimmende Merkmal einer Reihe von Staaten geworden. Ein interessanter Aspekt dieser Reaktion besteht darin, dass einige Staaten, z.B. Russland oder China, nicht über die US-Macht *an sich* verstimmt sind, sondern über die Unipolarität, die von dieser Macht erzeugt wird. Mit Blick auf das Konzept der Multipolarität, in dem das internationale System um mehrere Machtzentren herum organisiert angesehen wurde, die einander im Gleichgewicht hielten und ihre eigenen Einflusssphären besaßen, gingen sie dazu über, die USA nicht nur auf der Grundlage der Ideologie, sondern auch hinsichtlich des globalen Umfangs ihrer Hegemonieansprüche herauszufordern. Gleichzeitig sah eine andere Staatengruppe, von denen die meisten als undemokratisch charakterisiert werden, eine viel größere Gefahr darin, den mit der US-Vormachtstellung einhergehenden Werten und der Ideologie ausgesetzt zu sein, als in der Hegemonie selbst, und betrachtete den Widerstand als Voraussetzung für das Überleben ihrer eigenen Regime und Ideologien.

Diese beiden Arten antiamerikanischer Motivation trifft man, wie im Falle von China, in Kombination an. Allerdings erzeugte letztere Motivation im vergangenen Jahrzehnt eine der beständigsten internationalen Konfliktlinien – die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten gegen die so genannten "Schurkenstaaten", wie beispielsweise Iran, Irak, Syrien, Kuba, Nordkorea, Sudan oder Libyen. Das In-Schach-Halten der Schurkenstaaten, die auf eine Politik des Erwerbs von Massenvernichtungswaffen und der Förderung des Terrorismus setzten, bestimmte weitgehend die US-Außen- und Militärpolitik seit dem Golfkrieg im Jahre 1991, wenngleich die Politik an sich auf die Jahre des Kalten Krieges zurückgeht. Damals noch überschattet von der Konfrontation mit der Sowjetunion und ihr untergeordnet, entwickelte sich dieser Konflikt in der Ära nach dem Ende des Kalten Krieges zu einer der obersten Prioritäten. Zudem fällt er zusammen mit dem allgemeineren Trend eines Konfliktes zwischen den Demokratien und undemokratischen Regimes, ein Trend, der sich im Verlauf der letzten Dekade mit Nachdruck behauptet hat. Die Legitimität für ihre Hegemonie leiteten die Vereinigten Staaten aus der Tatsache ab, dass sie sich für die Verbreitung der Menschenrechte und freiheiten einsetzen, und auch daraus, dass sie jene Werte am massivsten vertreten, sodass sie sich in dieser Pattsituation an die Spitze stellten und sich im Namen der internationalen Gemeinschaft und mit deren Unter-

stützung das Recht vorbehielten, in internationale Konflikte hinein zu intervenieren, bei denen Menschenrechtsverletzungen zur Ausbreitung von Gewalt und humanitären Desastern führten. Die Luftkampagne der NATO gegen Jugoslawien, mit der 1999 die ethnische Säuberung in der separatistischen Provinz Kosovo gestoppt werden sollte, kündete von der vollständigen Reife dieser Doktrin.

Nachdem die destabilisierenden Effekte interner Konflikte auf das internationale System erkannt wurden, überschnitt sich zudem die humanitäre Rechtfertigung einer Intervention weitgehend mit der zwingenden Notwendigkeit, die Internationalisierung dieser innenpolitischen Konflikte zu verhindern. Hierbei bildeten Interventionen in so genannte "gescheiterte Staaten", in denen die Zentralregierung kaum oder gar nicht funktionierte und wo die Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Fraktionen bzw. Kriegsherren zu massiven Menschenrechtsverletzungen sowie zu regionaler Instabilität führten, noch ein weiteres Element, das eng mit dem breiteren internationalen Konflikt nach dem Kalten Krieg verwoben ist. Bosnien, Somalia und Sierra Leone sind hierbei die herausragendsten Beispiele für derlei Interventionen im vergangenen Jahrzehnt. Das Scheitern des Staates in Somalia rief bei den Vereinigten Staaten nur mäßige Begeisterung für diese Art von Intervention hervor, vor allem, wenn daraus resultierend eine potentielle regionale Instabilität nicht direkt die US-Interessen bedrohte und humanitäre Erwägungen nicht im Vordergrund standen. Die Clinton-Doktrin, die 1994 vom damaligen US-Präsidenten Bill Clinton vorgestellt wurde, sprach sich konkret dafür aus, dass das Vorhandensein nationaler Interessen eine Voraussetzung für die Einbeziehung der USA in derartige Konflikte darstelle.[5] Im Ergebnis dessen mussten andere Nationen die Führung in solchen Missionen übernehmen (das Vereinigte Königreich in Sierra Leone, Australien in Ost-Timor), was beiden die selektive Wahrnehmung der Hegemoniestellung durch die USA und deren Fähigkeit verdeutlichte, einen Maßstab für Reaktionen auf Herausforderungen des internationalen Systems festzulegen, der von anderen zu befolgen ist.

Zu diesen dreien miteinander verflochtenen und einander überschneidenden Facetten des internationalen Konfliktes, bei dem die Vereinigten Staaten aufgrund des unipolaren Wesens des internationalen Systems mehr oder weniger im Zentrum stehen, kommt die von dem Globalisierungsprozess und seinen Folgen erzeugten Reibung hinzu. Sie manifestiert sich als sozialer Protest gegen die sich globalisierende Welt, in dem benachteiligte Gruppen die gesellschaftlichen und kommerziellen Strukturen herausfordern, die als Gewinner des raschen technologischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Wandels betrachtet werden, sowie gegen die Staatsregierungen und internationalen Institutionen, die als Werkzeuge dieser Globalisierung angesehen werden. Die Globalisierung, die als Gefahr für die Identität, das Wohl und die Werte bestimmter Gruppen gilt, provoziert eine

[5] Siehe Hugo Slim, *Military Humanitarianism and the New Peacekeeping: an Agenda for Peace? unter* www-jha.sps.cam.ac.uk/a/a015.htm (verfasst 1995; ausgewertet am 17. Mai 2000).

Gegenreaktion, die mitunter in Gewalt ausartet (z.B. die Proteste der Antiglobalisierungsbewegung während des Gipfels der WTO 1999 in Seattle oder während des G8-Gipfels in Genua im Jahre 2001). Als ein internationaler Konflikt im klassischen Sinne kann dies wohl kaum bezeichnet werden, da Konfliktauslöser nicht staatliche Akteure waren, sondern gesellschaftliche Gruppierungen innerhalb der Staaten selbst. Wenngleich diese Bewegungen in den Staaten entstanden, wurden sie transnational, überschritten die Grenzen ihrer eigenen Staaten, indem sie ausländische Regierungen, internationale Organisationen oder sogar andere Gesellschaften zu ihrem Ziel machten. Zudem konnte sich aus diesem Konflikt leicht eine Rivalität entwickeln zwischen den reichen, entwickelten Staaten und den armen, weniger entwickelten Ländern, die dem enormen Druck der Globalisierung ausgeliefert und in denen große Teile der Gesellschaft nicht imstande sind, sich auf diesen Prozess einzustellen und von ihm zu profitieren. Geografisch betrachtet ist es normal geworden, die Konfliktlinie zwischen dem Norden und dem Süden zu ziehen (der reiche Norden gegen den armen Süden), welche die Ost-West-Achse der Konfrontation des Kalten Krieges ersetzt hat. Die Vereinigten Staaten sind zum größten Nutznießer der Globalisierung und aufgrund der Förderung des freien Handels und wegen des Wettbewerbsvorteils infolge ihrer technologischen Führung gewissermaßen auch zu deren stärkster Triebkraft geworden. Peter van Ham zufolge "... [wird] ... das Anwachsen der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung oft als die ultimative Soft-Power-Ressource der USA angesehen."[6] Daher wurden die USA zu einem der herausragendsten Ziele der gesellschaftlichen Unzufriedenheit mit der Globalisierung und zum Sündenbock für die Misere der unterentwickelten Staaten des Südens.

Das oben gezeichnete Bild internationaler Konflikte nach dem Kalten Krieg ist weder erschöpfend noch versucht es, eine breite Palette im vergangenen Jahrzehnt formulierter theoretischer Lösungsansätze aufzunehmen. Seit dem Ende des Kalten Krieges konkurrierte eine Reihe konzeptioneller Visionen über künftige internationale Konflikte um Anerkennung. Im aktuellen Kontext verdient jene von Samuel Huntington Erwähnung. Anfang der 90er Jahre vertrat er die Auffassung, dass die ideologische Konfrontation zwischen den beiden Supermächten aus mehreren Gründen allmählich durch einen "Zusammenprall von Kulturen" ersetzt werden würde. Er argumentierte, dass "die Hauptkonflikte globaler Politik zwischen Nationen und Gruppen verschiedener Kulturen stattfinden werden"[7]. Huntington definierte Kulturen primär als kulturelle Einheiten und war der Ansicht, dass eine inhärente Reibung zwischen ihnen zu gewalttätigen Konflikten in Regionen führt, in denen Kulturen einander überlappten oder in direkten geografischen Kontakt miteinander kämen. So wurden bewaffnete Konflikte im Balkan, Kaukasus, im Nahen Osten, in Kaschmir und andernorts erklärt.

[6] Peter Van Ham, "Security and Culture, or, Why NATO Won't Last" *Security Dialogue* 32:4 (2001), 398.

[7] Samuel P. Huntington, "The Clash of Civilizations?" *Foreign Affairs*, Sommer 1993.

Das Huntingtonsche Modell wurde aus verschiedenen Gründen kritisiert und angefochten, vor allem wegen der wenig zuverlässigen Kriterien, die zur Definition der "Kultur" herangezogen wurden, sowie wegen der Tendenz, den Zusammenprall von Kulturen auch dort zu sehen, wo er im Ursprung des Konfliktes fehlt. Allerdings bleiben die Huntingtonschen Betrachtungen gültig, wenn es um die Wahrnehmung eines Konfliktes zwischen dem Westen und der übrigen Welt geht. Er vertritt den Standpunkt, dass "der Westen in der Tat internationale Institutionen, militärische Macht und wirtschaftliche Ressourcen dazu benutzt, die Welt so zu führen, dass westliche Vorherrschaft aufrechterhalten bleibt, die Interessen des Westens gewahrt und dessen politische und wirtschaftliche Werte gefördert werden."[8] Dieses Verhalten provoziert Reaktionen von jenen nichtwestlichen Staaten und Gesellschaften, die nicht bereit sind, westliche Werte und Einstellungen, wie beispielsweise liberale Demokratie oder Menschenrechte, zu akzeptieren und zu verinnerlichen. In dieses Konzept lassen sich die bereits umrissenen vier Konfliktlinien mühelos einfügen. So erklärt Huntington beispielsweise die Existenz von "Schurkenstaaten" im Wesentlichen als Reaktion auf die kulturelle Hegemonie und Expansion des Westens. Wie bereits ausgeführt kann aber die Unterordnung des vorherrschenden Trends unter den Titel "Der Westen gegen den Rest" Schwierigkeiten bei der Analyse konkreter Fälle bereiten. So fehlerhaft Huntingtons Theorie auch sein mag, sie bietet dennoch wertvolle Einblicke in die Dynamik internationaler Konflikte und lenkt die Aufmerksamkeit akademischer Diskurse auf kulturelle Unterschiede als eines der Elemente, die die Dynamik internationaler Konflikte nähren. In "Der Westen gegen den Rest" sind recht gut die Abläufe im unipolaren internationalen System unter der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten zusammengefasst, wenngleich dieser Aspekt nicht unbedingt hinlänglich erklärt, wie sämtliche Reibungspunkte und Konflikte in internationalen Beziehungen zu verstehen sind. Kulturelle Unterschiede sollten trotz ihres Beitrags zur Verschärfung der Spannungen im Vorfeld von Konflikten nicht als primäre Konfliktursache betrachtet werden.

Innerhalb des letzten Jahrzehnts haben sich internationale Beziehungen innerhalb der Parameter des unipolaren internationalen Systems und unter dem Einfluss der vorgenannten Spannungen entwickelt. Diese grobe Skizze der Welt vor dem 11. September ist dennoch nicht *so* klar und einfach, dass rational und effektiv Entscheidungen getroffen und dadurch Herausforderungen und Bedrohungen beantwortet werden können, wie dies den Anschein haben mag. Durch den mehrdimensionalen Charakter internationaler Konflikte entstanden unvermeidlich Ungewissheit und Zweideutigkeit und es wurde schwierig, politische Prioritäten zu setzen und die ganze Komplexität der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges und deren Zukunft zu erfassen. Für die USA ergab sich daraus konkret eine Reihe von Fragen, welcher Art ihre Hegemoniebestrebungen sein sollten, ob

[8] Ibid.

die Unipolarität langfristig aufrechterhalten werden könnte, wo die nationalen Interessen und Prioritäten der USA liegen und welches die wichtigsten Quellen der Bedrohung für sie darstellen. Im Ergebnis erschien die US-Politik wenig schlüssig und in vielen Fällen eher reaktiv als proaktiv. Die Zurückhaltung der Vereinigten Staaten einerseits und ihr selektives Engagement im Weltgeschehen andererseits weckten stetig Befürchtungen seitens ihrer Verbündeten dahingehend, die USA könnten sich aufgrund ihrer Macht in die Selbstisolation zurückzuziehen, um die Kosten für die Vormachtstellung zu senken, und gleichzeitig einseitige Lösungen in den Fällen anstreben und durchsetzen, in denen lebenswichtige Interessen der USA bedroht oder in Frage gestellt sind.

Die Politik der neuen Administration von Präsident Georg W. Bush, der Anfang 2001 das Amt übernahm, verstärkte diese Befürchtungen, da die Administration eindeutig einer unilateralistischen Politik zugetan ist. Die Pläne, das nationale Raketenverteidigungssystem (NMD) zum Schutz der USA vor Raketenangriffen durch feindliche Regime zu stationieren, erwiesen sich als die ultimative Manifestation des “go-it-alone“-Ansatzes. Eine Reihe von Entscheidungen, an multilateralen Anstrengungen auf verschiedensten Gebieten nicht mitzuwirken oder diese sogar aktiv zu unterminieren, wenn sie als nichtkonform mit den nationalen Interessen der USA betrachtet wurden (z.B. das Kyoto-Protokoll über die Emissionen von Treibhausgasen, schärfere Überprüfungsmaßnahmen für das Abkommen über biologische und chemische Waffen, die Ratifizierung des umfassenden Teststoppvertrages, etc.) schienen diese Besorgnis erregenden Tendenzen zu bestätigen und schürten weitere Kontroversen über die Kluft zwischen dem tatsächlichen Verhalten der USA und der Verantwortung einer globalen Führungsmacht, wie sie von der übrigen Welt gesehen wurde. Diesbezüglich haben die Ereignisse vom 11. September tatsächlich mehr Klarheit darüber geschaffen, wie die Führungsmacht agieren sollte und welchen Herausforderungen eine höhere Priorität gewährt werden sollte. Allerdings wurde das internationale System der Zeit nach dem Kalten Krieg dadurch nicht so weit erschüttert, dass es sich von der Unipolarität entfernte, wenngleich jetzt weniger sicher ist, ob dies von Dauer sein wird, wie im Weiteren ausgeführt. Diese Beobachtungen sowie die damit einhergehenden Tendenzen in den internationalen Beziehungen und die charakteristischen Merkmale internationaler Konflikte werden im zweiten Teil des Artikels näher beleuchtet.

Die Anschläge vom 11. September und deren Auswirkungen

Die gegen die führende Macht der unipolaren Welt verübten Anschläge müssen unvermeidlich durch das gesamte internationale System hindurch nachhallen. Zum ersten Mal nach dem Ende des Kalten Krieges (oder eigentlich im zwanzigsten Jahrhundert) waren die Vereinigten Staaten mit einer derartigen Zerstörung konfrontiert und im Herzen ihrer Finanz- und Militärmacht getroffen. So dramatisch die Anschläge auch waren, sie sollten dennoch nicht als Wendepunkt beurteilt werden, an dem das bisherige internationale System zusammen mit der

Dynamik internationaler Beziehungen und den ihnen innewohnenden internationalen Konflikten aufhörte zu existieren und durch etwas vollkommen Neues ersetzt wurde. Es spricht sehr viel dafür, dass der 11. September eher in Bezug auf Kontinuität als auf drastische Veränderung hin analysiert werden sollte.

Unipolarität – verstärkt, aber nicht ohne Vorbehalt

Zuerst einmal bleibt das internationale System im Grunde unipolar. Die Anschläge haben in keiner Weise dazu beigetragen, die Macht der USA (wirtschaftlich, finanziell, politisch und militärisch), ihre Fähigkeit, diese Macht global durchzusetzen bzw. die Abhängigkeit der übrigen Welt von den Vereinigten Staaten zu unterminieren, obgleich dies das ursprüngliche Motiv für die Anschläge war. Im Gegenteil, diese Eigenschaften haben an Bedeutung gewonnen und die Vereinigten Staaten stimuliert, noch stärker ihre herausragende Position im internationalen System zu nutzen. Eine nachdrückliche Bekräftigung der Unipolarität war in den Worten von Präsident Bush nach den Anschlägen in seiner Ansprache an den Kongress erkennbar, in der er der Weltgemeinschaft in Befehlsform mitteilte, dass "jede Nation in jeder Region jetzt eine Entscheidung zu treffen hat. Entweder sie steht zu uns oder sie steht zu den Terroristen."[9] Somit blieb dem Rest der Welt kaum etwas anderes übrig, als sich hinter den USA aufzustellen oder aber die Konsequenzen für Zaghaftigkeit oder Widerstand zu tragen. Die Reaktion der Welt auf die Terroranschläge folgte diesem Imperativ aufs Wort. Getrieben von der moralischen Ablehnung der Gräueltaten und von einem starken Engagement zur Unterstützung der USA sowie von der wahrgenommenen gemeinsamen Bedrohung boten die Verbündeten der USA sämtlichen Beistand an, wie durch Anwendung von Artikel 5 des NATO-Gründungsvertrages über die kollektive Verteidigung verdeutlicht.

Einige Staaten, wie beispielsweise Russland oder China, reagierten ähnlich, allerdings mehr aus Berechnung und pragmatischen Erwägungen heraus und in der Hoffnung, selbst daraus Nutzen ziehen zu können, beispielsweise in Form der Legitimierung ihrer Innenpolitik (z.B. Russlands Krieg in der abtrünnigen Republik Tschetschenien), eine günstigere Behandlung seitens der USA in den Bereichen Handel und Finanzen (speziell bei China) und im Fall von Russland, die Unterstützung durch die USA im Umgang mit Bedrohungen seiner nationalen Sicherheit. Sogar einige Länder auf der Liste der Schurkenstaaten, z.B. Sudan, Libyen und Iran, sahen sich dazu veranlasst, die Anschläge gegen ihren ideologischen Feind zu verurteilen, und wenn sie schon nicht kooperierten, dann doch zumindest die Reaktion der USA in keiner Weise zu behindern. Aus all dem wird ersichtlich, wie weit die USA-Politik in das Zentrum des Weltgeschehens gerückt ist und die Welt von den Vereinigten Staaten abhängig wurde. Daher liegt die

[9] *Ansprache an eine Gemeinsame Sitzung des Kongresses und an das amerikanische Volk,* 20.September 2001, unter www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html, darauf zugegriffen am 14. Dezember 2001.

Schlussfolgerung nahe, dass die Ereignisse vom 11. September einen weiteren Meilenstein in der Formung des unipolaren internationalen Systems darstellen.

Andererseits erhoben sich nach dem 11. September aber auch Stimmen, die an die bipolare Struktur des internationalen Systems aus der Zeit des Kalten Krieges erinnern und die die obige Theorie möglicherweise in Frage stellen. Zuerst steht hier das Gefühl der überwältigenden Bedrohung des Sicherheits- und Wertesystems der amerikanischen Gesellschaft, in dem die vermeintliche sowjetische Gefahr aus den Jahren des Kalten Krieges widerhallt. Der Terror vom 11. September rief das gleiche Gefühl der tiefgehenden Unsicherheit, Verletzlichkeit und Ungewissheit hervor wie die Gefahr eines Nuklearangriffs durch die Sowjetunion. Die Bemühungen, diese Bedrohung zu beseitigen, beherrscht die US-Sicherheits- und -Außenpolitik gleichermaßen. Darüber hinaus entsteht ein stärkeres Bewusstsein für die Verantwortung der USA, sowohl aus der Notwendigkeit zu reagieren als auch aus der frisch gewonnenen Erkenntnis, dass die USA im internationalen System die einzige Nation sind, die in der Lage ist, mit ihrer Antwort den Status Quo zu wahren. Auf dem Gipfel für wirtschaftliche Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum (APEC) in Schanghai definierte Präsident Bush kurz und knapp das neue Sendungsbewusstsein, indem er behauptete, "dieser Konflikt ist ein Kampf zur Rettung der zivilisierten Welt".[10] Hier lassen sich mühelos Parallelen zum Kalten Krieg ziehen, als die Vereinigten Staaten im Namen der freien Welt agierten, um die kommunistische ideologische Expansion abzuwehren.

Noch ein anderer Aspekt, der die bipolare Konfrontation widerspiegelt, ist die neuerliche Verwendung des Begriffs "Eindämmung" (containment), wenn es um die Gestaltung und Definition der USA-Strategie geht, nur dass er diesmal auf die Eindämmung der terroristischen Bedrohung im Allgemeinen und nicht eines konkreten staatlichen Akteurs abzielt.[11] Der Eindruck einer nicht zufälligen Parallele mit der Abwehrstrategie im Kalten Krieg wird verstärkt durch die Warnungen der US-Führung, dass sich die USA sowie ihre Verbündeten auf einen langen Weg in diesem Kampf zur Abwehr des Terrorismus einstellen sollten.[12] Um diese Parallele noch zu verdeutlichen, ist es offenkundig, dass der Krieg gegen den Terrorismus genau wie der Kalte Krieg nicht mit einer kontinuierlichen und anhaltenden Militäraktion einhergehen wird. Wahrscheinlich werden geheimdienstliche Operationen, verdeckte Aktionen sowie finanzielle und polizeiliche Maßnahmen bedeutendere Werkzeuge im Umgang mit der Bedrohung sein als das stehende Heer.

---

[10] Siehe "Defining the Challenge: Who Asked Mr. Bush to 'Save Civilisation'?" *The Guardian,* 24. Oktober 2001.

[11] Siehe Jim Hoagland, "America Can't Wage the Anti-Terror War Alone," *The International Herald Tribune,* 14. January 2002.

[12] Siehe Tracy Grant, "Bush Braces Country for War," *Washington Post,* 15. September 2001.

Schließlich liegt es auf der Hand, dass dem 11. September eine Periode tiefgreifenden Handelns und eines globalen Aktivismus der USA folgen wird, und zwar vor dem Hintergrund der gewonnenen Erkenntnis, dass jeder ungelöste regionale Konflikt bzw. die fortdauernde Existenz von "gescheiterten Staaten" eine Brutstätte des Extremismus und Terrorismus ist und letztendlich die Vereinigten Staaten erneut deren ultimatives Ziel darstellen werden. Nachdem die USA vor dem 11. September ihre Rolle bei der Staaten- und Nationenbildung abgegeben hatte, scheint die derzeitige Bush-Administration diesen Ansatz neu zu überdenken, während sich die Militärkampagne in Afghanistan ihrem Ende nähert. Die wachsende Entschlossenheit der USA, kein Vakuum für das Gedeihen des Extremismus zurückzulassen, ähnelt den Anstrengungen, als Teil der antisowjetischen Strategie in allen Regionen aktiv präsent zu ein. Das einzige in diesem Bild fehlende Element zur Vervollständigung der bipolaren Struktur ist der zweite Pol im internationalen System. Allerdings ließe sich dieser Pol konzipieren, wenn man ihn nicht nur als einen ebenso mächtigen feindlichen Staat mit eigener Einflusssphäre definiert, sondern als eine amorphe Struktur, bestehend aus dem terroristischen Netzwerk, den Schurkenstaaten und sogar großen Teilen einiger Gesellschaften mit starken antiamerikanischen Gefühlen, alle vereint durch die Ideologie. Präsident Bush hat bereits seine Entschlossenheit bekundet, dem Profil des Gegners staatliche Akteure zusammen mit den Terroristennetzwerken hinzuzufügen, indem er erklärte, dass "jede Nation, die weiterhin den Terrorismus unterstützt, von den Vereinigten Staaten als feindliches Regime betrachtet wird"[13], während zugleich sorgsam jegliche Anspielung auf die sozialen Dimensionen des Konflikts vermieden wird. Hierbei wäre das Konzept einer asymmetrischen Konfrontation gültig, bei dem eine Seite leicht identifizierbar, gut strukturiert und organisiert ist und einen offenkundigen Führer hat (die USA), während sich die andere Seite nur schwer fassen lässt, komplex und anders als der Gegner ohne Schwerpunkt ist, aber dennoch den Interessen des Gegners erheblich schaden, ihn weiterhin mobilisieren und verunsichern kann, wobei sie das Niveau individueller und sozialer Loyalität diktiert, mit dem zu rechnen ist.

Gewiss weicht diese Darstellung stark von der konventionellen und bescheidenen Einschätzung der Konsequenzen der Ereignisse vom 11. September für das internationale System ab. Doch der Übergang von einer unipolaren zu einer bipolaren Welt ist nur eine Möglichkeit und nicht aktuelle Realität und kann nur dann eintreten, wenn diese neue Definition des anderen Pols im internationalen System universelle Akzeptanz findet, wenn sich die USA hinsichtlich ihrer Ressourcen derart übernehmen, dass sie die Welt weniger abhängig von den USA als Schlichter und Quelle der Sicherheit anführen, und wenn eine Situation entsteht, in der Loyalität gegenüber der US-Vormachtstellung zur Disposi-

[13] *Ansprache an eine Gemeinsame Sitzung des Kongresses und an das amerikanische Volk,* 20. September 2001, unter www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html, darauf zugegriffen am 14. Dezember 2001.

tion gestellt wird. Der letzteren Möglichkeit wurde bereits vom stellvertretenden USA-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz Beachtung geschenkt, der anmerkte, dass "eine der Schwierigkeiten der kommenden Monate in der Feststellung bestehen wird, welche von unseren Zweckverbündeten langfristig echte Verbündete werden können ... und welche einfach die Seiten wechseln werden."[14] Natürlich können die Strategien des bipolaren Systems ebenso in der unipolaren Welt zur Anwendung kommen, wie das In-Schach-Halten der Schurkenstaaten mittels internationaler Sanktionen in den 90er Jahren zeigt. Vielleicht gerade deshalb, weil die Drahtzieher der Bush-Administration mit den Strategien des Kalten Krieges viel vertrauter und stärker darauf bedacht sind, sie umzusetzen als Neuerungen einzuführen. Angesichts der bereits erörterten Reaktionen auf den 11. September innerhalb des internationalen Systems wäre es verfrüht, das Ende der Unipolarität zu verkünden, wenngleich die hier hervorgehobenen Aspekte der Entwicklungen nach dem 11. September den Analysten dazu veranlassen sollte, bei künftigen Kategorisierungen flexibler und offener zu sein. Letzten Endes kann die enthusiastische Anwendung von Methoden und Sprachregelungen, wie sie dem bipolaren internationalen System eigen sind, durch die Bush-Administration eine sich selbst erfüllende Prophezeiung werden.

Der reifende Hegemon und die internationalen Beziehungen

Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen lässt sich ein Mix aus Wandel und Kontinuität der Interaktionsmuster aus der Zeit vor dem 11. September erkennen. Vielleicht sollte die wesentlichste Veränderung darin gesehen werden, wie die Führungsmacht (die USA) seit dem Terroranschlägen agierte. Nachdem die Vereinigten Staaten im letzten Jahrzehnt der Rolle des Weltpolizisten eher abgeneigt waren und zögerten, sich dort voll und ganz für den Aufbau von Sicherheit und Wohlstand zu engagieren, wo eine solche Notwendigkeit entstand, scheinen sie jetzt begonnen zu haben, ihre Position in der Weltpolitik entschiedener zu interpretieren, und zu erkennen, dass durch selektives Engagement, geschweige denn durch Selbstisolation, feindliche Akte und Herausforderungen nicht zu verhindern sind. Wie der US-Verteidigungsminister Donald. H. Rumsfeld schrieb: "Vergessen Sie ‚Ausstiegsstrategien'; wir haben es mit einem anhaltenden Kampf zu tun, der keine Fristen kennt."[15] Jetzt ist es wahrscheinlicher geworden, dass sich die USA tiefgreifender und breiter als bislang engagieren, sogar an Orten scheinbar ohne großes Interesse für die USA. So erlangen der Konflikt zwischen Indien und Pakistan über Kaschmir, der Moslem-Aufstand in den Philippinen, das Scheitern von Staaten, wie beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo oder in Somalia, die Palästinensische Intifada und viele andere Entwicklungen und Ereignisse gegenwärtig eine weitaus größere Aufmerksamkeit

[14] Dao, James und Schmitt, "U.S. Hawk Hints Iraq Won't Be Next Target," *The International Herald Tribune,* 9. January 2002.

[15] Donald H. Rumsfeld, "A New Kind of War," *The New York Times,* 27. September 2001.

durch die USA als vor dem 11. September oder haben diese bereits erfahren. Im Grunde durchlaufen die Vereinigten Staaten einen Wandlungsprozess von einer Führungsmacht, die diese Rolle nur widerstrebend spielt, hin zu einem reifen Hegemon, der bereit ist, seine Macht und Ressourcen an Unruheherden in die Waagschale zu werfen, an denen Gegner der USA Gelegenheit zur Unterwanderung der amerikanischen Interessen haben. Die erklärte Bereitschaft seitens der USA, solange in Afghanistan zu bleiben und dessen neu gebildete Regierung zu unterstützen, wie für den Aufbau eines überlebensfähigen Staates erforderlich, kann als Vorbote eines veränderten Herangehens der USA an ihre internationalen Verpflichtungen gewertet werden.[16]

Dennoch kann der Wille zur Aufrechterhaltung globaler Verpflichtungen nachlassen, wenn das Krisenbewusstsein und der Aktionsdruck abnehmen. Von einigen Analysten wurden Zweifel darüber geäußert, ob ein solcher Wandel von Dauer sein wird. So wird Professor Niall Furguson von der Oxford-University recht deutlich: "Die USA haben die Mittel; aber haben sie auch den Mumm, als globale Führungsmacht zu agieren und die Welt stabiler zu machen?"[17] Nunmehr lässt sich sagen, dass die erwartete Umkehr von einer unilateralen zu einer mulilateralen Formulierung und Durchsetzung der USA-Politik,[18] die auf stärkere Konsensbildung und Anerkennung der Interessen anderer Staaten setzt, nicht eintrat. Die breite Antiterrorkoalition, die die USA vor dem Ergreifen einer Militäraktion zu bilden versuchte, verfolgt vielmehr einen theoretischen Imperativ der diplomatischen und strategischen Isolierung des Feindes als das Ziel der Einführung einer mulilateralen Politik und deren Ausführung. Der Fairness halber sei angefügt, dass sich in der USA-Politik tatsächlich mulilaterale Elemente herausgebildet haben. Das wieder aufgelebte Interesse an den von den Vereinten Nationen gebotenen Chancen, das bis vor kurzem fast vollständig fehlte, lässt sich als ein Beispiel anführen[19], die Besorgnis, wertvolle Verbündete im Krieg gegen den Terrorismus zu verprellen, ist ein anderes Beispiel.

Doch der allgemeine Trend, wonach die Vereinigten Staaten bereit sind, Partnernationen zu konsultieren, aber gleichzeitig versuchen, jeglichen Zwang vor allem auf militärischem Gebiet zu vermeiden, den multilaterale Aktionen gewöhnlich mit sich bringen, hält unvermindert an – wie auch schon vor dem 11. September. Beibehalten wird zudem die Politik des Umgehens einiger verbindlicher mul-

[16] Siehe Bericht des Weißen Hauses *The Global War on Terrorism: The First 100 Days, unter* http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/12/100dayreport.html, darauf zugegriffen am 15.Januar 2002.

[17] Siehe Beitrag von Prof. Niall Ferguson zu der gemeinsamen Konferenz von Guardian und RUSI über New Policies for the New World, veröffentlicht in *The Guardian,* 31. Oktober 2001.

[18] Siehe Moises Naim, "Even A Hegemon Needs Friends and Allies," *Financial Times,* 14. September 2001.

[19] Siehe *Worte des Präsidenten an die Vollversammlung der Vereinten Nationen,* 10. November 2001, unter http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/11/20011110-3.html, darauf zugegriffen am 15.Januar 2002.

tilateraler Rüstungskontrollvereinbarungen, die als unerwünschte Einschränkung der USA-Handlungsfreiheit angesehen werden und 2001 oder schon früher auf den Weg gebracht wurden. So weigern sich die Vereinigten Staaten weiterhin, den umfassenden Kernwaffen-Teststoppvertrag zu ratifizieren und vereitelten jegliche Möglichkeit, das Abkommen über biologische und Giftwaffen durch stärkere Verifizierungsmaßnahmen glaubwürdiger zu machen, und zwar auch auf die Gefahr hin, ihre Verbündeten zu verstimmen und eine so gern von ihren Feinden aufgespürte Atmosphäre der Doppelmoral zu erzeugen.[20] Dasselbe gilt für die Entschlossenheit der USA, den von früheren Gegnern und jetzigen Verbündeten gleichermaßen als Eckstein der strategischen Stabilität der Welt betrachteten ABM-Vertrag über Raketenabwehrsysteme aus dem Jahre 1972 abzuschaffen, um den Weg für die Entwicklung des NMD-Systems zu bahnen. Präsident Bush hat bereits angekündigt, dass der Rückzug der USA vom Vertrag unmittelbar bevorsteht. Hierbei sind die USA gegenüber der Besorgnis der internationalen Gemeinschaft nach dem 11. September in keiner Weise sensibler geworden. Anstatt dessen nutzen sie die Gunst der Stunde, um die Argumente für einen neuen strategischen Rahmen zu bekräftigen. Die Beziehungen zu Russland bilden vielleicht das beste Beispiel für die Kontinuität desselben Interaktionsmusters, das auch schon vor dem 11. September vorhanden war.

Im vergangenen Jahrzehnt haben sich die Beziehungen der USA mit Russland als ein instabiles Gemisch aus Zusammenarbeit und Uneinigkeit entwickelt. Eine Reihe von Fragen, wie beispielsweise die NATO-Erweiterung und deren Operationen außerhalb des Bündnisterritoriums, beispielsweise im Balkan, das NMD-System und das Schicksal des ABM-Vertrages, die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, Russlands beide Kriege in Tschetschenien und dessen Einmischung im so genannten "nahen Ausland", hat nahezu ständig die neuartigen bilateralen Beziehungen vergiftet. Mit dem Machtantritt des zweiten Präsidenten Bush wurde allgemein erwartet, dass sich die US-Politik gegenüber Russland viel entschlossener und weniger versöhnlich als unter seinem Vorgänger gestaltet würde. Da der russische Präsident Wladimir Putin ebenfalls als eine Person mit einer Vorliebe für eine starre Haltung in der Außenpolitik galt, um Russlands eingebüßten Status im internationalen Geschehen zurückzuerlangen, lag die Schlussfolgerung nahe, beide Staaten würden in eine dauerhafte Konfrontation zurückgleiten, wenngleich weniger gefährlich als während des Kalten Krieges, aber dennoch Grund genug zur Besorgnis.

Durch die Entwicklungen nach dem 11. September schienen diese Bedenken irrelevant zu werden. Beide Staaten hatten eine sie einigende Gemeinsamkeit gefunden, da die terroristische Bedrohung von Russland seit langem als die größte Gefahr für seine nationale Sicherheit betrachtet wurde. Geht man davon aus, dass die gemeinsame Wahrnehmung einer Bedrohung immer Ausgangspunkt für den

[20] Siehe "Bush's Hang-ups," *The Economist,* 15.–21. Dezember 2001.

Aufbau eines Bündnisses ist, kann Russlands Entschluss zur Beteiligung an den antiterroristischen Anstrengungen als Annäherung an den Westen interpretiert werden. Einige offizielle Vertreter Russlands gingen sogar so weit, erneut über die Möglichkeit eines russischen Beitritts zur NATO nachzudenken und die Einwände gegen den Beitritt der baltischen Staaten zu dem Bündnis abzuschwächen.[21] Auch die NATO fing an, ihre Beziehungen zu Russland neu zu gestalten und zu verbessern, um der Situation nach dem 11. September gerecht zu werden.[22] Noch wichtiger ist, dass Russland während des Einsatzes in Afghanistan ein unverzichtbarer Verbündeter der Vereinigten Staaten wurde, der nachrichtendienstliche Informationen und genaue Kenntnis der Region mitbrachte und Einwände gegen die US-Militärpräsenz in Zentralasien als dem Hinterhof Russlands im Hinblick auf Einfluss und strategische Interessen aus dem Weg räumte. Washington wiederum hielt sich schnell mit seiner Kritik am Russlandfeldzug in Tschetschenien zurück und gestand ein, dass Russlands Gründe für eine Militäraktion zumindest teilweise berechtigt und legitim waren.[23] Dem folgte die Ankündigung bilateraler Reduzierungen der Nuklearsenale während des Gipfels in Texas im November 2001, die als Vorbote einer neuen Ära in den strategischen Beziehungen der ehemaligen Gegner des Kalten Krieges und als Grundlage für einen neuen strategischen Rahmen begrüßt wurde, während damit zugleich auf Russlands Ängste hinsichtlich der US-Absichten zur Beseitigung des ABM-Vertrages eingegangen wurde.[24] Wenngleich Russland seinen Widerstand gegen das NMD nicht aufgab, so hörten sich seine offiziellen Vertreter in dieser Frage jetzt doch realistischer und bestimmter an als früher.[25]

So positiv diese Entwicklungen auch sein mögen, sie sind weder vollkommen neu, noch haben sie ihre Wurzeln ausschließlich in den Ereignissen vom 11. September. Während des Juni-Gipfels zwischen Bush und Putin im vergangenen Jahr im Ljubljana, Slowenien, wurde bereits der Anbruch einer neuen Ära in den strategischen Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten erklärt. Bei derselben Gelegenheit verpflichteten sich beide Seiten, den ins Auge gefassten Rahmen ihrer strategischen Beziehungen mit Leben zu er-

[21] Siehe "Why Not Accept Russia Into NATO? Interview mit Sergej W. Stepaschin," *Business Week Online,*
21. September 2001, auf Johnson's Russia List (JRL), Ausgabe 5454, unter http://www.cdi.org/russia/johnson/5454-7.cfm, darauf zugegriffen am 15.Januar 2002.

[22] Siehe Peter Finn und Peter Baker, "NATO and Russia Reinventing Relationship," *Washington Post,*
15. November 2001.

[23] Siehe Ana Politkowskaja, "Remember Chechnya," *Washington Post,* 14. November 2001.

[24] Siehe David E. Sanger, "Bush and Putin Agree to Reduce Stockpile of Nuclear Warheads," *The New York Times,* 14. November 2001.

[25] Siehe Michael Wines, "Facing Pact's End, Putin Decides to Grimace and Bear It," The*New York Times,* 14. December 2001.

füllen.[26] In ähnlicher Art und Weise schwächte Putin seit einiger Zeit Russlands vehemente Opposition gegenüber einer weiteren NATO-Erweiterung ab, wobei Drohungen einer angemessen Antwort durch Argumente ersetzt wurden, welche die rationalen Gründe für die Erweiterung in Frage stellten.[27] So gab Russland nicht einmal seine sonst übliche Gegenerklärung ab, nachdem Präsident Bush im vergangenen Jahr in Warschau, Polen, in seiner Zustimmung zum Projekt der NATO-Erweiterung seine Vision von einem "freien und vereinten" Europa darlegte.[28] Zu erwähnen ist hierbei weiterhin, dass Russland bereits davon sprach, die Möglichkeit eines Beitritts zur Allianz in der Zukunft nicht mehr auszuschließen, wenngleich dies an eine Reihe für den Westen unannehmbarer Bedingungen geknüpft ist. Dass sich Russland auf den Westen zu bewegt, konnte also schon vor den Ereignissen des 11. September festgestellt werden. Auch ohne die Auswirkungen der Terroranschläge hatte sich eine Agenda entwickelt, die stärker auf Kooperation setzte. Viele Beobachter und Politikanalysten, die die Pragmatik von Putins Politik erkannten, scheinen in gewisser Weise seine prowestlichen Referenzen unterschätzt zu haben. Nach dem 11. September wurde sich Putin der proamerikanischen Meinung in der russischen Gesellschaft bewusst und war bestrebt, die konservativen Hard-Line-Elemente in Russlands Establishment zu beschwichtigen, indem Russlands Interessen neu definiert wurden und so ein gemeinsamer Ton mit dem Westen angeschlagen werden konnte.[29]

Ebenso nutzten die USA die Gunst der Stunde, um der 2001 in Gang gesetzten Dynamik neue Impulse zu verleihen. Beide Seiten sind zu einer Einigung darüber gelangt, worin ihre gemeinsamen Interessen liegen, die vor den Terroranschlägen durch Meinungsverschiedenheiten und gegenseitigen Argwohn in den Hintergrund getreten waren. Die Ereignisse vom 11. September haben lediglich den bereits begonnenen Wandel in den bilateralen Beziehungen verstärkt und dazu beigetragen, auf beiden Seiten die Hindernisse für den Annäherungsprozess zu beseitigen. So trifft die Einschätzung des US-Außenministers Colin Powell, wonach der 11. September "nicht etwas in Gang setzte, sondern es beschleunigte'[30] insbesondere auf die Beziehungen zwischen Russland und den USA nach dem 11.

[26] Siehe Angela Charlton, "Bush, Putin Face Diplomatic Hurdles," Bericht von *Associated Press* über Johnson's Russia List (JRL), Ausgabe 5037, 18. Juni 2001, unter http://www.cdi.org/russia/johnson/5307.html, darauf zugegriffen am 10. July 2001.

[27] Siehe "Putin Softens Tone on Baltic Quest For NATO," *Jamestown Foundation Monitor,* 6. September 2001 über *CDI Russia Weekly unter* http://www.cdi.org/russia/170.html, darauf zugegriffen am 9. September 2001.

[28] Siehe *Äußerungen des Präsidenten in der Ansprache an die Fakultät und die Studenten der Universität Warschau,* Warschau, Polen, 15. Juni 2001, at http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/06/20010615-1.html, darauf zugegriffen am 15. Januar 2002.

[29] Siehe Michael McFaul, "Putin's Risky Turn Westwards," *The Christian Science Monitor,* 9. November 2001.

[30] Siehe "U.S. and Russia to Complete Talks on Arms Control Pact," *The New York Times,* 11. Dezember 2001.

September und vielleicht auch auf die internationalen Beziehungen im Allgemeinen zu. Die internationalen Konfliktmuster in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges sind durch die Ereignisse vom 11. September wohl auf eine recht komplexe Art und Weise beeinflusst worden, jedoch sind ihre Grundzüge nicht so dramatisch verändert worden, wie vielleicht erwartet. Im nächsten Teil des Aufsatzes wird näher auf die Auswirkungen des 11. Septembers auf die wichtigsten Spannungsfelder im internationalen System eingegangen.

Wandel und Kontinuität im internationalen Konflikt

Am 11. September scheinen sich drei von vier internationalen Konfliktlinien zu einem einzigen erschütternden Schlag gegen die USA vereinigt zu haben, gegen den Staat, der sich genau im Zentrum des internationalen Systems befindet und zum Schnittpunkt dieser Konfliktlinien wurde. Zum Ersten ist das Al-Qaida-Terroristennetzwerk, das über 60 Staaten verbreitet und aus einem pathologischen Hass gegen die Vereinigten Staaten als jene Macht entstand, die angeblich danach strebt, den Islam als kulturelles und religiöses Phänomen zu zerstören und die Moslems zu unterwerfen, ein sehr gutes Beispiel für die Nebenprodukte des Globalisierungsprozesses und der mit ihm einhergehenden Reibungspunkte. Osama bin Laden steht für all jene, die nicht imstande sind, die postmoderne Lebensweise und die von der Globalisierung hervorgebrachten sozialen Werte zu akzeptieren, die mit Wut und Zerstörung darauf reagieren, dass sie in der gegenwärtigen Welt ins Abseits und in die Bedeutungslosigkeit gedrängt werden.[31] In gewisser Weise stellen die Globalisierungsgegner, die während des WTO- oder G8-Gipfels auf den Straßen Chaos verursachten, und die Al-Qaida-Terroristen zwei Seiten derselben Medaille dar, wenn es um den Ursprung ihrer Unzufriedenheit geht. Genau wie die Demonstranten auf der Straße profitieren auch die Terroristen bei ihrem Angriff auf den die Globalisierung verkörpernden Staat von der offenen Kommunikation, ungehinderten Finanzbewegungen und von den neuen Technologien, welche die Globalisierung aufrecht erhalten. Dazu wählen sie Ziele aus, die die finanzielle und wirtschaftliche sowie die militärische Macht der von den USA dominierten Welt symbolisieren. Darüber hinaus gelang es ihnen, auf die Ängste und Befindlichkeiten vieler Gesellschaften in der islamischen Welt einzugehen, indem die in jenen Gesellschaften durch die Modernisierung und Globalisierungseffekte erzeugten Spannungen aufgedeckt werden.[32] Ohne ins Detail zu gehen und die Wurzeln des Terrorismus näher zu beleuchten, die anderen Untersuchungen vorbehalten bleiben, soll die Erwährung ausreichen, dass die sozialen und ideologischen Differenzen im internationalen System im Ergebnis der Globalisierung erheblich zu den Anschlägen des 11. September beitrugen.

Zweitens manifestiert sich hier die Linie "Schurkenstaaten gegen die Vereinigten Staaten", da Erstere seit langem von Letzteren verdächtigt werden, den in-

[31] Siehe Aryeh Neier, "Warring Against Modernity," *Washington Post*, 9. Oktober 2001.
[32] Siehe Thomas L. Friedman, "One War, Two Fronts," *The New York Times*, 2. November 2001.

ternationalen Terrorismus finanziell und anderweitig zu unterstützen. Dass dieser Konflikt hinter den Terroranschlägen steht, ist offenkundig, obwohl einige der Schurkenstaaten rasch die Gräueltaten verurteilten. Zu Beginn des Kriegs gegen den Terror machte die US-Administration deutlich, dass diese Verbindung eine zentrale Stellung in der US-Antiterrorstrategie einnehmen würde. Während seiner Ansprache an den Kongress erklärte Präsident Bush, dass "jede Nation, die weiterhin dem Terrorismus Unterschlupf gewährt oder ihn unterstützt, von den Vereinigten Staaten als feindliches Regime betrachtet wird." Auseinandersetzungen innerhalb der Bush-Administration darüber, ob der Irak – einer der herausragendsten Paria-Staaten – nach Afghanistan das nächste Ziel im Antiterror-Feldzug sein sollte, haben den Eindruck weiter verstärkt, dass Terroranschläge eng mit der Existenz der Schurkenstaaten verbunden sind.[33] Bei dieser Analyse kommen unvermeidlich auch die gescheiterten Staaten zur Sprache, da in Afghanistan die Rekrutierung und Ausbildung von Terroristen erfolgte und die physische Basis der Al-Qaida-Führung lag. Seit die Wiederherstellung der Regierungsstrukturen und Ordnung in Somalia fehlschlug, sind diese gescheiterten Staaten am stärksten vernachlässigt worden und erwiesen sich als Zufluchtstätte für die Ausbildung und Operationen des Terrornetzwerks. Afghanistan wurde sofort Ziel des US-Krieges gegen den Terrorismus. Somalia und Jemen, ein anderer Staat am Rand des Scheiterns, wurden bereits als mögliche Ziele der Antiterror-Aktion der USA genannt.[34] Die nüchterne Erkenntnis der USA, dass nämlich die Existenz gescheiterter oder schwacher Staaten für die Interessen der USA aus dem einfachen Grunde nicht günstig ist, da sie möglicherweise die terroristische Gefahr weiter schürt und daher nicht ignoriert werden kann, wird auf absehbare Zeit die amerikanische Strategie prägen.

Somit bleiben wahrscheinlich drei internationale Konfliktlinien, die durchaus schon vor dem 11. September erkennbar waren und eindeutig eine Rolle auf dem Weg zu den Terroranschlägen spielten, bestehen. Die einzige Kluft, die durch den 11. September verdeckt wurde, ist jene zwischen den Demokratien und undemokratischen Regimes, die aus verschiedenen Gründen nicht die Voraussetzung für den Status "Schurkenstaat" erfüllen. Pakistan und die Staaten Zentralasiens sind die besten Beispiele dafür, wie undemokratische Regimes aufhörten, Konfliktauslöser zu sein und kooperative Partner wurden. Pakistan, bei dem man davon ausging, dass es unter der Herrschaft von General Pervez Musharraf allmählich zu einem Schurkenstaat oder sogar einem gescheiterten Staat oder zu beidem werden würde, gehört jetzt zu den wichtigsten Verbündeten der USA.[35] Schein-

[33] Siehe Martin Woollacott, "Saddam Will be the Next U.S. Target, One Way or Another," *The Guardian*, 16. November 2001.

[34] Siehe David B. Ottaway und Thomas E. Ricks, "Somalia Draws Anti-Terrorist Focus," *Washington Post*, 4. November 2001.

[35] Siehe Bill Keller, Bill, "The World According to Colin Powell," *New York Magazine*, 26. November 2001.

bar sind die Vereinigten Staaten solange bereit, undemokratische Regime zu tolerieren, wie diese im Krieg gegen den Terrorismus gegenüber den USA loyal sind, vorausgesetzt, diese Regimes haben ihre Territorien und Bevölkerung soweit unter Kontrolle, dass ein Anstieg des Extremismus und die Entwicklung neuer terroristischer Zellen verhindert werden kann. So können sich nunmehr die autoritären Herrscher im Ergebnis der veränderten US-Haltung einer wiedergewonnen Legitimität ihrer repressiven Politik erfreuen, die sie vor dem 11. September als "Kampf gegen den Terrorismus" beschrieben und für die sie vom Westen lediglich mit Spott bedacht wurden.[36] Es bleibt abzuwarten, ob die Nachsicht gegenüber den undemokratischen Praktiken in anderen Staaten um einer strategischen Zusammenarbeit willen eine kurzfristige US-Strategie oder ein langfristiger Trend ist, wie man durch den wiederholten Aufruf zur Vorbereitung auf einen langen Weg vermuten könnte. Als Warnung sei angeführt, dass ein derartiges Herangehen während des Kalten Krieges für Politiker in der Ära nach dem Kalten Krieg alle mögliche Probleme nach sich zog, zu denen auch das Erbe antiwestlicher Gefühle in vielen Gesellschaften gehört.

Doch eine der größten Befürchtungen der internationalen Gemeinschaften bestand darin, dass die USA-Reaktion auf die Terroranschläge tatsächlich dem Huntingtonschen Modell des internationalen Konflikts Gültigkeit verleihen würde, indem der ganze Kampf in einen Zusammenprall von Kulturen – zwischen der von den USA geführten westlichen Welt und der islamischen Welt – ausarten würde. Zu Beginn der Bombardierung in Afghanistan wurde die Kritik gegenüber der USA-Strategie von dem Argument beherrscht, die Vereinigten Staaten würden eine ganze moslemische Gesellschaft für die von einer Gruppe von Verbrechern verübten Grausamkeiten bestrafen und dies würde die ganze moslemische Welt gegen sie aufbringen[37]. Sich durch die gesamte moslemische Welt ausbreitende Zeichen der Empörung über die Bombardierung und die zivilen Opfer wurden erkennbar, wie im Falle der Demonstrationen in Pakistan oder der fehlenden Unterstützung durch die Golfstaaten, auf die von deren Gesellschaften Druck ausgeübt wurde, die Kampagne nicht zu unterstützen.[38] Alles andere als hilfreich bei der Darstellung des Feldzugs als Kampf gegen die "Schurken"-Elemente und nicht als Manifestation einer langgehegten westlichen Feindseligkeit gegenüber den Moslems erwies sich auch eine unglückliche Parallele, die von Präsident Bush zwischen den Kreuzzügen und dem aktuellen Krieg gegen den Terrorismus gezogen wurde.[39] Ganz normal sprechen inzwischen Moslems davon, dass der Westen und insbesondere die Vereinigten Staaten die sich durch den 11. Septem-

[36] Siehe "The New New World Order?" *The Economist,* 5.–12. Oktober 2001.
[37] Siehe Malise Ruthven, "This Man May Become Our Nemesis," *The Guardian,* 10. Oktober 2001.
[38] David Hirst, "The West Ignores Arab Resentment at Its Peril," *The Guardian,* 9. Oktober 2001.
[39] Siehe Peter Ford, "Europe Cringes at Bush 'Crusade' Against Terrorists," *The Christian Science Monitor,*
19. September 2001.

ber gebotene Möglichkeit ausnutzen würden, um ihre Macht gegen die islamische Welt zu entfalten.[40] Wenn man bedenkt, dass ein Krieg Haltungen meist erhärtet und sie zu Extremen führt, können die Terroranschläge durchaus antimoslemische Ansichten in westlichen Gesellschaften bzw. antiwestliche in moslemischen Gesellschaften soweit verbreiten und festigen, dass sie den Kampf gegeneinander aufnehmen und etwas Ähnliches wie den Zusammenprall der Kulturen hervorrufen.

Allerdings bleibt dies eine Möglichkeit in weiter Ferne, da die USA und ihre Verbündeten alles Mögliche unternommen haben, um jegliche antimoslemische Hysterie im Lande zu isolieren und abzuwehren sowie die Herzen der Moslems zu gewinnen, indem die Sache des Osama bin Laden klar von deren Nöten getrennt wurde. Im Ergebnis einer relativ maßvollen und beherrschten US-Antwort und einer sorgfältig inszenierten PR-Kampagne, mit der die moslemischen Gesellschaften davon überzeugt werden sollten, dass hinter dem Feldzug keine weitergehende antimoslemische Motivation steckt, wird nur am Rande der jeweiligen Gesellschaft die Auffassung vertreten, dass es sich hierbei um einen Krieg zwischen der westlichen und der islamischen Zivilisation handele.[41] Die Zusicherung, in Afghanistan zu bleiben und beim Wiederaufbau des durch Jahrzehnte des Bürgerkriegs zerstörten Landes zu helfen, trug maßgeblich dazu bei, die Botschaft der Zuversicht zu stärken. Nichtsdestotrotz wird durch den 11. September deutlich, dass Meinungen durch schreckliche Ereignisse in solche Richtung gedrängt werden können, dass aus Theorien ohne jegliche aktuelle Glaubwürdigkeit dominante Erklärungsmodelle für Konfliktursachen werden. Die Terroranschläge und Osama bin Ladens darauf folgende Propaganda bezüglich der Vereinigung der Moslems hinter seiner religiösen Sache, um Amerika und andere "Ungetreue" zu zerstören, haben dem Modell von Huntington in den Augen vieler vielleicht mehr Bedeutung beigemessen als zuvor, selbst wenn es für die Terroranschläge eine viel treffendere Erklärung gibt als die des Zusammenpralls von Kulturen. Um beide Seiten von den unwiderstehlichen Auffassungen einer von Huntington umrissenen Konfrontation zwischen der westlichen und der islamischen Kultur abzubringen, bedarf es jetzt und in Zukunft einer dauerhaften und sorgsam erarbeiteten Politik und deren entsprechender Umsetzung. Vor dem 11. September hatte Huntington nicht vollkommen Recht und so ist es auch danach geblieben, aber er kann noch Recht bekommen, wenn Krieg gegen den Terrorismus weitergeht.

Schlussfolgerungen

Provoziert durch verschiedene Behauptungen, die Terroranschläge gegen die Vereinigten Staaten am 11. September hätten die Welt dramatisch verändert, be-

[40] Jonathan Freedland, "The War Bin Laden Has Already Won," *The Guardian*, 10. Oktober 2001.
[41] Siehe Stephen Fidler, "Washington Wages a War of Diplomacy," *Financial Times*, 8. November 2001.

fasste sich der vorliegende Artikel mit einer moderaten Interpretation der Bedeutung dieser Ereignisse auf das Weltgeschehen. Darin werden drei miteinander verbundene Dimensionen – das internationale System, die internationalen Beziehungen und der internationale Konflikt – als analytischer Rahmen für den Versuch genutzt, den 11. September in einen allgemeinen Kontext der Ära nach dem Kalten Krieg einzubetten, die sich im vergangenen Jahrzehnt herausbildete. Vorrangig war die Frage, ob der 11. September als Auslöser für Veränderungen oder als ein Symptom sich bereits seit einiger Zeit abzeichnender Entwicklungen aufgefasst werden sollte, wobei die Analyse zu der Annahme der letzteren Interpretation führte. Gewiss bedeutet dies nicht, dass sich nichts verändert hätte. Unsere Meinung und unser Verständnis von der terroristischen Bedrohung, der Zerstörungskraft, die sie mit sich bringen kann, und der Mittel, mit denen Terroristen unsere Verwundbarkeit ausnutzen können, erlangten vollkommen neue Dimensionen, und noch viel wichtiger, sie sind jetzt in einer schrecklichen Erfahrung und nicht mehr in theoretischen Modellen und hypothetischen Eventualitäten verwurzelt. Doch der Ablauf weltpolitischer Ereignisse, mit einigen kleineren Anpassungen und einigen neuen Wahrscheinlichkeiten, bleibt eine Fortsetzung des bereits vor den Anschlägen eingeführten Musters. Das unipolare internationale System zeigt gegenwärtig keine Anzeichen eines Zusammenbruchs, wenngleich einige Strategien und Merkmale der bipolaren Welt zutage getreten sind, die dazu Anlass gegen, die theoretische Möglichkeit einer Neo-Bipolarität und die Notwendigkeit der Überprüfung unseres Konzepts von den Polen des Systems neu zu überdenken.

Die weltweite Unterstützung für die Vereinigten Staaten unterstreicht, inwieweit sich die USA selbst als zentrale Macht in dem internationalen System aufgestellt haben und dabei dessen Funktionieren, Stabilität und Sicherheit gewährleisten. In den internationalen Beziehungen bleiben die USA Führungsmacht und diktieren die Spielregeln sowie die Art der Reaktion auf Herausforderungen vom Innern des Systems. Ihr Einfluss, ihre Interessen und politischen Überzeugungen formulieren weiterhin Imperative für die anderen Akteure. Nur dieses Mal macht die Abneigung, dieser Hegemoniestellung gerecht zu werden, einem breiteren und tiefgreifenderen globalen Einsatz Platz, um weitere Herausforderungen wie jene vom 11. September zu verhindern. Dadurch nähern sich die USA der Rolle des “Weltpolizisten” an, die sie so sehr zu vermeiden suchten. Sie haben allerdings erkannt, dass es keine andere Wahl gibt, als sie zu übernehmen. Dennoch sind die Hoffnungen von Multilateralisten zerstört worden, und auch der erwartete Wandel hin zu einer multilateralen Entscheidungsfindung in den internationalen Beziehungen fand nicht statt, da die USA weiterhin nicht willens sind, externe Zwänge anzuerkennen, wenngleich sie mehr Bereitschaft gezeigt haben, sich vor Entscheidungen zu besprechen.

Schließlich sei angeführt, dass nach dem 11. September die meisten internationalen Konfliktstränge bestehen blieben. Der Druck auf die “Schurkenstaaten” wird fortdauern und sich sogar noch verstärken. Für die Wahrung der

Sicherheit des internationalen Systems werden Interventionen in gescheiterte Staaten so entscheidend wie nie zuvor sein. Und die Globalisierung wird weiterhin soziale und wirtschaftliche Spannungen erzeugen, die sich auf die internationalen Beziehungen auswirken. Lediglich jene, die der Meinung sind, dass eine weitere Ausweitung demokratischer Werte und Praktiken Frieden und Stabilität garantieren kann, werden zeitweilig verstimmt sein, wenn die Vereinigten Staaten in ihrem Krieg gegen den Terrorismus Verbündete suchen, ungeachtet dessen, ob es sich bei ihnen um demokratische handelt oder nicht. Und der Huntingtonsche Zusammenprall der Kulturen, der vor dem 11. September keine Triebkraft internationaler Konflikte war, ist noch nicht Realität geworden, auch wenn dessen Entstehung eine weitere Wahrscheinlichkeit darstellt, die sich durch die Terroranschläge eröffnet hat. Die Ereignisse vom 11. September sind symptomatisch für die Tendenzen und Entwicklungen, die ihnen vorausgingen. Durch sie wurden die Kennzeichen der Lage nach dem Ende des Kalten Krieges verschärft und einige Prozesse beschleunigt, wie beispielsweise die Annäherung zwischen Russland und den USA, indem ihre Gründe offenkundiger wurden. Folglich bilden diese Gräueltaten keinen neuen Ausgangspunkt, ab dem wir die Tage einer Ära nach dem Ende der Zeit nach dem Kalten Krieg zählen sollten. Gewiss mag der andauernde Krieg gegen den Terrorismus einige Veränderungen herbeiführen, aber es wird dennoch ein Krieg sein, der die derzeitige Weltordnung festigt und keine neue ins Leben ruft. Höchstwahrscheinlich geht Präsident Georg. W. Bush trotz seiner Verdienste um den Kampf gegen den Terrorismus nicht zusammen mit Woodrow Wilson oder Franklin D. Roosevelt als Architekt einer neuen Weltordnung in die Geschichte ein.